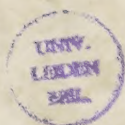


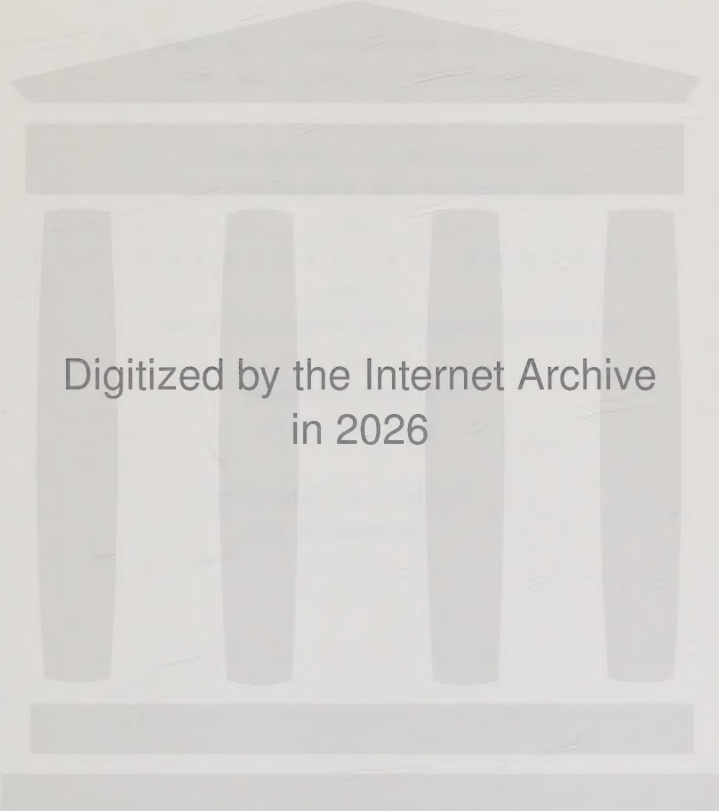
Anna Barbara Bimler

DIE SPANISCHE TAGESPRESSE
VON 1970 BIS 1980
VON DER DIKTATUR ZUR DEMOKRATIE

Diss. Münster
1982

~~1983~~





Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554821_0017

Publizistik

Die spanische Tagespresse von 1970 bis 1980,
von der Diktatur zur Demokratie.

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)
vorgelegt von

Anna Barbara Bimler
aus Wiesbaden
1981

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. B. Lerg
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. W. Mettmann
Dekan: Prof. Dr. M.E. Brockhoff
Tag der mündlichen Prüfung: 17. und 18. Februar 1982
Tag der Promotion: 18. Februar 1982

1. Einführung	1
2. Die spanische Tagespresse 1970 bis 1980	2
3. Die spanische Tagespresse 1980 bis 1985	3
4. Die spanische Tagespresse 1985 bis 1990	4
5. Die spanische Tagespresse 1990 bis 1995	5
6. Die spanische Tagespresse 1995 bis 2000	6
7. Die spanische Tagespresse 2000 bis 2005	7
8. Die spanische Tagespresse 2005 bis 2010	8
9. Die spanische Tagespresse 2010 bis 2015	9
10. Die spanische Tagespresse 2015 bis 2020	10
11. Die spanische Tagespresse 2020 bis 2025	11
12. Die spanische Tagespresse 2025 bis 2030	12
13. Die spanische Tagespresse 2030 bis 2035	13
14. Die spanische Tagespresse 2035 bis 2040	14
15. Die spanische Tagespresse 2040 bis 2045	15
16. Die spanische Tagespresse 2045 bis 2050	16
17. Die spanische Tagespresse 2050 bis 2055	17
18. Die spanische Tagespresse 2055 bis 2060	18
19. Die spanische Tagespresse 2060 bis 2065	19
20. Die spanische Tagespresse 2065 bis 2070	20
21. Die spanische Tagespresse 2070 bis 2075	21
22. Die spanische Tagespresse 2075 bis 2080	22
23. Die spanische Tagespresse 2080 bis 2085	23
24. Die spanische Tagespresse 2085 bis 2090	24
25. Die spanische Tagespresse 2090 bis 2095	25
26. Die spanische Tagespresse 2095 bis 2100	26

Die spanische Tagespresse 1970 bis 1980
- von der Diktatur zur Demokratie.

1. Einführung	1
2. Die spanische Tagespresse 1970 bis 1980	2
3. Die spanische Tagespresse 1980 bis 1985	3
4. Die spanische Tagespresse 1985 bis 1990	4
5. Die spanische Tagespresse 1990 bis 1995	5
6. Die spanische Tagespresse 1995 bis 2000	6
7. Die spanische Tagespresse 2000 bis 2005	7
8. Die spanische Tagespresse 2005 bis 2010	8
9. Die spanische Tagespresse 2010 bis 2015	9
10. Die spanische Tagespresse 2015 bis 2020	10
11. Die spanische Tagespresse 2020 bis 2025	11
12. Die spanische Tagespresse 2025 bis 2030	12
13. Die spanische Tagespresse 2030 bis 2035	13
14. Die spanische Tagespresse 2035 bis 2040	14
15. Die spanische Tagespresse 2040 bis 2045	15
16. Die spanische Tagespresse 2045 bis 2050	16
17. Die spanische Tagespresse 2050 bis 2055	17
18. Die spanische Tagespresse 2055 bis 2060	18
19. Die spanische Tagespresse 2060 bis 2065	19
20. Die spanische Tagespresse 2065 bis 2070	20
21. Die spanische Tagespresse 2070 bis 2075	21
22. Die spanische Tagespresse 2075 bis 2080	22
23. Die spanische Tagespresse 2080 bis 2085	23
24. Die spanische Tagespresse 2085 bis 2090	24
25. Die spanische Tagespresse 2090 bis 2095	25
26. Die spanische Tagespresse 2095 bis 2100	26

INHALT

Vorwort	1
I. Einleitung: Spanien zu Beginn der siebziger Jahre	
1. Machtgruppen	4
2. Opposition	6
3. Die Wirtschaft	11
4. Innenpolitik	14
5. Zusammenfassung	18
II. Rechtliche Grundlagen des Pressesystems	
1. Das Pressegesetz von 1966	
1.1. Ausmaß der Pressefreiheit	20
1.2. Staatliche Kontrollmöglichkeiten	23
2. Rechtsbestimmungen außerhalb des Presse- rechts	
2.1 Die Ley Orgánica	26
2.2 Die Strafrechtsbestimmungen	27
2.3 Die "Allgemeinen Grundsätze des Jour- nalistenberufes"	29
2.4 Das Gesetz über die Staatsgeheimnisse	30
3. Die neue Pressepolitik	
3.1 Mehr Freiheiten seit 1966	32
3.2 Strafmaßnahmen der Administration	34
III. Die spanischen Massenmedien zu Beginn der siebziger Jahre	
Einleitung	37
1. Die Tagespresse	
1.1 Anzahl und Auflagen	38
1.2 Besitzverhältnisse	41
1.3 Die "Hojas de Lunes"	43
1.4 Die wirtschaftliche Lage	46
2. Die Funkmedien	
2.1 Hörfunk unter Franco	50
2.2 Das Fernsehen	53
3. Das Publikum	56

IV. Medienpolitische Entwicklungen der siebziger Jahre	59
1. Die siebziger Jahre unter Franco	
1.1 Repressive Politik unter Carrero Blanco	60
1.2 Neue Politik der Öffnung	67
1.3 Francos letzte Jahre, 1974 und 1975	69
1.4 Auswirkungen auf die Presse	72
2. Der Wechsel zur Demokratie	
2.1 Die Regierung Arias Navarro	74
2.2 Demokratischer Neubeginn	77
2.3 Möglichkeiten und Rolle der Presse	79
3. Die Tagespresse im demokratischen Spanien	
3.1 Neugründungen in den Hauptstädten	82
3.2 Neuerscheinungen in den Provinzen	87
3.3 Die Parteipresse	91
V. Die spanische Presselandschaft Ende der siebziger Jahre	
Einleitung	93
1. Das Ausmaß der Pressefreiheit	
1.1 Administrative Eingriffsmöglichkeiten	96
1.2 Terroristische Bedrohungen	98
1.3 Tabuthemen und Selbstzensur	100
2. Wirtschaftliche Lage	
2.1 Allgemeines Situation in Spanien	103
2.2 Kostenentwicklung im Pressesektor	104
2.3 Staatliche Unterstützung	106
2.4 Situation der Verlage	108
2.5 Konzentration	110
3. Einzelne Sektoren	
3.1 Die Parteipresse	115
3.2 Die staatseigene Presse	116
3.3 Neugründungen	120
3.4 Übrige Zeitungen	124
3.5 Hojas de Lunes	127
3.6 Zusammenfassung	128

4. Stellung der Journalisten	
4.1 Unklarheiten im offiziellen Status	130
4.2 Innere Pressefreiheit	132
4.3 Polizeiliche Maßnahmen gegen Journalisten	134
VI. Die Presse im gesellschaftlichen Wandel	136

Anhang

Vorwort

Die Arbeit behandelt die Entwicklung der spanischen Tagespresse vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung des Landes von 1970 bis 1980, also die Zeit der Umstellung von der aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie. Da sie an die Untersuchung von Lorenzen (1978) anschließen will und deren Recherchen Ende der sechziger Jahre endeten, ist der zeitliche Anschluß gegeben. Der Untersuchungszeitraum von zehn Jahren wird auch dadurch gerechtfertigt, daß die Entwicklung zur Demokratisierung Spaniens nicht erst mit dem Tod Francos einsetzte, sondern schon in den vorangegangenen Jahren begann.

Dabei liegen der Betrachtung folgende Überlegungen zugrunde: Die Pressefreiheit gilt als wichtige, für die Emanzipation der Bürger notwendige politische Voraussetzung. Massenmedien sind in der Lage, die Bevölkerung über soziale Entwicklungen zu informieren und damit ihre Partizipation zu ermöglichen. So stellt sich die Frage nach der Rolle der Medien im speziellen spanischen Fall. Es soll untersucht werden, wie weit die Medien als Initiator bestimmter Bewegungen in Frage kommen konnten oder ob sie nur vom Schwung der gesellschaftlichen Ereignisse mitgezogen wurden.

Zur sinnvollen Untersuchung der aufgeführten Fragen ist es nötig, nicht nur die Massenmedien in ihrer Entwicklung zu betrachten, sondern es müssen gleichzeitig der soziale Wandlungsprozeß, seine Ursachen sowie die Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellten, im Auge behalten werden. So wird zunächst die Machtstruktur Spaniens, vierzig Jahre nach dem Bürgerkrieg, eine



kurze Darstellung finden. Obwohl die Sieger von 1939 noch 1970 wichtige Stellungen in der Gesellschaft innehatten und die allgemeine Entwicklung bestimmten, begann sich doch schon eine organisierte Opposition bemerkbar zu machen.

Die Darstellung der innenpolitischen Lage wird durch eine kurze Analyse der spanischen Wirtschaftsstruktur ergänzt, die für die ökonomischen Schwierigkeiten nach Francos Tod mitverantwortlich war, unter denen auch die Presseverlage zu leiden hatten.

Die Pressegesetze selber verdienen in der Untersuchung besondere Beachtung, speziell im Hinblick auf die Möglichkeiten ihrer liberalen oder repressiven Handhabung. Es wird erläutert, wie angesichts der fehlenden Rechtsstaatlichkeit Spaniens ihre Interpretation von dem allgemeinen politischen Klima abhing. Nach der Neufassung des Pressegesetzes 1966 kam es zu Versuchen einzelner Journalisten, die neuen Freiheiten zu verwirklichen. Exemplarisch werden die Möglichkeiten und Methoden der Exekutive dargestellt, solche Versuche zu unterbinden. Diese Ausführungen liefern die Grundlage für die Betrachtung der Entwicklung der Tagespresse und den Vergleich für ihren Zustand ein Jahrzehnt später.

Mit Kapitel IV beginnt die eigentliche Betrachtung der Veränderungen in der Presse. Dabei soll die Interdependenz zwischen der wechselhaften spanischen Innenpolitik und dem Informationsspielraum der Zeitungen aufgezeigt werden. Der Untersuchung der Funktion der Presse während des politischen und sozialen Umbruchs wird sich die Vorstellung erster Neuerscheinungen auf dem liberalisierten Zeitungsmarkt anschließen.

Die Bestandsaufnahme der Pressefreiheit Ende der siebziger Jahre umfaßt zunächst allgemein das Ausmaß der journa-

listischen Freiheit und die wirtschaftlichen Probleme der Zeitungsverlage. Ihr folgt die Untersuchung einzelner Sektoren der Presse, um Unterschiede in der Entwicklung zu erfassen, und schließlich der Situation der Journalisten.

Das Schlußkapitel soll die Frage beantworten, welche konkrete Änderungen in den Medien der politische Wechsel brachte und wo die Erscheinungsform der Tagespresse sich, ungeachtet der staatlichen Organisationsformen, unverändert erhielt. Dabei sollen strukturelle Mängel in der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes aufgezeigt werden, die sich auch auf die Massenmedien auswirkten.

Das Material für die Arbeit wurde während eines einjährigen Studienaufenthaltes in Madrid gesammelt. In der dortigen Nationalbibliothek sowie der Bibliothek der publizistischen Fakultät der "Universidad Complutense" wurde die spanische Literatur zum Thema eingesehen und ausgewertet. Die offensichtliche Unzuverlässigkeit zahlreicher spanischer Statistiken und offiziellen Angaben machte die eigene Überprüfung vieler wichtiger Daten im Nationalen Zeitungsarchiv ("Hemeroteca Nacional") nötig.

Es wurde angestrebt, sämtliche spanischen Tageszeitungen von 1968 bis 1979 zu erfassen, um sie unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten. Der so erarbeitete tabellarische Anhang dient als Ausgangsbasis für die folgende Untersuchung.

I. Einleitung: Spanien zu Beginn der siebziger Jahre

Da die Lage der Presse eines Landes eng mit seiner allgemeinen Lage, mit den vorherrschenden Strömungen in Wirtschaft und Politik verbunden ist, soll zunächst ein kurzer Überblick über das Spanien um 1970 gegeben werden. Zu diesem Zeitpunkt setzt auch die Betrachtung der Fakten und Probleme der spanischen Tagespresse ein.

Die Legitimität der spanischen Regierung leitete sich aus dem Sieg Francos im Bürgerkrieg ab. Zur Aufrechterhaltung seiner Position ließ Franco keine rechtsstaatlichen Verhältnisse zu, sondern nutzte die Judikative zur Machtsicherung. Dies ist deshalb wichtig zu erwähnen, da jeder Teilnehmer am öffentlichen Leben diesen Umstand berücksichtigen musste. Solange Franco lebte, würde sich daran auch nichts ändern.

Als faschistische Militärdiktatur mit freundlichen Beziehungen zu Deutschland war Spanien während und nach dem zweiten Weltkrieg von den Westmächten politisch isoliert worden. Erst der "Kalte Krieg" nach 1950 machte es zu einem zunächst strategisch und in der Folge auch wirtschaftlich interessanten Stützpunkt. Seit Anfang der sechziger Jahre hatte Spanien seine politische und wirtschaftliche Annäherung an die westlichen Industrienationen vorangetrieben, eine Integration in die "Europäische Gemeinschaft" als Fernziel vor Augen.

Neben dem Staat kamen auch die einzelnen Spanier zunehmend in Kontakt mit ihren europäischen Nachbarn, wofür nicht allein der wachsende Tourismus die Ursache war. Ungefähr 10% der Bevölkerung arbeiteten in parlamentarisch-demokratischen Staaten, in denen sie eine legale Opposition, eine mehr oder weniger unabhängige Presse und funktionierende Gewerkschaften kennenlernten. In den

siebziger Jahren begann die Rückkehr dieser Gastarbeiter, ihre harmonische und reibungslose Reintegration in einen autoritären Staat war unwahrscheinlich.

So gab es innen- und außenpolitische Entwicklungen, die einer Fortführung der diktatorischen Staatsform entgegenstanden. Dazu kam das hohe Alter Francos und die Tatsache, daß kein unbestrittener Nachfolger für ihn in Sicht war ¹⁾.

Franco feierte 1968 seinen achtzigsten Geburtstag, sein Tod und damit ein Wechsel in der Führung des Landes war abzusehen. Die öffentliche Diskussion über die politische und soziale Zukunft Spaniens blieb aber gesetzlich verboten, politische und gewerkschaftliche Gruppierungen durften nicht offiziell auftreten. Oppositionelle hatten weiter mit polizeilichen Repressionen zu rechnen, ihre Presse mußte illegal gedruckt und vertrieben werden ²⁾.

So lebte Spanien in der zwiespältigen Lage, daß einerseits politische Neuerungen unvermeidlich waren und vorbereitet wurden, andererseits die traditionellen Machthaber und die kontrollierten Massenmedien dies offiziell ignorierten. Die Mehrheit der Bevölkerung verhielt sich unterdessen apolitisch abwartend und erfreute sich ihres langsam ansteigenden Wohlstandes. Die Zukunft des Landes würde nicht vom Volk bestimmt werden, sondern hing vom Kräfteverhältnis und der Kompromißbereitschaft der einzelnen politischen Gruppierungen ab.

1) Haubrich/ Moser, 1976, S. 53 ff.

2) Haensch/ Hartig, 1975, S. 30

1. Machtgruppen

Die wichtigste Säule der frankistischen Herrschaft war die Armee, deren Oberbefehlshaber Franco bis zu seinem Tode 1975 blieb. Ihre entscheidende Position in der spanischen Politik sicherte ein Gesetz von 1966: Die obersten Befehlshaber mußten in den wichtigen Staatsorganen vertreten sein ¹⁾. Die Stationierung der Elite-Einheiten nicht etwa an der Grenze, sondern nahe der Hauptstadt, diente zur Absicherung dieser Machtkonstellation.

Ungeachtet seiner Loyalität zu Franco bildete das spanische Heer in den siebziger Jahren keine ideologische Einheit. Während die hohen Offiziere sich vorwiegend aus Familien der Oberschicht rekrutierten, entstammten die unteren Ränge in der Regel der Mittelschicht und fühlten sich deren Interessen verbunden. Die Umbesetzung der gesellschaftlichen Führungspositionen in den sechziger Jahren zugunsten technisch qualifizierter Fachleute machte auch vor der Armee nicht halt; damit verband sich ein Eindringen demokratischer Vorstellungen der Gesellschaft auch in die militärischen Kreise ²⁾. Die Militärgerichte, die auch Zivilpersonen aburteilen konnten, sicherten den Generälen einen Einfluß auf die Gerichtsbarkeit in Spanien. Der Zuständigkeitsbereich der Militärgerichtsbarkeit war weit gefaßt und unscharf abgegrenzt; Militärgerichte konnten auch die Todesstrafe aussprechen ³⁾. So durfte niemand die drohende Präsenz der militärischen Macht als Stütze des Franco-Regimes ignorieren. Auch ein Journalist mußte sich hüten, den Unwillen des Militärs

1) Lorenzen, 1978, S. 102; Tamames, 1971, S. 507

2) Maier, 1977, S. 229 - 233

3) Beck, 1979, S. 252

hervorzurufen, vor dessen Folgen ihn niemand schützen konnte.

Neben der Armee stellte die Kirche eine weitere Säule der frankistischen Herrschaft dar. Nach seinem Sieg im Bürgerkrieg erklärte Franco den Katholizismus zur Staatsreligion. Das Konkordat von 1953 bedeutete die praktische Anerkennung des Franco-Regimes durch den Vatikan; als Dank dafür wurden der Kirche wichtige Privilegien eingeräumt. Sie besaß einen starken Einfluß im sozialen Leben, besonders im Erziehungswesen des Staates. Auch war ihr ein Mitspracherecht bei der staatlichen Pressezensur zugestanden, sie konnte gegen Publikationen, die "der katholischen Moral und dem Dogma zuwiderlaufen" ²⁾, ein Veto einlegen. Über die Mitsprache bei der Zensur hinaus beteiligte sich die katholische Kirche an der Gestaltung des spanischen Pressewesens, ihr Verlag "Ediciones Católicas", "EDICA", gab fünf Tageszeitungen heraus und kontrollierte damit ca. 10 % des Marktes ³⁾.

Die monolithische pro-frankistische Haltung der katholischen Kirche begann sich in den sechziger Jahren zu wandeln. Die durch das Konkordat festgelegte enge Verbindung zwischen Kirche und Staat wurde nicht vom gesamten Klerus als ideal empfunden. Es gewann die Meinung an Boden, daß nur ein sozialer Ausgleich und eine demokratische Partizipation der Bevölkerung auf Dauer den inneren Frieden im Lande würde sichern können. Besonders die Mitglieder des niederen Klerus begannen, sich offen für eine Demokratisierung einzusetzen. Dies führte zu scharfen Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt, die ihre Ordnungs-

1) Handbuch der Weltpresse, 1970, Bd. I, S. 509

2) Beyme, 1971, S. 144

3) siehe Anhang, Tabelle 2

kräfte auch gegen Geistliche einsetzte ¹⁾. Es kam zu Räumungen von Kirchen und Verhaftungen von Priestern; in Zamora wurde sogar ein Gefängnis nur für Priester eingerichtet ²⁾.

Eine weitere Machtgruppe Spaniens verkörperte das "Opus Dei". Das "Opus Dei" ist eine katholische Laienorganisation, eine religiöse Vereinigung engagierter einflussreicher Gläubiger. Sie wurde 1928 in Madrid gegründet und erlangte zunächst keinerlei außergewöhnliche Popularität. Erst in der speziellen politischen und sozialen Struktur Franco-Spaniens konnte sie sich im Vakuum der verbotenen Parteien und der exilierten früheren Intelligenzschicht festigen und zu Einfluß gelangen ³⁾. Der öffentliche Einfluß des "Opus Dei" war in den fünfziger und sechziger Jahren stark angewachsen. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß seine liberale Haltung in Wirtschaftsfragen den aktuellen ökonomischen Bedürfnissen des Landes entsprach ⁴⁾. Spanien erlebte damals einen erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung, den es den Hilfsmaßnahmen der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder verdankte. Mit der Errichtung von Studentenheimen und dem Bau der Universität von Navarra in Pamplona hatte das Opus den wissenschaftlichen Nachwuchs gefördert; die Universität von Navarra genoß einen besseren Ruf als die staatlichen Fakultäten. So kamen große Teile des akademischen Nachwuchses aus den diesem Laienorden verbundenen Instituten.

Die Beteiligung von Opus-Mitgliedern an der Regierung war

1) Beck, 1979, S. 223

2) Ciagar, 1974, S. 26

3) Gallo, 1969, S. 105

4) Beyme, 1971, S. 147

1969 eingeschränkt worden, als Franco einige Minister zugunsten konservativer falangistischer Kräfte austauschte. Da aber viele führende Positionen in Wirtschaft, Kultur und Politik von Opus-Mitgliedern besetzt waren, behielt die Organisation eine wichtige Stellung im Staat. Diese Stellung sollte auch in einem zukünftigen Spanien ohne Franco beibehalten werden können. Das "Opus Dei" vermied direkte Konfrontationen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, um nach allen Seiten kooperationsfähig zu bleiben. Als Nachfolger Francos favorisierte es Juan Carlos, an dessen Erziehung und Ausbildung Opus-Mitglieder beteiligt waren ¹⁾.

Im Gegensatz zum Erfolg des "Opus Dei", wichtige gesellschaftliche Positionen einzunehmen, stand der langsame Niedergang des "Movimiento Nacional". "Movimiento Nacional" ("nationale Bewegung") war seit 1970 die offizielle Bezeichnung für die frankistische Einheitspartei, die bis zu diesem Datum "Falange" ("Phalanx" ²⁾) hieß, jedoch oft "Movimiento Nacional" genannt wurde. Die "Falange" war 1933 von José Antonio Primo de Rivera, dem 1903 geborenen Sohn des spanischen Diktators der zwanziger Jahre, als Jugendorganisation gegründet worden. José Antonio und seine Anhänger hingen einer Mischung aus traditionellem Patriotismus und modernem Autoritarismus an und suchten ihre Vorbilder im deutschen Nationalsozialismus und italienischen Faschismus. Sie wollten einen nationalsozialistischen Staat aufbauen, der dem bürgerlichen kapitalistischen System und dem marxistisch-sozialistischen Modell gleichermaßen überlegen sein sollte.

1) Beyme, 1971, S. 151

2) eigentlich: "Falange Española Tradicionalista de las Juventudes Obreras Nacional-Sindicalistas", spanische traditionalistische Phalanx der national-syndikalistischen Arbeiterjugend

Kommunismus und Anarchismus wurden von der "Falange" unerbittlich bekämpft ¹⁾. Die italienischen Faschisten unterstützten die Organisation finanziell.

Nach 1939 begann Franco den Wiederaufbau des Staates nach seinen eigenen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, die 1958 als "Principios del Movimiento" ("Prinzipien der Bewegung") veröffentlicht wurden. Sie gingen von Spanien als "Schicksalsgemeinschaft" aus, deren nationale Einheit unzerstörbar sei, und formulierten den ideologischen Hintergrund und programmatischen Anspruch Francos für seine alleinige Führungsposition ²⁾.

Als sich in den fünfziger Jahren die westlichen Industrienationen politisch und wirtschaftlich in Spanien zu engagieren begannen, verdrängten die besser ausgebildeten Wirtschaftler und Politiker des "Opus Dei" die Falangisten aus den führenden Positionen der Gesellschaft. Das Movimiento übernahm nun hauptsächlich die Funktion einer Ausbildungsstätte für zukünftige Berufspolitiker, da es die einzige legale politische Organisation Spaniens darstellte ³⁾. Die radikalen Mitglieder konnten sich bald nicht mehr mit den "liberalisierenden" Spitzenpolitikern der Regierung identifizieren, und die Organisation verlor ihre ideologische Geschlossenheit.

1) Nellessen, 1963, S. 72-74

2) Wefers, 1967, S. 138 ff.

3) Beck, 1979, S. 108

2. Opposition

Schon während des Bürgerkrieges begann Franco eine massive Verfolgung politischer Gegner und konnte nach und nach die Opposition gänzlich ausschalten. Erst als das innenpolitische Klima allmählich die Strenge der Kriegs- und Nachkriegsjahre verlor, konnten die oppositionellen Kräfte an eine Organisation, zunächst im Untergrund, denken.

Die Kommunistische Partei besaß Anfang der siebziger Jahre dank ihres zentralistischen Parteiaufbaus, der Disziplin ihrer Mitglieder und der Unterstützung aus Moskau die besten Voraussetzungen, bei der Legalisierung der Parteien die politische Arbeit ohne Verzögerung aufnehmen zu können.

Der traditionsreiche, 1879 gegründete "Partido Socialista Obrero Español" (PSOE) ¹⁾ war nach 1939 nicht wie Kommunisten in der Lage gewesen, seine organisatorische Struktur aufrechtzuerhalten. So gab es noch bis Mitte der siebziger Jahre über ein Dutzend verschiedener sozialistischer Gruppierungen, die teilweise außerhalb Spaniens arbeiteten. Erst als nach Francos Tod 1975 die legale politische Arbeit in Spanien schrittweise erleichtert wurde, begannen diese Gruppen sich zusammenzuschließen und wurden zur zweitstärksten Partei Spaniens. Auch die übrigen Parteien des Landes fanden sich erst nach Francos Tod zu größeren Organisationen zusammen; keine der bürgerlichen Parteien aus der Republik konnte ihre Tradition in der Diktatur bewahren.

Eine gewerkschaftliche Opposition begann sich trotz aller

1) "Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens"

2) Beyme, 1971, S. 87; Vilar, 1969, S. 272 ff.

Schwierigkeiten seit Mitte der sechziger Jahre zu entwickeln. Die einzigen legalen und offiziellen Gewerkschaften Spaniens waren die sogenannten "vertikalen Gewerkschaften", Körperschaften des öffentlichen Rechtes mit obligatorischer Einbeziehung aller Teilnehmer am wirtschaftlichen Prozeß, sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Diese "vertikalen Gewerkschaften" sollten der Regierung als Berater zur Seite stehen ¹⁾.

Mitte der sechziger Jahre organisierten sich die "Comisiones Obreras" ("Arbeiterkommissionen"), die trotz ihrer kommunistischen Orientierung zunächst öffentlich geduldet, 1967 jedoch verboten wurden. Ihre Mitglieder arbeiteten in den frankistischen Gewerkschaften mit und hatten trotz des Verbotes bald eine starke Position innerhalb der Arbeiterschaft inne. Zu Beginn der siebziger Jahre bemühten sich die "Comisiones Obreras" um parteipolitische Neutralität, um möglichst viele Mitarbeiter zu gewinnen ²⁾. Sie stellten die wichtigste Arbeiteropposition in Spanien dar.

Erst nach Francos Tod begann sich dank der Legalisierung gewerkschaftlicher Arbeit dieses Bild zu ändern, die sozialistische "Unión General de Trabajadores" überrundete in der Mitgliederzahl und an politischem Einfluß die Arbeiterkommissionen.

Eine stärkere und aggressivere Opposition als Parteien und Gewerkschaften leisteten die nationalen Minderheiten Spaniens dem Franco-Regime. Die Basken und Katalanen wehrten sich gegen ihre kulturelle Unterdrückung und bemühten sich, trotz der Verbote ihre Sprachen und Eigen-

1) Tamames, 1971, S. 484

2) Maier, 1977, S. 136

heiten beizubehalten, sie lehnten die Madrider Zentralregierung entschieden ab. Katalonien und das Baskenland erarbeiteten mit ihrem überdurchschnittlich hohen industriellen Niveau einen relativ großen Anteil am nationalen Volkseinkommen ¹⁾. Regionalistische und separatistische Bestrebungen der Basken und Katalanen haben also bis heute nicht nur kulturelle, sondern auch wirtschaftliche und vor allem historische Beweggründe.

Zu Beginn der siebziger Jahre erregte die "ETA" (Euskadi ta Askatasuna" ²⁾), eine militante Separatistenorganisation, mit spektakulären Terroranschlägen Aufsehen. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das baskische Problem und die Brutalität, mit der Franco es zu unterdrücken suchte ³⁾.

1) Beyme, 1971, S. 92

2) baskisch für: "Baskenland und Freiheit"

3) Maier, 1977, S. 246

3. Die Wirtschaft

Die spanische Wirtschaft zeichnete sich durch ein hohes Maß an Konzentration von Besitz und Kontrolle aus. Ein Drittel der 25 größten Industriebetriebe wurde von einer staatlichen Holdinggesellschaft kontrolliert ¹⁾, der das Wirtschaftsministerium vorstand. Die spanischen Großbanken, in erster Linie die privaten Institute, finanzierten den Großteil der Investitionen des Landes ²⁾; über die Hälfte des Aktienkapitals wurde allein von den sechs größten, miteinander verflochtenen Bankinstituten kontrolliert ³⁾. Ein weiteres Drittel der Großindustriebetriebe befand sich mit der Mehrheit seines Kapitals in ausländischem Besitz, darüber hinaus 36 % mit der Minderheit ⁴⁾.

Bedeutsamer noch als die Kapitalabhängigkeit war die technologische Abhängigkeit Spaniens vom Ausland: Mangels eigener Forschung wurden die meisten Artikel der wichtigen Industriezweige mit ausländischer Lizenz hergestellt ⁵⁾. Die unausgeglichene Entwicklung des Landes mit den hochindustrialisierten Zentren Madrid, Barcelona und dem Baskenland und den armen Agrarregionen im Süden förderte die Emigration der Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeitse migranten betrug etwa 10 % der Gesamtbevölkerung und war ab 1973 rückläufig, ohne daß das Land entsprechende Arbeitsplätze bereitstellen konnte.

1) Tamames, 1971, S. 203; Wright, 1977, S. 158

2) Tamames, 1971, S. 441

3) Beyme, 1971, S. 161

4) Tamames, 1971, S. 441

5) Tamames, 1971, S. 212

Zusammen mit den ausländischen Investitionen und den Heimüberweisungen der Gastarbeiter, stellten die Ausgaben der Touristen über ein Drittel der spanischen Gesamteinnahmen; 1978 hatte die Anzahl der Touristen die der Einwohner überschritten ¹⁾.

Zu Beginn der siebziger Jahre erfreute sich Spanien einer günstigen Wirtschaftslage ²⁾. Die aufgeführten strukturellen Mängel der spanischen Volkswirtschaft waren aber nicht zu übersehen, sie trugen dazu bei, daß die weltweite Rezession nach 1973 sich in Spanien besonders nachhaltig und tiefgreifend auswirkte ³⁾.

1) Tamames, 1971, S. 544

2) Maier, 1977, S. 94

3) Tamames, 1971, S. 5

4. Innenpolitik

Der Wirtschaftsaufschwung der sechziger Jahre war nicht der gesamten Bevölkerung gleichermaßen zugute gekommen. Die Entwicklung ging unausgeglichen vor sich und begünstigte bestimmte Regionen und gesellschaftliche Schichten. Besonders die Arbeiterklasse hatte unter den steigenden Lebenshaltungskosten zu leiden, die ihr eine zufriedenstellende Beteiligung am beginnenden Wohlstand verwehrte. Die Unzufriedenheit machte sich in zahlreichen, ausgedehnten Streiks und Demonstrationen bemerkbar. Um seinen eigenen Fortbestand zu sichern, ergriff das Regime zu harten Gegenmaßnahmen: Es kam verstärkt zu polizeilichen Zerschlagungen von Demonstrationen, zu Verhaftungen und Verurteilungen.

Im Jahr 1968 hatten die illegalen Arbeiterstreiks und die Studentenunruhen einen Höhepunkt erreicht. Als Antwort rief die Regierung im Januar 1969 den Ausnahmezustand in ganz Spanien aus. Damit wurde der Art. 12 des "Fuero de los Españoles", der spanischen Grundrechte, außer Kraft gesetzt, der die freie Meinungsäußerung zusichern sollte, und die Vorzensur wieder eingeführt ¹⁾. Der Ausnahmezustand dauerte bis zum März 1969. Er wurde allgemein als die offizielle Beendigung der seit 1966 mit der Novellierung des Pressegesetzes einhergehenden "Politik der Öffnung" verstanden ²⁾.

Für Franco selber und einige seiner Mitarbeiter, die aus der Tradition der "Falange" kamen, verdarb die pressepolitische Liberalisierung die guten Sitten eines katho-

1) Fernández, Libertad, 1971, S. 213

2) Georgel, 1970; S. 315 f; Tamames, 1971, S. 507

lischen Landes. Zeitungen und Zeitschriften berichteten nicht nur freier über politische und soziale Probleme, sondern bildeten auch nur spärlich bekleidete Mädchen ab. Dies grenzte für konservative Spanier schon an Pornographie ¹⁾. Eine neue Regierung sollte solche Auswüchse verhindern und nicht nur Ruhe, sondern auch sittliche Zucht wieder erstarken lassen. Die liberalen Vertreter der "Politik der Öffnung" verloren ihre Positionen und wurden durch konservative Falangisten ersetzt.

1) Carr/ Fusi, 1979, S. 189

5. Zusammenfassung

Autoritäre Strukturen und Traditionsverbundenheit charakterisierten die Machtgruppen Spaniens, die sich mit Hilfe der militärischen Macht der Armee und der ideologischen Unterstützung der Kirche um die Aufrechterhaltung der sozialen Hierarchie des Landes bemühten. Die Stabilität des Franco-Regimes beruhte letztlich auf der Loyalität seiner Anhänger zur Person Francos, der als Garant dieser Hierarchie angesehen wurde.

Die Loyalität wurde aber nicht von allen Spaniern geteilt. Politische und wirtschaftliche Umstände bewogen viele Landsleute zur Ablehnung Francos und zu einer Unterstützung oppositioneller Einstellungen. Aus der Starrheit des Regimes heraus nahm die innenpolitische Auseinandersetzung bald gewalttätige Formen an: Spannungen und Unzufriedenheit entluden sich in Streiks und Demonstrationen, die gewaltsam niedergeschlagen wurden.

Die Menschenrechte galten nur in sehr eingeschränktem Maße, Pressefreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und die Freiheit zur Bildung politischer Vereinigungen existierten nicht. Wenige einflußreiche Gruppen, darunter ausländische Investoren, bestimmten unter Berücksichtigung der eigenen Interessen die Entscheidungen des Landes.

Trotz Verboten und Verfolgungen formierte sich in den sechziger Jahren die Opposition. Sie fand auch außerhalb Spaniens Unterstützung gegen das Franco-Regime, das noch Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg die Bevölkerung in politischer Unfreiheit hielt. Dieser Umstand der Unfreiheit und die mangelnde Rechtsbasis des spanischen Staates müssen bei der Betrachtung seiner Massenmedien immer ge-

genwärtig bleiben, da sie den Handlungsspielraum der Publizisten absteckten. Unter den erwähnten Voraussetzungen blieb dieser Spielraum recht eng.

II. Rechtliche Grundlagen des Pressesystems

1. Das Pressegesetz von 1966

1.1 Ausmaß der Pressefreiheit

Am 18. März 1966 trat ein neues Presse- und Druckgesetz in Kraft, löste damit das im Bürgerkrieg erlassene Pressegesetz von 1938 ab ¹⁾ und sollte die rechtliche Stellung der Druckmedien den Bedürfnissen einer modernen Industriegesellschaft anpassen ²⁾. Sein geistiger Vater, der Minister für Information und Tourismus Manuel Fraga Iribarne, bezeichnete es als "liberal, ohne libertinär zu sein ³⁾". Im Rahmen eines autoritären Staates war die Fragwürdigkeit der Liberalität damit hinreichend zum Ausdruck gebracht.

Als herausragende Neuigkeit brachte das Gesetz das Verbot der Vorzensur, was allein noch keine wirkliche Pressefreiheit garantieren konnte und auch nicht sollte. Ziel des Gesetzes war es, dem Staat ein liberales Image aufzubauen, wobei die Kontrolle über die Presse letztlich aufrecht erhalten werden sollte ⁴⁾. Durch die Depositionspflicht ⁵⁾ behielt sich das Informationsministerium die Kontrolle über die Druckschriften vor, bevor sie zur Verbreitung gelangten.

1) Lorenzen, 1978, S. 249 ff.

2) Wortlaut des Gesetzes: Siehe Anhang

3) Fernández, Ley, 1971, S. 76

4) Köppinger, 1977, S. 303 - 307

5) Jede Druckschrift mußte eine gewisse Frist vor ihrer Verbreitung in einer bestimmten Anzahl von Exemplaren im Informationsministerium oder in dessen durch Verordnung festgelegten Zweigstellen hinterlegt werden; s. Art. 12, Pressegesetz, Anhang S. 36

So konnten mißliebige Informationen letztlich doch zurückgehalten und die Zeitschrift oder Zeitung beschlagnahmt werden. Unerwünschte Veröffentlichungen wurden damit auch ohne Vorzensur wirksam an der Verbreitung gehindert. Kritik am Staat und seinen Institutionen blieb weiterhin verboten und strafbar. Der Wortlaut des Pressegesetzes war dabei zweitrangig, da schon die Rechtsstaatlichkeit Spaniens unter Franco in Zweifel zu ziehen war.

Das Gesetz von 1966 ging von der Annahme aus, daß der Staat und seine Organe die Presse beschützen mußten. Schon diese Basis ist widersinnig, da seit der Erfindung der Druckkunst immer die Obrigkeit der größte Feind der Pressefreiheit gewesen ist. Die Presse- und Meinungsfreiheit braucht keinen Schutz von dem, sondern vor dem Staat. In Spanien dagegen beanspruchte der historische Gegner der Pressefreiheit die Rolle ihres Beschützers.

Die spanische Presse konnte vor Gericht keinen Schutz vor staatlichen Übergriffen finden; die fehlende Gewaltenteilung schloß unabhängige Gerichte und Richter aus. Die Situation der Justiz innerhalb des politischen Systems war mit rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht vereinbar ¹⁾. Die Behörden übernahmen mit dem Erlaß von Dekreten und Verordnungen, die das Gesetz ergänzten oder seine Anwendung regulierten, selbst gesetzgeberische Funktionen. Bis 1969 gab es bereits 18 solcher administrativer Erlasse zum Pressegesetz. "Diese Vorgehensweise scheint noch problematischer, wenn man bedenkt, daß eine Verfassungsgerichtsbarkeit und damit die Möglichkeit zu unabhängigen Normenkontrollverfahren fehlte" ²⁾. Die Kompe-

1) Beck, 1979, S. 296

2) Köppinger, 1977, S. 217

tenzen der in einem Rechtsstaat getrennten Gewalten gingen hier durcheinander: "Es ist absolut systemwidrig, daß die Administration, also die Exekutive, Verstöße gegen den vom Gesetz festgelegten Umfang eines Rechts selbständig verfolgen kann ..." ¹⁾.

Die prinzipielle Schwäche des spanischen Presserechtes lag also weniger in ihm selber als in der generellen Unzulänglichkeit des juristischen Systems, das die Machtposition Francos zementieren sollte. Dabei verlor die Formulierung der einzelnen Paragraphen an Bedeutung, da ihre Auslegung und Anwendung von anderen Kriterien abhing. Neben den erwähnten allgemeinen Unzulänglichkeiten des Gesetzes richtete sich die Kritik der betroffenen Journalisten in erster Linie gegen den Art. 2. Dieser legte die Grenzen der Pressefreiheit fest, war jedoch in seinen Formulierungen keineswegs konkret und eindeutig. Im Einzelfall blieb es den Gerichten überlassen zu entscheiden, was erlaubt und was strafwürdig war. Es gab keine Garantien für die Harmlosigkeit eines bestimmten Themas ²⁾: So wurden Journalisten und Redakteure, die sich mit politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Problemen kritisch auseinandersetzten, in permanenter Rechtsunsicherheit gehalten. Ihr Verbleiben in der Legalität hing weniger von ihren Veröffentlichungen ab, als von deren Einschätzung seitens der Justizbeamten, die auch die tagespolitische Lage berücksichtigen mußten. "Die Gesamtlage der nationalen Politik ist der wichtigste Faktor des informativen Panoramas" ³⁾. Deshalb konnte jede Änderung im politischen Klima eine Änderung in der Auslegung der Gesetze nach sich ziehen, die Politik bestimmte das tatsächliche Ausmaß der Pressefreiheit.

1) Batz, 1979, S. 108

2) Herrera Pique, 1971, S. 19

3) Santos, 1971, S. 24

1.2 Staatliche Kontrollmöglichkeiten

Die Pressefreiheit eines Landes hängt immer mit der wirtschaftlichen Freiheit seiner Presseunternehmen zusammen ¹⁾. Das spanische Pressegesetz von 1966 schränkte die Freiheit der Unternehmen stark ein, ihnen wurden detailliert ihre Organisations- und Gründungsformen vorgeschrieben. Diese Vorschriften galten speziell für publizistische Unternehmen, gingen also über das allgemeine Wirtschaftsrecht hinaus. Der endgültige Schritt zur Konsolidierung eines Verlages, die Eintragung in das amtliche Register der Zeitungsunternehmen, war auf das Wohlwollen der Behörden angewiesen. Der einzelne Staatsbürger hatte also kein Recht auf die Gründung eines solchen Unternehmens, sondern benötigte eine staatliche Konzession ²⁾.

Nach den Vorschriften des Kapitel V des Pressegesetzes ³⁾ über den Beruf von Journalisten und Direktoren wurde dem Informationsministerium zugestanden, direkt in die Personalpolitik der einzelnen Unternehmen einzugreifen. Mißliebige Redaktionsmitglieder konnten von ihren Positionen suspendiert werden, wobei das private Unternehmen, das die Betroffenen eingestellt hatte und bezahlte, sich nicht dagegen zur Wehr setzen konnte. Auch eine eigenständige Preispolitik wurde den Zeitungsverlegern verwehrt. Durch die staatliche Kontrolle der Verkaufspreise ⁴⁾ wuchs die Abhängigkeit der Betriebe von Anzeigenkunden. Mit zunehmender Verbreitung traten die staatlichen Hörfunk- und

1) Batz, 1973, S. 244

2) Conesa, Pamplona 1978, S. 100 ff.

3) siehe Anhang, S. 46

4) Art. 32, Pressegesetz

Fernsehanstalten immer stärker in Konkurrenz zu der Presse ¹⁾. Außerdem kontrollierte der Staat durch einen hohen Besitzanteil an der heimischen Papierindustrie ²⁾ und Importbeschränkungen den Zeitungspapiermarkt. Die Unternehmen waren in ihrer wirtschaftlichen Leistung nicht unabhängig.

Mit der kontrollierten Ausbildung, der obligatorischen Eintragung in das Berufsregister und der kontrollierten Einstellung in einem Unternehmen hingen auch die Journalisten in ihrer Berufsausübung vom Wohlwollen des Informationsministeriums ab, das ihnen jederzeit entzogen werden konnte ³⁾. Die journalistischen Standesorganisationen konnten nicht gegen das Ministerium einzelne Kollegen unterstützen, da ihre Mitglieder selbst vom Ministerium ernannt wurden ⁴⁾. Ebenso wurden die Mitglieder des Standesgerichtes vom Ministerium eingesetzt; sie mußten über die Einhaltung der Berufsprinzipien und der Prinzipien des Movimiento wachen und konnten Berufsverbote aussprechen ⁵⁾. Dasselbe journalistische "Vergehen" konnte außer vor dem Standesgericht noch vor dem Zivil-, Straf-, Verwaltungs- und Militärgericht verhandelt und abgeurteilt werden ⁶⁾. An Sanktionsmöglichkeiten für undisziplinierte Redakteure war also kein Mangel.

Eine weitere Kontrolle über die nichtstaatlichen Massenmedien ermöglichte der Art. 49. Darin war das offizielle Monopol für ausländische Nachrichten verankert, das eine

1) Dueñas, 1969, S. 22

2) Tamames, 1971, S. 211

3) Fernández, Libertad, 1971, S. 126

4) Köppinger, 1977, S. 256/60

5) Batz, 1973, S. 112; S. 114

6) Fernández, Libertad, 1971, S. 106; Sánchez Agesta, 1971, S. 163

staatliche Agentur wahrnahm. Agenturen für innerspanische Meldungen aller Art unterlagen den Presseunternehmen entsprechenden Vorschriften und Bedingungen. Erst nach Aufnahme in das amtliche Register konnten sie die Arbeit beginnen. Das gleiche galt für Importfirmen ausländischer Druckerzeugnisse. Ein freier Nachrichtenaustausch mit dem Ausland wurde dadurch unterbunden.

Das neue Gesetz mit seinen Vor- und Nachteilen ermöglichte einer liberalen Regierung eine liberale Handhabung, während es die Möglichkeiten zur Unterdrückung offenließ. Es wurde von Journalisten und Verlegern eher als ein Übergangsgesetz in einer langsamen Liberalisierung der Gesellschaft verstanden ¹⁾. Die staatlichen Kontrollen sind aber keinesfalls mit Pressefreiheit zu vereinbaren ²⁾. Zu einer Demokratisierung des Pressewesens bedürfte es mindestens einer Modifizierung des Strafrechtes ³⁾.

1) Conesa, Pamplona 1978, S. 399

2) Köppinger, 1977, S. 307

3) de Esteban, 1973, S. 446

2. Rechtsbestimmungen außerhalb des Presserechtes

2.1 Die Ley Orgánica

Mit der Veröffentlichung des Pressegesetzes im April 1966 hatte die sogenannte "Politik der Öffnung", der Liberalisierung des alten Regimes unter Beibehaltung seiner Fundamente, ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Hoffnungen und Erwartungen auf eine weitergehende Demokratisierung des Landes wurden schon wenig später mit der Veröffentlichung der "Ley Orgánica del Estado ¹⁾" zunichte gemacht. Mit diesem Grundgesetz sollten alle bestehenden Gesetzeskörper koordiniert werden und Spanien als Rechtsstaat ausgewiesen werden ²⁾, was dem autoritären Staatssystem aber entgegengesetzt gewesen wäre. Die "Ley Orgánica" garantierte den Streitkräften eine maßgebliche Beteiligung am politischen Prozeß und wollte damit die Weiterführung der frankistischen Ordnung auch nach Franco sichern ³⁾. Eine liberale Politik, die den Bürgern politische Rechte garantierte, würde also in Spanien zunächst nicht zu erwarten sein.

Die im neuen Pressegesetz zugestandenen Freiheiten erhielten dadurch den Status von Privilegien, die wieder verweigert werden konnten. Trotzdem bedeutete ihr Zugeständnis einen Fortschritt in Richtung auf mehr Bürgerrechte und Meinungsfreiheit. Dieser Fortschritt fand seine Grenzen in allgemeinen Gesetzen wie der "Ley Orgánica", die die politischen Rechte der Spanier einschränkten.

1) "Organisches Staatsgesetz"

2) Carr/ Fusi, 1979, S. 40

3) Tamames, 1977, S. 507; Hermens/Köppinger, 1976, S. 124

2.2 Die Strafrechtsbestimmungen

Einige strafrechtliche Tatbestände waren auch für die Presse relevant. Dazu gehörten Handlungen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates, die öffentliche Verhöhnung hoheitlicher Einrichtungen und Symbole, die Verbreitung staatsfeindlicher Drucksachen ausländischer Herkunft in Spanien und die Veröffentlichung verleumderischer Schriften durch Spanier im Ausland ¹⁾. Allerdings bestanden keine eindeutigen Hinweise darauf, wo geduldete Kritik zur "Handlung gegen die innere oder äußere Sicherheit des Staates" wurde oder wann ein Artikel über den Staatsoberhaupt eine strafbare Handlung darstellte. Die Autoren mußten sich entweder vorsichtig zurückhalten oder riskierten den Konflikt mit dem Gesetz. Da "Angriffe auf Staat, Regime und öffentliche Ordnung" ²⁾ strafbar waren, konnte jede Kritik an den genannten Institutionen gefährlich werden.

Der Militärrechtskodex schränkte die Berichterstattung über militärische Fragen ein: Verboten waren die Beleidigung von Nation und Armee sowie Angriffe auf deren Schlagkraft ³⁾. Hier kam wieder das Prinzip der undefinierten und dadurch unberechenbaren Verbote zum Zuge: Jeder kritische Kommentar zur Lage der Streitkräfte, wäre er noch so sehr von gutem Willen und patriotischen Gefühlen beiseel, konnte als Beleidigung ausgelegt werden.

Am 8. April 1967 wurde dem Strafrechtskodex der "Art. 165 bis" hinzugefügt. Es handelte sich dabei um den fast wörtlich

1) Köppinger, 1977, S. 231

2) Köppinger, 1977, S. 231

3) Köppinger, 1977, S. 231

übernommenen Art. 2 des Pressegesetzes. Die Überschreitung der dort festgelegten Grenzen der Pressefreiheit wurde zum Straftatbestand erklärt¹⁾. Demnach waren alle Veröffentlichungen strafbar, die die Moral und die guten Sitten gefährdeten, sich gegen die innere Ordnung und den äußeren Frieden richteten und die Prinzipien des Movimiento angriffen²⁾. Ebenso machte sich strafbar, wer es gegenüber Personen, Einrichtungen und Handlungen der Regierung am nötigen Respekt mangeln ließ. Als Mindeststrafmaß waren sechs Monate Berufsverbot für die Journalisten vorgesehen, darüberhinaus konnten Geldstrafen entweder dem Verfasser, dem Direktor, der Redaktion oder dem Verlag auferlegt werden. Aus einem presserechtlichen Vergehen gemäß Art. 2 des Pressegesetzes war damit ein krimineller Akt geworden, der strafrechtlich zu verfolgen war. Die undeutliche Abgrenzung des Strafbaren gegenüber dem Erlaubten wurde mit übernommen: Wann die guten Sitten und die Moral gefährdet waren, blieb weiterhin der Auslegung des jeweiligen Richters überlassen. Die für eine beanstandete Druckschrift Verantwortlichen konnten sich auf keine Rechtsgarantie berufen. Die Folge dieser Kriminalisierung von Pressedelikten war eine große Rechtsunsicherheit und damit eine wesentliche Erhöhung des Berufsrisikos des Journalistenberufs und aller daran Beteiligten. Allerdings war es im Gegensatz zu der Periode bis 1966 immerhin möglich, das Risiko einer unerwünschten Veröffentlichung überhaupt einzugehen, was die Vorzensur früher unmöglich gemacht hatte.

1) Fernández, Ley, 1971, S. 93; Batz, 1973, S. 103

2) Gaceta de la Prensa Española No. 19, Mai 1967, S. 3-5

2.3 Die "Allgemeinen Grundsätze des Journalistenberufes"

Am 6. Mai 1967 wurden die "Principios Generales de la Profesión Periodística ¹⁾", "Allgemeine Grundsätze des Journalistenberufes", veröffentlicht. Sie verpflichteten die Journalisten, die christliche Moral, die Prinzipien des Movimiento und die Grundgesetze zu achten. Jeder Sensationalismus, besonders bei Jugendpublikationen, sollte vermieden werden, Ehre und Intimität der Person waren zu achten. Die "Allgemeinen Grundsätze" gestanden den Journalisten die Geheimhaltung ihrer Quellen zu, allerdings mit Einschränkungen: In Fällen der notwendigen Zusammenarbeit mit der Justiz und zum allgemeinen Wohl sollte das Berufsgeheimnis aufgehoben werden können. Seine damit verbundene Eingrenzung hob gleichsam das Berufsgeheimnis überhaupt auf.

Diese Berufsgrundsätze hielten sich innerhalb der gesetzlichen Vorschriften, die ein Journalist ohnehin beachten mußte. Neu war hier der Hinweis, daß sich niemand auf ein Recht zur Geheimhaltung der Quellen berufen konnte. Ebenso wenig war die Ächtung von Sensationalismus in der Reihe der bisherigen Reglementierungen erschienen. Es handelte sich dabei um eine weitere schlecht definierte und dadurch sehr weitreichend anwendbare Vorschrift. Sie diente weniger der Verhinderung unlauterer Berichterstattung als der Disziplinierung unbotmäßiger Journalisten und erweiterte damit das staatliche Instrumentarium zur Kontrolle der Medien.

1) Boletín Oficial del Estado, Colección textos oficiales, Ley de Prensa e Imprenta, Anhang Nr. 13

2.4 Das Gesetz über die Staatsgeheimnisse

Das Gesetz über die Staatsgeheimnisse, "Ley de los Secretos Oficiales", trat am 5. April 1968 in Kraft ¹⁾. Es handelte sich um eine Auflistung offizieller Tabuthemen, über die nicht berichtet werden durfte. Betroffen waren in erster Linie Themen aus dem wirtschaftlichen, industriellen, diplomatischen und militärischen Bereich, deren Geheimhaltung im Interesse der Regierung lag. Ebenso galt es für irgendwelche offiziellen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung wegen besonderer Umstände erwünscht war. Dieses Gesetz war aus einer seit 1966 existierenden Liste von Themen, die nicht öffentlich behandelt werden durften, hervorgegangen. Dazu gehörten unter anderem Streiks, Skandale in der politischen Oberschicht und der Gesundheitszustand Francos sowie die Diskussion seiner Nachfolge ²⁾.

Die Regierung erhielt damit eine Möglichkeit, unliebsame Themen oder allgemein solche, deren Bekanntwerden in der Öffentlichkeit nicht ratsam erschien, zum Tabu zu erklären. So mußte nicht jeder einzelne Fall verfolgt werden. Dieses Gesetz brachte ohne Zweifel den Journalisten eine eindeutige Definition verbotener Themen. Andererseits waren gerade diese Themen von hohem öffentlichen Interesse. Die Vermittlung und Kommentierung von Ereignissen von aktuellem Interesse mußten, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Staatsgeheimnisse, zugunsten einer Propagandapresse im Sinne der frankistischen Politik weiter zurücktreten.

1) Batz. 1973, S. 117; veröffentlicht im "Boletín Oficial del Estado" vom 6. 4. 1968

2) Georgel, 1970, S. 216

Am 14. August 1968 wurde den Staatsgeheimnissen ein weiteres verbotenes Thema hinzugefügt. Das an diesem Tag erlassene Dekret über die Unterdrückung von Banditentum und Terrorismus verbot die Berichterstattung über militante oppositionelle Gruppen, deren Aktivitäten, Ursprünge, Ziele und Wirkungen. Dies betraf in erster Linie die ETA, deren Militanz gegen Ende der sechziger Jahre mehr und mehr zunahm; im Baskenland häuften sich Anschläge und Übergriffe. Die Aktionen der ETA fanden zu Francos Lebzeiten wohlwollendes Interesse bei weiten Kreisen der Bevölkerung, Berichte darüber wurden mit diesem Dekret illegal.

3. Die neue Pressepolitik

3.1 Mehr Freiheiten seit 1966

Obwohl das neue Gesetz viel zu wünschen offen ließ, brachte es eine Belebung des Pressemarktes. 1966 - 1968 kam es zur Neugründung von zehn Tageszeitungen, während in den Jahren seit 1950 durchschnittlich eine Zeitung in zwei Jahren neu erschienen war ¹⁾. Von 1966 bis zum Sommer 1968 gab es 16 neue Zeitschriften ²⁾. Auch der Büchermarkt hatte sich wesentlich erweitert: Dank der Flexibilität Fragas konnte bislang verbotene Literatur erscheinen: Übersetzungen von Marx, Marcuse, Lukács und anderen wurden frei verkauft ³⁾. Da nur die dünne Schicht der Intellektuellen sich für derartige Literatur interessieren würde, konnte das Informationsministerium ihre Verbreitung gestatten ⁴⁾.

Wenn auch das neue Pressegesetz nicht auf einhellige Zustimmung stieß, begrüßte man es doch allgemein als wichtigen Schritt in Richtung auf eine größere Meinungsfreiheit. Informationsminister Fraga bemühte sich um eine Durchführung seiner vergleichsweise liberalen Politik im Rahmen des frankistischen Systems. Wie die zahlreichen Neuerscheinungen auf dem Pressemarkt bewiesen, vergab das Informationsministerium bereitwillig neue Konzessionen.

Abseits vom offiziellen Pressemarkt gaben immer mehr Un-

1) Siehe Tabelle Nr. 29, Anhang

2) Fernández, Libertad, 1971, S. 186

3) Carr/Fusi, 1979, S. 126

4) Carr/Fusi, 1979, S. 128

ternehmen Werkzeitungen heraus. Das allgemeine Interesse für die Weitergabe und den Empfang von Informationen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft war offensichtlich gestiegen ¹⁾. Das neue Gesetz kam der sozialen Entwicklung einer Gesellschaft entgegen, die zu dieser Zeit "weitgehend einer industriellen Großgesellschaft" entsprach ²⁾.

Theoretisch konnten nach dem Wegfall der Vorzensur die Zeitungen und Zeitschriften Spaniens drucken und veröffentlichen, was sie wollten. Aus welchen Gründen sie es praktisch doch nicht konnten, wurde bereits dargelegt. Die Veröffentlichung des Gesetzes bedeutete aber ein Signal für innenpolitische Liberalisierung, so wurde die neue Freiheit erst einmal ausprobiert und ihre Grenzen abgetastet. Zeitungen und Zeitschriften äußerten sich zu den verschiedenen Themen des Lebens freier als jemals zuvor unter Franco. Die Berichterstattung über außenpolitische Themen, die die innere Ordnung Spaniens nicht betrafen, war informativer und offener als Meldungen von nationalem politischen Interesse ³⁾. Trotzdem zeichnete sich auch hier ein Fortschritt ab: Eine Zeitschrift aus Barcelona druckte ein Interview mit einem Minister aus den Jahren der spanischen Republik ab, was früher undenkbar gewesen wäre ⁴⁾.

Wenn auch bei den betroffenen Journalisten die Enttäuschung über die verbliebenen Restriktionen überwog, wurde doch zugestanden, "ein bißchen mehr als gestern" sagen zu können ⁵⁾.

1) Nuestro tiempo No. 164, 1968, S. 206

2) Köppinger, 1977, S. 385

3) Michener, 1969, S. 327

4) Fernández, Reflexiones, in: Cuadernos para el diálogo, März 1971

5) Miguel Delibes, in: Cuadernos para el diálogo, März 1971

3.2 Strafmaßnahmen der Administration

Innerhalb von zwei Jahren waren nach dem neuen Gesetz in Spanien 339 Verfahren wegen Pressedelikten eingeleitet worden ¹⁾. Bei 180 dieser Verfahren kam es zu Sanktionsmaßnahmen ²⁾. Dies bedeutet immerhin, daß in den ersten zwei Jahren der neuen "Pressefreiheit" fast zweimal wöchentlich ein Journalist oder Verlag wegen seiner publizistischen Tätigkeiten abgeurteilt wurde. Erst unter dem neuen Gesetz, ohne Vorzensur, konnte es zum ersten Mal seit Ende des Bürgerkrieges 1939 zum Verbot einer Zeitung kommen. Der spektakulärste Fall war der der Madrider Abendzeitung "Madrid".

Am 31. Mai 1968 wurde "Madrid" auf Beschluß des Ministerrates für zwei Monate verboten und sein Direktor mit einer Geldbuße von 250.000 Peseten belegt. Da der vorgeschriebene bürokratische Weg eines solchen Verbotes gewisse Zeit in Anspruch nahm, wurde als offizieller Grund ein Artikel vom Februar 1968 angegeben. Darin war über einen französischen Nobelpreisträger berichtet worden, der die Ehrendoktorwürde der Madrider Universität abgelehnt und seine Kritik an den spanischen politischen Verhältnissen geäußert hatte.

Beim Berufungsverfahren vor dem Amtsgericht äußerten die Rekursnehmer den Verdacht, das Verbot sei nur aus formellen Gründen wegen des Februarartikels ausgesprochen worden. Den wahren Grund vermuteten sie in der Ausgabe vom 30. Mai 1968, die beschlagnahmt worden war. Der darin beanstandete Artikel hatte den Titel "Sich zur rechten Zeit zurückziehen - Nein zu General de Gaulle", der die Unvereinbarkeit

1) Conesa, Pamplona 1978, S. 499

2) Fernández, Libertad, 1978, S. 186; Beyme, 1971, S. 104

einer autoritären Regierung mit den Bedürfnissen einer modernen Industriegesellschaft behandelte. Die Behörden hatten darin die Parallelen zur Situation Francos gesehen und beanstandet, was der Zeitung eine weitere Suspension von zwei Monaten eintrug ¹⁾. Der Autor des fraglichen Artikels war der Haupteigentümer und Herausgeber von "Madrid", Rafael Calvo Serer, der dem liberalen Flügel des "Opus Dei" zugerechnet wurde. Der finanziellen Hilfe dieser Organisation verdankt die Zeitung auch das wirtschaftliche Überleben während des viermonatigen Verbotes ²⁾. Das Opus, in seiner Macht oft überschätzt, war außerstande, die zunächst zeitweilige und 1971 endgültige Suspension von "Madrid" zu verhindern.

Ein weiteres Beispiel für die Methoden des Informationsministeriums gegenüber unliebsamer Presse bietet die Zeitung "El Alcázar". Die "Generaldirektion der Presse", eine Abteilung des Ministeriums, teilte der Herausbergesellschaft P.E.S.A. am 27. September 1968 das Verbot ihrer Zeitung mit. Am nächsten Tag lehnte sie folgerichtig ab, die Pflichtexemplare zur Hinterlegung entgegenzunehmen. Zur Begründung gab die Behörde folgendes an: Die "Hermandad de Nuestra Señora del Alcázar" ³⁾, Titular des Zeitungskopfes, betrachte den Vertrag über die zeitweilige Nützung ihrer Rechte als aufgelöst. Die Gesellschaft P.E.S.A. habe gewisse Klauseln in Bezug auf die Treue zum "Caudillo von Spanien", auf die Politik der Regierung und auf die Einheit von Armee und Vaterland nicht erfüllt. Im folgenden Prozeß entschied das Gericht zugunsten von P.E.S.A.. Trotzdem gab von da an die Bruderschaft, eine "Kleine rechts-

1) Santos, 1971, S. 22

2) Lorenzen, 1978, S. 89 - 99

3) "Bruderschaft Unserer Frau vom Alcázar"

radikale Vereinigung" ¹⁾ den Alcázar heraus.

"El Alcázar" hatte bis zu diesem Zeitpunkt unter einem jungen, liberalen Chefredakteur eine unabhängige, progressive Richtung vertreten. Nach dem erzwungenen Wechsel der Herausgeber verlor es rasch dreiviertel seiner Auflage von bis dahin 90 000 Exemplaren ²⁾. P.E.S.A. stand unter der Kontrolle des "Opus Dei", das sich damit eines weiteren Sprachrohres beraubt sah.

1) Köppinger, 1977, S. 317

2) siehe Anhang, Tabelle 3; Lorenzen, 1978, S. 73

III. Die spanischen Massenmedien zu Beginn der siebziger Jahre

Einleitung

Um einen Vergleich der spanischen Tagespresse zu Lebzeiten Francos, also unter einer Diktatur, mit dem Übergang zur Demokratie in den Jahren 1976 - 1979 zu ermöglichen, soll zunächst die Lage der Tagespresse, des Hörfunks und des Fernsehens bis 1970 dargestellt werden. Die Einbeziehung der Funkmedien ist deshalb hier wichtig, da diese mit zunehmender Verbreitung in Konkurrenz zur Tagespresse traten und deren traditionelle Rolle teilweise schon übernahmen. In der Aktualität der Nachrichten und der Attraktivität als Werbeträger wurde die Führungsrolle des Funks unbestritten.

Die Funkmedien in Spanien waren bis auf einige private, aber von den Behörden kontrollierte, Hörfunksender staatlich organisiert und als eine Unterabteilung des Informationsministeriums betrieben, ebenso wie ein Drittel der Tageszeitungen und die Nachrichtenagentur "EFE". Somit verfügte die Regierung über den größten Medienkonzern Spaniens. Neben der staatlichen Presse sollen die weiteren großen Konzerne untersucht werden, um ein Vergleichsmoment zur Entwicklung der Pressekonzentration im folgenden Jahrzehnt zu ermöglichen. Ebenso soll die Wirtschaftslage der Privatverlage betrachtet werden.

Entwicklung und Organisation der Funkmedien können hier nur soweit berücksichtigt werden, als sie für die Tagespresse relevant sind.

1. Die Tagespresse

1.1 Anzahl und Auflagen

Die exakte Ermittlung der Auflagenhöhe spanischer Tageszeitungen erweist sich als überaus schwierig, da nur etwa ein Drittel der Verlage sich einer diesbezüglichen Überprüfung zu unterziehen pflegen. Als Kontrollinstanz für die Auflagenhöhe von Periodika fungiert in Spanien die "Oficina de Justificación de la Difusión para el Control de Publicaciones Periódicas" ¹⁾, "OJD". Die in der freiwilligen Kontrolle ermittelten Daten werden viermal jährlich im "Guía de los Medios", einem Medienführer, veröffentlicht, der auch die Anzeigenpreise abdruckt. Da die potentiellen Inserenten auf die Korrektheit der Angabe Wert legen, gilt der "Guía de los Medios" im Gegensatz zu vielen in Spanien veröffentlichten Statistiken und anderem Zahlenmaterial als sehr zuverlässig.

1970 gab es in Spanien 119 Tageszeitungen ²⁾ mit einer Gesamtauflage von ca. dreieinhalb Millionen Exemplaren ³⁾. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 34 Millionen entfielen dabei 102 Tageszeitungen auf 1000 Einwohner ⁴⁾. Diese Dichte lag unter dem Welt-Durchschnitt von 130 Exemplaren pro Einwohner und wesentlich unter den Werten der westlichen Industrienationen, was Spanien als kulturelles Entwicklungsland auswies ⁵⁾.

1) "Büro des Nachweises der Verbreitung zur Kontrolle von periodischen Veröffentlichungen"

2) siehe Anhang, Tabelle 10

3) siehe Anhang, Tabelle 11

4) siehe Anhang, Tabellen 12 und 13

5) El País, 25. 2.1979, S. 9; vgl. UNESCO-Maßstäbe, Instituto de Ciencias Sociales, 1964, S. 337

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß etwa die Hälfte aller Exemplare in Madrid und Barcelona verkauft wurden, sank der Durchschnitt auf ca. 58 Zeitungen pro 1000 Bewohner ¹⁾.

Die vier auflagenstärksten Tageszeitungen "ABC", "La Vanguardia", "Ya" und das Gewerkschaftsblatt "Pueblo" waren alle mit einer Auflage zwischen 150 000 und 200 000 Exemplaren überregional verbreitet ²⁾. "Informaciones", "El Alcázar" und das Zentralorgan der "Nationalen Bewegung" "Arriba" mit zwischen 35 000 und 40 000 Exemplaren wurden ebenfalls im ganzen Land vertrieben. Neben diesen Tageszeitungen allgemeinen Inhalts existierten an überregionalen Blättern noch zwei Sportzeitungen, "Marca" und "As", eine Zeitung mit nur medizinischen Meldungen, "Noticias Médicas" und eine Wirtschaftszeitung "Informe Económico". Darüberhinaus erfreute sich ein englischsprachiges Touristenblatt "Iberian Daily Sun" eines überregionalen Käuferkreises.

Tageszeitungen mit überregionaler Verbreitung, 1970

Name	Erscheinungsort	durchschnittliche Auflage
La Vanguardia	Barcelona	227.164
ABC	Madrid	224.506
Pueblo	Madrid	218.932
As	Madrid	184.339
Ya	Madrid	153.067
Marca	Madrid	ca. 150.000
Informaciones	Madrid	ca. 50.000
Noticias Médicas	Madrid	ca. 50.000
El Alcázar	Madrid	42.607
Arriba	Madrid	unbekannt
Iberian Daily Sun	P. de Mallorca	ca. 30.000
Informe Económico	Madrid	2.682

1) Richter, 1969, S. 122

2) siehe Anhang, Tabelle 3

Von den 119 Tageszeitungen haben 1970 nur 39 die Höhe ihrer Auflage offiziell ermitteln lassen, die sich durchschnittlich auf 55 000 belief ¹⁾. Diese Zahl war doppelt so hoch wie die geschätzte tatsächliche Durchschnittsauflage einer spanischen Tageszeitung von 23 000 Exemplaren ²⁾.

Die ermittelte Auflagenhöhe verteilte sich wie folgt ³⁾:

Durchschnittliche Auflage	Anzahl der Zeitungen
bis 25 000	12
bis 50 000	14
bis 100 000	8
bis 200 000	2
über 200 000	3

1) siehe Anhang, Tabelle 3

2) Richter, 1969, S. 122

3) siehe Anlage, Tabelle 3

1.2 Besitzverhältnisse

Von den für 1970 ermittelten 119 Zeitungen ¹⁾ gehörten der "Nationalen Bewegung" 41, also 34%. Neun wurden dem "Opus Dei" zugerechnet, dies entspricht 7,5%, sechs der Adelsfamilie Godó, fünf dem Verlag der katholischen Kirche EDICA und zwei der ebenfalls adligen Familie Luca de Tena. Diese fünf Verlagsgruppen teilten sich somit 53% der Gesamt-Titelzahl und etwa 70% der Gesamtauflage.

Besitzer	Titelzahl	Gesamtauflage in Prozent
Movimiento	41 = 34%	25
Opus Dei	9 = 7,5%	7
Godó	6	7
EDICA	5	10
Luca de Tena	2	12
Andere	56	39

Der größte Zeitungsverleger Spaniens war der Staat, der über da. ein Drittel der Tageszeitungen verfügte. An zweiter Stelle folgte die Verlagsgruppe der Familie Luca de Tena aus Madrid, die mit "ABC" und "ABC de Sevilla" über weitere 12% verfügte. "EDICA" verlegte etwa 10% der Gesamtauflage, das "Opus Dei" kontrollierte ca. 7%. Die Familie der Grafen Godó aus Barcelona besaß mit den Zeitungen "La Vanguardia" ebenfalls etwa 7%. Das restliche Drittel verteilte sich auf verschiedene Verlage, die in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert waren und teilweise noch diverse andere Veröffentlichungen herausgaben ²⁾.

1) siehe Anhang, Tabelle 35

2) Die genannten Prozentzahlen setzen sich aus offiziell ermittelten und durch Vergleiche berechneten Auflagenhöhen zusammen.

Unter Berücksichtigung der regionalen und überregionalen Presse verschiebt sich die Verteilung der Auflagen noch weiter von der Verteilung der Titel:

Auflagen in Tausend			Besitzer
regional	überregional	zusammen	
76	224	300	Fam. Luca de Tena
100	150	250	Movimiento Nacional
---	227	227	Fam. Godó
73	153	226	Katholische Kirche (EDICA)
---	219	219	Gewerkschaft
168	---	168	Opus Dei
470	230	700	Andere

Die Sportzeitung "Marca" ist verantwortlich für die gute zweite Position der Verlagskette des Movimiento. Dies zeigt, daß die als Beute des Bürgerkrieges von den Franco-Truppen beschlagnahmte Presse zwar zahlenmäßig die wichtigste Zeitungskette Spaniens geblieben ist, publizistisch aber zunehmend an Bedeutung verloren hat.

Die beiden Familienunternehmen können auf eine lange Tradition zurückblicken. "La Vanguardia" war 1881 in Barcelona von den Brüdern Carlos und Bartolomé Godó gegründet worden, "ABC" im Jahre 1905 von Torcuato Luca de Tena in Madrid. Mit der von der katholischen Kirche herausgegebenen Zeitung "Ya", 1933 gegründet, galten sie als die seriösesten spanischen Zeitungen.

1.3 Die "Hojas de Lunes"

Art. I, Abs. 2 des Grundrechtes der Arbeit vom 9. März 1938 ¹⁾ bestimmte, daß "der Staat...die Sonntagsruhe als geheiligte Bedingung der Arbeitsleistung aufrechterhalten" würde ²⁾. Daher erschienen in Spanien am Sonntagmorgen die Morgenzeitungen, die noch am Vortag hergestellt worden waren. Die Abendzeitungen konnten jedoch nicht erscheinen, genausowenig die Morgenzeitungen am Montag. In diese Lücke traten nun die sogenannten "Hojas de Lunes", die "Montagsblätter". Sie wurden von den örtlichen Presseverbänden herausgegeben. Jeder aktive Journalist mußte Mitglied seines lokalen, nach Provinzen organisierten Presseverbandes sein ³⁾, von dem er auch seinen Presseausweis erhielt. Die Presseverbände stellten die einzigen und gleichzeitig obligatorischen beruflichen Organisationsmöglichkeiten dar. Die ernannten Vorsitzenden sowohl der örtlichen Verbände wie des nationalen Dachverbandes ⁴⁾ rekrutierten sich meist aus dem Movimiento nahestehenden Kreisen, die ohne Schwierigkeiten den Auswahlkriterien des Ministeriums in Bezug auf ihre ideologische Linientreue standhalten konnten ⁵⁾.

Die "Hojas de Lunes" entsprachen in Inhalt und Aufmachung einer normalen Tageszeitung. Bis Montag nachmittag hatten sie das Monopol auf dem Zeitungsmarkt inne. Im Jahre 1970 gab es 34 solcher Montagsblätter mit einer durchschnittlichen Auflagenhöhe von etwa 30 000 Exemplaren.

1) siehe Anhang

2) Wefers, 1967, S. 111

3) "Asociación de la Prensa"

4) "Federación de Asociaciones de la Prensa Española"

5) Cuadernos para el Diálogo, April 1973, S. 21 - 24

"Hojas de Lunes" 1970

Erscheinungsort	Auflagenhöhe in Tausend	Einstellungsdatum
Alicante	50	1978
Almería		
Badajoz	10	
Barcelona	150	
Bilbao	100	
Burgos		
Cáceres		1978
Cádiz		
Ciudad Real		
Córdoba		1970
La Coruña	28	
Gijón		
Granada		
Jerez		
Las Palmas		
León	13	
Lérida		1977
Lugo		
Madrid	120	
Málaga	36	
Murcia		
Orense	9	
Oviedo	39	
Palma de Mallorca	20	
Pamplona	26	
Salamanca		
San Sebastián		
Sta. Cruz		
Santander	30	
Sevilla	61	
Valencia	93	
Valladolid		
Vigo		
Zaragoza		

Da sich nicht alle Blätter der Auflagenkontrolle unterzogen, mußte die Gesamtauflage und die durchschnittliche Auflage aus den offiziell angegebenen Werten und aus Vergleichszahlen errechnet und geschätzt werden. So dürfte die Gesamtauflage, bei leicht steigender Tendenz, knapp über einer Million Exemplaren gelegen haben ¹⁾, nur drei

1) siehe Anhang, Tabelle 4

Blätter konnten die 50 000 überschreiten. 1970 wurden in 32 der 52 Provinzen Spaniens "Hojas de Lunes" herausgegeben ¹⁾.

1) siehe Anhang, Tabelle 34

1.4 Die wirtschaftliche Lage

Art. 24 des Pressegesetzes von 1966 schrieb den Zeitungsverlagen vor, jährlich die Finanzlage und die Besitzverhältnisse ihrer Periodika an hervorgehobener Stelle in der betreffenden Zeitung zu veröffentlichen. Diese Vorschrift war aber nicht sehr deutlich formuliert, und so pflegte kein Unternehmer ihr nachzukommen ¹⁾. Daher mußte in der Darstellung der wirtschaftlichen Lage der spanischen Tagespresse auf gesicherte Unterlagen teilweise verzichtet und diese durch Vergleiche und darauf basierende Schlüsse ersetzt werden.

Seit der Einführung des neuen Pressegesetzes 1966 bis 1970 gab es 14 Neuerscheinungen auf dem Tageszeitungsmarkt. Davon waren zwei bis 1970 wieder eingegangen; auch fünf 1936 - 1946 gegründete Blätter mußten in diesem Zeitraum ihr Erscheinen einstellen. Die Titelzahl stieg von 112 im Jahre 1965 auf 120 im Jahre 1970 ²⁾, das Angebot hatte sich mit dem neuen Gesetz geringfügig verbessert.

Von 1968 bis 1970 verteuerten sich die Produktionskosten um 20 %, während die Anzeigenpreise um durchschnittlich 10 % und die Verkaufspreise um 33 % angehoben wurden; im selben Zeitraum stiegen die allgemeinen Lebenshaltungskosten um 8 % ³⁾. Der Pressemarkt konnte also ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnen, erst die Wirtschaftskrise des Jahres 1973 in der Folge der Ölpreiserhöhungen brachte auch die Zeitungswirtschaft in ernste

1) Tallón, 1978, S. 41, Anm. 51

2) siehe Anhang, Tabelle 10

3) siehe Anhang, Tabellen 5, 8, 9 und 35

Schwierigkeiten ¹⁾.

Einige für die publizistische Lage Spaniens typische Phänomene erschwerten die Beurteilung der wirtschaftlichen Stabilität der Privatpresse. Die aufgeführten Durchschnittswerte beinhalten auch die 30 % der Tageszeitungen, die nicht den Gesetzen des Marktes unterlagen, sondern vom Staat unterhalten wurden. Dazu kamen die Montagsblätter, die immerhin an einem Tag der Woche konkurrenzlos erschienen, ebenfalls von der öffentlichen Hand getragen wurden und in Konkurrenz zu den Privatmedien standen. Aber auch die nichtstaatlichen Presseunternehmen selbst waren in ihren wirtschaftlichen Kalkulationen nicht frei, sondern an staatliche Auflagen gebunden. Es existierte kein freier Markt für das Zeitungspapier ²⁾, sondern zum Schutze der heimischen Papierindustrie, deren Interessen die offizielle Wirtschaftspolitik über die der Zeitungsverlage stellte, bestanden Importbeschränkungen ³⁾. Die überhöhten Preise der heimischen Produktion wurden zum Teil durch Subventionen ausgeglichen, deren Höhe und Verteilung das Ministerium jährlich neu festlegte ⁴⁾. Das Informationsministerium setzte auch die Verkaufspreise fest ⁵⁾.

1970 wurde ein "Plan zur Pressereform", "Plan de Reforma de la Prensa", gefaßt. Der Plan sah vor, die Ausgleichszahlungen des Industrieministeriums an die Papierindustrie, deren Preise über dem Weltmarktniveau lagen, zu streichen.

1) Tamames, 1971, S. 5

2) Molinero, 1977, S. 256

3) Molinero, 1977, S. 252

4) siehe Anhang, Tabelle 26; Tallón, 1978, S. 52

5) Lorenzen, 1978, S. 259

Das Zeitungspapier mußte danach teurer verkauft werden. Damit die Verlage die Mehrausgaben tragen konnten, wurde der Verkaufspreis angehoben und die Anzeigenpreise freigegeben. Darüberhinaus sollte ein Unterstützungsfonds für Verlage in Geldschwierigkeiten geschaffen werden, dessen Mittel nach Entscheidungen einer interministeriellen Kommission unter Vorsitz eines Beamten des Informationsministeriums verteilt werden sollten. Dem Ministerium war damit ein weiteres Instrument zur Disziplinierung der Verlage in die Hand gegeben, nachdem diese schon weder Inhalt noch Mitarbeiter, weder Papierlieferanten noch Verkaufspreise ihrer Produkte ohne staatliche Einmischung auswählen durften ¹⁾. Die staatliche Bevormundung grenzte den Spielraum der eigenständigen wirtschaftlichen Leitung der Verlage ein und ließ ihnen wenig Möglichkeiten zum verlegerischen Engagement.

Diese Situation des eingeschränkten Wettbewerbs förderte das Vertrauen auf Hilfe von außen: Neben den staatlichen Subventionen trug die Unterstützung mancher Zeitungen durch private Unternehmer über die gezielte Vergabe von Inseraten zum Bilanzausgleich mancher Tageszeitungen bei ²⁾.

Bei allen Unbekannten in der Finanzierung spanischer Zeitungen läßt die leicht steigende Gesamtauflage und die Tatsache, daß von 1966 bis 1969 den 13 Neuerscheinungen nur fünf Pleiten gegenüberstanden ³⁾ den Schluß zu, daß der Pressemarkt sich einer gewissen Stabilität erfreuen durfte. Die Lockerung der fast planwirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Bürgerkrieg hatte sogar zu einem

1) Santos, 1971, S. 23

2) Dies wird in Gesprächen mit spanischen Journalisten als Selbstverständlichkeit dargestellt, ist aber kaum nachprüfbar.

3) siehe Anhang, Tabelle 26

leichten Aufschwung geführt.

2. Die Funkmedien

2.1 Hörfunk unter Franco

Die erste Franco-treue Radiokette ging auf den Beginn des Bürgerkrieges 1936 zurück, als Funkamateure der Aufständischen untereinander Kontakt aufnahmen. Daraus entwickelte sich das "Red de Emisoras del Movimiento" ¹⁾, "R.E.M.". Nach Ende des Krieges wurde die Kette der Privatsender umorganisiert und umbenannt, sie hieß nunmehr "Sociedad Española de Radiodifusión" ²⁾, "S.E.R."; ihr wurden verschiedene Provinzsender angegliedert ³⁾. Die S.E.R. blieb eine Kette privater kommerzieller Sender. Sie stand unter Aufsicht des Staates, der mit 25 % des Aktienkapitals beteiligt war ⁴⁾. Die Klärung der sonstigen Besitzverhältnisse erweist sich als überaus schwierig, da die Angaben schwer zu erreichen und nicht eindeutig sind ⁵⁾.

Neben der falangeeigenen R.E.M. und der privaten Kette S.E.R. wurde im Januar 1937 die staatseigene Sendeanstalt R.N.E. ⁶⁾ gegründet. Sie verzichtete auf Werbesendungen und finanzierte sich allein aus Steuereinnahmen. In den vierziger Jahren bedeutete das Radio eine wichtige Propagandawaffe, die der nationalen Regierung bei der Sicherung ihres Sieges half ⁷⁾, weshalb diese auch bereitwillig die Unkosten trug.

1) "Netz der Sender der Bewegung"

2) "Spanische Rundfunkgesellschaft"

3) Haensch/Hartig, 1975, S. 37

4) Cuadernos para el diálogo, Okt. 1975, S. 40

5) Gorostiaga, 1976, S. 359

6) "Radio Nacional de España"

7) Arías, 1972, S. 13

1951 übernahm das neugegründete Ministerium für Information und Tourismus die staatseigenen Sender, sowie die Sendergruppe "Cadena Azul ¹⁾" der falangistischen Jugendorganisation und die "Cadenas de Emisoras Sindicales ²⁾" der vertikalen Gewerkschaft ³⁾. Diese Sendergruppen blieben aber eigenständige juristische Personen ⁴⁾.

Die "Cadena de Ondas Populares Españolas ⁵⁾", "C.O.P.E.", 1955 gegründet, wurde von der Kirche betrieben, auch sie bedurfte der staatlichen Konzession ⁶⁾. Ihre Sendestationen, die es in jeder Provinz gab, trugen je nach Standort den Namen "Radio Popular de...". Sie hatten die Aufgabe, "pastorale Ziele" zu verfolgen ⁷⁾.

Alle Sender mußten das staatliche Nachrichtenmonopol respektieren: Sie durften keine eigenen nationalen oder internationalen Nachrichtensendungen produzieren. Dafür hatten sie die Verpflichtung, zweimal täglich die offiziellen Nachrichten des Informationsministeriums direkt zu übernehmen und unverändert zu senden ⁸⁾. Alle Hörfunksendungen unterlagen der Vorzensur: Jede Sendeanstalt mußte das Gesamtprogramm des folgenden Tages mit Werbung und Musik vollständig dem Informationsministerium vorlegen. Die Strenge der Vorzensur nahm allerdings mit der zunehmenden Liberalisierung und der wachsenden Anzahl von

1) "Blaue Kette", nach der Farbe des spanischen Faschismus

2) "Gewerkschaftliche Senderkette"

3) Haensch/ Hartig, 1975, S. 38; Arías, 1972, S. 55

4) Gorostiaga, 1976, S. 323

5) "Kette der populären spanischen Welle"

6) Arías, 1972, S. 57

7) Gorostiaga, 1976, S. 350

8) Gorostiaga, 1976, S. 216

Direktübertragungen langsam ab ¹⁾.

In den sechziger Jahren konnte mit drei landesweiten Programmen die Bedeutung der lokalen privaten Sender zurückgedrängt werden ²⁾. 1973 wurde der staatliche Hörfunk mit dem Fernsehen organisatorisch zur "Radio-televisión Española", "RTVE", zusammengeschlossen ³⁾.

1) Cuadernos para el diálogo, Oktober 1975, S. 40

2) Arías, 1972, S. 14

3) Decreto-Ley 250/ 1973

2.2 Das Fernsehen

"Radiotelevisión Española" war eine Unterabteilung des Informationsministeriums ohne administrative, juristische oder finanzielle Eigenständigkeit ¹⁾. Das Fernsehen wurde als öffentlicher Dienst verstanden und unterstand vollständig der Regierung. Im Gegensatz zum Hörfunk gab es hier keine privaten Sendeanstalten. Das Staatsmonopol war total und umfassend und erstreckte sich auf sämtliche Bereiche des Mediums, auf die technische Nutzung, auf Form und Inhalte der Programme. Auch die Sendeanlagen gehörten nicht der Postverwaltung, sondern dem Informationsministerium ²⁾.

Spanische Fernseh- und Hörfunkjournalisten unterlagen den gleichen Kontrollen und Vorschriften wie ihre Kollegen der Druckmedien, sie mußten in einem "Registro Oficial de Profesionales de Radiodifusión y Televisión ³⁾" eingetragen sein. Diejenigen, die im nichtjournalistischen Bereich arbeiteten und mit der technischen Realisierung der Programme beschäftigt waren, mußten in einem entsprechenden "Registro Oficial de Técnicos de RTVE" eingetragen sein. Beide Berufsgruppen wurden verpflichtet, die Prinzipien der Moral und der "Nationalen Bewegung" sowie die spanischen Grundgesetze zu beachten und zu befolgen ⁴⁾. Fernsehfilme unterlagen den gleichen Zensurbedingungen wie Kinofilme. Auch die Produktion von Empfangsgeräten unterlag staatlicher Aufsicht, Radio- und Fernsehfabriken mußten sich in das "Registro de Empresas Radiofónicas ⁵⁾"

1) Gorostiaga, 1976, S. 227

2) Gorostiaga, 1976, S. 235

3) Offizielles Register von Fernseh- u. Hörfunk-Fachleuten

4) Gorostiaga, 1976, S. 369

5) "Register der Rundfunkunternehmen"

aufnehmen lassen, wobei die Herstellung von Funkempfängern gesondert kontrolliert wurde. Die Einrichtung von Antennen und die Verkabelung waren genehmigungspflichtig ¹⁾.

Im Jahre 1956 wurde das erste Fernsehgerät fertiggestellt und konnte den Betrieb aufnehmen. 1970 strahlten 17 Sender das erste und elf Sender das zweite Programm aus ²⁾. Bis 1973 kamen sieben Sender für das erste Programm dazu, das im Gegensatz zum zweiten Programm fast überall in Spanien empfangen werden konnte ³⁾.

In Spanien gab es keine Rundfunkgebühren. Da die spanischen Funkmedien in erster Linie auf die Interessen des Franco-Regimes ausgerichtet und die Bedürfnisse des Publikums diesen untergeordnet waren, erscheint die Finanzierung seitens des Informationsministeriums durchaus folgerichtig.

Das Fernsehen gewann schnell an Popularität und wurde zu einem Statussymbol; von 1956 bis 1966 stieg die Anzahl der Empfangsgeräte von 3000 auf 1 750 000 an ⁴⁾. Ab 1965 sendeten erstes und zweites Programm zusammen etwa 80 Wochenstunden ⁵⁾, zu dieser Zeit konnte knapp über die Hälfte der spanischen Bevölkerung zu regelmäßigen Fernsehkonsumenten gezählt werden ⁶⁾. Schon 1968 betrug die Fernsehichte in Spanien 132 Geräte auf 1000 Einwohner, entsprechend 7,6 Einwohner auf einen Fernsehempfänger. Dies war eine im Vergleich zum allgemeinen Lebensstandard unerwartet hohe Dichte ⁷⁾.

1) Gorostiaga, 1976, S. 411

2) Vázquez, 1973, S. 64; Gorostiaga, 1976, S. 235

3) Gorostiaga, 1976, S. 270

4) Vázquez, 1973, S. 64

5) Haensch/ Hartig, 1975, S. 39

6) Revista Española de la Opinión Pública, Nr. 41/ 42,
Okt.-Dez. 1975, S. 265

7) Vázquez, 1973, S. 67

Für 1970 gab das "UNO-Statistical-Yearbook" die Fernseh-
dichte mit 5,75 Personen pro Empfänger an, 61% der Bevöl-
kerung sahen mehrmals wöchentlich fern ¹⁾.

Das Informationsministerium als Sprachrohr der Francore-
gierung verfügte somit dank der Verbreitung des Fernsehens
über einen direkten Zugang zur großen Mehrheit der spani-
schen Bevölkerung. Bei der zwar alphabetisierten, aber
wenig lesefreudigen Bevölkerung nahm der Fernsehkonsum
eine wichtige Stelle in der Freizeitgestaltung ein, die
in den siebziger Jahren noch an Bedeutung gewann: 1974
zählten ca. 90% aller Spanier zu täglichen Fernsehkonsum-
menten ²⁾.

1) Revista Española de la Opinión Pública Nr. 23,
Januar bis März 1971, S. 149 ff.

2) Revista Española de la Opinión Pública Nr. 40/41,
April bis September 1975, S. 274

3. Das Publikum

Der kulturpolitische Stand Spaniens entsprach in bezug auf seine Zeitungsdichte dem eines Entwicklungslandes ¹⁾. Die elementare Voraussetzung zum Zeitunglesen, die Alphabetisierung, war in Spanien weitgehend verwirklicht. Die tatsächlichen Gründe für das Desinteresse der Bevölkerung mußten also anderswo zu suchen sein. Da der Staat die Zeitungen kontrollierte, war die Pressepolitik der Francozeit zumindest teilweise für die Lethargie der Bevölkerung verantwortlich.

Die Presse wird im allgemeinen als unentbehrlich für das Funktionieren einer Demokratie angesehen, weil erst eine informierte Bevölkerung ihre Souveränität ausüben und an den Geschicken der Nation teilhaben kann. Nun war Franco 1936 ausdrücklich gegen die Demokratie angetreten, die Spanien zu viele verschiedene Regierungen innerhalb weniger Jahre beschert und nur Chaos und Unglück gebracht habe. Also hatte er als antidemokratischer, autoritärer Herrscher keinerlei Interesse an einer Volksbeteiligung in Staatsangelegenheiten und somit an einer informierten Bevölkerung. Unter Franco durften die Zeitungen nur eingeschränkt über Themen des öffentlichen Interesses berichten und verloren damit an Attraktivität für die Leser, die sich von der zensierten Presse gelangweilt und abgestoßen fühlten. Über die Medienkontrolle hinaus förderte der frankistische Staat die politische Apathie der Bevölkerung, deren Mehrheit zunächst nach dem Schrecken des

1) Nach UNO-Maßstab liegt die Grenze bei 100 Exemplaren pro 1 000 Einwohner, Dueñas, 1969, S. 2; Spanien hatte diesen Stand in den sechziger Jahren erreicht, siehe Anhang, Tabelle 12.

Bürgerkrieges gern auf ein politisches Engagement verzichtete. Eine Einflußnahme auf Entscheidungen von öffentlichem Interesse war ohnehin nicht gegeben.

Die von kontrollierten Medien abgestoßenen Spanier zeigten sich entsprechend schlecht über internationale Ereignisse informiert: Im Jahre 1969 hatten 30% der Bevölkerung noch nie etwas vom Vietnamkrieg gehört ¹⁾. Auch war das Vertrauen in die benutzten Medien recht gering. Nach einer Umfrage aus dem Jahre 1971 korrelierte die meistgenutzte Informationsquelle keineswegs mit der vertrauenswürdigsten, wobei ein Drittel der Befragten die Frage nach der vertrauenswürdigsten Informationsquelle nicht beantworten konnte oder wollte ²⁾:

Medium	meistgenutzte Informationsquelle	vertrauenswürdigste Informationsquelle
Nationale Presse	61%	44%
Fernsehen	17%	12%
Hörfunk	5%	4%
Zeitschriften	3%	
Ausländische Quellen		3%
gar keines		10%
keine Antwort	11%	22%

Die rapide Verbreitung des Fernsehens stand hierzu in keinem Widerspruch. Wie auch an seiner geringen Nutzung als Informationsquelle abzulesen war, diente es mehr der Unterhaltung und Entspannung der Bevölkerung als ihrer politischen Information.

1) Dueñas, 1969, S. 3

2) Cuadernos para el diálogo, Nom. extraordinario XXXI, Juli 1972, S. 23

Auch die entpolitisierten Zeitungen brauchten sich wenig Sorgen um ihre Existenz zu machen, sie wurden von ihren politisch bevormundeten Lesern, die keine andere Wahl hatten, gekauft.

IV. Medienpolitische Entwicklungen der siebziger Jahre

Der Wechsel von der Diktatur zur Demokratie prägte die siebziger Jahre in Spanien. Die Presse, ein auf Veränderungen des öffentlichen Lebens empfindlich reagierendes Organ, konnte davon nicht unberührt bleiben. An ihrer juristischen Lage hatte sich zwischen 1966 und 1980 nicht viel geändert. Zwar wurde das gültige Pressegesetz nach Francos Tod leicht modifiziert, blieb aber weiterhin in Kraft. Trotzdem hatte sich die Situation der Presse grundlegend gewandelt. Da das Gesetz von 1966 auf präzise Formulierungen und Vorschriften verzichtete, konnte es unter den veränderten politischen Bedingungen großzügig und liberal ausgelegt werden. Im Prinzip folgte seine Handhabung und Auslegung dem in den sechziger Jahren erkennbaren Muster: Die Behörden gestanden das Ausmaß an Pressefreiheit zu, das ihnen opportun erschien. Die ab 1976 gewährte Pressefreiheit wurde akzeptiert und voll ausgenutzt, bot aber kein verbrieftes Recht der Journalisten auf Meinungsfreiheit oder der Bürger auf Informationsfreiheit. Diese zugestandene und angewandte Freiheit bildete eine wesentliche Säule für die Tragfähigkeit der wachsenden spanischen Demokratie. Eine zensierte Presse hätte alle Ankündigungen und Vorbereitungen von freien Wahlen, sei es auf regionaler, parlamentarischer oder Gewerkschaftsebene, unglaublich und lächerlich gemacht. So aber konnte die Bevölkerung das Bemühen der Regierung um einen demokratischen Neubeginn ernstnehmen und unterstützen.

1. Die siebziger Jahre unter Franco

1.1 Repressive Politik unter Carrero Blanco

Nach den Unruhen, die 1969 zum Kabinettwechsel geführt hatten, wollte Franco mit einem "starken Mann" Ruhe und Ordnung auch für die Zukunft sichern. Sein enger Vertrauter Admiral Luis Carrero Blanco sollte als Verteidiger der alten Ordnung und Ideologie und als Garant des Frankismus nach Franco fungieren. 1903 geboren, hatte er sich 1937 den Francotruppen angeschlossen und bekleidete 1940 sein erstes politisches Amt. 1951 trat er in die Regierung ein, zu deren Vizepräsident er schließlich 1969 ernannt wurde. Als "rechte Hand" und Stellvertreter Francos übernahm er eine wesentliche politische Rolle und trug so zur Entlastung des über siebzigjährigen Generalísimo bei. Er sollte den autoritären Frankismus gegen die liberalisierenden Tendenzen der "Politik der Öffnung" wieder erstarken lassen ¹⁾. Außerdem sollte er dem designierten Nachfolger den Übergang erleichtern: 1969 vereidigte Franco den Enkel des letzten spanischen Königs Alfonso XIII, Juan Carlos, auf die Grundgesetze des spanischen Staates. Dem jungen, 1938 geborenen Juan Carlos traute er aber nicht zu, ohne Unterstützung eines erfahrenen alten Kämpfers den Frankismus fortsetzen zu können.

Die Liberalisierung der sechziger Jahre fand unter der Regierung Carrero ein vorläufiges Ende. Der vergleichsweise progressive, der "Politik der Öffnung" zugeneigte Fraga wurde in der Führung des Informationsministeriums

1) Carr/ Fusi, 1979, S. 189; Equipo de Estudios, 1976, S. 29

von Alfredo Sanchez Bella abgelöst. 1916 geboren, hatte er sich im Bürgerkrieg als Sprecher beim Soldatenfunk betätigt. Promovierter Historiker und engagierter Katholik, durchlief er verschiedene journalistische und diplomatische Stellungen, bis er 1969 als Minister für Information und Tourismus eingesetzt wurde ¹⁾. Seine Amtszeit war von einer erheblich engeren Auslegung der gesetzlichen Vorschriften geprägt ²⁾. Trotzdem konnte er die Politik seines Vorgängers nicht gänzlich verändern, sondern setzte sie im wesentlichen fort ³⁾, wenn auch unter erschwerten Bedingungen für die Betroffenen. Die Journalisten hatten in den vergangenen drei Jahren Erfahrungen mit dem neuen Gesetz sammeln können und ihren Optimismus der ersten Monate abgebaut. Die wirklichen Grenzen der Pressefreiheit hatten sich allmählich gezeigt, sie hingen vom Entgegenkommen der Behörden ab. Sanchez zog die Grenzen so viel enger als Fraga, daß die Klage laut wurde, der Prozeß der Öffnung sei nicht nur aufgehalten, sondern sogar rückläufig ⁴⁾.

Sowohl die Vorstöße der Journalisten wie die Reaktionen auf behördlicher Seite waren auch von äußeren Faktoren abhängig: Die Journalisten wollten den Erwartungen ihrer Leser nach ausführlicher und offener Berichterstattung entgegenkommen, und das Informationsministerium durfte den konservativen Flügel der Regierung nicht beunruhigen, der angesichts größerer Pressefreiheit seine Werte und Positionen gefährlich bedroht sah. Die Auseinandersetzung zwischen dem Ordnungsanspruch des Staates und den Presse-

1) Lorenzen, 1978, S. 184/ 185

2) Equipo de Estudios, 1976, S. 185

3) Lorenzen, 1978, S. 185

4) Delibes, 1971, S. 20

organen, die sich diesem nicht unterwerfen wollten, fand im Jahre 1971 neue Höhepunkte: Das Informationsministerium strich die liberale Tageszeitung "Madrid", die unter Suspensionen und Verboten zu leiden gehabt hatte, endgültig aus dem Register ¹⁾. Nach der offiziellen Darstellung wurde sie "wegen undurchsichtiger finanzieller Verhältnisse geschlossen, von denen es Pflicht des Ministers ist, sie zu überprüfen" ²⁾. Selbst staats-eigene Blätter blieben nicht frei von liberalen Tendenzen und den darauf folgenden Strafmaßnahmen und Eingriffen des Informationsministeriums: Im Frühjahr 1971 wurde gegen einen Reporter des Gewerkschaftsblattes "Pueblo" ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet, weil er über einen Regimegegner berichtet hatte; in dieser Zeit wurde auch der Chefredakteur des Zentralorgans des Movimiento, "Arriba", abgesetzt ³⁾. Die beiden letzten Beispiele zeigen, wie sehr die frankistische Ordnung schon zu Beginn der siebziger Jahre an innerer Geschlossenheit verloren hatte, daß auch Mitarbeiter an staats-eigenen Medien die Auseinandersetzung mit dem System nicht scheuten und für eine Modifizierung der Politik eintraten. Dabei riskierten sie persönliche Unannehmlichkeiten, wohingegen linientreue Journalisten mit mehr persönlichem Freiraum auf anderen Gebieten belohnt wurden ⁴⁾.

Die inneren Schwierigkeiten Spaniens wurden währenddessen härter als je zuvor unter Francos Herrschaft auf der

1) 1977 wurde das Kultusministerium verurteilt, den durch die Schließung von "Madrid" Betroffenen einen Schadensersatz zu zahlen; AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 145

2) Gaceta de la Prensa, August 1972, S. 38

3) Beyme, 1971, S. 106

4) Fernández Areal, La Ley de Prensa, 1971, S. 98

Straße ausgetragen. Im Juli 1970 kam es erstmals seit Ende des Bürgerkrieges zu politischen Toten: Bei der Auflösung einer Arbeiterdemonstration schoß die Polizei in die Menge und tötete drei Demonstranten. Die Regierung Carrero wurde innerhalb Spaniens mehr und mehr abgelehnt und verlor auch im Ausland stark an Ansehen. Diese Entwicklung erreichte einen Höhepunkt mit dem sogenannten Burgos-Prozeß, so bezeichnet nach dem Verhandlungsort. Von den angeklagten Mitgliedern der baskischen Separatistenorganisation "ETA" wurden sechs in einem fragwürdigen Verfahren zum Tode verurteilt. Der Prozeß verursachte eine weitere Destabilisierung Spaniens und löste in ganz Europa eine Anti-Franco-Welle aus ¹⁾. Die Revision des Urteils schließlich erfolgte nicht nur auf die massiven Proteste auf nationaler und internationaler Ebene hin, sondern die "ETA" hatte inzwischen den deutschen Wahlkonsul Beihl entführt und unterstrich damit nachdrücklich die Forderung nach Begnadigung ihrer Genossen. Beihl wurde noch vor der Begnadigung auf die Zusicherung der deutschen Regierung, ihren Einfluß für die Verurteilten zu verwenden, freigelassen ²⁾. Damit fand das Baskenproblem internationales Interesse; der Burgos-Prozeß wurde zum Symbol frankistischer Unterdrückung, die nun auch im Ausland heftigste Kritik erfuhr. Selbst die Kirche stellte sich immer offener auf die Seite der Opposition.

Der neue Vizepräsident bemühte sich, den Zerfall der alten Ordnung mit harten innenpolitischen Gegenmaßnahmen aufzuhalten. Die 1970 und 1973 erlassenen Schul- und Gewerkschaftsgesetze bedeuteten einen Rückschlag für

1) Carr/ Fusi, 1979, S. 191

2) Ahrens/ Degen, 1977, S. 171

alle diejenigen, die noch an eine allmähliche Öffnung des Regimes geglaubt hatten ¹⁾. Besonders das Gewerkschaftsgesetz enttäuschte die Öffentlichkeit, da es nicht die erhoffte unabhängige Interessenvertretung der Arbeiter gestattete ²⁾.

Die repressive Haltung der Regierung hatte gesteigerte Radikalität bei ihren Gegnern zur Folge. Die Aktivität der "ETA" nahm zu, Überfälle und Entführungen häuften sich. Das Regime antwortete auf die Spannungen nicht mit politischen, sondern weiterhin mit polizeilichen Maßnahmen. 1973 wurde zum ersten Mal ein Polizist von einer terroristischen Gruppe erschossen.

Auch auf dem Pressemarkt wirkte sich das Ende der Liberalisierung aus. Nachdem ab 1966 ein neuer Aufschwung zu verzeichnen gewesen war, kam es von 1970 bis zu Francos Tod Ende 1975 nur zu drei Neuerscheinungen ³⁾, obwohl die spanische Wirtschaft von 1970 bis 1973 florierte ⁴⁾. Die Pressefreiheit war wieder eingeengt, selbst Fachliteratur blieb nicht ausgenommen ⁵⁾. Neben der politischen Berichterstattung erschien die Aufrechterhaltung von Sitte und Moral besonders wichtig: Sogar die Fernsehwerbung wurde von "unkeuschen" Darstellungen gereinigt ⁶⁾. Das Berufsrisiko für Journalisten erreichte derartige Ausmaße, daß keine Versicherungsgesellschaft Arbeitslosenversicherungen abschließen

1) Carr/ Fusi, 1979, S. 191

2) Beck, 1979, S. 265 f

3) siehe Anhang, Tabelle 29

4) Carr/ Fusi, 1979, S. 191

5) Franzbach, 1975, S. 21

6) Der Spiegel Nr. 28, 1971, S. 70/71

wollte ¹⁾.

Trotz aller offiziellen Gegenmaßnahmen ließ sich die Diskussion in der sich langsam politisierenden Öffentlichkeit nicht mehr unterdrücken, die die autoritäre frankistische Regierung zunehmend als Belastung für die spanische Gesellschaft empfand ²⁾. Der gemeinsame Wunsch nach einem politischen Wechsel vereinte revolutionäre und bürgerliche Kräfte, die sich im Bürgerkrieg noch erbittert bekämpft hatten.

1973 wurde Carrero zum Regierungspräsidenten ernannt. Seine Amtsperiode sollte fünf Jahre dauern, um so auch dem designierten Nachfolger Francos, Juan Carlos, seinen politischen Kurs vorzuschreiben. Da die Erzieher und späteren Berater des Thronanwärters dem "Opus Dei" zuzurechnen waren, galt er als anfällig für relativ liberale Tendenzen. Carrero sollte die befürchtete Auflösung des Staates verhindern, soziale Veränderungen bremsen und dem Terror der Separatistenbewegungen ein Ende bereiten. Seine neuen Kabinettsmitglieder teilten die konservative Philosophie ihres Vorgesetzten, die Zusammensetzung der Regierung bedeutete einen Rechtsruck in Spanien ³⁾. Der neue Minister für Information und Tourismus, Fernando Linán y Zofio, ein 1930

1) Der Spiegel Nr. 52, 1971, S. 82

2) In dieser Zeit starken innenpolitischen Drucks erlebte Spanien eine Blüte der politischen Karikaturen. Wenn die satirischen Zeitschriften auch suspendiert und mit Geldstrafen belegt wurden, hatten sie doch einen begeisterten Leserkreis, sie waren ein "höchst erfolgreicher Träger antifrankistischer Meinungen" (Carr/ Fusi, 1979, S. 193).

3) Carr/ Fusi, 1979, S. 195

geborener Wirtschaftsfachmann ¹⁾, trat wegen der Kürze seiner Amtszeit von nur einem halben Jahr kaum in das Licht der Öffentlichkeit und verursachte keine Umstellung in der Pressepolitik. Allerdings hatte der Zeitungsmarkt ab 1973 unter den Folgen der Energiekrise zu leiden, da sich die Papierproduktion überdurchschnittlich verteuerte ²⁾.

In seinen Funktionen als Vizepräsident und Regierungspräsident hatte sich Carrero Blanco als überaus konservativ erwiesen, er lehnte einen Kompromiß zur Lösung der inneren Probleme des Landes ab. Die in ihm symbolisierte Politik der Fortführung des Frankismus auch nach Francos Tod schien vielen Spaniern nicht die beste Alternative für die Zukunft des Landes. Am 20. Dezember 1973 fiel er einem Attentat der "ETA" zum Opfer, die seinen Wagen in die Luft sprengte. Der Tod des ultrakonservativen Admirals wurde nicht nur von "ETA"-Sympathisanten mit gewisser Befriedigung aufgenommen. Seines Garanten für die Zukunft des Frankismus beraubt, schlug Franco wieder den Weg der politischen Öffnung ein und ernannte Carlos Ariás Navarro zum Nachfolger im Amt des Regierungspräsidenten.

1) Lorenzen, 1978, S. 186

2) Tallón, 1978, S. 56; El País, 7. Oktober 1979, S. 27

1.2 Neue Politik der Öffnung

Der 1908 geborene Jurist Ariás Navarro hatte während des Bürgerkrieges als Staatsanwalt gearbeitet, wurde später Zivilgouverneur verschiedener Provinzen, dann Generaldirektor für Sicherheitsfragen und schließlich Bürgermeister von Madrid. Bei seiner Antrittsrede am 12. Februar 1973 vor den Cortes kündigte er eine neuerliche Politik der Öffnung an, um Spanien die politische und wirtschaftliche Einordnung in Europa zu erleichtern. Im Einklang mit diesem Programm setzte er als Informationsminister Pio Cabanillas Galla ein. Der 1923 geborene promovierte Jurist hatte von der Gründung des Informationsministeriums 1951 an bis zur Ablösung Fragas 1969 als Staatssekretär gearbeitet ¹⁾. Als enger Mitarbeiter Fragas nahm er dessen liberale Pressepolitik wieder auf und leitete ein neues kulturelles Tauwetter ein. Auch ausländische Zeitungen konnten wieder verkauft werden, die Filmzensur wurde liberaler gehandhabt ²⁾. Interessanter noch war die Lage der heimischen Zeitungen: "Die Presse erfreute sich nun eines nach frankistischen Maßstäben vorher unbekannten Ausmaßes an Freiheit, und sie nutzte ihren neuen Freiraum mit bemerkenswertem Verantwortungsgefühl ³⁾".

Da die Ankündigung der neuen Öffnung am 12. Februar erfolgt war, sprach man vom "espíritu del 12 de febrero", vom Geist des 12. Februar, der nun im Lande herrsche. Damit waren diejenigen Tendenzen innerhalb der Regierung umfaßt, die sich mit behutsamer Liberalisierung die Zustimmung des neuen Mittelstandes sichern, keinesfalls aber

1) Lorenzen, 1978, S. 187

2) Köppinger, 1977, S. 330

3) Carr/ Fusi, 1979, S. 197

das Aufkommen linker Gruppierungen gestatten wollten ¹⁾. Entsprechend wurde die Pressepolitik gehandhabt. Da die gleichen Gesetze der Vergangenheit gültig blieben, war die Situation der Journalisten rechtlich die gleiche wie vorher. Das bereits zitierte "bemerkenswerte Verantwortungsgefühl" konnte auch darauf zurückgeführt werden, daß die neue Freiheit nicht auf Dauer garantiert war.

Die Presse besaß nun die Möglichkeit, in der Erwartung eines gesellschaftlichen Wandels nach Francos Tod zum Träger demokratischer Gesinnung zu werden. Die beachtenswerteste Neuerscheinung dieser Jahre, die Zeitschrift "Cambio 16", die zunächst als Wirtschaftsblatt zweimal monatlich erschienen war, wandelte sich zur politischen Wochenzeitschrift mit schnell steigender Auflage ²⁾. Zum ersten Mal konnte, wenn auch in verschlungenen Vergleichen und indirekt, öffentlich über die politischen und gesellschaftlichen Probleme des Landes berichtet werden ³⁾. Die Presse unterstützte die Politisierung und das gesellschaftliche Bewußtsein in der Bevölkerung. Dazu trug auch wesentlich die Revolution vom 24. April 1974 in Portugal bei. Das oft belächelte kleine Nachbarland wurde plötzlich für viele zum politischen Vorbild. In den spanischen Medien konnten die Ereignisse öffentlich diskutiert werden und fanden reges Interesse. Da auch in Griechenland 1974 eine demokratische Entwicklung einsetzte, schien das Ende der europäischen Diktaturen gekommen zu sein.

1) Equipo de Estudios, 1976, S. 29

2) Zu dieser Zeit gab es keine Neuerscheinungen der Tagespresse; siehe Anhang, Tabelle 29

3) Hano, in: Lorenzen, 1978, S. 402

1.3 Francos letzte Jahre, 1974 und 1975

Der liberale "Geist des 12. Februar" konnte sich auch deshalb entfalten, weil der greise Generalísimo vorübergehend die politische Bühne Spaniens verlassen mußte. Im Sommer 1974 erkrankte er schwer und mußte mehrere Wochen in einer Madrider Klinik verbringen. Während seiner Krankheit übergab er seinem designierten Nachfolger Juan Carlos die Vertretung der Staatspräsidentenschaft. Trotz seines fortgeschrittenen Alters gesundete Franco wieder und kehrte in sein Amt zurück. Damit fand die neue Öffnungspolitik schnell ein Ende. Der liberale Informationsminister Cabanillas mußte dem Druck der ultrarechten Kreise um Franco weichen; ohne offizielle Nennung von Gründen wurde er Ende Oktober entlassen ¹⁾. Aus Protest gegen Cabanillas' Entlassung trat auch der liberale Finanzminister zurück, ihm folgten weitere hohe Beamte ²⁾. Dies war das erste Mal, daß unter Francos Herrschaft Minister aus Protest gegen die Regierung zurücktraten, ein Anzeichen dafür, daß Franco selbst unter hohen Politikern nicht mehr mit uneingeschränkter Zustimmung und Loyalität rechnen konnte. Es erwies sich sogar als schwierig, die vakanten Posten mit fähigen und erfahrenen Personen zu besetzen.

Der neue Informationsminister Luís Herrera, 1922 in Jaén geboren, kam aus dem Innenministerium. Er verfolgte eine repressive Politik, unter der es zu zahlreichen Verboten und Suspensionen von Zeitungen und Zeitschriften kam ³⁾.

1) FAZ, 29. Oktober 1974, S. 1

2) FAZ, 31. Oktober 1974, S. 3

3) Equipo de Estudios, 1976, S. 32

In seiner Amtszeit stellten sechs Tageszeitungen ihr Erscheinen ein ¹⁾, allein im ersten Halbjahr 1975 schritten die Behörden fast täglich gegen Journalisten und Zeitungen ein ²⁾. Außer den dem Ministerium selbst unterstellten Medien opponierte die gesamte öffentliche Meinung gegen die neuen Repressionen. Währenddessen dauerten die inneren Schwierigkeiten in Spanien an, und die Gesundheit Francos blieb auch nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus labil. Dadurch wurde eine widersprüchliche innenpolitische Situation gefördert: Auf der einen Seite konnte die Opposition sich weiter konsolidieren und offener als früher auftreten, andererseits wurden Demonstrationen und Streiks mit großer Härte von der Polizei unterdrückt. Die Regierung Arias ermutigte zwar die gemäßigte Opposition, behinderte dann aber deren Aktivitäten ³⁾. Allen Widrigkeiten zum Trotz begannen die Parteien, sich im Untergrund zu gemeinsamen Organisationen zusammenzufinden. Die Arbeiterkommissionen errangen einen großen Sieg bei den Gewerkschaftswahlen, ihre Unterwanderungspolitik der Staatsgewerkschaften hatte Erfolg gezeigt ⁴⁾.

Diesen unbestreitbaren Fortschritten zur Demokratisierung Spaniens standen zahlreiche Beispiele repressiver Politik gegenüber, mit der die Regierung den inneren Schwierigkeiten des Landes begegnen wollte. Zu den Spannungen im Baskenland und an den überfüllten Universitäten ⁵⁾ kamen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Ölkrise von 1973 machte sich in den folgenden Jahren deutlich bemerkbar, das Brutto-

1) Siehe Anhang, Tabelle 29

2) Lorenzen, 1978, S. 403

3) Carr/ Fusi, 1979, S. 198

4) Carr/ Fusi, 1979, S. 90

5) Die Zahl der Studenten stieg von 1960 bis 1970 um 167%; Coverdale, 1979, S. 10

sozialprodukt wuchs nur noch um 1%. Ab 1974 konnte man von einer wirtschaftlichen Rezession sprechen ¹⁾. Die Krankheit Francos trug zur Unsicherheit und Investitionsunlust seitens der Unternehmer bei. Die hohe Inflationsrate von über 15% ²⁾ und die trotz des bestehenden Verbots zahlreichen Streiks bremsten auch die Investitionen des Auslandes. Insgesamt nahm zu dieser Zeit die außenpolitische Isolierung Spaniens zu, da die westlichen Staaten sich angesichts eines bevorstehenden Wechsels nicht von Francos harter Innenpolitik kompromittieren lassen wollten.

Im April 1975 wurde im Baskenland das Kriegsrecht verhängt, um die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Region notfalls mit Gewalt zu beenden. Damit unterlag die Berichterstattung aus dem Krisengebiet wieder der Vorzensur ³⁾. Im August des gleichen Jahres erließ die Regierung ein Dekret gegen den Terrorismus ⁴⁾, das auch die Arbeit der Presse stark einschränkte: Jede öffentliche Äußerung, die im Sinne einer Rechtfertigung oder Erklärung des Terrorismus ausgelegt werden konnte, wurde als offene oder verdeckte Unterstützung verbotener Organisationen unter Strafe gestellt. Binnen 24 Stunden hatte das Informationsministerium vier Wochenzeitschriften beschlagnahmen lassen ⁵⁾. Die Rechtsunsicherheit der Journalisten war so groß geworden, daß ein "Großteil der spanischen Zeitungen und Zeitschriften förmlich um die Wiedereinführung einer strengen Vorzensur ⁶⁾" baten.

1) Wright, 1977, S. 162

2) Siehe Anhang, Tabelle 36

3) Der Spiegel Nr. 26, 1975, S. 86

4) "Decreto-Ley en Prevención del Terrorismo"; Equipo de Estudios, 1976, S. 36

5) IPI Jahresbericht 1975, S. 17

6) Köppinger, 1973, S. 393

1.4 Auswirkungen auf die Presse

Die verschiedenen Phasen liberaler Medienpolitik hatten in den Redaktionen und in der Bevölkerung neue Vorstellungen von der Rolle der Presse in der Gesellschaft geweckt. Das Bild der Massenmedien als Verbreiter der offiziellen Ideologie und Denkungsart war nicht mehr gültig. Die Massenmedien, sofern sie nicht der Regierung direkt unterstellt waren, mußten im Rahmen des Systems eine neue Rolle finden. Diese neue Rolle der Presse orientierte sich, wie die gesamte spanische Politik, an der westlichen Welt. Insofern mochte mehr Pressefreiheit zwar im Widerspruch zu den Wünschen einiger konservativer Politiker und Gesellschaftsschichten stehen, lief aber doch parallel mit der allgemeinen Entwicklung des Landes. Weiterhin förderte diese Entwicklung die Tatsache, daß sich zum ersten Mal seit Ende des Bürgerkrieges die Möglichkeit zu einer Änderung der spanischen Politik abzeichnete, die wahrscheinlich das Leben jedes einzelnen betreffen würde. Deshalb entstand in der Öffentlichkeit das Bedürfnis nach mehr Information, da sich in der konkreten historischen Lage des Landes zum ersten Mal seit 40 Jahren Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung andeuteten.

Zwei weitere Ereignisse des Jahres 1975 verliehen dem Zeitungslesen einen neuen Reiz und zogen neue Käuferschichten an ¹⁾: Einmal erschienen mehrmals täglich offizielle

1) Siehe Anhang, Abb. 1; für die Jahre 1974 und 1975 ist ein deutlicher Anstieg der Auflagenziffern vieler Tageszeitungen auszumachen. Die Abwärtsbewegung anderer Zeitungen stand dazu nicht im Widerspruch, da hier andere Ursachen wie vor allem die Unfähigkeit, sich den liberaleren Leserwartungen anzupassen, verantwortlich zu machen sind.

Bulletins, die detailliert über Francos Gesundheitszustand informierten und in Sonderausgaben der Madrider Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Neben dem Interesse an der politischen Entwicklung des Landes war die menschliche Neugier am Fortgang der Krankheit für viele Spanier ein Grund, die aktuellen Morgen- oder Abendzeitungen oder deren Extrablätter zu kaufen. Das zweite Ereignis von großem öffentlichen Interesse fand im Oktober 1975 statt: In einem umstrittenen Prozeß wurden fünf Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation "ETA" hingerichtet. Ihre Verurteilung erregte nicht nur in Spanien Aufsehen, sondern zog auch internationale Proteste nach sich ¹⁾.

Gesteigertes politisches Interesse, aber auch die Sensationslust eines breiteren Publikums trugen somit zu den Verkaufserfolgen der spanischen Tageszeitungen im besagten Zeitraum bei.

Nach einem Herzinfarkt am 11. Oktober 1975 wurde Franco erneut in eine Klinik eingeliefert. Er starb am 25. November 1975.

1) Der Spiegel Nr. 41, 1975, S. 102 - 116

2. Der Wechsel zur Demokratie

2.1 Regierung Arias Navarro

Nach dem Tod Francos im November 1975 wurde gemäß den Gesetzen über die Nachfolge in der Staatsführung Spanien zu einer Monarchie unter dem jungen König Juan Carlos. Das Land Spanien hatte zu dieser Zeit unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden: Die Inflationsrate betrug 17% ¹⁾, das Bruttosozialprodukt erreichte knapp den Vorjahresstand und die zurückkehrenden Gastarbeiter aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft drohten die Arbeitslosenzahl von 300 000 noch erheblich zu erhöhen ²⁾. Dazu kamen die unterdrückten politischen und sozialen Konflikte des Landes; die Zahl der politischen Gefangenen wurde auf 1 500 geschätzt ³⁾.

Die Staatsoberhäupter der Welt hatten sich von Francos Beerdigung ferngehalten. Damit verdeutlichten sie dem neuen König Juan Carlos, daß Spanien nur bei einem politischen Wechsel und einem Verzicht auf das Erbe Francos mit weiterer internationaler Unterstützung und Zusammenarbeit würde rechnen können.

Das noch von Franco eingesetzte Kabinett Arias konnte als Programm für den Wechsel nur die Fortführung der "Politik der Öffnung" anbieten und versuchen, Spanien unter Beibehaltung seines konstitutionellen Rahmens mehr inneren Freiraum zu gewähren. Diese Politik war aber schon einmal gescheitert und mußte wieder scheitern, weil sie keine

1) Siehe Anhang, Tabelle 36

2) Equipo de Estudios, 1976, S. 65

3) Der Spiegel Nr. 40, 1975, S. 121

Unterstützung fand: Die Konservativen sahen davon ihre Ideale und die alte Ordnung bedroht, für die Opposition waren die Zugeständnisse keinesfalls ausreichend. Sie forderte einen klaren Bruch mit der frankistischen Vergangenheit, wobei sie der König selber zunehmend unterstützte. Auch die Öffentlichkeit forderte einen Neubeginn ¹⁾.

Manuel Fraga, der Informationsminister von 1962 - 1969, hatte unter Ministerpräsident Arias den Posten des Innenministers inne ²⁾. Wie schon im Falle des neuen Pressegesetzes konnte Fragas reale Politik nicht mit der angekündigten Liberalisierung Schritt halten. Er bemühte sich um ein liberales Image und kündigte die Legalisierung der verbotenen politischen Parteien an ³⁾. Die versprochenen politischen Reformen kamen aber nur zögernd in Gang. Auch auf dem pressepolitischen Sektor wurden die Prozesse gegen Journalisten und Suspensionen von Periodika fortgesetzt. Mit Demonstrationen und Streiks bemühten sich die Betroffenen, ihren Forderungen nach Amnestie für verurteilte Kollegen und demokratischen Wahlen zu den Presseassoziationen Nachdruck zu verleihen ⁴⁾. Nicht nur bei den Journalisten formierte sich der offene Widerstand. Da sich Innenminister Fraga durch die inneren Unruhen persönlich angegriffen fühlte, reagierte er auf Streiks und Demonstrationen mit großer Härte. So gab es bei Demonstrationen Tote und Verletzte ⁵⁾.

Um angesichts der unflexiblen Regierung die Forderung nach

1) Carr/ Fusi, 1971, S. 208 - 210

2) AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 144

3) Der Spiegel Nr. 52, 1975, S. 71; ders. Nr. 14, 1976, S. 120

4) Equipo de Estudios, 1976, S. 41 f; Fernández Lera, 1976, S. 17

5) Carr/ Fusi, 1979, S. 211

einem Bruch mit dem Frankismus besser vertreten zu können, schlossen sich die oppositionellen Gruppen zu einer gemeinsamen Plattform, der "Coordinación Democrática", zusammen. Die Stärke der Opposition lag zu dieser Zeit vor allem in der Unterstützung aus Europa. Organisationen wie EG und NATO zogen einen demokratischen Neubeginn einer Reformation des Frankismus vor ¹⁾. Die Unterstützung der spanischen Opposition lief dabei häufig über Parteiororganisationen, die ihren jeweiligen Freunden mit Rat, Tat und Finanzen zur Seite standen ²⁾.

Im Frühjahr 1976 nahm König Juan Carlos direkten Kontakt mit den Führern der offiziell noch verbotenen politischen Parteien auf, die aber seit Anfang dieses Jahres offen auftreten konnten. Da Ministerpräsident Arias diesem Schritt nicht folgen konnte und seine Politik offensichtlich nicht mehr die Unterstützung des Königs fand, trat er am 1. Juli 1976 zurück.

Obwohl sich an der juristischen Lage Spaniens seit Francos Tod nichts geändert hatte, wurden ab 1976 die bürgerlichen Freiheiten in weitem Maße in Anspruch genommen und staatlich toleriert. Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit wurden praktiziert, die verbotenen Parteien konnten öffentliche Kongresse und Parteitage abhalten. Da diese Freiheiten aber nicht abgesichert waren, wurde immer wieder eine Versammlung aufgelöst oder eine Demonstration verboten ³⁾. Der König mußte nun einen neuen Ministerpräsidenten finden, der den demokratischen Bruch auch staatsrechtlich vollzog ⁴⁾.

1) Meyer/ Woyke, 1978, S. 90; ders., 1978, S. 97

2) Carr/ Fusi, 1979, S. 213 f

3) Carr/ Fusi, 1979, S. 216

4) Hano, in: Lorenzen, 1978, S. 404

2.2 Demokratischer Neubeginn

König Juan Carlos wollte mit einem von der Vergangenheit unbelasteten jungen Premierminister seine Politik verwirklichen. So löste die Ernennung von Adolfo Suárez Anfang Juli 1976 große Überraschung aus, da sein Name im Ausland unbekannt war. Der 1932 geborene Suárez hatte seine bis dahin unbedeutende Karriere in der "Nationalen Bewegung" gemacht. Nach einem Jurastudium in Salamanca wurde er Untersekretär der Bewegung, 1965 Programmdirektor des Fernsehens im Informationsministerium. 1968 wurde er Zivilgouverneur von Segovia, unter Arias war er Minister der "Nationalen Bewegung". Als Unbekannter ohne eigene politische Hausmacht stützte sich Suárez auf die Macht des Königs. Da die Armee als starker konservativer Faktor der Demokratisierung des Landes im Weg stehen könnte und sie ihre Loyalität zu Franco auf den von Franco eingesetzten König übertragen hatte, konnte Juan Carlos die Reformvorhaben seines Premiers mit seiner eigenen Autorität decken. So spielte er als einigendes Element, das auch überzeugte Republikaner schließlich akzeptierten, eine wichtige Rolle bei der friedlichen Demokratisierung des Landes.

Der ehemalige Informationsminister Fraga lehnte die Mitarbeit im Kabinett Suárez ab, das tatsächlich mit großem Erfolg die Umgestaltung des Landes in Angriff nahm. Die gesetzlich weiterhin möglichen Beschneidungen der Pressefreiheit kamen unter Suárez nicht mehr zur Anwendung. Das Demokratisierungsbestreben seiner Regierung wäre mit der Kontrolle der Presse unvereinbar gewesen, so daß ab Juli 1976 die Meinungs- und Informationsfreiheit nicht mehr eingeschränkt wurde ¹⁾. Am 15. Dezember 1976 stimmte die

1) Hano, in: Lorenzen, 1978, S. 406

Bevölkerung über einen Gesetzesentwurf zur politischen Reform des Landes ab. Die "Nationale Bewegung" und die vertikalen Gewerkschaften wurden zugunsten freier Parteien und Gewerkschaften aufgelöst ¹⁾. Am 15. Juli 1977 kam es zu den ersten freien Parlamentswahlen seit über 40 Jahren; innerhalb von zwei Jahren war Spanien zu einem Staat mit demokratischen Institutionen geworden.

Nach seinem Wahlsieg ersetzte Suárez das Ministerium für Information und Tourismus, das als oberste Zensurbehörde keinen guten Ruf genoß, durch ein Ministerium für Kultur und Umwelt. Pio Cabanillas, Informationsminister von 1974, übernahm das umbenannte Ministerium ²⁾.

1) Carr/ Fusi, 1979, S. 218; EBU Nr. 6, 1977, S. 35

2) Klink, 1980, S. 180

2.3 Möglichkeiten und Rolle der Presse

Bei unveränderter Rechtslage hatten die Möglichkeiten der Presse zur Verwirklichung der Ausdrucksfreiheit nach dem Tod Francos erheblich zugenommen, die neue Regierung unter Suárez förderte eine großzügige Auslegung der Gesetze. So konnte sich der Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt schnell und drastisch verändern. Eine Welle erotischer Zeitschriften löste die vierzig Jahre lang staatlich verordnete Zurückhaltung auf diesem Gebiet ab. Nachholbedarf und der Reiz des Neuen, bisher Verbotenen ließen zahlreiche mehr oder weniger pornographische Blätter erscheinen, die aber keinesfalls unter dem Ladentisch verkauft wurden. Schon im Frühjahr 1976 sah sich das Informationsministerium veranlaßt zu verfügen, daß nicht mehr als 20% der Seiten einer Publikation von Nacktphotos eingenommen werden dürften, daß die Modelle auf der Titelseite nicht gänzlich verhüllt auftreten und Zeitschriften mit Nacktphotos nur in Plastik verschweißt verkauft werden dürften ¹⁾.

Ein zweites, ebenso lang entbehrtes Lieblingsthema von Zeitungen und Zeitschriften wurde gleichfalls begierig aufgegriffen: Die spanische Innenpolitik. Die Zahl der speziell diesen zwei Themen gewidmeten Zeitschriften stieg steil an ²⁾. Dabei waren die Journalisten, die aktuelle Themen aufgriffen, weiterhin persönlichen Risiken ausgesetzt. Trotz der fortschreitenden Liberalisierung erfolg-

1) SZ, 16. November 1976

2) EPP Nr. 1065, 5. Dezember 1977, S. 9. Beispiele: "Lui" in spanischer Sprache, "Opini6n", "Noticias", "Reporter". Auch erschienen Zeitschriften zur Geschichte und Zeitgeschichte: Im Mai 1976 "Historia 16" aus dem Verlag von "Diario 16" und im Januar 1977 "Nueva Historia".

ten weiterhin Verurteilungen von Journalisten zu Gefängnis und Geldstrafen, da die bürokratischen Apparate von Polizei und Justiz sich nur schwerfällig auf die neue innenpolitische Situation einstellen konnten ¹⁾.

Natürlich hatte nicht die Presse den Demokratisierungsprozeß in Spanien initiieren können. Doch ohne Zweifel waren die Medien daran beteiligt, die kulturelle Isolation und das Bewußtsein der Abgrenzung gegenüber Europa in den sechziger Jahren langsam abzubauen. Die mit der politischen und wirtschaftlichen Annäherung Spaniens an die westlichen Industrienationen einhergehende Liberalisierung des Landes war trotz aller Kontrollmöglichkeiten auch von der Presse weitergetragen worden.

Nach Francos Tod bildete die Presse ein wichtiges Element in der Demokratisierung Spaniens. Durch das Zugeständnis der Ausdrucksfreiheit seitens der Regierung Suárez machte diese ihren Willen zur Verwirklichung der Demokratie erst glaubhaft. Ohne die öffentliche Diskussion und Kritik hätte die spanische Bevölkerung ihre neue demokratische Rolle nicht ernst nehmen können; zum ersten Mal seit so vielen Jahren der Diktatur konnten Pläne und Entscheidungen der Regierung in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

Das Jahr 1976 brachte einen neuen Höhepunkt für das Zeitungswesen. Es wurden zehn neue Tageszeitungen gegründet ²⁾, die Auflagenkurve der meisten Blätter erreichte 1976 ihren Höhepunkt ³⁾. In diesem Jahr erschienen auch die ersten Zei-

1) IPI - Bericht 1977, S. 32

2) Siehe Anhang, Tabelle 29

3) Siehe Anhang, Abb. 1

tungen in den unter Franco verbotenen Sprachen der Minderheiten. Diese Zeitungen bemühten sich bewußt, in der neu entstehenden Staatsordnung eine aktive Rolle zu spielen und meinungsführend für ihre Sympathisanten zu sein. Ihre Rolle bei der Herausbildung politischer Einstellungen innerhalb der betroffenen Bevölkerung war insofern wichtig, als separatistische Tendenzen nicht öffentlich diskutiert werden durften, solange Franco noch lebte. Die Argumente für oder gegen eine föderale Neuordnung Spaniens mußten aber der Bevölkerung, die möglicherweise darüber abstimmen sollte, vertraut gemacht werden. So hatten die Zeitungen und Zeitschriften eine mehrschichtige Aufgabe in der Umwandlung der Diktatur zur Demokratie. Einmal bedeutete allein die Tatsache ihres zahlreichen und ungehinderten Erscheinens eine Neuheit. Die bisher verbotenen Inhalte zeigten nun, da sie abgehandelt werden durften, deutlich die Veränderung, die das Land durchmachte. Weiterhin konnten Probleme des politischen und sozialen, aber auch des persönlichen Lebens jedes einzelnen mit neuer Offenheit betrachtet werden. Wenn auch die Presse allein sicher nicht das demokratische Selbstverständnis einleiten konnte, so hat sie doch viel zu seiner Verbreitung und Festigung in der Bevölkerung beigetragen.

3. Die Tagespresse im demokratischen Spanien

3.1 Neugründungen in den Großstädten

Obwohl erst 1977 das Pressegesetz liberalisiert wurde, konnten schon im ersten Jahr nach Francos Tod neun neue Tageszeitungen erscheinen ¹⁾. Die wichtigste Neuerscheinung war die Tageszeitung "El País", die schon wenige Jahre nach Erscheinen die höchste Auflageziffer in Spanien erlangen konnte ²⁾. Erst 1976 wurde ihr die Lizenz erteilt, die ihr unter Franco jahrelang verweigert worden war. Schon im Januar 1972 hatten sich die künftigen Herausgeber um die staatliche Konzession bemüht ³⁾ und zu diesem Zweck die Verlagsgesellschaft "Promotora de Infor-

1) Am 1. April 1977 wurde der Art. 2 des Pressegesetzes außer Kraft gesetzt (Mensaje y Medios, Okt. 1978, S. 83). Damit war der größte Anlaß für Kritik am gültigen Pressegesetz aus dem Weg geräumt. Teile von Art. 2 wurden durch ein neues "Gesetzes-Dekret über Ausdrucksfreiheit" (AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 145) ersetzt, in dem Angriffe auf die Einheit Spaniens, auf die Monarchie als solche, auf die Mitglieder der königlichen Familie, auf die Ehre der Streitkräfte und auf die öffentliche Moral unter Strafe gestellt wurden (Hano, in: Lorenzen, 1978, S. 407/408). Zwar relativierte dieses Gesetz den durch Streichung von Art. 2 erzielten Fortschritt wieder, der ganze Vorgang zeigte jedoch, daß die neue Staatsführung bereit war, einigen Forderungen der Journalisten nachzugeben. Außerdem waren die Konzessionsverfahren für Druckmedien erleichtert und beschleunigt worden, was den Aufschwung der Zeitungen und Zeitschriften erleichterte.

2) AEDE, Nr. 3, Juli 1980, S. 97

3) Haubrich/ Moser, 1976, S. 275

maciones, S.A.", "PRISA" ¹⁾ gegründet. Unter den Aktionären befanden sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener Provenienz. Präsident war der Sohn des Philosophen José Ortega y Gasset, José Ortega Spottorno. Beteiligt waren unter anderen der Exinformationsminister Pio Cabanillas Galla, der heutige kommunistische zweite Bürgermeister von Madrid, Ramón Tamames, der sich als Wirtschaftswissenschaftler international einen Namen gemacht hatte, der Vater des gültigen Pressegesetzes, Manuel Fraga Iribarne, der auch Vorsitzender der weit rechts stehenden Partei "Alianza Nacional" war. Keiner der über 500 Aktionäre verfügte über mehr als 7,5% der Anteile.

Während der restriktiven Innenpolitik der letzten Lebensjahre Francos durfte die Herausgebergruppe, meist linke Intellektuelle, nicht darauf hoffen, die Erlaubnis zur Herausgabe ihrer Zeitung zu bekommen. Am 4. Mai 1976 schließlich konnte "El País" erscheinen. Schon die erste Ausgabe erregte Aufsehen, da darin die Regierung Arias wegen ihrer inkonsequenten Politik heftig angegriffen wurde. Vor allem in der innenpolitischen Berichterstattung setzte sich "El País" deutlich von den übrigen Blättern ab und vermittelte Informationen, aus denen die Spanier "zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten ... entnehmen können, was in ihrem Land wirklich vor sich geht" ²⁾. Auch formal hob "El País" sich durch Übersichtlichkeit und Klarheit im Textbild positiv von der Konkurrenz ab, erwies sich auch in ökonomischer Hinsicht als Erfolg und erreichte bald die Auflagenhöhe der traditionsreichen Madrider Tageszeitungen "ABC" und "Ya" ³⁾, die es 1980 schließlich übertreffen konnte ⁴⁾.

1) "Promotor für Informationen, AG"; "PRISA" bedeutet "Eile".

2) Hano, in: Lorenzen, 1978, S. 405

3) Siehe Anhang, Tabelle 3; Abb. 1

4) AEDE Nr. 3, Juli 1980, S. 97

Schon im zweiten Erscheinungsjahr konnte die Verlagsgesellschaft "PRISA" ihr Kapital verdoppeln und die Zahl der Aktionäre verdreifachen ¹⁾. Am 20. April 1976 war eine weitere wichtige Neuerscheinung auf den Markt gekommen, die katalanische Zeitung "Avui" aus Barcelona, die erste Zeitung in katalanischer Sprache seit 40 Jahren. "Avui" wurde wie "El País" von einer großen Anzahl kleiner Aktionäre getragen, die in diesem Fall eine eigene Zeitung zur Pflege der katalanischen Sprache und Kultur und zur Verteidigung der Interessen der Region unterstützen wollten. Dafür nahmen die Redakteure die Mühe auf sich, alle Meldungen der Nachrichtenagenturen zunächst in das Katalanische zu übersetzen. "Avui" stand der Madrider Zentralregierung kritisch gegenüber, war linksorientiert und förderte die separatistischen Bestrebungen in Katalonien. Da vor dem Bürgerkrieg immerhin sieben katalonische Zeitungen bestanden, rechneten sich die Herausgeber von "Avui" gute Chancen für ihren wirtschaftlichen Bestand aus.

Am 18. Oktober 1976 erschien eine weitere interessante Tageszeitung in Madrid, "Diario 16", aus dem gleichen Verlag wie das erfolgreiche Wochenmagazin "Cambio 16". Ebenso wie die Wochenzeitschrift war "Diario 16" linksliberal eingestellt und kritisch gegenüber der Regierung. Dabei handelte es sich um eine sehr konstruktive und wohlwollende Kritik, die auch "El País" und andere Periodika aus dem gemäßigten linken Lager auszeichnete und die in der speziellen innenpolitischen Lage Spaniens gründete: Die Journalisten bemühten sich, die zarte, langsam wachsende Demokratie zu schützen und zu pflegen, die von extremistischem Terrorismus und radikalen Franco-Verehrern bedroht wurde. Kritik an der neuen Staatsführung konnte nicht die Befriedigung über den politischen Wechsel übertönen.

1) EPP Nr. 1046, 13.6.1977, S. 23

Neben den schon erwähnten Titeln erschienen von 1976 bis 1979 allein in Madrid und Barcelona acht weitere Tageszeitungen ¹⁾. Ihre Verleger verfolgten eher wirtschaftliche als erkennbare publizistische Interessen; es war nicht ihr Anliegen, einen bestimmten politischen Kurs zu fördern oder einer bisher unterdrückten Minderheit eine eigene Stimme zu verleihen.

Als Spezialzeitungen erschienen in Barcelona die Sportzeitung "4-2-4" und in Madrid die Tageszeitung für Wirtschaftsinformationen "Cinco Días ²⁾". In Barcelona kam 1976 das Boulevardblatt "Catalunya-Express" heraus, das allein mit der katalanischen Schreibweise seines Namens ³⁾ dem aufblühenden katalanischen Lokalpatriotismus huldigte, ohne politische Ansprüche zu verfolgen. 1978 wurde in Madrid das "Diario Libre ⁴⁾" auf den Markt gebracht, das aber schon im gleichen Jahr wieder eingestellt wurde. Ebenfalls 1978 in Madrid erschien die gemäßigte linke, inhaltlich relativ anspruchsvolle Abendzeitung "El Periódico de Madrid ⁵⁾", die sich aber nicht gegen die Konkurrenz von "El País" und "Diario 16" durchsetzen konnte. Schon nach einem halben Jahr verschwand "El Periódico" wieder vom Markt, während das Schwesternblatt des gleichen Verlages aus Barcelona "El Periódico de Cataluña" fortbestand.

Der 1977 gegründete "El Imparcial ⁶⁾" aus Madrid fiel als rechtsradikales Sensationsblatt aus der Reihe der hier

1) Siehe Anhang, Tabelle 7

2) "Fünf Tage"

3) spanisch: Cataluña-Exprés oder Expreso

4) "Freie Tageszeitung"

5) "Madrider Zeitung"

6) "Der Unparteiische"

aufgezählten gemäßigten Publikationen heraus. Der Name "El Imparcial" war von einem traditionsreichen liberalen Blatt der Vorkriegszeit übernommen, ohne daß sich dies auf die politische Linie der Zeitung ausgewirkt hätte. Ihre Auflagenhöhe wurde nicht veröffentlicht, war aber augenscheinlich eher niedrig. Es wurde vermutet, daß eine der großen Banken "El Imparcial" mitfinanzierte ¹⁾.

1) El País, 19.11.1978, S. 12

3.2 Neuerscheinungen in den Provinzen

Die neue Pressefreiheit eröffnete den nationalen Minderheiten die Möglichkeit, Zeitungen in ihren eigenen Sprachen zu publizieren. Zwar war die erste Zeitung in der Sprache einer Minderheit, "Avui", in der kulturell und verlegerisch hochentwickelten Millionenstadt Barcelona herausgekommen, aber auch in den Provinzstädten erschienen bald nichtspanische Tageszeitungen. 1977 wurden zwei baskische Tageszeitungen veröffentlicht, "Egin" in San Sebastián und "Deia" in Bilbao. Beide brachten einen ausgedehnten Regionalteil von durchschnittlich 12 Seiten heraus und einen ebenfalls großen Sportteil, während nationale und besonders internationale politische Nachrichten ebenso wie Kultur und Wirtschaft weniger Berücksichtigung fanden. Beide Zeitungen vertraten einen militanten baskischen Nationalismus und waren sich in ihrer Ablehnung der Madrider Regierung einig. "Deia" wurde von der konservativen baskischen Nationalpartei "Partido Nacional Vasco", PNV, kontrolliert ¹⁾, "Egin" möglicherweise von der "ETA" ²⁾.

Die drei 1976 gegründeten andalusischen Tageszeitungen "Informaciones de Andalucía", "Nueva Andalucía" und "Sur-Oeste" ³⁾ waren nicht mit den baskischen Blättern zu vergleichen. Der im Süden Spaniens gesprochene andalusische Dialekt war keine eigene Sprache, ein militanter andalusischer Regionalismus war 1976 noch nicht aktuell, so daß eine dortige lokale Zeitung nicht den Charakter eines Kampfblattes annahm. Von den drei erwähnten Zeitungen

1) El País, 7. 1.1979

2) El País, 13. 2.1979

3) "Südwest"

kamen nur zwei aus Andalusien selber, "Informaciones de Andalucía" wurde vom gleichen Madrider Verlag publiziert wie die Madrider Zeitung "Informaciones". "Sur-Oeste" entstammte dem Verlag des Movimiento und war damit dem Informationsminister unterstellt. Nur "Nueva Andalucía" war eine originär andalusische Produktion, wenn auch das Zweitblatt eines alteingesessenen Verlages, der den 1899 gegründeten "Correo de Andalucía ¹⁾" herausgab. Die neuen Blätter dieser Region spiegelten nicht den Aufbau eines pluralistischen, vielfältigen Pressewesens wieder, sondern bereits etablierte Verlage wollten sich vergrößern. In Andalusien entstand zunächst keine eigene neue Presse, die oppositionellen Gruppen als Sprachrohr dienen wollte.

Anders stellte sich die Situation der weiteren, bis 1979 erschienenen Tageszeitungen dar. In Guadalajara, einer Nachbarprovinz von Madrid, wurde die Morgenzeitung "Guadalajara" auf den Markt gebracht. In dieser Provinz war bis dahin überhaupt keine Zeitung erschienen. "Guadalajara" vertrat eine linksliberale Linie, Form und Inhalt der Zeitung waren gleichermaßen ansprechend. In der Provinz Oviedo im Norden Spaniens, in der bis 1978 nur das staatliche Montagsblatt verlegt wurde, kamen zwei neue Zeitungen heraus, beide von privaten Verlagsgesellschaften und durchaus geeignet, als Bereicherung des pluralistischen Zeitungsmarktes angesehen zu werden. "El Noroeste ²⁾" aus Gijón konzentrierte sich in erster Linie auf sportliche Ereignisse, gab aber auch den Neuigkeiten aus der Provinz einen breiten Raum. "Asturias" verstand sich als Sprachrohr für die eigenständigen nationalen Interessen von Asturien, die besonders von den Intellektuellen der Region betont wurden. So fungierten als Gründer 50 heimatbewusste

1) "Andalusien-Post"

2) "Der Nordwesten"

Asturianer; die 1 500 Aktionäre, die einen Höchstanteil von 1 000 000 pts, ca. 25 000 DM, besitzen konnten, investierten eher aus lokalpatriotischen als aus gewinnorientierten Motiven. "Asturias" vertrat eine liberale politische Linie und teilte seine Korrespondenten mit der erwähnten großen Tageszeitung "El Pais".

In der Provinz Gerona im Nordosten, bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ohne eigene Zeitung, erschien 1979 "Punt Diari ¹⁾". In einem aufgelockerten, leicht zu lesenden Stil berichtete "Punt Diari" aus progressiv-linker Warte ausschließlich in katalanischer Sprache, wobei das Hauptgewicht auf sportliche Ereignisse gelegt wurde.

Nicht täglich, sondern nur dreimal wöchentlich erschienen "Diario de Sabadell" und "Diario de Terrassa" in zwei Vororten von Barcelona. Beide bedienten sich vorwiegend der katalanischen Sprache und richteten sich an die Bewohner der beiden Satellitenstädte Terrassa und Sabadell, sie erfüllten annähernd die Funktion unserer Anzeigenblätter.

Diese Übersicht zeigt, daß sich außerhalb der kulturellen Zentren Madrid und Barcelona die Neuerscheinungen auf die Regionen konzentrierten, die ihre regionalen und kulturellen Eigenständigkeiten betont sehen wollten. Dabei handelte es sich neben den nach Autonomie strebenden Provinzen Baskenland und Katalonien auch um Andalusien und Asturien. Hier begannen nicht nur politisch engagierte Intellektuelle eigene Zeitungen zu veröffentlichen, sondern auch eingeseessene Verlage sahen in dem seit Francos Tod legalen Nationalpatriotismus eine neue Absatzchance. Als einzige Ausnahme stammte "Guadalajara" nicht aus einer

1) "Punkt Tageszeitung"

Provinz, die ihre kulturelle Eigenständigkeit beweisen wollte. Die direkte Nähe zu Madrid ließ vermuten, daß die Herausgeber von "Guadalajara" zum intellektuellen Umfeld der Hauptstadt zu zählen waren.

3.3 Die Parteipresse

Noch vor der Legalisierung der politischen Parteien 1977 begannen diese, ihre Publikationen in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Zwar war während der Jahre des Frankismus die Parteipresse nicht ganz verschwunden, mußte aber im Untergrund arbeiten und konnte nur unter großen Schwierigkeiten und hohem persönlichen Risiko der Mitarbeiter erscheinen und vertrieben werden. Immerhin bildete die illegale Presse die einzige einheitliche Korrektur zu den staatlich gleichgeschalteten legalen Medien ¹⁾. Die illegalen Zeitungen konnten und wollten aber keinen Ersatz für normale Tageszeitungen bieten, sondern dienten zur Aufrechterhaltung der Kampf-moral von Genossen und Sympathisanten. Durch die Schwierigkeiten der Produktion blieben die Artikel monoton und thematisch beschränkt, internationale oder gar kulturelle Interessen konnten nur wenig berücksichtigt werden.

Nach der Legalisierung blieb manchen Blättern diese inhaltliche Schwäche erhalten; auch kamen weiterhin meist Mitglieder der eigenen Organisation zu Worte. Bei dem Bemühen um regelmäßiges und möglichst häufiges Erscheinen war es nur der kommunistischen Partei gelungen, ihr Zentralorgan "Mundo Obrero ²⁾", das schon seit 1930 existierte, ab 1978 als Tageszeitung herauszubringen. Andere linke Gruppen publizierten unregelmäßig oder

1) Enrique Bustamante, in: Cuadernos para el diálogo, 2. April 1977, S. 30

2) "Arbeiterwelt"

höchstens wöchentlich erscheinende Blätter ¹⁾.

Die Parteipresse war im allgemeinen defizitär und mußte durch Beiträge und Spenden von Mitgliedern und Sympathisanten getragen werden ²⁾.

-
- 1) "En Lucha", deutsch "Im Kampf", herausgegeben von der "Organización Revolucionaria de Trabajadores", der "Revolutionären Arbeiterorganisation", gab 1979 ihre Auflage mit wöchentlich 125 000 Exemplaren an. "En Lucha" erschien seit Gründung der "ORT" 1969 zunächst illegal, seit 1977 legal. Die "ORT" hatte ca. 10 000 Mitglieder, war marxistisch-revolutionär und bekämpfte Moskau. Das "Movimiento Comunista", eine moskautreue kommunistische Bewegung, vertrieb nach eigenen Angaben vierzehntäglich 60 000 Exemplare von "Servir al Pueblo", "Dem Volke dienen". Weitere linke Splittergruppen bemühten sich um die Legalisierung und Herausgabe eigener Organe. Das interessanteste parteieigene Periodikum war zweifelsohne "El Socialista" der "PSOE", der sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, die auch die zweitgrößte Fraktion im Parlament stellte. "El Socialista" kam 1979 als mehrfarbige anspruchsvolle Wochenzeitschrift auf den Markt.
- 2) Enrique Bustamante, in: Cuadernos para el diálogo, 2. April 1977, S. 30 - 34

V. Die spanische Presselandschaft Ende der siebziger Jahre

Einleitung

Mit der Änderung der spanischen Staatsform von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie war nicht nur ein Wechsel der allgemeinen juristischen Stellung der Presse einhergegangen, sondern auch ihrer speziellen Probleme und Schwierigkeiten. Von der staatlichen Zensur bevormundet und kontrolliert, hatten die Journalisten und Herausgeber gleichsam in einem abgesonderten, beschirmten Raum gearbeitet, in dem für Eigeninitiative und Risikobereitschaft wenig Platz blieb. So hingen die Zeitungen allesamt von dem Wohlwollen des Informationsministeriums ab und standen untereinander in keiner allzu großen Konkurrenz: Sie konnten inhaltlich nur geringfügig voneinander abweichen.

Nach Francos Tod änderte sich dies zugunsten einer größeren Vielfalt und Bereitschaft zur Kritik. Dabei blieben der Exekutive aber durchaus Möglichkeiten zur Disziplinierung der Presse, was im Widerspruch zu dem verfassungsmäßig verankerten Recht auf Meinungsfreiheit stand. Spanien hatte in Pressefragen den letzten Schritt zu einem Rechtsstaat noch nicht getan. Die größere inhaltliche Vielfalt der Zeitungen hatte zur Folge, daß die Leser unter verschiedenen Blättern eine wirkliche Auswahl hatten und die Verlage in größere Konkurrenz miteinander traten: Die Presse war aus der gleichmacherischen, einschränkenden Zensur und Kontrolle in den Wettbewerb um die Gunst der Leser getreten, dem manche Blätter nicht gewachsen waren. Nach Einführung des neuen Pressegesetzes 1966 war es zum ersten Mal seit 1939 zur Einstellung einzelner Titel gekommen, nach 1975 erhöhte sich diese Zahl noch beträchtlich. Wieweit daran auch presseunabhängige Phänomene beteiligt waren, soll dargestellt und untersucht werden. Die Pressekonzentration soll

dabei dem Stand von vor zehn Jahren gegenübergestellt werden, damit Tendenzen und deren mögliche Ursachen sichtbar werden.

Die spanischen Zeitungen Ende der siebziger Jahre unterschieden sich deutlich von denen der Franco-Zeit, sie deckten das politische Spektrum von der extremen Rechten bis zur extremen Linken ab. Die neuen Blätter wie "El País" und "Diario 16" machten den traditionsreichen Tageszeitungen "Ya", "ABC", "Pueblo" und "La Vanguardia" zunehmend nicht nur als prestigeträchtige Meinungsführer, sondern auch in den Auflageziffern Konkurrenz. Der wirtschaftliche Wettstreit verschärfte sich, wobei alle Zeitungen gemeinsam unter der Konkurrenz des Fernsehens als Werbeträger zu leiden hatten. Zu Francos Tod hatte das politische und publizistische Interesse der spanischen Bevölkerung erheblich zugenommen und die Periodika erlebten einen Aufschwung. Das hohe Interesse an den Zeitungen hielt jedoch nicht lange an, da sich nach Francos Tod keine vergleichbar spektakulären Ereignisse im öffentlichen Leben abspielten. In der 1975 einsetzenden Wirtschaftskrise stellten die sinkenden Auflageziffern für viele Tageszeitungen ein ernstes Problem dar ¹⁾.

Die Probleme der spanischen Tagespresse hatten sich also grundlegend verändert: Als Hauptfeinde waren nicht mehr die Zensur und die Gerichtsbarkeit anzusehen, sondern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die abnehmenden Auflageziffern und die zunehmende Konzentration; Phänomene, wie sie in anderen europäischen Staaten seit längerem vertraut waren. Dazu kam in Spanien die immer größer werdende Brutalität der Terroristen von rechts und links, die mit Drohungen und Bombenanschlägen manche Redaktion unter Druck

1) Siehe Anhang, Abb. 1

zu setzen versuchten und denen mehrere Mitarbeiter
zum Opfer fielen.

1. Das Ausmaß der Pressefreiheit

1.1 Administrative Eingriffsmöglichkeiten

Die neue spanische Verfassung, die endgültig die frankistische Diktatur ablöste, wurde am 31. Oktober 1978 vom Parlament verabschiedet und am 6. Dezember 1978 durch eine Volksabstimmung bestätigt. Ihr Art. 20, Abs. 1 verankerte das Recht auf Ausdrucksfreiheit, die allgemeine Meinungsfreiheit, die künstlerische Freiheit, die Freiheit der Lehre und das Recht, Informationen zu empfangen und durch jegliches Medium zu verbreiten, umfaßte. Abs. 2 verbot jede Art von Vorzensur und Art. 5 legte fest, daß eine Beschlagnahme von Periodika nur auf richterliche Anordnung erfolgen durfte. Abs. 3 sah eine Neufassung des Pressegesetzes vor ¹⁾. Solange sie noch ausstand, behielt das alte Gesetz seine Gültigkeit; Rechtsnormen, die eigentlich dem Geist der neuen Verfassung entgegenstanden, fanden weiterhin Anwendung ²⁾.

Hier zeigte sich, daß die Pressefreiheit unter der damaligen Rechtslage keinen ausreichenden Schutz besaß. So hatte die Militärjustiz unter Berufung auf die Sondergesetze aus der Franco-Zeit immer noch die Möglichkeit zur Verurteilung von Journalisten, durch die sie sich angegriffen fühlte ³⁾. Neben der Militärgerichtsbarkeit stellte auch die zivile Justiz weiterhin eine Bedrohung für die Pressefreiheit dar. Ihr prominentestes Opfer war der Direktor der Zeitung "El País", Juan Luis Cebrián, der im April 1978 in einem Kommentar zu der Verurteilung

1) Wortlaut Art. 20, siehe Anhang, S. 80

2) El País, 6. Juli 1980, S. 21

3) FAZ, 24. Januar 1979

einer Kollegin wegen angeblich pornographischer Veröffentlichungen die Handhabung des Presserechts in Spanien als anachronistisch bezeichnet hatte. Dies übertrat nach Ansicht der Gerichte schon die Grenzen der Pressefreiheit. Im Mai 1979 begann das Verfahren gegen ihn wegen Beleidigung der Justiz, wobei sich die Anklage auf die in der Verfassung erwähnten Grenzen der Pressefreiheit berief: Der Respekt vor der Ehre, in diesem Fall der Gerichte, mußte laut Art. 20, Abs. 4 Pressegesetz gewahrt bleiben ¹⁾. Als Cebrián seine Verurteilung anfocht, befand ihn das Oberste Gericht im Mai 1980 ebenfalls für schuldig. Auch fünf Jahre nach Francos Tod vertrat die höchste spanische Gerichtsbarkeit noch eine sehr enge Auffassung von Pressefreiheit, die Kritik an Staatsbehörden ausschloß. Neben Cebrián waren allein in den ersten Monaten des Jahres 1980 über 60 seiner Kollegen in ähnliche Fälle verwickelt ²⁾.

1) El País, 8. Mai 1979, S. 25

2) TIME Nr. 22, 26. Mai 1980, S.14

1.2 Terroristische Bedrohungen

Die spanischen Journalisten und Verleger sahen sich nach Francos Tod mit einem neuen Problem konfrontiert, das ihren persönlichen Mut und den Einsatz zur Verteidigung der Pressefreiheit auf einer neuen Ebene herausforderte: "In Spanien büßte eine Anzahl der in den Medien Arbeitenden ihr Leben dadurch ein, daß Extremisten ihren Widerstand gegen die neugewonnene Demokratie dieses Landes mit Kugeln und Bomben zum Ausdruck brachten ¹⁾. Terroristische Gruppen "strafte" mit Bombenanschlägen die Mitarbeiter solcher Zeitungen, von denen sie sich falsch oder beleidigend dargestellt fühlten.

Bei der Zunahme radikaler Methoden in der politischen Auseinandersetzung spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Nach dem demokratischen Neubeginn war das Selbstverständnis der Sicherheitskräfte als Symbol der Macht des Frankismus erschüttert, viele Offiziere machten keinen Hehl aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Demokratie. Der demokratische Innenminister konnte um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen Ausschreitungen der Zivilgardisten nicht mehr decken, von denen einige die neuen demokratischen Spielregeln nicht akzeptieren wollten. So war auf seiten der Sicherheitskräfte eine gewisse Unsicherheit und Desorientierung zu verzeichnen.

König Juan Carlos hatte bei seiner Amtseinsetzung eine Amnestie für politische Häftlinge erlassen, bei der der Begriff "politisch" eher großzügig aufgefaßt war. Auch dieser Umstand wurde gelegentlich von Gegnern der Liberalisierung als mitverantwortlich für die steigende poli-

1) IPI-Bericht über die Freiheit der Weltpresse, 1977, S. 1

tische Kriminalität bezeichnet. Worin immer die Ursachen lagen, neben den Militärs und Zivilgardisten hatten besonders die Medien Verluste zu beklagen: Im Juni 1977 wurde die Druckerei der Tageszeitung "Diario 16" von einer Bombe zerstört, im September des gleichen Jahres verursachte ein Attentat gegen die satirische Zeitschrift "El Papus" einen Todesfall. Im Juni 1978 wurde der Direktor der "Hoja de Lunes" von Bilbao von radikalen "ETA"-Mitgliedern ermordet ¹⁾.

1) AEDE Nr. 1, Juni 1979, S. 145 f.

1.3 Tabuthemen und Selbstzensur

Eine offizielle Liste von Tabuthemen gab es nach Francos Tod nicht mehr, wenn man von dem erwähnten Gesetz gegen Verunglimpfung der königlichen Familie und der Armee absieht. Vertreter und Organisationen des gesamten politischen Spektrums von der extremen Linken zur extremen Rechten durften ihre Programme und Meinungen veröffentlichen und taten dies auch, ohne auf frühere Einschränkungen Rücksicht zu nehmen.

Viele gemäßigte Journalisten entwickelten dagegen eine neue Art der Selbstzensur: Es fiel ihnen schwer, zu den früheren Tabuthemen kritische Distanz herzustellen. Aus der Ablehnung des Frankismus leitete sich eine wohlwollende und kritiklose Haltung all dem gegenüber ab, was unter Franco verboten war. So erhielten die vorher offiziell verbotenen Forderungen der Basken und Katalanen nach freiem Gebrauch der Regionalsprachen, der speziellen kulturellen Eigenständigkeiten und der politischen Selbstständigkeit beinahe einen unantastbaren Charakter; sie abzulehnen oder zu kritisieren hätte in den Augen vieler Journalisten einen Rückfall in alte Zeiten bedeutet und die demokratische Haltung der Zeitung in Frage gestellt. Auch die baskische Separatistenorganisation "ETA" gehörte zu den Themen, die zunächst von Kritik weitgehend verschont blieben; die Berichterstattung betonte mehr die Beweggründe und Argumente der Separatisten und ignorierte weitgehend die Gegenargumente.

Dies änderte sich, als in den späten siebziger Jahren die politischen Verbrechen ein Ausmaß annahmen, das den Bestand der Demokratie zu gefährden drohte: Da den Attentaten auch hohe Offiziere zum Opfer fielen, begann sich in Kreisen der Armeeführung die Überzeugung zu verbreiten,

nur eine Machtübernahme könne die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. Jeder neue Terroranschlag, der zunehmend auch unbeteiligte Bürger, darunter Kinder, traf, vergrößerte die Gefahr eines Militärputsches und die Empörung in der Bevölkerung. Die radikalen Extremistenorganisationen verloren bald jede Sympathie, die ihnen in der Franco-Zeit erwachsen war. Auch Kommentatoren, die die politischen Ziele der "ETA" möglicherweise teilten, waren sich nun in der Verurteilung der Methoden einig. Einen ähnlichen Umschwung in der öffentlichen Beurteilung erfuhr die katalanische Kulturpolitik, die das Katalanische als zweite Unterrichtssprache dem Spanischen gleichstellte und seine Beherrschung auch von nichtkatalanischen Schülern und Studenten verlangte. Obwohl dies die Kinder von Zuwanderern aus anderen Landesteilen benachteiligte, wurde es zunächst von weiten Teilen der öffentlichen Meinung als gerechtfertigt und sinnvoll betrachtet; vielen Journalisten fiel es zunächst schwer, an der endlich wiedererlangten autonomen katalanischen Kulturpolitik Kritik zu äußern.

So waren die Themen, deren Verurteilung und Ablehnung unter Franco Pflicht war, nach seinem Tode vor der Kritik weitgehend geschützt. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Diktatur gab die Presse ihre Oppositionsrolle zum Frankismus auf und konnte sich auch kritisch mit der demokratischen Regierung auseinandersetzen. Die traditionellen Säulen der Macht im spanischen Staat blieben jedoch weiterhin vor Kritik geschützt. Dabei handelte es sich um die vier Machtgruppen Wirtschaft, Armee, Kirche und Behörden, denen die geltenden Gesetze ausreichend Sanktionsmöglichkeiten gegen mißliebige Journalisten boten: Die Streitkräfte konnten immer noch über Zivilisten Militärgerichtsprozesse verhängen ¹⁾. Die Großindustrie

1) IPI-Bericht 1979, S. 33

unterhielt als wichtigster Anzeigenkunde die meisten Zeitungen und durfte daher nicht übermäßig provoziert werden. Die katholische Kirche war auch nach Francos Tod ein wichtiges innenpolitisches Moment geblieben, dessen Haltung und Ansicht für viele Spanier den Ausschlag für die eigene Urteilsbildung gab. Von den Behörden hingen die Zeitungen insofern ab, als diese staatliche Kredite lenkten und weiterhin die verschiedenen offiziellen Register unter sich hatten. Viele Zeitungen vermieden daher die Auseinandersetzung mit den etablierten Kräften und beschränkten ihre Berichterstattung auf unverfängliche Themen. Diese innere Zensur erschwerte die Etablierung eines kritischen Journalismus als vierte, kontrollierende Macht im Staat.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1 Allgemeine Situation in Spanien

1975 verschlechterte sich die spanische Wirtschaftslage deutlich ¹⁾. Für den Konjunktur-Rückgang wurden vor allem zwei Gründe verantwortlich gemacht: Zum einen wirkte sich die weltweite Depression und die Ölpreisverteuerung aus, zum anderen blieb die innenpolitische Lage und Entwicklung nach Francos Tod lange unklar, die mittelfristige Zukunft des Landes war nicht abzusehen. Noch 1978 konnte bei den allgemeinen Gewerkschaftswahlen keine Einigung über das offizielle Endergebnis erzielt werden. Zwar standen die kommunistischen "Comisiones Obreras" als Sieger fest, die Höhe des Sieges blieb aber umstritten ²⁾. All dies war keineswegs geeignet, die Investitionsbereitschaft der Unternehmer zu erhöhen. Die Inflationsrate sank zwar im Jahre 1978 von über 20% auf 16% ³⁾, lag damit aber immer noch sehr hoch. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an, seitdem der Anwerbestop in vielen europäischen Ländern die Emigration gebremst hatte. Die ökonomischen Probleme drohten sich zu verschärfen, es bestand wenig Aussicht auf eine baldige Besserung.

Da für die Unabhängigkeit der Presse auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Verlage maßgeblich ist, soll nun auch deren ökonomische Lage in ihrer Entwicklung nach Francos Tod vor dem Hintergrund der allgemeinen Depression in Spanien untersucht werden.

1) Coverdale, 1979, S. 87 f.

2) Coverdale, 1979, S. 96

3) Siehe Anhang, Tabelle 27

2.2 Kostenentwicklung im Pressesektor

Unter die verschiedenen Ursachen für die ungünstige Geschäftsentwicklung vieler Zeitungsverlage nach Francos Tod mußte der starke Anstieg der Papierkosten in den siebziger Jahren gerechnet werden. Ölpreissteigerungen und der damit verbundene Produktionskostenanstieg, Streiks in den Papierfabriken von Kanada, einem Hauptlieferanten für Pressepapier in Spanien, und die Wechselkursschwankungen der Peseten verteuerten auch die Importe ¹⁾. In Spanien selber ging die Pressepapierproduktion in den Jahren 1969 bis 1973 um 6,5%, nach anderen Quellen um 14% zurück ²⁾. Da im gleichen Zeitraum der Verbrauch anstieg ³⁾, mußte die Differenz durch gestiegene Importe ausgeglichen werden. Die Papierpreise in Spanien verdoppelten sich von 1976 bis 1979 ⁴⁾.

Da die Verlage die steigenden Papierkosten nicht auf den ministeriell festgelegten Verkaufspreis abwälzen konnten, mußten sie andere Einsparungsmaßnahmen anwenden. Nach 1975 sank durch Verringerung des Zeitungsformats und Herabsetzen der Papierstärke trotz steigender Gesamtauflage der Verbrauch an Pressepapier wieder ⁵⁾. Doch für die Kostensteigerung im Verlagswesen war nicht nur der steigende Papierpreis verantwortlich. Die Legalisierung gewerkschaftlicher Organisationen ermöglichte zum ersten Mal seit über vierzig Jahren eine wirksame

1) Tallón, 1978, S. 54

2) Belderrain, in: Actualidad Española, Nr. 847, 8. Juni 1974, S. 14-21; Pinillos y Suárez, 1975, S. 345

3) Siehe Anhang, Tabelle 20

4) El País, 7. Oktober 1979, S. 27

5) Siehe Anhang, Tabelle 11 und 20

Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Mit Streiks in Druckereien und Redaktionen erzwangen die Beschäftigten Lohnsteigerungen und verbesserte Sozialleistungen, die sich in höheren Personalkosten niederschlugen.

Zu dem steigenden Papierpreis und den teureren Lohnkosten trat die Konkurrenz des Fernsehens im Kampf um die Anzeigenkunden. Während sich die Einnahmen aus der Werbung bei den Tageszeitungen von 3 762 Millionen Peseten im Jahr 1973 auf 4 260 Millionen 1977 erhöhten, verdoppelte das Fernsehen seine Werbeeinkünfte von 6 089 Millionen auf 11 260 Millionen Peseten, ebenso konnten die Zeitschriften ihre Einnahmen verdoppeln (1980: ca. 40 pts = DM 1,-) ¹⁾.

1) Cinco Días Nr. 188, 8. Dezember 1978, S. 16; EPP
Supplémentaire au No. 1060, 31. Oktober 1977, S. 91

2.3 Staatliche Unterstützung

Die Verlage erhielten für die überhöhten einheimischen Papierpreise eine staatliche Ausgleichszahlung, die aber letztlich den Papiermühlen zugute kam. Diese Subvention wurde 1976 von bis dahin ca. 2 555 Peseten pro Tonne auf über 7 000 Peseten erhöht (= ca. 175 DM) ¹⁾. Die Verleger betrachteten diese Zahlungen keineswegs als großzügige Hilfe des Staates, sondern als kleinen Ausgleich für den ungleichen Wettbewerb, den die staats-eigenen Medien den privaten Unternehmern machten: Staatseigene Tageszeitungen kamen in den Genuß einer Subvention von durchschnittlich 30 Peseten pro Exemplar, bei einem Verkaufspreis von 20 pts, wogegen den Privatzeitungen nur drei Peseten zufließen, worin der Papierausgleich schon enthalten war ²⁾. Das staatliche Engagement in den Massenmedien diente in Spanien nicht der Unterstützung der freien Presse, sondern der Verzerrung des Wettbewerbs zuungunsten der privaten Verleger. Da der Staat den Privatverlagen nur mit besonderen Posttarifen, nicht aber wie die meisten westeuropäischen Länder mit anderen Unterstützungen half ³⁾, sahen diese sich vom Staat nicht nur im Stich gelassen, sondern darüberhinaus in Schwierigkeiten gebracht ⁴⁾: Sie traten gegen eine marktbeherrschende Konkurrenz an, die Verluste erwirtschaften konnte und deren Defizite von der öffentlichen Hand ausgeglichen wurden. Immerhin stammte seit dem Bürgerkrieg jede dritte Zeitung in Spanien aus einem

1) Siehe Anhang, Tabelle 26

2) AEDE Nr. 3, Juli 1980, S. 4

3) AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 120

4) El País, 14. Februar 1979, S. 8; Gómez Rivera, 1975, S. 253

staatseigenen Verlag und brauchte nicht profitabel zu arbeiten, während sie gleichzeitig mit der freien Presse auf dem Anzeigenmarkt in Konkurrenz trat und den Wettbewerb der Verlage untereinander verschärfte.

2.4 Situation der Verlage

Nach der günstigen Auflageentwicklung für Tageszeitungen 1975/76 gerieten die spanischen Presseunternehmer bald in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zu der erwähnten Wirtschaftskrise des Landes und dem Konkurrenzdruck seitens des marktbeherrschenden staatlichen Konzerns kamen weitere Probleme hinzu. Die einzelnen Unternehmer hatten vierzig Jahre lang der Abhängigkeit des Informationsministeriums unterstanden, das bei der Auswahl ihrer leitenden Mitarbeiter mitredete, die Verkaufspreise vorschrieb, die Papierpreise ausglich und nur eine staatliche Agentur für Nachrichten zuließ. Unternehmerische Initiative fand keinen Raum in dem autoritären Staat, der die Verlage damit aber auch vom Wettbewerb untereinander abhielt und gegen Risiken abschirmte. Das demokratische Spanien dagegen verlangte neue unternehmerische Qualitäten, die Fähigkeit, ohne ministerielle Anweisungen und Absicherungen die politische Linie einer Zeitung selbständig zu entscheiden und zu verantworten und nicht zuletzt die Bereitschaft, gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter zu akzeptieren.

Viele Verleger waren nicht in der Lage, den veränderten Umständen in einem freien Staat gerecht zu werden ¹⁾. Seitdem die Zeitungen tatsächlich miteinander konkurrierten, wirkten sich die technischen und organisatorischen Schwierigkeiten im Pressesektor um so stärker aus. Die Notwendigkeit nahm zu, die veralteten Druckmaschinen auszuwechseln und die höchst unzureichende Vertriebsorganisation umzugestalten. ²⁾.

1) Sebastián Auger, in: El País, 9. Februar 1979

2) El País, 2. März 1980, S. 29

Tatsächlich konnte der Leser auch außerhalb der Touristensaison in vielen Orten zwar die aktuelle "Bild-Zeitung" aus Deutschland kaufen, nicht aber eines der führenden spanischen Blätter aus Madrid oder Barcelona.

Nach Meinung des Geschäftsführers des "Correo Catalán", einer Abendzeitung aus Barcelona mit einer Auflage von 60 000 Exemplaren, reichte noch 1975 der Verkaufspreis einer Zeitung aus, um zusammen mit den Werbeeinnahmen die Kosten zu decken ¹⁾. 1979 dagegen schlossen fast alle Tageszeitungen mit einem Defizit ab ²⁾. Dabei war es manchmal unmöglich festzustellen, wer das Defizit letztlich ausglich. In Frage kamen in erster Linie politisch engagierte Gruppen aus Finanz und Wirtschaft, die sich um die Förderung unternehmerfreundlicher Tendenzen bemühten.

1) Gómez Rivera, 1975, S. 309

2) El País, 2. März 1980, S. 29

2.5 Konzentration

Die hier angestellten Untersuchungen beziehen sich nur auf die Tagespresse.

Die fünf großen Verlage, die sich 1970 in die Herausgabe von dreiviertel der Gesamtauflage teilten, hatten noch zehn Jahre später einen wesentlichen Anteil am Pressemarkt inne, allerdings belief er sich im Sommer 1979 nur noch auf ein Viertel der Gesamtauflage ¹⁾.

Am stärksten bekam die staatseigene Zeitungskette, die frankistische "Prensa del Movimiento ²⁾", die 1977 bei der Auflösung des Movimiento gemeinsam mit dem Rundfunk in "Medios de Comunicación Social del Estado ³⁾", M.C.S.E., umbenannt worden war, die sozialen Umstellungen zu spüren. Gab sie 1970 noch 40 von 119 Titeln heraus ⁴⁾, waren es 1979 nur noch 29 von 117; in zehn Jahren hatten etwa ein Viertel der staatseigenen Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt. Ihre Gesamtauflage sank von 500 000 Exemplaren auf ca. 275 000 ⁵⁾, wobei die letzte Zahl geschätzt ist.

1) Die Gesamtauflage für 1979 ist schwer zu ermitteln. Die mittlere Auflagenhöhe aller kontrollierten Tageszeitungen, siehe Anhang, Tab. 3, lag bei 63 000 Exemplaren, was sicher den tatsächlichen Durchschnitt übertraf. Wenn man für den tatsächlichen Durchschnitt nur zwei Drittel davon annimmt, kommt man zu einer täglichen Auflage von 40 000 Exemplaren pro Titel und auf eine Gesamtauflage von ca. vier Millionen, wovon im folgenden ausgegangen wird.

2) "Presse der Bewegung"; Lorenzen, 1978, S. 166 f.

3) "Massenkommunikationsmedien des Staates"

4) Siehe Anhang, Tabelle 31

5) Siehe Anhang, Tabelle 33

Der Staat kontrollierte somit nur noch etwas über 6% der Auflage und ein Viertel der Titel. Die demokratische Regierung, nicht bereit, die Defizite zum Teil noch falangistischem Gedankengut verhafteter Zeitungen zu tragen, hatte die Einstellung verschiedener Blätter verfügt. Dabei galt die Suspension des Zentralorgans des Movimiento "Arriba" im Juli 1979 als eine Demonstration der Unabhängigkeit von der Vergangenheit. Die wirtschaftliche Entwicklung der nicht profitorientierten M.C.S.E. darf nicht als typisch für die Entwicklung der Pressekonzerne in Spanien angesehen werden.

Ein anderes Beispiel bot die Verlagsgruppe "Mundo" aus Barcelona, deren Haupteigentümer Sebastián Auger gleichzeitig die spektakulärste Erscheinung der spanischen publizistischen Szene darstellte. 1937 geboren, hatte er sich als Journalist und Verleger einen Namen gemacht und galt als Bewunderer und Nacheiferer des französischen Publizisten Jean Jacques Servan-Schreiber. Er versuchte, gestützt auf das Kapital seiner Familie, seinen Buchverlag zu einem Pressekonzern auszubauen ¹⁾. 1969 hatte er die erste Tageszeitung "Mundo Diario" ²⁾ seines Verlages gegründet, 1976 die Abendzeitung "Catalunya-Express" und die Sportzeitung "4-2-4". "Mundo Diario" und "Catalunya-Express" widmeten sich vorwiegend regionalen Ereignissen und vertraten eine gemäßigt linke Haltung, wobei die Abendzeitung "Catalunya-Express" als Boulevardblatt aufgemacht war. 1977 kaufte Sebastián Auger die Abendzeitung "Tele - Exprés" dazu, die der Graf Javier Godó, dessen Familienverlag die größte spanische Tageszeitung "La Vanguardia"

1) Informaciones, 6. Dezember 1978; El País, 7. Dezember 1978, S. 7

2) "Welt-Tageszeitung"

herausgab, selbst erst 1975 erstanden hatte ¹⁾. Nach dem Ankauf des "Tele-Exprés" aus Barcelona übernahm Sebastián Auger im Dezember 1978 die liberale, traditionsreiche Madrider Abendzeitung "Informaciones", die unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten litt ²⁾. Im August 1979 schließlich erwarb er 70% des Verlages der Tageszeitung "El Diario Regional" aus Valladolid, die wegen finanzieller Probleme schon im Juni 1979 nicht hatte erscheinen können ³⁾. "El Diario Regional" wurde der Gruppe "Mundo" integriert, ohne daß die Zeitung zunächst wieder auf dem Markt erschien.

"Informaciones" besaß eine der antiquiertesten Druckereien aller spanischen Zeitungen ⁴⁾ und war zu verschuldet, um eine Modernisierung durchführen zu können. Darüber hinaus bekam Sebastián Auger Schwierigkeiten mit dem alten Mitarbeiterstab, in deren Verlauf erst der Direktor, Jesús de la Serna, dann der Vorsitzende der sogenannten "Junta de Fundadores" ⁵⁾, der profilierte liberale Journalist, Victor de la Serna, und schließlich der Chefredakteur ihre Posten verließen ⁶⁾.

Im Sommer 1979 nahmen die finanziellen Probleme der Gruppe "Mundo" und von "Informaciones" derartige Formen an, daß die Zwangsversteigerung der Immobilien angekün-

1) AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 145

2) AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 146; El País, 2. Dezember 1978, S. 23

3) El País, 1., 6., 14. und 20. Juni 1979

4) El País, 2. Dezember 1978, S. 25

5) "Gründervereinigung"; siehe Pressegesetz, Art. 20, Abs. 2, Anhang, S. 39

6) El País, 15. August 1979, S. 24

digt wurde ¹⁾. Zur Zwangsversteigerung kam es indes nicht, da staatliche Mittel den Konzern zur Erhaltung der Arbeitsplätze und der Zeitungsvielfalt unterstützten. Trotzdem mußten im November 1979 die vier Tageszeitungen der Gruppe "Mundo" zeitweilig ihr Erscheinen einstellen ²⁾. Im Januar 1980 sahen sich die Nachrichtenagenturen "Efe" und "Europa-Press" außerstande, angesichts der finanziellen Rückstände der Gruppe "Mundo" diese weiter zu beliefern ³⁾. Als im März 1980 "Mundo Diario" und "Tele-Exprés" wieder erscheinen konnten, traten die Arbeiter des "Diario Regional", denen das Unternehmen Löhne und Gehälter schuldete, in einen unbefristeten Streik ⁴⁾, und "Informaciones" mußte wahrscheinlich endgültig eingestellt werden ⁵⁾. Im Mai schließlich stoppte die Regierung die staatlichen Subventionen an Sebastián Auger ⁶⁾, dessen Bemühungen um den Aufbau eines Pressekonzerns damit zunächst gescheitert waren. Zur Zeit seiner größten Entfaltung und unter der Voraussetzung, daß alle fünf Tageszeitungen tatsächlich gleichzeitig erscheinen konnten, hatte Sebastián Auger eine Auflage von mindestens 200 000 Exemplaren kontrolliert, also ungefähr 5% aller Tageszeitungen Spaniens.

"La Vanguardia", die angesehene Morgenzeitung der Familie Godó aus Barcelona, brachte täglich ebenfalls 200 000 Exemplare heraus und mußte damit eine Einbuße von ca. 13% ⁷⁾ gegenüber 1970 hinnehmen. Sie stellte damit als

1) El País, 22. Juni 1979, S. 46

2) Frankfurter Rundschau, 17. November 1979

3) El País, 3. Januar 1980, S. 20

4) AEDE Nr. 3, Juli 1980, S. 97

5) Cambio 16, 13. April 1980, S. 39

6) AEDE Nr. 3, Juli 1980, S. 97

7) Siehe Anhang, Tabelle 1

größte Zeitung Spaniens aber immer noch 5% der Gesamtauflage. Ebenfalls 5% gab der Verlag "Prensa Española" der Familie Luca de Tena mit den beiden Ausgaben von "ABC" in Madrid und Sevilla heraus. 1970 noch hatte "Prensa Española" mit 300 000 Exemplaren täglich 7,5% der spanischen Zeitungen verlegt. Der einzige große spanische Zeitungsverlag, der von 1970 bis 1979 von Einbußen in der Auflage verschont blieb, war "EDICA", "Ediciones Católicas", im Besitz der Kirche. "EDICA" erreichte die Steigerung der Auflage ihrer fünf Tageszeitungen "Ya", "Verdad", "Ideal", "El Ideal Gallego" und "Hoy" von 226 000 Exemplaren auf täglich 261 000 Exemplare und entwickelte sich damit zum größten nicht-staatlichen Konzern Spaniens.

Die erwähnten Verlage engagierten sich alle auch noch in anderen publizistischen Sparten, vor allem in Zeitschriften. "EDICA" betrieb darüber hinaus eine eigene Nachrichtenagentur. Unter Berücksichtigung von Illustrierten und anderen nicht täglich erscheinenden Periodika würde sich ein anderes Bild von der Pressekonzentration in Spanien ergeben. Im Zeitungsmarkt jedoch zeigten sich die Konzerne den wirtschaftlichen, technischen und inhaltlichen Problemen und Anforderungen keineswegs besser gewachsen als kleine Verlage.

3. Einzelne Sektoren

3.1 Die Parteipresse

Die Kommunistische Partei Spaniens, "PCE ¹⁾", brachte als einzige Partei nach der Legalisierung eine eigene Tageszeitung heraus. Ihr Zentralorgan "Mundo Obrero" konnte jedoch nur zwei Jahre lang täglich erscheinen. Im Juli 1980 mußte die Zeitung eingestellt werden, da sich ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten erschöpft hatten. Nach einer Startauflage von 100 000 Exemplaren konnten 1980 nur noch 15 000 Exemplare verkauft werden, was weit unter der mit 200 000 angegebenen Zahl der eingeschriebenen Mitglieder lag. Von den 108 Mitarbeitern wurden 92 entlassen, die verbliebenen 16 sollten "Mundo Obrero" als Wochenblatt weiterführen ²⁾.

Die mit Spannung erwartete Legalisierung der Parteipresse erlitt damit einen deutlichen Rückschlag: Nach dem Mißerfolg von "Mundo Obrero" erschien in Spanien keine parteigebundene Tageszeitung mehr.

1) "Partido Comunista Español"

2) Süddeutsche Zeitung, 25. Juli 1980

3.2 Die staatseigene Presse

Nach Auflösung der frankistischen Einheitspartei 1977 übernahm das neugeschaffene Kultusministerium deren Zeitungen unter dem Sammelnamen "Medios de Comunicación Social del Estado". Den M.C.S.E. wurde das Organ der ebenfalls aufgelösten Einheitsgewerkschaft "Pueblo" angegliedert sowie die wöchentlich erscheinende Zeitung "7 fechas ¹⁾" mit Redaktionen in Madrid und Köln, die für die Emigranten konzipiert war, sowie einige nicht täglich erscheinende Publikationen und die Agentur "Pyresa". Neutrale Titel hatten inzwischen einige besonders martialische Zeitungsnamen der Franco-Zeit abgelöst: Aus "Yugo", deutsch "Joch", das Symbol der Falange, wurde "Voz de Almería", deutsch "Stimme von Almeria"; "Imperio", deutsch "Reich", wurde zu "El Correo de Zamora", deutsch "Zamora-Post"; "Falange" wurde zu "El Eco de Canarias", deutsch "Echo der Kanarischen Inseln".

Bis zum Jahre 1974 konnten die Defizite einiger Publikationen durch die Gewinne anderer ausgeglichen werden, ab 1975 ergaben sich jedoch schwerwiegende Verluste für den Konzern ²⁾. Bereits zu Francos Lebzeiten waren 1975 die ersten Titel eingestellt worden ³⁾, im folgenden Jahr zwei weitere, 1977 "7 fechas" mit seiner deutschen Ausgabe ⁴⁾. Im Dezember 1978 begann die öffentliche Diskussion über das Schicksal der Presse der frankistischen Bewegung. Die Zeitungen sollten möglicherweise den entsprechenden Stadtverwaltungen anvertraut werden, den Landesparlamenten übergeben oder von den Beschäftigten selbst

1) "Sieben Tage"

2) Siehe Anhang, Tabelle 32

3) Siehe Anhang, Tabelle 30 und 31

4) AEDE Nr. 1, Juli 1979, S. 146

verwaltet werden ¹⁾. Die politischen Parteien im Parlament konnten aber keine Einigung erzielen und vertagten das Problem. Im Juni 1979 entschied das Kultusministerium, daß die Druckmedien und der Rundfunk gesondert behandelt werden mußten, da Hörfunk und Fernsehen im Gegensatz zur Presse einen öffentlichen Dienst darstellten. Da die Presse außerdem defizitär war, zielten die Pläne der Regierung auf Auflösung bzw. Privatisierung der Verlage ab ²⁾. An eine Entschädigung der seinerzeit von den vorrückenden Francotruppen enteigneten Besitzer war nicht gedacht, obwohl diese teilweise ihre Ansprüche äußerten. Was aber die entschiedene Gegnerschaft der oppositionellen Sozialisten zu diesen Plänen hervorrief, war die Tatsache, daß die Regierung das Parlament bei den anstehenden Entscheidungen übergang und, indem sie eigenmächtig Titel einstellte, ihre Kompetenzen übertrat. Außerdem argwöhnte die Opposition, die Regierung wolle die profitablen Blätter der Kette an regierungsfreundliche Privatverlage weitergeben. Auch die Beschäftigten der betroffenen defizitären Betriebe widersetzten sich heftig den Schließungen und konnten dabei nicht nur auf die Unterstützung der Opposition, sondern auch auf die der Gewerkschaften rechnen.

Ungeachtet des Widerstandes stellte das Kultusministerium im Jahre 1979 das Erscheinen von sechs Titeln ein, ebenso die Arbeit der Agentur "Pyresa", und bot den Beschäftigten an, sie in anderen Stellen der Verwaltung unterzubringen ³⁾. Die betroffenen Mitarbeiter der eingestellten Zeitungen protestierten vor Gericht, worauf der Oberste Gerichtshof im September befand, daß die Schließung der Tageszeitungen keine Verletzung der Pressefrei-

1) El País, 22. Dezember 1978, S. 25

2) El País, 9. Juni 1979, S. 8

3) El País, 12. Juni 1979, S. 10

heit darstelle und rechtens sei ¹⁾. Die so dezimierte Verlagskette blieb vorerst unter der Obhut des Kultusministeriums bestehen.

Im Frühjahr 1980 wurden zwei weitere Zeitungen, "Unidad" und "La Voz de España" aus San Sebastián eingestellt. Ihre Mitarbeiter wandten sich daraufhin mit einer Petition an den Kultusminister, daß die Blätter unter der Obhut des baskischen Nationalparlamentes fortgeführt werden sollten. Der Kultusminister beharrte aber mit Hinweis auf die hohen Verluste auf der Schließung und versicherte gleichzeitig, daß weitere Einstellungen staatseigener Zeitungen nicht erfolgen würden ²⁾. Die wirtschaftliche Lage der Staatspresse hatte sich in der Tat drastisch verschlechtert. Ihr Defizit von 500 Millionen Peseten in den Jahren 1976 bis 1977 versechsfachte sich 1979 auf fast 3 Milliarden Peseten, ca. 75 Millionen Deutsche Mark ³⁾. Inhaltlich hatte die Mehrheit der Zeitungen den Umschwung zur Demokratie nachvollzogen und unterstützte die Regierung Suárez, von der die M.C.S.E. letztlich abhingen. Nur etwa ein Drittel der Titel vermittelte den Eindruck, seine Redakteure sähen sich eher der Tradition der 40 Jahre unter Franco verpflichtet als der neuen Staatsform. Da die Leitartikel in der Regel zentral vergeben wurden und so für alle Staatszeitungen identisch waren, fielen gelegentliche ideologische Abweichungen einzelner Blätter kaum ins Gewicht.

Die Zukunft der Kette war 1980 noch ungeklärt. Vertreter der politischen Linken argumentierten, daß eine Aufrechterhaltung nichtkommerzieller Zeitungen im Interesse der

1) El País, 15. September 1979, S. 12

2) AEDE Nr. 3, Juli 1980, S. 94

3) Siehe Anhang, Tabelle 32; El País, 22. Dezember 1978, S. 25

Pressefreiheit und -vielfalt läge. Die wichtigste Frage blieb dabei die nach der Kontrolle über die Medien, die letztlich für deren politische Linie ausschlaggebend war.

3.3 Neugründungen

Von 1975 bis 1979 waren in Spanien 20 Tageszeitungen neu erschienen:

<u>Name</u>	<u>Erscheinungsjahr</u>
Asturias	1978
Avui	1976
Catalunya-Express	1976
Cinco Días	1978
4-2-4	1976
Deia	1977
Diario 16	1976
Diario Libre	1978
Egin	1977
Guadalajara	1978
El Imparcial	1977
Informaciones de Andalucía	1976
Mundo Obrero	1978
El Noroeste	1978
Nueva Andalucía	1976
El País	1976
El Periódico	1978
El Periódico de Cataluña	1978
Punt Diari ¹⁾	1979
Sur-Oeste	1979

Acht Blätter davon kamen allein in der Hauptstadt heraus, vier weitere in Barcelona und zwei in Sevilla. Das kulturelle Übergewicht der Großstädte kam hier deutlich zum Vorschein, ungeachtet der besonderen Motivation zur Herausgabe eigener Zeitungen in den Provinzen.

1) Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da bei sehr kurzer Lebensdauer einer Zeitung diese möglicherweise in keiner der unvollständigen offiziellen Listen erscheint; siehe Anhang, Tabelle 7.

Viele neugegründete Periodika sahen sich mit unüberwindbaren wirtschaftlichen Widrigkeiten konfrontiert. Auch ein betonter, teilweise militanter Regionalismus unter Verwendung der entsprechenden Sprache konnte den Zeitungen keinen Verkaufserfolg sichern. Bis 1980 mußten bereits sieben Zeitungen ihr Erscheinen wieder einstellen. Die katalanische Zeitung "Avui" mußte zur Abwendung des finanziellen Ruins einen Kredit der Sparkasse aufnehmen, deren Präsident gleichzeitig Präsident der katalanischen Regionalregierung war. Damit verlor die Zeitung ihre politische Unabhängigkeit und unterstützte fortan bedingungslos den Präsidenten ¹⁾. Nach drei Jahren hatte sich ihre Startauflage von 40 000 Exemplaren täglich halbiert ²⁾.

Die militante Zeitung "Egin" aus San Sebastián kämpfte ebenfalls mit finanziellen Problemen und mußte Anfang 1979 die Redaktionen und Regionalausgaben in den baskischen Nachbarstädten schließen. Die Mitarbeiter versuchten, unter eigenen finanziellen Einbußen die Unabhängigkeit des Blattes zu erhalten ³⁾, das ein Jahr später mit einer Auflage von über 45 000 Exemplaren täglich sein Überleben gesichert zu haben schien ⁴⁾. Offensichtlich honorierten die Leser eine unabhängige, kritische Berichterstattung, die den veränderten politischen Gegebenheiten des Landes, der demokratischen Staatsverfassung und der Autonomie der Regionen, gerecht zu werden versuchte. Die unabhängige, kritische Zeitung "El País" vermochte als einzige von 1978 bis 1979 ihre Auflage zu erhöhen, was sie zur größten Tageszeitung in Madrid machte. Eine größere Verbreitung auf nationaler Ebene

1) El País, 2. Juni 1979, S. 22

2) El País, 2. März 1980, S. 29

3) El País, 20. Januar 1979, S. 21

4) El País, 2. März 1980, S. 29

erreichten nur "La Vanguardia" aus Barcelona und das Sportblatt "As", wobei auch letzteres Einbußen in Kauf nehmen mußte.

Erfolge konnten auch zwei Titel der rechtsextremen Presse vorweisen: Zu den zehn auflagenstärksten Zeitungen Spaniens gehörten 1979 "El Alcázar" und "El Imparcial". Das betont nationale Boulevardblatt "El Imparcial" widmete über die Hälfte seines redaktionellen Teiles den Neuigkeiten aus Spanien, internationale, sportliche und kulturelle Ereignisse wurden auf wenige Seiten zusammengedrängt. Damit konnte die Zeitung nach 1976 einen überraschenden Anstieg ihrer Auflagenzahl erreichen ¹⁾, die sich 1980 offenbar bei 80 000 Exemplaren stabilisierte.

Eine Erklärung für die Erfolge der rechtsradikalen Presse lag in der nostalgischen Haltung vieler Spanier gegenüber der Franco-Ära. Wirtschaftliche Instabilität, Arbeitslosigkeit, Zunahme von Terrorismus und Kriminalität legten viele der Demokratie zur Last, die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung und einem "starken Mann" fand in den erwähnten Zeitungen Ausdruck und Bestätigung.

Weitere erwähnenswerte Neugründungen waren das "Periódico de Cataluña", das mit 67 000 Exemplaren täglich die zwölftgrößte spanische Zeitung wurde und "Diario 16". Es konnte seine Startauflage von 100 000 Exemplaren 1978 zunächst noch leicht steigern, lag aber 1979 unter 60 000 Exemplaren täglich und setzte den Abwärtstrend fort ²⁾. Sein Direktor, der angesehene Journalist Miguel Angel Aguilar, wechselte 1980 zu "El País" ³⁾.

1) Siehe Anhang, Abb. 1

2) Siehe Anhang, Tabelle 3

3) El País, 6. Juli 1980

Keine andere der seit 1976 gegründeten Tageszeitungen konnte bis 1980 eine Auflage von mindestens 60 000 Exemplaren erreichen. Für "Nueva Andalucía" war mit nur 6 000 Exemplaren der Ruin schon fast abzusehen.

3.4 Übrige Zeitungen

Die 1881 gegründete größte spanische Tageszeitung "La Vanguardia" behielt bis 1980 ihre Spitzenposition, obwohl sie in den letzten fünf Jahren 10% ihrer Leser verloren hatte ¹⁾, ebenso blieben die traditionsreichen beiden Titel "Ya" und "ABC" auch im demokratischen Spanien erfolgreich. Die beiden weiteren, Ende der sechziger Jahre noch als "groß" klassifizierten Zeitungen "Madrid" und "Diario de Barcelona" ²⁾ waren suspendiert oder auf den Rang einer Lokalzeitung herabgesunken. Viele alteingesessene Verlage hielten nur mit Mühe ihre wirtschaftliche Position im demokratischen Spanien, so auch der Verlag "Prensa Española", gegründet 1909. Seit 1977 erwirtschafteten die beiden Ausgaben von "ABC" aus Madrid und Sevilla Verluste, die sich 1979 auf 346 Millionen Peseten beliefen, ca. 8,7 Millionen Deutsche Mark ³⁾. Als Gründe wurden die stagnierenden Verkaufszahlen, die in der ganzen Tagespresse zurückgegangenen Werbeeinnahmen und die steigenden Personalkosten genannt.

Dabei überzogen die Journalisten ihre Lohnforderungen keineswegs, sondern zeigten sich moderat: Die Gehaltsanhebung von 10,7%, zu der die Firma im Februar 1979 per Schiedsspruch verpflichtet wurde, lag noch unter dem Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten ⁴⁾.

In der Auseinandersetzung um Lösungsmöglichkeiten aus

1) Siehe Anhang, Tabelle 3

2) Handbuch der Weltpresse, 1970, S. 512

3) El País, 28. März 1979, S. 46

4) Siehe Anhang, Tabelle 27; El País, 22. Februar 1979

der Krise von "Prensa Española" konnte sich der liberale Flügel der Gründer- und Besitzerfamilie Luca de Tena durchsetzen. Eine Umstellung der Technik auf Lichtsatz, die damit verbundene Reduzierung des Personals und eine Modifizierung der konservativen monarchistischen Linie des Verlages sollten auch nach der Demokratisierung Spaniens den Erfolg von "ABC" sichern ¹⁾, dessen beide Ausgaben schon ein Drittel ihrer Leserschaft verloren hatten ²⁾.

Die wirtschaftliche Krise im Pressesektor wirkte sich bis auf wenige Ausnahmen auf alle Verlage aus, die sich von der bevormundenden Diktatur auf die neue Demokratie umstellen mußten. Einigen Zeitungen, die in ihrer liberalen bis linken Tendenz und kritischen umfassenden Berichterstattung den Bedürfnissen vieler Leser entgegenkamen, gelang es, ihre Auflage zu halten oder sogar zu steigern. Es handelte sich dabei um "El Día", "Ultima Hora", "La Voz de Asturias" und "La Voz de Galicia", die sich dem allgemeinen Abwärtstrend entziehen konnten. Die vier Titel wiesen einige Gemeinsamkeiten auf. Alle noch unter König Alfons XIII gegründet, paßten sie sich flexibel genug den verschiedenen Staatsformen an, wobei ihnen auch die geographische Lage ihrer Erscheinungsorte zugute kam: Teneriffa, die Balearen, Asturien und Galizien liegen an der Peripherie Spaniens, weit entfernt vom Zentrum Madrid. Alle vier Zeitungen bemühten sich, höheren Ansprüchen der Leser zu genügen, sie brachten einen eigenen Kulturteil und, bis auf "Ultima Hora", einen eigenen Wirtschaftsteil. Alle vier betonten ihren Charakter als Regionalblätter, ohne darüber nationale und internationale Berichterstattung zu vernachlässigen, und konnten mit

1) Cambio 16 Nr. 426, 13. April 1980, S. 39

2) Siehe Anhang, Tabelle 3

diesem Konzept Erfolge vorweisen. "El Día" hatte schon 1979 die Modernisierung seiner Technik hinter sich, und das Photosatzverfahren eingeführt.

3.5 Hojas de Lunes

Von den 34 Montagsblättern, die 1970 erschienen, wurde eines noch im gleichen Jahr eingestellt, ein anderes 1977 und zwei weitere 1978. Trotzdem konnten sie ihre Gesamtauflage bis 1979 um knapp 10% auf 1,1 Millionen steigern ¹⁾, wenn auch in den Regionen die Auflagen sanken, besonders in San Sebastián von 75 000 auf 25 000 Exemplare. Im Durchschnitt erfreuten sich die von den offiziellen Presseverbänden herausgegebenen Blätter einer befriedigenden Stabilität, obwohl ihre technische Ausstattung in den meisten Fällen nicht mehr den Ansprüchen der Gegenwart entsprach ²⁾. Sicher war der Umstand, daß die in den Presseassoziationen organisierten Journalisten nicht mehr einem strengen Informationsminister, sondern einem eher liberalen Kultusminister verantwortlich waren, für den vergleichsweise guten Erfolg dieser Zeitungen unter den veränderten politischen Bedingungen verantwortlich.

1) Siehe Anhang, Tabelle 4

2) Lorenzen, 1978, S. 144

3.6 Zusammenfassung

Die Demokratisierung Spaniens brachte für die meisten Verlage nach dem wirtschaftlichen Höhepunkt von 1975/76 einen Mißerfolg. Nicht nur einigen alten, traditionellen Verlagen begegneten Schwierigkeiten, sich der neuen Lage anzupassen, sondern vor allem die Neugründungen überlebten oft nicht die ersten Monate ihrer Existenz. Dies lag neben der zu optimistischen Einschätzung der Möglichkeiten des Marktes auch an der Überschätzung der Wechselbeziehungen zwischen der neuen Demokratie und der Mediennutzung: Wenn auch eine demokratische Staatorganisation nur mit einer unabhängigen und vielfältigen Presse zu verwirklichen ist, darf daraus nicht geschlossen werden, daß neue Tageszeitungen sich unter demokratischen Verhältnissen mit Leichtigkeit durchsetzen könnten. Wenigen Zeitungen gelang es, sich das Interesse ihrer Leser zu bewahren und Rückgänge der Auflagenhöhe zu vermeiden. Dabei wurde die Bereitschaft zur Kritik gegenüber Regierung und Verwaltung von den Lesern honoriert, was sowohl für Neugründungen, als auch für Zeitungen aus der Franco-Zeit galt.

Mangelndes Interesse der politisch Verantwortlichen an einer unabhängigen Presse zeigte sich nicht nur in der geringen staatlichen Unterstützung der privaten Verlage, sondern auch darin, daß die staatlichen Medien der Privatpresse Anzeigenkunden abzogen und so deren Wirtschaftslage verschärften.

Die Hauptursache für die Krise im Pressesektor darf man letztlich im Bürgerkrieg und seinen politischen Folgen sehen. Die Informationspolitik des Franco-Regimes und die jahrzehntelange ideologische und wirtschaftliche Bevormundung hatte viele Journalisten und Verleger zu einer

passiven, risikofeindlichen und autoritätsgläubigen Haltung erzogen. Diese innere Zensur erschwerte die Etablierung eines kritischen Journalismus als eine vierte, kontrollierende Macht im Staate, die auch von den Lesern honoriert worden wäre ¹⁾. Die spanischen Zeitungsleser wandten sich den Blättern zu, die sich aus der Abhängigkeit von den etablierten Autoritäten hatten freimachen können.

1) Amando de Miguel, Nota sociológica sobre la crisis del diarismo en España, in: AEDE Nr. 1, Juni 1979, S. 92 - 95

4. Stellung der Journalisten

4.1 Unklarheiten im offiziellen Status

Art. 20 der neuen Verfassung ¹⁾ garantierte Ausdrucksfreiheit in Wort und Bild und veränderte damit die rechtliche Lage der Presse von Grund auf. Das Pressegesetz blieb weiterhin gültig, aber seine Novellierung oder Abschaffung war abzusehen und unvermeidlich. So standen die spanischen Journalisten und Redakteure vor dem Problem, einem gültigen Gesetz unterworfen zu sein, das aber nicht mehr richtig ernst genommen wurde und eigentlich nur noch formell bestand ²⁾. Der berufliche Status eines Journalisten war unter Franco klar definiert. Um als Journalist arbeiten zu können, mußte der Betroffene in das offizielle Register eingetragen sein. Die Einschreibung setzte den Abschluß des staatlich kontrollierten Journalistikstudiums voraus. Schließlich bekam er das "Carnet oficial", den offiziellen Ausweis, von dem es in Art. 6 der Statuten des Journalistenberufes heißt ³⁾, es sei unerläßlich für die Berufsausübung. Schon zu Francos Lebzeiten bestanden Möglichkeiten, diese Bestimmungen zu umgehen: Wollte eine Zeitung einen Mitarbeiter ohne offiziellen Journalistenstatus beschäftigen, so stellte sie ihn einfach als Hilfskraft oder technischen Mitarbeiter ein und ließ ihn dennoch redaktionelle Arbeiten ausführen.

Die journalistischen Berufsverbände fanden zu dieser Entwicklung keine einheitliche Haltung. Aus ihrer frankisti-

1) Siehe Anhang, S. 80

2) El País, 9. Januar 1979, S. 19

3) Estatuto de la Profesión Periodística; Mota, 1970, S. 202 f.

schen Tradition heraus mußten sie sie ablehnen, andererseits neigten viele Journalisten zu einer Ablehnung des Frankismus und der staatlich kontrollierten Presseassoziationen; freie Journalistenvereinigungen verdrängten nach Francos Tod zunehmend die alten Standesorganisationen. Die Funktionäre beklagten das über die Berufssparte hereingebrochene Chaos, das juristische Vakuum und das stillschweigende Übergehen frankistischer Vorschriften seitens der Kollegen, blieben aber ohne Klärung der Rechtslage außerstande zu einer Reorganisation. Besonders in den Funkmedien drangen zunehmend Techniker, also eine vollkommen andere Berufsgruppe, in traditionell journalistische Positionen ein, woraus sich neue Probleme in der Definition des journalistischen Berufsbildes ergaben ¹⁾.

Die liberal denkenden Berufsvertreter konnten es nur gutheißen, daß nun auch Kollegen ohne staatlich kontrollierte Ausbildung und staatliche Registrierung der Beruf offenstand. Auf der anderen Seite sahen manche Inhaber staatlicher Ausweise ihre Arbeitsplätze von Konkurrenten ohne die entsprechenden Papiere bedroht, wehrten sich gegen den unerwünschten Wettbewerb und forderten neue Beachtung und Einhaltung der alten Vorschriften.

Eine zusätzliche Schwierigkeit der Abgrenzung des Journalistenstatus bestand darin, daß durch das obligatorische Universitätsstudium die Bezeichnung "Periodista", Journalist, den Rang eines akademischen Grades erhalten hatte ²⁾ und sich so von einer schlichten Berufsbezeichnung absetzte. Solche Fragen fanden aber zunächst wenig Interesse bei denen, die die staatliche Überwachung ablehnten und für eine freie Berufsausübung plädierten.

1) El País, 23. Februar 1979, S. 19

2) El País, 30. März 1979, S. 33

4.2 Innere Pressefreiheit

Neben den rechtlichen Verhältnissen hatte sich auch die Situation innerhalb der Redaktionen verändert. Die neuen Schwierigkeiten rührten hauptsächlich daher, daß der Besitz an Zeitungen meist in konservativen Händen lag, die Journalisten dagegen eher progressiv dachten ¹⁾. Dabei hatte sich dank der Legalisierung von Streiks die Stellung der Journalisten innerhalb der Redaktion wesentlich verbessert.

Meistens richteten sich die Forderungen streikender Arbeiter auf Lohnerhöhungen, gelegentlich kam es aber auch zu Streiks aus anderen Gründen. So wandten sich die Mitarbeiter der baskischen Tageszeitung "Egin" gegen die Ernennung einer neuen Direktorin und verlangten ein Vetorecht bei der Besetzung leitender Positionen. Sie unterstrichen ihre Forderungen mit mehrtägigen Streiks, ohne sich jedoch durchsetzen zu können ²⁾. Auch die Zeitung "Guadalajara" erlebte ernsthafte Unstimmigkeiten zwischen den Herausgebern und ihren Mitarbeitern: Die Herausgeber enthoben den Direktor seines Amtes, weil dieser eine Mitteilung der streikenden Arbeiter auf der Titelseite der Zeitung erscheinen lassen wollte. Das Kommuniké sollte den Lesern die Ursachen der Arbeitsniederlegung, ausbleibende Sozialleistungen des Unternehmens, erklären. Als sieben Redakteure aus Protest gegen die Entlassung einen weiteren Streik ausriefen, wurden auch sie entlassen ³⁾.

1) Fernández Lera, 1976, S. 11

2) El País, 19. Dezember und 22. Dezember 1979

3) El País, 4. Februar 1979, S. 19 und 10. Februar 1979

um sich bei solchen innerbetrieblichen Konflikten größere Rechte zu sichern, wurden seitens der Redakteure zunehmend Forderungen nach der Einführung verbindlicher Redaktionsstatuten laut. Einer Einigung in dieser Frage stand die autoritäre Struktur der spanischen Redaktionen entgegen, die während der Franco-Zeit gesetzlich zementiert war.

4.3 Polizeiliche Maßnahmen gegen Journalisten

Die Exekutivgewalt des Staates wandte auch noch nach 1978 die pressegesetzlichen Vorschriften von 1966 an, wenn diese auch teilweise im Widerspruch zu der verfassungsmäßig verankerten Pressefreiheit standen. Nach 40 Jahren totalitärer Tradition hatte dieses Rechtsgut noch nicht seinen angemessenen Platz im Bewußtsein der Justiz gefunden, was wiederum die Ordnungshüter zu übereilten Aktionen ermunterte. So kam es zur Verhaftung der Direktorin der baskischen Zeitung "Egin", die eine Meldung über angebliche Folterungen an Häftlingen veröffentlicht hatte ¹⁾. Da man ihr letztlich keine Rechtswidrigkeit vorwerfen konnte, wurde sie am nächsten Morgen wieder entlassen ²⁾.

Da in Spanien nur ein sehr eingeschränktes Recht auf Geheimhaltung der Informationsquellen bestand, konnte die Berichterstattung über radikale Gruppen wie die "ETA" besonderes Interesse der Polizei auf die Berichterstatter ziehen. Ein leitender Redakteur der baskischen Zeitung "Egin" ³⁾ und ein Redakteur der Madrider Abendzeitung "Informaciones" waren unter den Betroffenen. Letzterer war schon für neun Tage im März 1979 und wieder im September verhaftet worden, ohne daß es zu einem Prozeß gekommen wäre. Man beschuldigte ihn selbst keiner terroristischen Aktivitäten, versuchte aber von ihm über die Extremistenorganisation "Grapo" ⁴⁾ Informationen zu

1) El País, 27. Juni 1979, S. 18

2) El País, 28. Juni 1979, S. 18

3) El País, 31. Mai 1979

4) "Grupo revolucionario antifascista del 1er del octubre", revolutionäre antifaschistische Gruppe vom 1. Oktober.

erlangen ¹⁾.

An diesen Beispielen war deutlich abzulesen, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Spanien keineswegs sicher etabliert waren, sondern von Vertretern der Exekutive selber bei passenden Gelegenheiten ignoriert werden konnten. In dem letzten Fall setzte sich der Präsident der Madrider Presseassoziation persönlich beim Innenminister dafür ein, daß man behutsam gegen den Redakteur vorgehen und in jedem Fall die Pressefreiheit wahren solle.

1) El País, 19. September 1979, S. 14

VI. Die Presse im gesellschaftlichen Wandel

Wie Lorenzen 1978 richtig feststellte, fügten sich im frankistischen Staat die Medien in die herrschende Ordnung ein, weshalb sie nicht als Initiator gesellschaftlicher Veränderungen fungieren konnten. Wohl aber griff die Presse latent vorhandene Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung auf und gab sie verstärkt wieder. Das galt in den sechziger Jahren, zu Beginn des langsamen Liberalisierungsprozesses des Landes, zumindest für die elitären Medien, die in kleiner Auflage die intellektuelle Oberschicht erreichten. Nach Francos Tod änderte sich die gesellschaftliche Situation insofern, als die Bevölkerung eine aktivere Rolle in der Politik des Landes anstrebte, woran die Presse als Vermittler sehr wohl beteiligt war, indem sie Probleme formulierte und deren Diskussion ermöglichte.

Nach der Etablierung der Demokratie hätte sich der Status der Medien entsprechend dem Vorbild anderer westlicher Länder normalisieren können. Der Verzicht auf die Monopolstellung der staatlichen Nachrichtenagentur "Efe" bedeutete für Spanien einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Die in der Verfassung festgelegte Übergabe der M.C.S.E. und der Funkmedien aus der Kontrolle der Regierung in die des Parlamentes sollte weitere Voraussetzungen dafür schaffen, die Staatsführung aus ihrer übermächtigen Position der Kontrolle der Massenmedien herauszudrängen. Diese wichtige Maßnahme zur Stabilisierung der Demokratie erfolgte aber bis zum Jahre 1980 nicht, ein Hinweis darauf, welche starken Kräfte sich einer Liberalisierung des Pressewesens entgegenstellten.

Das Verhältnis zwischen Massenmedien und Staat in

Spanien blieb zwiespältig, weil es das Selbstverständnis vieler Vertreter der Exekutive nicht zuließ, freie Medien als öffentliche Kontrollinstanz und als Voraussetzung zur Ausübung der Volkssouveränität zu akzeptieren. Pressefreiheit als Element einer demokratischen Staatsordnung setzt für ihr Funktionieren jedoch eine demokratische Gesinnung aller Beteiligten voraus. Wo diese noch unterentwickelt ist, müssen die Zeitungen in Bedrängnis kommen und werden Journalisten weiterhin Repressionen ausgesetzt sein. Solange in den verantwortlichen Positionen des Staates noch Verfechter der falangistischen Pressedoktrin vertreten sind, dürfte die sporadische Unterdrückung der freien Meinung anhalten.

Ebenso wie das Verhältnis zwischen Presse und Staatsgewalt gilt für die Beziehung zwischen Presse und Bevölkerung, daß beide ihre neuen Rollen im demokratischen Staat akzeptieren und damit der Presse die Möglichkeit geben, als Informationsinstanz für die Öffentlichkeit aufzutreten. Ein pluralistisches Zeitungsangebot kann nicht ohne das Interesse und die daraus folgende Kaufbereitschaft des Publikums entstehen. So verfügte die politisch interessierte Bevölkerung der beiden Großstädte Madrid und Barcelona nach 1975 über ein durchaus vielfältiges Zeitungsangebot; ein weiteres Beispiel für den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Engagement der Bevölkerung und Unabhängigkeit und Vielfalt des Zeitungsangebotes bildete das Baskenland. In den übrigen Provinzen hatte sich hingegen kaum eine Veränderung des Zeitungsmarktes ergeben. Andere nach Autonomie strebende Regionen wie Galizien oder Andalusien befanden sich in den siebziger Jahren noch nicht auf einem dem Baskenland oder Katalonien

vergleichbaren Entwicklungsstand ¹⁾.

Mit dem Abbau des Zentralismus, dem Schwinden des autoritären Bewußtseins und mit der Festigung der Demokratie wird auch die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung in Spanien an Boden gewinnen und es wird eine pluralistische Presse ihren Ausdruck in der Vielfalt der publizistischen Medien finden.

1) Die Benachteiligung der Provinzen gegenüber den Bevölkerungszentren ist sogar noch gewachsen: Während 1970 in 27 Provinzen gar keine oder nur eine einzige Tageszeitung erschien, hatte sich diese Zahl 1979 auf 31 Provinzen erhöht. Auf dem Lande haben die Auswahlmöglichkeiten der Leser und die Konkurrenz zwischen den Verlagen abgenommen, siehe Anhang, Tab. 34. Aufgrund des schlechten Verteilersystems standen die überregionalen Zeitungen nur begrenzt zur Verfügung und konnten nicht als Ergänzung zur Lokalpresse fungieren.

ANHANG.

Tabelle 1, Liste der untersuchten Periodika	1
Tab. 2, Tagespresse 1979	3
Tab. 3, Auflagenentwicklung	6
(Anmerkung zu den Tabellen 3 bis 5: Sternchen + zeigen an, daß die Auflagenhöhe nach dem Papier- verbrauch geschätzt ist. Striche --- zeigen an, daß die entsprechende Zeitung in diesem Jahr noch nicht bestand.)	
Abbildung 1 zu Tabelle 3	9
Tab. 4, Auflagenentwicklung Hojas de Lunes	10
Abb. 2 zu Tabelle 4	11
Tab. 5, Seitenpreis für Inserenten	12
Tab. 6, Seitenpreis, Hojas de Lunes	16
Tab. 7, Neuerscheinungen nach 1979	17
Tabellen 8 bis 18	18
Tabellen 19 bis 28	19
Tab. 29, Erscheinungs- und Einstellungsjahr	20
Tab. 30, M.C.S.E.	21
Tabellen 31 und 32	22
Tab. 33, Auflagenentwicklung M.C.S.E.	23
Tab. 34, Auflagenentwicklung nach Provinzen	24
Tab. 35, Tagespresse 1970	26
Quellen zu den Tabellen	30
Spanisches Pressegesetz von 1966, Wortlaut	32
Deutsche Übersetzung	63
Artikel 20 der Verfassung von 1978, Wortlaut	80
Übersetzung	81
Zeitungsbibliographie	82
Literaturverzeichnis	110
Register	121

Tabelle 1 - Liste der untersuchten Periodika.

1	ABC	1905	41	Diario de Ibiza	1893
2	ABC de Sevilla	1929	42	Diario de Las Palmas	1895
3	El Adelantado	1883	43	Diario de León	1906
4	El Adelantado de Segovia	1901	44	Diario de Lérida	1966
5	El Alcázar	1936	45	Diario Libre	1978-1978
6	El Alcázar de Toledo	1936-1970	46	Diario de Mallorca	1953
7	Alerta	1962	47	El Diario Montañés	1902
8	Amanecer	1963-1979	48	Diario de Navarra	1903
9	Aragón Exprés	1970	49	El Diario Palentino	1882
10	Area	1956	50	Diario de Pontevedra	1917
11	Arriba	1939-1979	51	Diario Regional	1941
12	Arriba España	1936-1975	52	Diario S.P. de Madrid	1967-1969
13	As	1967	53	El Diario Vasco	1941
14	Asturias	1978	54	Dicen	1952
15	Avui	1976	55	El Eco de Canarias	1939
16	Baleares	1939	56	Egin	1977
17	Cáceres (Hojas de Lunes)	1944-1978	57	España	1938-1970
18	Catalunya-Express	1976-1979	58	Extremadura	1924
19	Cinco Días	1978	59	El Faro	1935
20	El Comercio	1877	60	Faro de Vigo	1853
21	Córdoba	1943	61	Ferrol Diario	1969-1979
22	El Correo de Andalucía	1899	62	La Gaceta Regional	1943
23	El Correo Catalán	1876	63	La Gaceta del Norte	1901
24	El Correo Español	1910	64	Guadalajara	1978
25	El Correo Gallego	1878	65	Heraldo de Aragón	1895
26	El Correo de Zamora	1898	66	Hierro	1937
27	Cuatro dos cuatro	1976-1979	67	La Hora Leonesa	1975
28	The Daily Tourist	1968-1974	68	Hoy	1933
29	Deia	1977	69	Iberian Daily Sun	1969
30	El Día	1910	70	Ideal	1936
31	Diario de Africa	1937-1967	71	El Ideal Gallego	1933
32	Diario de Ávila	1898	72	El Imparcial	1977
33	Diario de Avisos	1898	73	Información	1941
34	Diario de Barcelona	1792	74	Informaciones	1922
35	Diario de Burgos	1891	75	Informaciones de Andalucía	1976-1977
36	Diario de Cádiz	1867	76	Informe Diario	1971-1976
37	Diario de Cuenca	1943	77	Informe Económico	1946
38	Diario de Diarios	1964-1978	78	Jaén	1939
39	Diario 16	1976	79	Jornada	1941-1975
40	Diario Español	1944	80	Lanza	1945

Tabelle 1 - Fortsetzung.

81	Libertad	1933-1979	121	El Pueblo Gallego	1928-1979
82	Levante	1941	122	Punt Diari	1979
83	Línea	1939	123	Región	1923
84	Lucha	1939	124	La Región	1910
85	Madrid	1939-1971	125	Sevilla	1942-1976
86	Majorca Daily Buletin	1963	126	Los Sitios	1941
87	La Mañana	1939	127	Sol de España	1967
88	Marca	1942	128	Solidaridad Nacional	1938
89	Mediterraneo	1918	129	Spanish Daily News	1967-1968
90	Menorca	1942	130	Sur	1935
91	El Mundo Deportivo	1906	131	Sur-Oeste	1976
92	Mundo Diario	1969-1979	132	La Tarde (Málaga)	1937-1975
93	Mundo Obrero	1978	133	La Tarde (Sta. Cruz)	1928
94	La Noche	1946-1967	134	Tele-Exprés	1964-1979
95	El Noroeste	1978	135	El Telegrama	1902
96	El Norte de Castilla	1854	136	Ultima Hora	1893
97	Norte Exprés	1967	137	Unidad	1934
98	Noticias Médicas	1967	138	La Vanguardia	1881
99	El Noticiero	1901-1977	139	La Verdad	1904
100	El Noticiero de Cartagena	1936-1978	140	Voluntad	1937-1975
101	El Noticiero Universal	1890	141	La Voz de Albacete	1943
102	Nueva Analucía	1976	142	La Voz de Almería	1941
103	Nueva España	1935	143	Voz de Asturias	1923
104	La Nueva España	1937	144	Voz de Avilés	1909
105	Nueva Rioja	1941	145	La Voz de Castilla	1938-1976
106	Nuevo Diario	1967-1976	146	La Voz de España	1936
107	Odiel	1936	147	La Voz de Galicia	1881
108	El País	1976	148	La Voz del Sur	1927
109	Patria	1938	149	Ya	1933
110	Pensamiento Alavés	1941-1967			
111	El Pensamiento Navarro	1897			
112	El Periódico	1978-1979			
113	El Periódico de Catalunya	1978			
114	La Prensa	1937-1979			
115	Primera Página	1968-1972			
116	Proa	1937-1975			
117	El Progreso	1908			
118	La Provincia	1911			
119	Las Provincias	1867			
120	Pueblo	1939			

Tabelle 2 - Tagespresse 1979.

Name, Erscheinungsort, Verlag.

1	ABC	Madrid	Prensa Española, S.A.
2	ABC de Sevilla	Sevilla	Prensa Española, S.A.
3	El Adelantado	Salamanca	Publicaciones Regionales, S.A.
4	El Adelantado de Segovia	Segovia	El Adelantado de Segovia, S.A.
5	El Alcázar	Madrid	Diarios y Revistas, S.A.
6	Alerta	Santander	M.C.S.E.
7	Aragón Exprés	Zaragoza	Prensa Aragonesa, S.A.
8	Área	Gibraltar (Cádiz)	Antonio Gomez Rubio
9	AS	Madrid	Semana. S.L.
10	Asturias	Oviedo	Asturias, Diario Regional, S.A.
11	Avui	Barcelona	Prensa Catalana, S.A.
12	Baleares	Palma de M. (Baleares)	M.C.S.E.
13	Catalunya-Exprés	Barcelona	Ediciones Cataluña Exprés, S.A.
14	Cinco Días	Madrid	Diarios y Ediciones de Información Económica, S.A.
15	El Comercio	Gijón (Oviedo)	El Comercio, S.A.
16	Córdoba	Córdoba	M.C.S.E.
17	El Correo de Andalucía	Sevilla	Editorial Sevillana, S.A.
18	El Correo Catalán	Barcelona	Fomento de la Prensa Tradicionalista, S.A.
19	El Correo Español	Bilbao (Vizcaya)	Bilbao Editorial, S.A.
20	El Correo Gallego	Santiago (La Coruña)	Editorial Compostela, S.A.
21	El Correo de Zamora	Zamora	M.C.S.E.
22	Cuatro dos cuatro	Barcelona	Mundo Ediciones Deportivas, S.A.
23	Deia	Bilbao (Vizcaya)	Editorial Iparagirre, S.A.
24	El Día	Sta. Cruz de Tenerife	Herederos de Leoncio Rodríguez
25	Diario de Ávila	Ávila	Edit. Gráfica Abulense pío XII, S.A.
26	Diario de Avisos	Sta. Cruz de Tenerife	Edit. Canarias de Avisos, S.A.
27	Diario de Barcelona	Barcelona	Barcelonesa de Publicaciones, S.A.
28	Diario de Burgos	Burgos	Diario de Burgos, S.A.
29	Diario de Cádiz, S.A.	Cádiz	Federico Joly y C., S. en C.
30	Diario de Cuenca	Cuenca	M.C.S.E.
31	Diario 16	Madrid	Información y Prensa, S.A.
32	Diario Español	Tarragona	M.C.S.E.
33	Diario de Ibiza	Ibiza (Baleares)	Herederos de Juan Mayáns
34	Diario de Las Palmas	Las Palmas de Canar.	Editorial Prensa Canaria, S.A.
35	Diario de León	León	Diario de León, S.A.

Tabelle 2 Fortsetzung.

36	Diario de Lérida	Lérida	Publicaciones Católicas Illerdenses, S.A.
37	Diario de Mallorca	Palma de M. (Balears)	Editorial Balear, S.A.
38	El Diario Montañés	Santander	Editorial Cantábrica, S.A.
39	Diario de Navarra	Pamplona (Navarra)	La Información, S.A.
40	El Diario Palentino	Palencia	El Diario Palentino - El Día de Palencia, S.A.
41	Diario de Pontevedra	Pontevedra	Cooperativa de Producción
42	El Diario Regional	Valladolid	Diario Regional, S.A.
43	El Diario Vasco	S. Sebastián (Guipúzcoa)	Sociedad Vascongada de Publicaciones, S.A.
44	Dicen	Barcelona	Ediciones Rápidas, S.A.
45	El Eco de Canarias	Las Palmas de Gran C.	M.C.S.E.
46	Egin	S. Sebastián (Guipúzcoa)	Orain, S.A.
47	Extremadura	Cáceres	Editorial Extremadura, S.A.
48	El Faro	Ceuta	J. Ferrer y Cia., S.L.
49	Faro de Vigo	Vigo	Faro de Vigo, S.A.
50	Ferrol Diario	El Ferrol (La Coruña)	Ferrol Ediciones, S.A.
51	La Gaceta Regional	Salamanca	M.C.S.E.
52	La Gaceta del Norte	Bilbao (Vizcaya)	La Editorial Vizcayana, S.A.
53	Guadalajara	Guadalajara	Promotora de Informaciones Alcarreñas, S.A.
54	Heraldo de Aragón	Zaragoza	Heraldo de Aragón, S.A.
55	Hierro	Bilbao (Vizcaya)	M.C.S.E.
56	La Hora Leonesa	León	M.C.S.E.
57	Hoy	Badajoz	La Editorial Católica, S.A.
58	Iberian Daily Sun	Palma de M. (Balears)	Mediterranean Publishing Company, S.A.
59	Ideal	Granada	La Editorial Católica, S.A.
60	El Ideal Gallego	La Coruña	La Editorial Católica, S.A.
61	El Imparcial	Madrid	Editora Independiente
62	Información	Alicante	M.C.S.E.
63	Informaciones	Madrid	Prensa Castellana, S.A.
64	Informe Económico	Madrid	Informaciones Económicas, S.A.
65	Jaén	Jaén	M.C.S.E.
66	Lanza	Ciudad Real	Fundación Diario Lanza
67	Levante	Valencia	M.C.S.E.
68	Línea	Murcia	M.C.S.E.
69	Lucha - Diario de Teruel	Teruel	Lucha, S.A.
70	Majorca Daily Buletin	Palma de M. (Balears)	Edición Majorca Daily Buletin
71	La Mañana	Lérida	M.C.S.E.
72	Marca	Madrid	M.C.S.E.
73	Mediterráneo	Castellón	M.C.S.E.
74	Menorca	Mahón (Balears)	Editorial Menorca, S.L.
75	El Mundo Deportivo	Barcelona	Editorial El Mundo Deportivo, S.A.

Tabelle 2 - Fortsetzung.

76	Mundo Diario	Barcelona	Ilustración, S.A.
77	Mundo Obrero	Madrid	Partido Comunista de España
78	El Norte de Castilla	Valladolid	El Norte de Castilla, S.A.
79	Norte Exprés	Vitoria (Alava)	Económico Cultural Alavesa, S.A.
80	Noticias Médicas	Madrid	Julio García Perí
81	El Noticiario Universal	Barcelona	Editorial Mencheta, S.A.
82	Nueva Andalucía	Sevilla	Editorial Sevillana, S.A.
83	Nueva España	Huesca	M.C.S.E.
84	La Nueva España	Oviedo	M.C.S.E.
85	Nueva Rioja	Logroño	Nueva Rioja, S.A.
86	Odiel	Huelva	M.C.S.E.
87	El País	Madrid	Promotora de Informaciones, S.A.
88	Patria	Granada	M.C.S.E.
89	El Pensamiento Navarro	Pamplona (Navarra)	Editora Navarra, S.A.
90	El Periódico de Catalunya	Barcelona	Editorial Primera Plana, S.A.
91	El Progreso	Lugo	El Progreso de Lugo, S.L.
92	La Provincia	Las Palmas de Gran C.	Editorial Prensa Canaria, S.A.
93	Las Provincias	Valencia	Federico Domenech, S.A.
94	Pueblo	Madrid	Ediciones y Publicaciones Populares
95	Punt Diari	Gerona	Ediciones Comerciales, S.A.
96	Región	Oviedo	Editorial Gráfica Asturiana, S.A.
97	La Región	Orense	Editorial La Región, S.A.
98	Los Sitios	Gerona	M.C.S.E.
99	Sol de España	Málaga	Empresa Peridista Española, S.A.
100	Sur	Málaga	M.C.S.E.
101	Sur-Oeste	Sevilla	M.C.S.E.
102	La Tarde	Sta. Cruz de Tenerife	M. Real y Cia, S.L.
103	Tele-Exprés	Barcelona	Diario Tele-Exprés, S.A.
104	El Telegrama de Melilla	Melilla	M.C.S.E.
105	Última Hora	Palma de M. (Balears)	Última Hora, S.A.
106	Unidad	S. Sebastián (Guipuzcoa)	M.C.S.E.
107	La Vanguardia	Barcelona	Talleres de Imprenta, S.A.
108	La Verdad	Murcia	La Editorial Católica, S.A.
109	La Voz de Albacete	Albacete	Pedro García Munera
110	La Voz de Almería	Almería	M.C.S.E.
111	Voz de Asturias	Oviedo	La Voz de Asturias, S.A.
112	Voz de Aviles	Aviles	Viuda de G. Wes
113	La Voz de España	S. Sebastián (Guipuzcoa)	M.C.S.E.
114	La Voz de Galicia	La Coruña	La Voz de Galicia, S.A.
115	La Voz del Sur	Jerez (Cádiz)	M.C.S.E.
116	Ya	Madrid	La Editorial Católica, S.A.

Tabelle 3 - Fortsetzung

	1979	1978	1977	1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968	1958	1948
51 La Gaceta Regional	67.886	79.121	90.701	97.548	96.911	102.317	97.606	93.527	91.288	95.639	97.815	94.320	3.755	4.398
52 La Gaceta del Norte													54.783	35.000
53 Guadalupe	64.902	64.753	65.931	66.928	64.522	65.580	64.205	63.583	64.720	66.830	67.671		60.790	33.231
54 Heraldo de Aragón					26.000								9.215	11.247
55 La Hora Leonesa	22.015	24.130	24.708	22.155	19.902	18.362	16.342	15.399	14.217	12.448	12.148	11.157	8.778	
56 Hoy														
57 Iberian Daily Sun														
58 Ideal	26.416	28.822	29.036	27.960	28.931	27.498	26.852	25.869	27.238	26.710		16.865	17.387	
59 El Ideal Gallego	19.333	20.291	19.212	18.614	18.251	17.787	18.325	18.800	18.738	15.992	15.992	13.041	18.737	
60 El Imparcial	74.411													
61 Información	24.786	25.442	25.902	25.553	25.953	26.732	27.562			28.637	25.866		22.668	5.937
62 Informaciones	55.275	65.561	93.651	76.247	71.269	60.904	58.457						86.366	33.296
63 Informaciones	2.386	2.680	2.700	2.840	2.366	2.537								
64 Informe Económico	5.891	6.360			5.846	6.268	6.021							
65 Jaén														
66 Lanza													8.075	4.780
67 Levante	43.621	45.991	46.454	49.570	46.900								4.004	2.028
68 Lucha													21.896	32.704
69 Lucha													5.835	12.971
70 Lucha													1.937	
71 La Mañana	8.132	8.083	8.157	7.438	8.030									
72 Marca	125.088	129.725	139.351											
73 Mediterráneo	6.410	6.498	6.620	6.528	6.028	6.725	6.499	6.517					15.448	2.859
74 Menorca													161.956	174.381
75 El Mundo Deportivo	70.968	77.629	84.675	90.277	91.700	82.976	81.789	82.460	72.097	59.308	52.586		8.609	3.968
76 Mundo Diario	65.923												1.333	1.245
77 Mundo Obrero													63.050	20.831
78 El Noroeste														
79 El Norte de Castilla	24.740	26.970	26.825	25.077	24.067	23.114	22.946	23.662	24.132	23.248	22.063	22.415		
80 Norte Expres													3.230	1.846
81 Noticias Médicas	41.812	41.611	42.683	46.127	52.298	57.768	57.641	55.438						
82 El Noticiero Universal	64.794	71.580	91.464	86.432	89.539	87.683	86.771	87.557						
83 Nueva Andalucía	6.467													
84 Nueva España														
85 La Nueva España	41.394	40.400	45.656	46.395	45.889	48.442	50.493	52.193					5.994	3.235
86 Nueva Rioja													31.644	18.721
87 Odisea													14.723	6.902
88 El País													6.548	2.971
89 Patria														
90 El Pensamiento Navarro	74.104	157.946	153.893	141.656									10.889	3.957
91 El Periódico de Aragón													19.710	8.000
92 El Periódico de Cataluña	53.121													
93 La Progreso	12.555	12.364	11.990	12.166	12.358	12.116	11.804	12.065	11.335				12.268	4.000
94 La Provincia	21.139	27.330	29.571	28.408	24.661	25.488	24.010	23.993	24.916	18.709	12.180		4.103	
95 Las Provincias	47.926	49.510	48.798	46.658	46.262	42.053	40.433	39.596	40.135	39.572	39.572		16.168	
96 El Pueblo	187.875	101.225	141.355	201.651	209.006	217.281	239.243	217.994	212.947	218.932	182.250		66.892	37.984
97 El Pueblo														
98 Región														
99 La Región	11.955	11.636	11.901	12.016	11.456	11.303	11.788	11.270	11.174	10.518	9.450	9.147	4.000	3.750
100 Los Sitios	7.617	7.970	8.274	8.001	8.296	7.843							3.498	2.919
101 Sol de España	12.013	16.387	22.734	20.521	20.521	20.449	20.316							

	1979	1978	1977	1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968	1958	1948
101 Sur														
102 Sur-Oeste		26.898	26.735	31.430	39.100								7.193	6.651
103 La Tarde														--
104 Tele-Exprés					17.000								7.282	3.611
105 La Telegrama de M.			42.242	48.355	42.163	40.703	41.285	41.085		39.019	41.889	40.314		--
106 Última Hora		18.656	16.076	14.071									2.907	4.349
107 Unidad	9.816	11.717		11.946	12.405	12.339	12.979	14.087					6.869	3.000
108 La Vanguardia	200.647	203.111	212.811	226.250	226.533	225.867	221.542	227.760	226.436	227.164	223.962	221.198	7.166	7.279
109 La Verdad	47.218	47.051	50.971	50.971	47.762	41.440	38.543	36.023	34.923	31.611	27.694	23.398	182.972	96.968
110 La Voz de Albacete							+13.300						5.443	7.630
111 La Voz de Almería	17.913	18.463	18.921	16.995	14.823	15.119	15.836	15.366	19.774	19.774	18.770	18.770	10.209	3.230
112 Voz de Asturias													6.118	4.701
113 Voz de Avilés													1.500	1.500
114 Voz de España	35.182	36.133		41.196	41.674	41.447	42.610	44.317		46.408	46.445	29.211	29.294	29.294
115 La Voz de Galicia	77.620	72.298	80.648	77.006	71.491	69.223	66.607	64.934	64.288	61.988	53.964	48.334	19.265	14.608
116 La Voz del Sur					10.000								4.903	2.688
117 Ya	147.535	148.677	167.374	190.141	174.470	168.831	161.237	161.774	158.068	153.067	143.691	147.247	268.807	93.782

Tabelle 3 - Fortsetzung

Abbildung 1

Abbildung 1 zu Tabelle 3, Auflagenentwicklung.

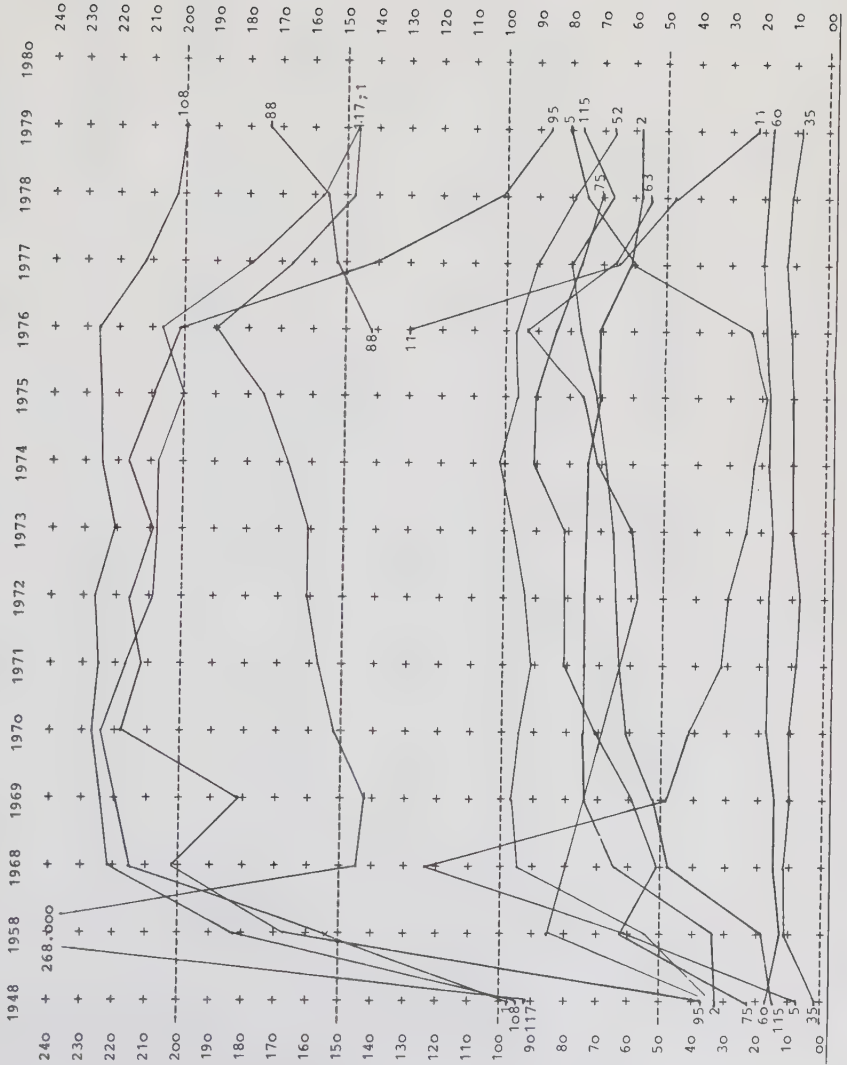


Tabelle 4 - Auflagenentwicklung
Hojas de Lunes.

	1979	1978	1977	1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968
1 Alicante								48.367	50.455	52.524	52.010	
2 Badajoz	12.608	14.076	13.065		10.185	9.119	9.075	8.916	10.010			
3 Barcelona	132.894	139.117	147.967	142.568	151.379	144.585	149.716	146.310	152.116	152.836	146.742	
4 Bilbao	101.804	101.118	101.062	104.612	99.411	102.716	105.253	96.172	93.550	100.489	94.564	88.791
5 Burgos							+7.000					
6 Cádiz												
7 Ciudad Real												
8 La Coruña	22.825	23.639	26.251	24.624	14.296	14.917	24.696	25.429	25.375	27.563	25.919	14.558
9 Gijón	15.524	14.261	15.637	17.303	18.397	20.334	21.990					
10 Granada					20.504	21.678						
11 Jerez							+5.500					
12 Las Palmas	21.235	21.980										
13 León		8.831	8.098	10.546	9.854	11.555	11.808	13.333	14.678	13.180	14.014	13.694
14 Lugo	7.541	7.344	7.420	7.621	7.518	7.802	7.902					
15 Madrid						125.270						
16 Málaga	27.578	27.578	34.627	31.171	30.640	33.389	32.222	34.581	35.746	31.157	27.591	
17 Murcia	20.895	21.513	23.442	23.085	24.363	25.862	25.355	23.818	8.954	8.012		
18 Orense	7.009	6.929	7.522	7.369	7.432	7.437	7.247	7.666	8.198	35.641	35.642	
19 Oviedo	34.621	34.156	37.194	36.956	36.847	38.652	40.717	40.780	38.817	20.120	19.110	
20 Palma de M.		17.716	19.640	20.314	24.810	22.965	20.396	20.133	20.162	20.120	19.110	
21 Pamplona	28.298	26.687		25.210	22.431	23.056	24.742	25.438	25.342	26.101	21.890	17.600
22 Salamanca							+6.000					
23 S. Sebast.	26.070	76.974		78.030	75.986	75.828	+80.000	80.062	83.717		78.375	
24 Sta. Cruz	18.318	18.967	21.091		22.057							
25 Santander	26.070	26.506		25.779	23.826	25.132		27.111	28.816	29.636	28.162	18.168
26 Sevilla		42.677	44.533	52.286	54.286	50.859	52.701	56.345	60.737	61.177		
27 Valencia	87.430	88.360	90.476	88.360	83.343	90.374	89.394	93.723	93.113	92.987	88.214	82.158
28 Valladolid							+6.000					
29 Vigo	24.312						+14.000					
30 Zaragoza		22.822	23.772	22.667			+20.000					

Abbildung 2 zu Tabelle 4,
Auflagenentwicklung der Hojas
de Lunes.

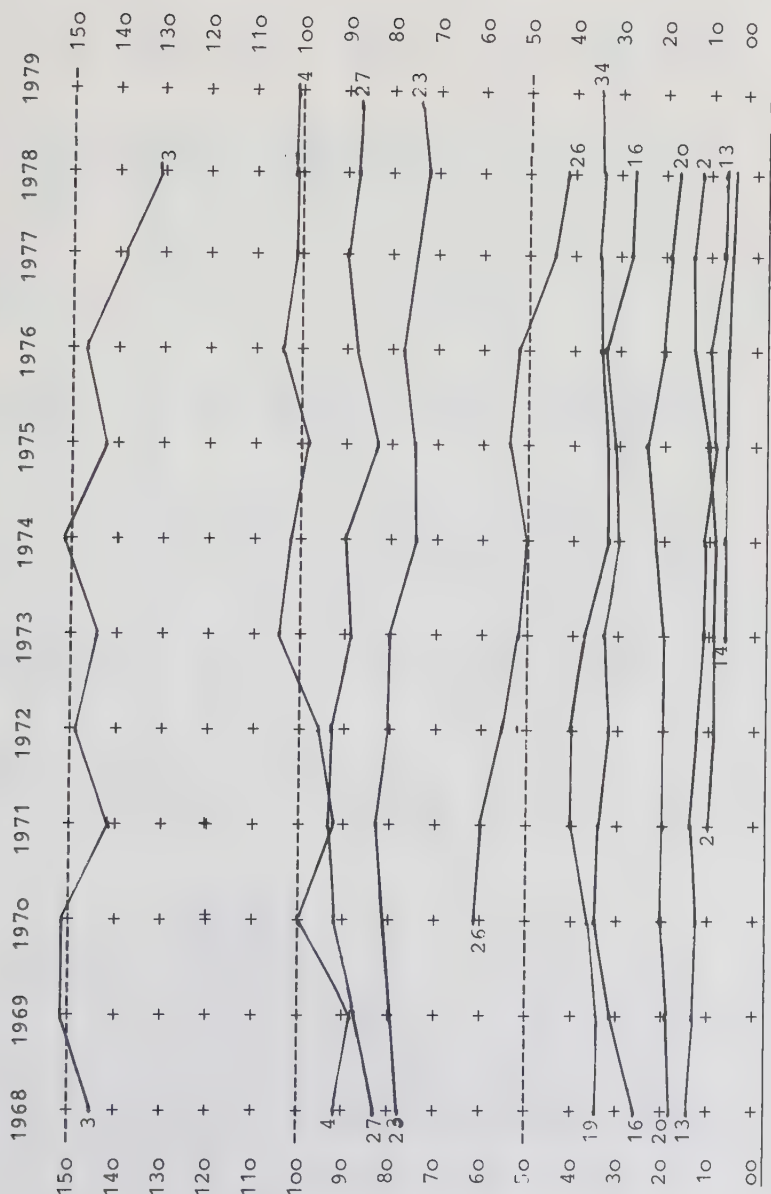


Tabelle 5 - Seitenpreis für Inserenten, in Peseten.

	1979/80	1978	1976	1974	1972	1970	1967/68
1 ABC	76.000	69.000	58.000	48.000			38.000
2 ABC de Sevilla	26.000		21.000	17.000		11.000	10.000
3 El Adelantado			20.000			13.000	10.000
4 El Adelantado de S.		17.000		8.400		8.400	
5 El Alcázar		80.000		30.000			28.000
6 Alerta	57.000	50.000		21.500	21.500	21.500	18.000
7 Amanecer		32.000	22.000	21.500		14.000	
8 Aragón Exprés			18.000	14.000			
9 Área		17.000	17.000		7.000	5.000	
10 Arriba			25.000		15.000		8.000
11 As		55.000	45.000				
12 Asturias			--	--	--	--	--
13 Avui	60.000		--	--	--	--	--
14 Baleraes	66.000		44.000		17.000	14.000	
15 Catalunya-Express	50.000	50.000		--	--	--	--
16 Cinco Días	80.000		--	--	--	--	--
17 El Comercio	29.000		22.000	22.000		14.000	11.000
18 Córdoba	42.000	38.500		27.000		22.000	
19 El Correo de Andal.	23.000					7.000	
20 El Correo Catalán		50.000	34.000	29.000		19.000	
21 El Correo Español		65.000	17.000			20.000	
22 El Correo Gallego	28.000						
23 El Correo de Zamora	25.000	20.000	17.000	15.000		12.500	
24 Cuatro dos cuatro	60.000		--	--	--	--	--
25 Deia			--	--	--	--	--
26 El Día	40.000			28.000		16.000	12.000
27 El Diario de Avila	25.000	21.000			9.000	6.500	
28 Diario de Avisos		28.000					
29 Diario de Barcelona		34.000				20.000	
30 Diario de Burgos		27.000	20.000	17.000		12.000	
31 Diario de Cádiz		34.000		18.000	14.000	10.500	
32 Diario de Cuenca			10.000		7.000	6.000	5.000
33 Diario 16	16.000	100.000			--	--	--
34 Diario Español		28.000	17.000			12.000	9.000
35 Diario de Ibiza	17.000		15.000	8.000		4.000	

Tabelle 5 - Fortsetzung.

		1979/80	1978	1976	1974	1972	1970	1967/68
36	Diario de Las Palmas	40.000		26.500	22.000		8.900	
37	Diario de León	33.000		21.000				
38	Diario de Llerida					11.500	11.500	8.500
39	Diario de Mallorca	38.000		27.000		7.500	7.500	5.000
40	El Diario Montañés							
41	El Diario de Navarra		41.000			19.250		
42	El Diario Palentino	24.000						
43	El Diario de Pontev.		25.000		10.000			
44	El Diario Regional		25.000	18.000	15.000			7.500
45	El Diario Vasco	50.000					10.000	
46	Dicen		40.000		28.000		23.000	
47	El Eco de Canarias				18.000	17.360	21.000	
48	Egin			--	--	--	--	--
49	Extremadura	17.000					5.000	
50	El Faro	14.000			5.000			
51	El Faro de Vigo		50.000	36.000	33.000	22.000	18.750	
52	Ferrol Diario		17.000		12.500	9.000		
53	La Gaceta Regional		21.000	21.000			13.500	10.000
54	La Gaceta del Norte		60.000				28.000	
55	Guadalajara	15.000		--	--	--	--	--
56	Heraldo de Aragón		50.000	42.000	34.000		22.000	
57	Hierro	55.000			30.000		22.000	
58	La Hora Leones	55.000						
59	Hoy		40.000	27.000	22.000		15.750	
60	Iberian Daily Sun	25.000						
61	Ideal	51.000		31.000	19.500	13.000	10.000	8.000
62	El Ideal Gallego		27.000	22.500	21.000	10.500	9.000	6.500
63	El Imparcial	90.000						
64	Información	65.000						
65	Informaciones		76.000	65.000	30.000	22.500	22.500	
66	Informe Económico	23.000	20.000			24.000		
67	Jaën	22.000						
68	Lanza		20.000	15.000	10.000	8.000	10.000	8.000
69	Levante		60.000	45.000	40.000	26.000	6.000	
70	Libertad		18.000				20.000	18.000

Tabelle 5 - Fortsetzung.

	1979/80	1978	1976	1974	1972	1970	1967/68
71	Línea	35.000	18.000				
72	Lucha	30.000					
73	Majorca Daily Buletín	16.000			12.000	12.000	
74	La Mafana	29.000		15.000	11.500	8.500	
75	Marca		35.000		25.000		
76	Mediterráneo	33.000	25.000	20.000	11.000	10.000	8.000
77	Menorca	14.300	12.250	6.250		4.725	
78	El Mundo Deportivo		37.000	21.000		12.000	10.000
79	Mundo Diario		75.000	22.000			
80	Mundo Obrero		75.000	--	--	--	--
81	El Norte de Castilla		28.000	21.000		11.500	
82	Norte Exprés		17.000	9.000		6.000	4.800
83	Noticias Médicas		60.000	50.000			40.000
84	El Noticiero Universal	77.000		41.000		18.000	
85	Nueva Andalucía	14.000		--	--	--	--
86	Nueva España	20.000	17.500	12.400		12.400	
87	La Nueva España	77.800		28.000		16.200	
88	Nueva Rioja	24.000	12.000	10.000		6.000	
89	Odiel	30.000	22.000	22.000		18.000	15.000
90	El País		126.000	--	--	--	--
91	Patria	41.000	20.000	15.000		10.000	8.000
92	El Pensamiento Navarro	28.000	18.000	14.000		11.000	9.500
93	La Prensa						16.000
94	El Progreso	34.000	30.000			8.900	17.000
95	La Provincia		33.000	22.000			
96	Las Provincias	46.000	26.500	29.000	16.000	13.000	
97	Pueblo		75.000			40.000	30.000
98	El Pueblo Gallego						12.500
99	Región	33.700	35.000		11.300		9.000
100	La Región	30.500	24.000	18.000			7.000
101	Los Sitios	40.000				15.000	12.000
102	Sol de España	45.000		15.000			10.000
103	Solidaridad Nacional						15.000
104	Sur	45.000	38.000	19.000		15.000	14.000
105	Sur-Oeste	35.000	30.000	--	--	--	--

Tabelle 5 - Fortsetzung

	1979/80	1978	1976	1974	1972	1970	1967/68
106	La Tarde						
107	Tele-Exprés		20.000	15.000		9.500	
108	El Telegrama de Melilla	65.000	45.000	28.000	22.000	20.000	15.000
109	Última Hora					4.500	
110	Unidad	25.000			12.000	7.500	6.500
111	La Vanguardia	30.000				12.000	
112	La Verdad	130.000				56.400	47.000
113	La Voz de Albacete		32.000		34.300	18.400	12.100
114	La Voz de Almería	25.500		7.500		5.500	
115	Voz de Asturias	19.000	13.000	10.000			
116	Voz de Avilés	33.400	19.600	14.500		7.500	
117	La Voz de España	39.300	13.200	9.800			8.000
118	La Voz de Galicia	60.000				23.000	
119	La Voz del Sur	45.000	40.000			28.000	
120	Ya	22.000	58.000	47.000	43.000	18.000	8.000
		80.000					

Tabelle 6 - Seitenpreis für Inserenten der Hojas de Lunes, in Peseten.

	1979/80	1978	1976	1974	1972	1970	1968
1 Alicante	50.000					22.500	
2 Badajoz	24.000					5.000	
3 Barcelona	90.000		75.000		38.000		
4 Bilbao		70.000				35.000	
5 Burgos	20.000			12.000	10.500	9.500	7.000
6 Cádiz		25.000		11.000			
7 Ciudad Real		18.000		9.000			
8 La Coruña	38.000			28.000			
9 Gijón		25.000		21.000		17.000	14.000
10 Granada		40.000	20.000	15.000			8.000
11 Jerez de la F.		22.000	18.000		12.000		
12 Las Palmas de G.C.		34.000		18.000		9.000	
13 León		27.000		17.000		11.000	
14 Lugo			30.000			17.000	
15 Madrid	34.000	120.000		50.000		40.000	
16 Málaga		32.000		20.000		15.000	12.000
17 Murcia		39.000	34.000		19.000		
18 Orense	21.000			14.000		5.000	5.000
19 Oviedo	48.000	43.000		23.000		14.000	9.000
20 Palma de Mallorca	38.000		20.000	20.000			
21 Pamplona	30.000						
22 Salamanca		42.000	42.000	20.000		13.500	10.000
23 San Sebastián		85.000	60.000			35.000	
24 Sta. Cruz de T.		35.000	28.000	23.000	15.000	12.000	7.000
25 Santander		27.000	40.000	22.000		18.000	
26 Sevilla		55.000		11.500	9.000	7.000	
27 Valencia		90.000	70.000	65.000	30.000	25.000	20.000
28 Valladolid		18.000	18.000	15.000		12.500	7.000
29 Vigo	35.000		30.000	23.000	22.000	17.000	
30 Zaragoza		35.000	35.000			12.500	

Tabelle 7 - Neuerscheinungen
nach 1975

Name	Ort	Erschei- nung	Einstel- lung	Richtung
1 Asturias	Oviedo	Dez. 1978	Okt. 1979	liberal
2 Avui	Barcelona	1976		separatistisch
3 Catalunya-Express	Barcelona	1976	Nov. 1979	sensationalist.
4 Cinco días	Madrid	1978		(Wirtschaftsblatt)
5 Cuatro dos cuatro	Barcelona		Nov. 1979	(Sportzeitung)
6 Deia	Bilbao	1977		separatistisch
7 Diario 16	Madrid	1976		linksliberal
8 Diario libre	Madrid	Feb. 1978	Nov. 1978	gemäßigt
9 Egin	S. Sebastián	1977		separatistisch
10 Guadalupe	Guadalajara	1978		liberal
11 El Imparcial	Madrid	1977		rechtsextrem
12 Informaciones de A.	Madrid	Dez. 1976	Sep. 1977	gemäßigt
13 Mundo Obrero	Madrid	1978	1980	kommunistisch
14 El Noroeste	Gijón	1978		sportlich
15 Nueva Andalucía	Sevilla	1976		gemäßigt
16 El País	Madrid	1976		linksliberal
17 El Periódico	Madrid	Okt. 1978	Apr. 1979	linksliberal
18 El Periódico de C.	Barcelona	Okt. 1978		liberal
19 Punt Diari	Gerona	1979		linksliberal
20 Sur-Oeste	Sevilla	Jul. 1979		gemäßigt

Tabellen 8 bis 18.

	T. 8	T. 9	T. 10	T. 11	T. 12	T. 13	T. 14	T. 15	T. 16	T. 17	T. 18
Tab. 8 - Produktionskosten pro Exemplar in Peseten											
Tab. 9 - Verkaufspreis in Peseten											
Tab. 10 - Titelizeahl											
Tab. 11 - Gesamtauf- lage in Tausend											
Tab. 12 - Zeitungen pro 1000 Einwohner											
Tab. 13 - Einwoh- nerzahl in Tausend											
Tab. 14 - Hörfunk- empfänger in Tausend											
Tab. 15 - Fernseh- empfänger in Tausend											
Tab. 16 - Fernseh- sendestunden pro Jahr											
Tab. 17 - Sendekosten in Mill. Peseten											
Tab. 18 - % der Haus- halte mit Fernsehemp- fänger											
1948		0,50	104			27.000					
1958		1,50	108			30.000					
1968	8,35	3,--	118				7.150	4.690	5.789		
1969	9,11	3,--	120	3.451	105			5.103	6.401		51,9
1970	10,49	4,--	119	3.450	102	34.032		5.500	5.799	3.365,9	58,9
1971	11,82	5,--	118	3.396				5.850	5.611	3.563,2	65,5
1972		6,--	118	3.396	99			6.200	5.723	2.301,0	
1973		6,--	118	3.396					5.594		
1974		7,--	117	3.396		35.098	8.000	6.300	5.104		74,0
1975		8,--	113	3.491			9.250	6.640	5.348		
1976		10,--	119	4.254			9.300	7.425	5.533		80,8
1977		15,--	119	3.960	99	34.360	7.042				93,0
1978		18,--	123								
1979		20,--	117								
1980								9.424			

Tabelle 29 - Erscheinungs - und
Einstellungsjahr.

	Neuerscheinungen		Neuerscheinungen		Neuerscheinungen		Neuerscheinungen	Einstellungen
1792	1	1900		1930		1960		
1853	2	1901	3	1931		1961		
1867	2	1902	2	1932		1962	1	
1873		1903	1	1933	4	1963	1	
1874		1904	1	1934	1	1962	2	
1875		1905	1	1935	3	1965		
1876	1	1906	2	1936	8	1966	1	
1877	1	1907		1937	7	1967	7	3
1878	1	1908	1	1938	4	1968	2	1
1879		1909	1	1939	9	1969	3	1
1880		1910	3	1940		1970	1	2
1881	1	1911	1	1941	9	1971	1	1
1882	1	1912		1942	3	1972		1
1883	1	1913		1943	3	1973		
1884		1914		1944	1	1974		1
1885		1915		1945	1	1975	1	5
1886		1916		1946	2	1976	8	4
1887		1917	1	1947		1977	3	2
1888		1918	1	1948		1978	9	4
1889		1919		1949		1979	1	12
1890	2	1920		1950		1980		6
1891	2	1921		1951				
1892		1922	1	1952	1			
1893	2	1923	2	1953	2			
1894		1924	1	1954				
1895	2	1925		1955				
1896		1926		1956	1			
1897	1	1927	1	1957				
1898	2	1928	2	1958				
1899	1	1929	1	1959				

Tabelle 3o - Medios de Comunicación
Social del Estado - Staatseigene
Tageszeitungen.

	Name	Erscheinungs- jahr	Einstellungs-/ Ort	Auflage 1979
1	Alerta	1962	Santander	31.735
2	Amanecer	1938	1979 Zaragoza	16.000
3	Arriba	1939	1979 Madrid	35.000
4	Arriba España	1936	1975 Pamplona	
5	Baleares	1939	Palma de M.	17.138
6	Córdoba	1943	Córdoba	9.171
7	El Correo de Zamora (1898)		Zamora	
8	Diario de Cuenca	1943	Cuenca	
9	Diario Español	1944	Tarragona	
10	El Eco de Canarias	1939	Las Palmas	
11	La Gaceta Regional	1943	Salamanca	
12	Hierro	1937	Bilbao	
13	La Hora Leonesa	1975	León	10.229
14	Información	1941	Alicante	24.786
15	Jaén	1939	Jaén	6.360
16	Jornada	1941	1975 Valencia	
17	Levante	1941	Valencia	43.621
18	Libertad	1933	1979 Valladolid	12.640
19	Línea	1939	Murcia	
20	La Mañana	1939	Lérida	8.157
21	Marca	1942	Madrid	
22	Mediterráneo	(1918)	Castellón	6.498
23	Nueva España	1935	Huesca	
24	La Nueva España	1937	Oviedo	40.400
25	Odiel	1936	Huelva	
26	Patria	1938	Granada	
27	La Prensa	1937	1979 Barcelona	42.000
28	Proa	1937	1975 León	
29	El Pueblo Gallego	1928	1979 Vigo	
30	Sevilla	1942	1976 Sevilla	
31	Los Sitios	1941	Gerona	7.617
32	Solidaridad Nacional	1938	1979 Barcelona	30.000
33	Sur	1935	Málaga	26.735
34	Sur-Oeste	1976	Sevilla	
35	La Tarde	1937	1975 Málaga	
36	El Telegrama de M.	(1902)	Melilla	
37	Unidad	1934	1980 S.Sebastián	11.717
38	Voluntad	1937	1975 Gijón	
39	La Voz de Almería	1941	Almería	7.249
40	La Voz de Castilla	1938	1976 Burgos	
41	La Voz de España	1936	1980 S.Sebastián	36.133
42	La Voz del Sur	1927	Jerez	

Tabellen 31 und 32 - Titelzahl der
Tageszeitungen und Bilanz der
staatlichen Tagespresse.

Tabelle 31 - Titelzahl
der Tageszeitungen

Gesamt/M.C.S.E.				% der staatseigenen Zeitungen
1948	104	40	38,46	
1958	108	40	37,04	
1968	118	41	34,75	
1969	120	41	34,17	
1970	119	41	34,45	
1971	119	41	34,45	<u>Tabelle 32 - Bilanz der M.C.S.E</u>
1972	118	41	34,75	
1973	118	41	34,75	
1974	117	41	35,04	
1975	113	37	31,09	
1976	119	35	29,41	- 500.000.000 pts
1977	119	35	29,41	- 500.000.000 pts
1978	123	35	28,45	- 2.928.000.000 pts
1979	117	29	24,78	- 4.041.000.000 pts
1980	106	25	23,58	

Tabelle 34 - Zeitungen
nach Provinzen.

	M.C.S.E.		H.d.L.		gesamt		Verbreitung - national - regional - lokal					
	1969 1979		1970 1979		1970 1979		1970 1979		1970 1979		1970 1979	
	1969	1979	1970	1979	1970	1979	1970	1979	1970	1979	1970	1979
1 Alava					1	1					1	1
2 Albacete					1	1					1	1
3 Alicante	1	1		1	3	2					2	1
4 Almería	1	1			1	1					1	1
5 Ávila					1	1					1	1
6 Badajoz			1	1	2	2			1	1	2	2
7 Baleares	1	1	1	1	6	8		1	1		6	6
8 Barcelona	2		1	1	11	13		2	5	5	3	5
9 Burgos	1		1	1	3	2					2	1
10 Cáceres			1		2	1					1	1
11 Cádiz	1	1	2	2	5	5					3	3
12 Castellón	1	1			1	1					1	1
13 Ceuta					1	1					1	1
14 Ciudad Real			1	1	1	1						
15 Córdoba	1	1	1	1	1	1					1	1
16 La Coruña			1	1	6	5					5	4
17 Cuenca	1	1			1	1					1	1
18 Gerona	1	1			1	2					1	2
19 Granada	1	1	1	1	3	3					1	1
20 Guadalajara						1						1
21 Guipuzcoa	2	2	1	1	4	5					3	4
22 Huelva	1	1			1	1					1	1
23 Huesca	1	1			1	1		1	1			
24 Jaén	1	1			1	1					1	1
25 León	2	1	1	1	3	3					2	2
26 Lérída	1	1	1	1	3	2					2	2

Tabelle 34 - Fortsetzung.

	M.C.S.E.	H.d.L.		Verbreitung -					
				gesamt		national - regional - lokal			
				1970	1979	1970	1979	1970	1979
27 Logroño									
28 Lugo				1	1			1	1
29 Madrid	2	1	1	2	2			1	1
30 Málaga	2	1	1	15	14	10	10	4	3
31 Melilla	1	1		1	3		1	2	2
32 Murcia	1	1	1	4	3			1	1
33 Navarra	2	1	1	5	3		1	2	1
34 Orense		1	1	2	2			4	2
35 Oviedo	2	1	2	8	9			1	1
36 Palencia							1	1	5
37 Las Palmas	1	1	1	1	1				6
38 Pontevedra	1	1	1	3	4			1	1
39 Salamanca	1	1	1	4	3		1	2	3
40 Santa Cruz	1	1	1	3	3			2	1
41 Santander	1	1	1	4	4			2	2
42 Segovia				3	3			3	3
43 Sevilla	2	1	1	1	1			2	2
44 Soria				4	5		1	1	1
45 Tarragona	1	1		1	1			2	3
46 Teruel				1	1			1	1
47 Toledo				1	1			1	1
48 Valencia	2	1	1	4	3		1	2	1
49 Valladolid	1	1	1	4	3		1	2	1
50 Vizcaya	1	1	1	4	4		1	1	2
51 Zamora	1	1		2	1			2	1
52 Zaragoza	1	1	1	3	3			2	2

Tabelle 35 - Tagespresse 1970.

("Verbreitung" wird nur bei nichtlokaler Verbreitung erwähnt, "Besitzer" nur, wenn dieser mehrere Zeitungen herausgibt oder beeinflusst.)

Name	Ort	Aufl. in 1000	Verbreit.	Besitzer	eingest.
1 ABC	Madrid	224	national	Luca de Tena	
2 ABC de Sevilla	Sevilla	76	regional	Luca de Tena	
3 El Adelantado	Salamanca				
4 El Adelantado de S. Segovia	Segovia				
5 El Alcázar	Madrid	43	national		
6 El Alcázar de Tol.	Toledo				1970
7 Alerta	Santander	34		Mov. Nacional	
8 Amanecer	Zaragoza			Mov. Nacional	1979
9 Aragón Exprés	Zaragoza	20			
10 Área	Gibraltar				
11 Arriba	Madrid		national	Mov. Nacional	1979
12 Arriba España	Pamplona			Mov. Nacional	1975
13 As	Madrid	184	national		
14 Baleares	Palma de M.	27		Mov. Nacional	
15 El Comercio	Gijón				
16 Córdoba	Córdoba			Mov. Nacional	
17 El Correo de Andal.	Sevilla				
18 El Correo Catalán	Barcelona	72	regional	Opus Dei (?)	
19 El Correo Español	Bilbao	89	regional		
20 El Correo Gallego	Santiago				
21 El Correo de Zam.	Zamora			Mov. Nacional	
22 The Daily Tourist	Madrid				1974
23 El Día	Sta. Cruz				
24 Diaria de Ávila	Ávila			Opus Dei	
25 Diario de Avisos	Sta. Cruz				
26 Diario de Barcel.	Barcelona			Conde Godó	
27 Diario de Burgos	Burgos	15			
28 Diario de Cádiz	Cádiz	25			
29 Diario de Cuenca	Cuenca			Mov. Nacional	
30 Diario de Diarios	Madrid				1978

Tabelle 35 - Fortsetzung.

31	Diario Español	Tarragona			Mov. Nacional
32	Diario de Ibiza	Ibiza			
33	Diario de Las P.	Las Palmas	20		
34	Diario de León	León	5		Opus Dei
35	Diario de Llerida	Llerida			
36	Diario de Mallorca	Palma de M.	12		
37	Diario Montañés	Santander			
38	Diario de Navarra	Pamplona	37	regional	
39	El Diario Palen.	Palencia			
40	Diario de Pontev.	Pontevedra			
41	El Diario Region.	Valladolid			Opus Dei
42	El Diario Vasco	S. Sebastián	35		
43	Dicen	Barcelona	111	regional	
44	El Eco de Can.	Las Palmas			Mov. Nacional
45	Extremadura	Cáceres			
46	El Faro	Ceuta			
47	Faro de Vigo	Vigo	41	regional	
48	Ferrol Diario	El Ferrol			1979
49	La Gaceta Region.	Salamanca			
50	La Gaceta del N.	Bilbao	96		
51	Heraldo de Aragón	Zaragoza	67	regional	
52	Hierro	Bilbao			Mov. Nacional
53	Hoy	Badajoz	14	regional	EDICA
54	Iberian Daily Sun	Palma de M.		national	
55	Ideal	Granada	27	regional	EDICA
56	El Ideal Gallego	La Coruña	19		EDICA
57	Información	Alicante	29		Mov. Nacional
58	Informaciones	Madrid		national	Conde Godó
59	Informe Económico	Madrid	3	national	
60	Jaén	Jaén			Mov. Nacional

Tabelle 35 - Fortsetzung.

61	Jornada	Valencia		Mov. Nacional	1975
62	Lanza	Ciudad Real		staatl. kontr.	
63	Libertad	Valladolid		Mov. Nacional	
64	Levante	Valencia		Mov. Nacional	
65	Línea	Murcia		Mov. Nacional	
66	Lucha	Teruel			
67	Madrid	Madrid		Opus Dei	1971
68	Majorca Daily B.	Palma de M.			
69	La Mañana	Lérida		Mov. Nacional	
70	Marca	Madrid	national	Mov. Nacional	
71	Mediterráneo	Castellón			
72	Menorca	Baleares			
73	El Mundo Deport.	Barcelona	72 regional	Conde Godó	1971
74	Mundo Diario	Barcelona	national		
75	El Norte de C.	Valladolid	24 regional		
76	Norte Exprés	Vitoria		Opus Dei (?)	
77	Noticias Médicas	Madrid	national		
78	El Noticiero	Zamora			1977
79	El Not. de C.	Cartagena			1978
80	El Not. Univers.	Barcelona	90 regional	Opus Dei (?)	
81	Nueva España	Huesca		Mov. Nacional	
82	La Nueva España	Oviedo	53 regional	Mov. Nacional	
83	Nueva Rioja	Logroño			
84	Nuevo Diario	Madrid		Opus Dei	1976
85	Odiel	Huelva		Mov. Nacional	
86	Patría	Granada		Mov. Nacional	
87	El Pensam. Nav.	Pamplona			
88	La Prensa	Barcelona		Mov. Nacional	1979
89	Primera Página	Alicante			1972
90	Proa	León		Mov. Nacional	

Quellen der Tabellen.

Tab.1 - Liste der untersuchten Periodika.	Eigene Untersuchung.
2 - Tagespresse 1979.	Eigene Untersuchung.
3 - Auflagenentwicklung.	1968 - 1979: "Guía de los Medios" der entsprechenden Jahre. 1948 und 1958: Nieto, 1973, S. 124.
4 - Hojas de Lunes, Auflagenentwicklung.	1968 - 1979: "Guía de los Medios" der entsprechenden Jahre. 1964: Lorenzen, 1978, S.124.
5 - Seitenpreise.	"Guía de los Medios".
6 - Seitenpreise der Hojas de Lunes.	"Guía de los Medios".
7 - Neuerscheinungen nach 1975.	Eigene Untersuchung.
8 - Produktionskosten.	Nieto, 1973, S. 124.
9 - Verkaufspreise.	Eigene Untersuchung.
10 - Titelizeahl.	Eigene Untersuchung.
11 - Gesamtauflagen.	1970 - 1976: Anuario Estadístico de España, 1973 - 1978. 1979: Eigene Untersuchung.
12 - Zeitungen pro tausend Einwohner.	1969 - 1972: Anuario Estadístico de España, 1973. 1977: EPP, Supplémentaire au No. 1060, 31. Okt. 1977.
13 - Einwohnerzahl.	1960; 1970 und 1974: Tamames, 1971, Aufl. 1977. 1977: EPP, Suppl. au No. 1060, 31. Okt. 1977.
14 und 15 - Radio- und Fernsehempfänger.	1968 - 1976: Anuario Estadístico de España, 1973-1978. 1980: EBU-Review, Vol. 31, Bd. 2, S.47f.
16 und 17 - Fernseh-Sendestunden und -kosten.	Anuario Estadístico de España, 1973 - 1978.

Tab. 19 - Pressepapierproduktion.	1948: Tallón, 1978, S. 29. 1968 - 1972: ders., S. 38. 1969 - 1977: ders., S. 60.
20 - Papierverbrauch.	1948 - 1977: Tallón, 1978, S. 33; S. 39 und S. 92.
21 - Papierimporte.	1968 - 1972: Revista Sindical de Estadística No. 113, 1974.
22 - Papierkostenanteil.	1968 - 1970: Tallón, 1978, Anm. Nr. 85, S. 72f. 1973 - 1977: ders., S. 44.
23 - Personalkostenanteil.	1968 - 1972: Tallón, 1978, Anm. Nr. 85, S. 72f. 1975: ders., S. 48.
24 - Internationaler Papierpreis.	Tallón, 1978, S. 50f.
25 - Nationaler Papierpreis.	Tallón, 1978, S. 52.
26 - Staatl. Kompensation.	Tallón, 1978, S. 52.
27 - Inflationsrate.	1969 - 1974: Haubrich/Moser, 1976, S. 185. 1975 - 1979: El País, 23. März 1980.
28 - Täglicher Mindestlohn.	Tamames, 1971, S. 483.
29 - Einstellungs- und Erscheinungsjahre.	Eigene Untersuchung. 1980: Bustamante, S. 112
30 - Staatseigene Zeitungen.	Eigene Untersuchung.
31 - Titelzahl der Tageszeitungen.	Eigene Untersuchung.
32 - Bilanz der Staatszeitungen.	AEDE No. 3, Juli 1980, S. 97.
33 - Auflagenentwicklung der staatseigenen Zeitungen.	1948 und 1958: Nieto, 1973, S. 124. 1968 - 1979: Guía de los Medios, 1968 - 1979.
34 - Entwicklung nach Provinzen der Staatspresse.	Eigene Untersuchung.
35 - Tagespresse 1970.	Eigene Untersuchung.

Das spanische Presse- und Druckgesetz,
veröffentlicht im "Boletín Oficial del Estado", Nr.67
vom 19.März 1967.

CAPITULO PRIMERO

DE LA LIBERTAD DE PRENSA E IMPRENTA

1. Libertad de expresión por medio de impresos.-

1. El Derecho a la libertad de expresión de las ideas reconocido a los españoles en el artículo 12 de su Fuero se ejercerá cuando aquellas se difundan a través de impresos, conforme a lo dispuesto en dicho Fuero y en la presente Ley.

2. Asimismo se ajustará a lo establecido en esta Ley el ejercicio del derecho a la difusión de cualesquiera informaciones por medio de impresos.

2. Extensión del derecho.-

La libertad de expresión y el derecho a la difusión de informaciones, reconocidos en el artículo 1.^o, no tendrán más limitaciones que las impuestas por las leyes. Son limitaciones: el respeto a la verdad y la moral; el acatamiento a la Ley de Principios del Movimiento Nacional y demás Leyes fundamentales (1); las exigencias de la defensa nacional, de la seguridad del Estado y del mantenimiento del orden público interior y la paz exterior; el debido respeto a las Instituciones y a las personas en la crítica de la acción política y administrativa; la independencia de los Tribunales, y la salvaguardia de la intimidad y del honor personal y familiar.

3. De la censura.-

La Administración no podrá aplicar la censura previa ni exigir la consulta obligatoria, salvo en los estados de excepción y de guerra expresamente previstos en las leyes (2).

4. Consulta voluntaria.-

1. La Administración podrá ser consultada sobre el contenido de toda clase de impresos por cualquier persona que pudiera resultar responsable a su difusión. La respuesta aprobatoria o el silencio de la Administración eximirán la responsabilidad ante la misma por la difusión del impreso sometido a consulta (3).

2. Reglamentariamente se determinarán los plazos que deban transcurrir para aplicar el silencio administrativo, así como los requisitos que hayan de cumplirse para presentar el impreso a consulta.

5. Garantía de libertad.-

La Administración garantizará el ejercicio de las libertades y derechos que se regulan en esta Ley, persiguiendo, a través de los Organos competentes e incluso por vía judicial, cualquier actividad contraria a aquéllos y, en especial, las que a través de monopolios u otros medios intenten deformar la opinión pública o impidan la libre información, difusión o distribución.

6. Información de interés general.-

1. Las publicaciones periódicas deben insertar y las agencias informativas distribuir, con indicación de su procedencia, las notas, comunicaciones y noticias de interés general que la Administración y las Entidades públicas consideren necesario divulgar y sean enviadas a través de la Dirección General de Prensa, que las cursará cuando las estime procedentes

para su inserción con la extensión adecuada.

2. Tales informaciones serán remitidas sin discriminación entre publicaciones análogas, sujetándose a las normas que reglamentariamente se determinen (4).

7. Derecho a obtener información Oficial.-

1. El Gobierno, la Administración y las Entidades públicas deberán facilitar información sobre sus actos a todas las publicaciones periódicas y agencias informativas en la forma que legal o reglamentariamente se determine.

2. La actividad de los expresados órganos y de la Administración de Justicia será reservada cuando por precepto de la Ley o por su propia naturaleza sus actuaciones, disposiciones o acuerdos no sean públicos o cuando los documentos o actos en que se formalicen sean declarados reservados

8. Competencia administrativa.-

Corresponde al Ministerio de Información y Turismo el ejercicio de todas las funciones administrativas contenidas en este Ley.

-
- (1) Artículo 1o de la Ley de Sucesión en la jefatura del Estado de 26 de julio de 1947.
 - (2) Véanse al respecto el artículo 1o-9 de la Ley de Régimen Jurídico de la Administración del Estado y los artículos 25 a 42, ambos inclusive, de la Ley de Orden Público de 30 de julio de 1959.
 - (3) Respecto al trámite de consulta voluntaria a la Administración, véanse los Decretos 753 y 754/1966, de 31 de marzo, el primero se refiere a las publicaciones periódicas y Agencias informativas, y el segundo a las publicaciones unitarias.
 - (4) Véase el Decreto 750/1966. de 31 de marzo, por lo que se dictan normas para la aplicación de lo dispuesto en este artículo.

CAPITULO II

DE LOS IMPRESOS O PUBLICACIONES

9. Impreso.-

Se entenderá por impreso, a efectos de esta Ley, toda reproducción gráfica destinada, o que pueda destinarse, a ser difundida.

10. Clases de impresos. -

1. Los impresos se clasificarán en publicaciones unitarias y publicaciones periódicas. Las primeras comprenderán los libros, folletos, hojas sueltas, carteles y otros impresos análogos, y las segundas, los diarios, semanarios y aquellas otras que, en general, aparecen en cualesquiera períodos de tiempo determinado.

2. Reglamentariamente se determinarán los requisitos formales que deban reunir a los impresos para alcanzar tales denominaciones, teniendo in cuenta que las publicaciones unitarias se caracterizan por ser obras editadas en su totalidad de una sola vez en uno o varios volúmenes, fascículos o entregas y con un contenido normalmente homogéneo, mientras que las publicaciones periódicas son impresas en serie continua, bajo un mismo título, para períodos de tiempo determinados, con un contenido informativo o de opinión, normalmente heterogéneo, y con propósito de duración indefinida (1).

11. Pie de imprenta. -

1. Sin perjuicio de las normas especiales, en todo impreso se hará constar el lugar y el año de su impresión, así como el nombre y el domicilio de su impresor. Se exceptúan aquellos impresos que se utilicen en la vida de relación social.

2. En las publicaciones periódicas se hará constar, además, el día y el mes, el nombre y apellidos del Director, el domicilio y razón social de la Empresa periodística y la dirección de sus oficinas, redacción y talleres.

3. En las publicaciones unitarias, si hubiera editor o autor, se hará constar, además a lo exigido para todo impreso en el primer párrafo de este artículo, el nombre y domicilio del primero y el nombre o seudónimo del segundo (2).

12. Depósito. -

1. A los efectos de lo prevenido en el artículo 64 de la presente Ley, antes de proceder a la difusión de cualquier impreso sujeto a pie de imprenta, deberán depositarse seis ejemplares del mismo con la antelación que reglamentariamente se determine, que nunca podrá exceder de un día por cada cincuenta páginas o fracción.

2. En el caso de diarios o semanarios se depositarán diez ejemplares de la publicación o bien el mismo número de reproducciones de su contenido, media hora antes, como mínimo, de su difusión, firmados por el director o por la persona en quien este delegue. En las demás publicaciones periódicas el número de ejemplares será el mismo y el plazo de seis horas.

3. El depósito se realizará en las dependencias del Ministerio de Información y Turismo que reglamentariamente se determinen (3).

13. Impresos clandestinos. -

Se reputará clandestino todo impreso en el que no figure o sean inexactas las menciones exigidas en el artículo 11, o

que haya sido difundido incumpliendo lo dispuesto en el artículo 12.

14. De la difusión. -

Se presume que existe difusión de un impreso cuando no se encuentre, ya sea en poder del autor, del editor o del impresor (4), la totalidad de ejemplares, salvo los de depósito a que se refiere el artículo 12.

15. Publicaciones infantiles. -

Un Estatuto especial regulará la impresión, edición y difusión de publicaciones que , por su carácter, objeto o presentación, aparezcan como principalmente destinandas a los niños y adolescentes.

-
- (1) Véase el Decreto 743/1966, de 31 del marzo, por el que se regulan los requisitos formales y clases de impresos.
 - (2) Por Decreto 751/1966, de 31 de marzo, se reglamentan las características del pie de imprenta (apendice 5).
 - (3) Los Decretos 752 y 755/1966, de 31 del marzo, dictan normas en relación con lo dispuesto en los artículos 12 y 64 de la presente Ley; el primero, respecto de las publicaciones periódicas, y el segundo, de las unitarias.
 - (4) Véase el artículo 6.º del Decreto 755/1966, de 31 de marzo, por el que se dictan normas en relación con lo dispuesto en los artículos 12 y 64 de esta Ley en publicaciones unitarias.

CAPITULO III

DE LAS EMPRESAS

16. Libertad de Empresa. -

Conforme a lo dispuesto en esta Ley, toda persona natural de nacionalidad española y residente en España que se encuentre en pleno ejercicio de sus derechos civiles y políticos, podrá libremente constituir o participar en Empresas que tengan por objeto la edición de impresos periódicos. Iguales derechos tendrán las personas jurídicas de nacionalidad española y con domicilio en España. Dichas Empresas se denominarán "Empresas periodísticas".

17. Capital español. -

1. El patrimonio y el capital de las Empresas periodísticas tendrá que pertenecer necesariamente a personas naturales o jurídicas de nacionalidad española y residentes en España.

2. Sin embargo, será posible la participación de hasta un 20 por 100 en favor de españoles no residentes en España, en los que concurran los restantes requisitos del artículo 16.

18. De los administradores. -

1. En las Empresas periodísticas constituidas en forma de sociedad, será miembro del consejo u organismo administrador, necesaria pero no exclusivamente la persona natural que posea por sí sola una participación de más del 20 por 100 del capital o patrimonio social.

2. Las Empresas periodísticas, constituidas en forma de sociedad anónima o de responsabilidad limitada deberán tener administración colegiada. Solo las personas naturales

podrán ser administradores de Empresas periodísticas constituidas en forma de sociedad.

3. En todo caso, los promotores, fundadores y administradores habrán de tener nacionalidad española y residencia en España.

19 . Objeto social específico. -

Quando la forma jurídica que pretenda adoptar la Empresa periodística sea la de cualquier tipo social que limite la responsabilidad de los socios, la sociedad deberá tener como objeto social expreso la publicación por cuenta propia de impresos periódicos, y no podrá dedicarse a otras actividades que no tengan relación directa con las de carácter informativo.

20. Sociedades Anónimas. -

1. Cuando la forma adoptada sea la de Sociedad Anónima, las acciones serán nominativas e intransferibles a extranjeros. Si la cualidad de socio la ostenta una Sociedad por acciones, será necesario que sus acciones sean también nominativas e intransferibles a extranjeros, así como que la actividad periodística figure estatutariamente entre las que forman parte de sus fines sociales.

2. En las Sociedades Anónimas que tengan como objeto social el previsto en el artículo 19, podrá existir, como órgano encargado de velar por la permanencia de los fines ideológicos, la Junta de Fundadores.

3. La Junta de Fundadores estará compuesta por un número impar de personas y actuará como órgano colegiado sujeto a lo dispuesto en el primer párrafo del artículo 78 de la Ley de Sociedades Anónimas (1).

4. La composición y atribuciones de la Junta deberán establecerse en la escritura pública de constitución de la Sociedad, y figurarán en sus Estatutos oficiales.

5. Podrán conferirse a la Junta las siguientes facultades:

1.a Autorizar los acuerdos sociales de aumento o reducción de capital social.

2.a Autorizar la transmisión de acciones.

3.a Proponer a la Junta general, para cubrir los puestos vacantes del Consejo de Administración y de la propia Junta, nombres de personas en número triple al de los puestos a cubrir; y

4.a Aprobar la designación del Director o Directores de las publicaciones periódicas que edite la Empresa.

6. Fuera de estos casos, las atribuciones de la Junta no podrán mermar las competencias ordinarias del Consejo de Administración y de la Junta general de los accionistas.

7. Los miembros de la Junta de Fundadores quedan sujetos a las obligaciones que resulten impuestas a los Administradores en la presente Ley y en la Ley de Sociedades Anónimas.

21. Publicaciones de contenido especial. -

Quedan exceptuadas de lo dispuesto en los artículos 18, 19, 20 y 24, salvo en lo que éste último prescribe respecto a los órganos rectores, las personas jurídicas que, de acuerdo con sus finalidades institucionales o asociativas, pretendan publicar revistas que reglementariamente se definen como de carácter técnico, científico o profesional. La excepción no comprende, en ningún caso, las publicaciones periódicas de información general (2).

22. Responsabilidad en caso de varias publicaciones. -

Si las Empresas periodísticas publican varios periódicos,

las responsabilidades económicas en razón de esta Ley, derivadas de cualquiera de ellos, podrán hacerse efectivas sobre la totalidad del patrimonio. El pacto limitativo de esta responsabilidad será nulo.

23. Transmisión de títulos de publicaciones.-

Cuando las Empresas periodísticas cedan, con arreglo a derecho, a otra persona los títulos de publicaciones periódicas debidamente inscritas para las que estuvieren facultadas, el adquirente no podrá proceder a la edición de dichas publicaciones si no cumple las normas que regulan la inscripción de las de nueva aparición..

24. Derecho del público. -

1. Con independencia del carácter público del Registro de Empresas periodísticas, anualmente, para información de los lectores, en las publicaciones periódicas se harán constar en espacio preferente los nombres de las personas que constituyen sus órganos rectores, los de los accionistas que posean una participación superior al 10 por 100 del patrimonio social y una nota informativa de su situación financiera.

2. Del mismo modo se hará constar, en el momento en que se realice, cualquiera de las modificaciones a que se refiere el artículo 28 de esta Ley.

25. Vigilancia de los medios financieros. -

La Administración tendrá derecho en todo momento de conocer cómo cubren sus déficits, si los tuvieren, las Empresas periodísticas, así como a inspeccionar la contabilidad y las tiradas de sus publicaciones.

(1) El artículo 78, párrafo primero, de la Ley de Sociedades

Anónimas, de 17 de julio de 1951, establece: "El Consejo de Administración quedará validamente constituido cuando concurren a la reunión, presentes o representados, la mitad más uno de sus componentes. Los acuerdos se adoptarán por mayoría absoluta de los Consejeros concurrentes a la sesión que deberá ser convocada por el Presidente o el que haga sus veces. La votación por escrito y sin sesión se admitirá solo cuando ningún Consejero se oponga a este procedimiento. Las discusiones y acuerdos del Consejo se llevarán a un libro de actas, que serán firmadas por el Presidente y el Secretario."

- (2) Véanse los artículos 10 y 11 del Decreto 743/1966, de 31 del marzo, que se incluye como apéndice 4.

CAPITULO IV

DEL REGISTRO DE EMPRESAS PERIODISTICAS (1)

26. Inscripción. -

Las Empresas periodísticas habrán de inscribirse, antes de dar comienzo al ejercicio de sus actividades, en un registro de carácter público, que se llevara en el Ministerio de Información y Turismo, y que se denominará "Registro de Empresas Periodísticas".

27. Solicitud de inscripción. -

1. La inscripción se practicará, previa instrucción de un expediente, que se iniciará con la solicitud del interesado, en la que se hará constar, para que figure en el registro, los siguientes datos:

A) Nombre o razón social, nacionalidad y domicilio de la persona, natural o jurídica, titular de la empresa.

B) Estatutos de la Sociedad y Reglamento, si lo hubiere.

C) Nombre de fundador o fundadores y de las personas a las que encomienda la gestión y administración.

D) Descripción del patrimonio de la Empresa y, en su caso, capital social suscrito y desembolsado.

E) Líneas generales del plan financiero y medios para su realización.

F) Descripción de la finalidad de las publicaciones y principios que las inspiren.

G) Publicación o publicaciones que pretende editar, con mención expresa respecto a cada una de las mismas de:

- a) El título, objeto y periodicidad.
- b) El lugar y fecha de aparición.
- c) Las características de formato, las técnicas de impresión y número previsto de páginas.
- d) Indicación de si va a aceptar o no publicidad y, en caso afirmativo, reseña de la forma de identificación de la misma, para su deslinde con la función informativa.
- e) El precio previsto de venta por ejemplar, que figurará en la publicación.
- f) El número aproximado de tirada, cuya comprobación se ajustará al régimen establecido por el Estatuto de la Publicidad.
- g) La imprenta en que vaya a efectuarse la impresión, especificando el nombre y domicilio de la misma, y el nombre del Director o del Gerente en el momento de la solicitud.
- h) El nombre y circunstancias personales del Director y Subdirector o sustituto interino, en su caso, haciendo constar su conformidad expresa con la designación.
- i) La plantilla de Redactores fijos.

2) Cuando la forma jurídica adoptada sea la de Sociedad se presentará además copia autorizada de la escritura pública de constitución y de los acuerdos sociales relativos a nombramientos de Administración y Gestores y certificación de los asientos registrales respectivos.

3) El Ministerio de Información y Turismo dispondrá que el expediente de inscripción se publique previamente en el Boletín Oficial del Estado, abriendo un plazo de información pública que no excederá de dos meses.

28. Inscripciones sucesivas. -

1. Las modificaciones en la estructura de la Empresa, las transmisiones de propiedad o de acciones, las alteraciones en la composición de los órganos directivos o administradores, el cese o sustitución del Director, los nombramientos o ceses de Redactores y, en general, cuantos actos signifiquen un cambio de alguna de las circunstancias de inscripción, deberán hacerse constar en el Registro en un plazo de un mes.

2. Cuando transcurrido un mes del hecho que debe dar origen a la nueva inscripción, ésta no se hubiera solicitado, la Empresa será sancionada administrativamente, sin perjuicio de las demás responsabilidades que procedan.

3. Si no se hubiese realizado ninguna variación inscribible, las Empresas, a fin de cada semestre natural, contado desde la inscripción, deberán hacerlo constar así en el Registro.

29. Causas denegatorias y de cancelación de las inscripciones. -

1. No procederá la primera y sucesiva inscripción:

1.o Cuando en la constitución de la Empresa no se haya dado cumplimiento a normas o requisitos legales.

2.o Cuando no se proporcionen todos los datos que hayan que ser objeto de la inscripción o éstos no sean exactos. A este fin la Administración podrá exigir o practicar las comprobaciones que estime pertinentes.

3.o Cuando no concurren los requisitos legales de cupicidad en la persona titular de la Empresa o en cualquiera de las que ejerzan o hayan de ejercer cargos directivos.

4.o Cuando, oído el Consejo Nacional de Prensa y el Sindicato Nacional de Prensa, pueda racionalmente deducirse que la publicación será utilizada para producir los resultados que trata de evitar el artículo 5.o.

2. Cualquiera de los supuestos expresados determinará la can-

celación, de oficio o a instancia de parte, de la inscripción vigente.

30. Recurso en caso de denegación o cancelación. -

Contra la resolución ministerial que deniegue o cancele cualquier inscripción en el Registro de Publicaciones Periódicas podrá interponerse recurso ante el Consejo de Ministros, y el ulterior recurso contencioso-administrativo.

31. Nuevas publicaciones. -

Cuando una Empresa periodística ya inscrita desee iniciar una nueva publicación periódica deberá también hacerla objeto de inscripción, conforme a lo dispuesto en los artículos anteriores.

32. Beneficios. -

Una vez inscrita en el Registro la Empresa periodística participará de los beneficios de carácter tributario, económico, postal, de distribución, comunicación y cuantos otros análogos se otorguen. Siempre que éstos tengan finalidad compensatoria, directa o indirecta, la Administración aprobará los precios de venta o de prestación de servicios informativos.

(1) El Decreto 749/1966, de 31 de marzo, regula la inscripción en el Registro de Empresas periodísticas.

CAPITULO V

DE LA PROFESIÓN PERIODÍSTICA Y DE LOS DIRECTORES DE PUBLICACIONES PERIÓDICAS

33. Profesión periodística y título profesional. -

Un Estatuto de la profesión periodística, aprobado por Decreto, regulará los requisitos para el ejercicio de tal actividad, determinando los principios generales a que debe subordinarse y, entre ellos, el de profesionalidad, previa inscripción en el Registro Oficial, con fijación de los derechos y deberes del periodista y especialmente del Director de todo medio informativo; el de colegiación, integrada en la Organización Sindical, que participará en la formulación, redacción a aplicación del mencionado Estatuto, y el de atribución a un Jurado de ética profesional de la vigilancia de sus principios morales.

34. Director. -

Al frente de toda publicación periódica o agencia informativa, en cuanto medio de información, habrá un Director, al que corresponderá la orientación y la determinación del contenido de las mismas, así como la representación ante las autoridades y tribunales en las materias de su competencia.

35. Requisitos. -

1. Para desempeñar el cargo del Director serán requisitos imprescindibles: tener la nacionalidad española, hallarse en el pleno ejercicio de los derechos civiles y políticos, residir en el lugar donde el periódico se publica o donde la agencia tiene su sede y poseer el título de Periodista enscrito en el Registro Oficial.

2. El Estatuto a que se refiere el artículo 33 establecerá las posibles excepciones que resulten de la naturaleza oficial o especializada de la publicación.

36. 1. No podrán ser Directores:

1.o Los condenados por delito doloroso, no rehabilitados, salvo que se hubiese apreciado como muy cualificada la circunstancia de preterintencionalidad en los delitos contra las personas.

2.o Los condenados judicialmente por tres o más infracciones en materia de Prensa.

3.o Los que hayan sido sancionados tres o más veces por el Jurado de ética profesional en grado superior al de amonestación pública.

4.o Los sancionados administrativamente tres o más veces por infracción grave, según la presente Ley, en el plazo de un año.

2. No se entenderán comprendidos en el apartado primero de la anterior enumeración los condenados por delitos definidos en la Ley de 24 de diciembre de 1962, con excepción de los previstos en sus artículos 7.o, 8.o y 1o (1).

37. Derechos. -

El Director tiene el derecho de veto sobre el contenido de todos los originales del periódico tanto de redacción como de administración y publicidad, sin perjuicio de los dispuesto en el artículo 6.o sobre inserción necesaria.

38. Origen de la información y de la publicidad. -

1. En toda información o noticia contenida en un impreso deberá hacerse constar su fuente de origen. Si ésta no constase, se entenderá que el Director declara haberla obtenida a través de fuentes propias.

2. La publicidad que exprese opiniones sobre asuntos de interés público deberá contener el nombre y la dirección del anunciante.

39. Responsabilidad. -

1. El Director es responsable de cuantas infracciones se cometan

a través del medio informativo a su cargo, con independencia de las responsabilidades de orden penal o civil que puedan recaer sobre otras personas, de acuerdo con la legislación vigente.

2. Sin perjuicio de su responsabilidad personal, se entenderá tácitamente concedido en favor del Director, por el simple hecho de su designación, un poder típico para representar y obligar al empresario en todo lo relativo al ejercicio de las funciones de su cargo y, especialmente, en cuanto a las responsabilidades que se derivan de la publicación periódica de que se trate. Cualquier estipulación en contrario de lo dispuesto será nula.

40. Designación. -

1. El Director será designado libremente por la Empresa periodística entre las personas que reúnan los requisitos exigidos en esta Ley.

2. Sus relaciones se formalizan en un contrato civil de prestación de servicios, cuyas condiciones mínimas, fijadas por el Estatuto a que se refiere el artículo 33, se aplicarán a todas las Empresas periodísticas.

41. Subdirectores. -

1. En los casos de ausencia, enfermedad, suspensión o cese del Director será sustituido interinamente en las funciones directivas por el Subdirector o, a falta de éste, por la persona que se determine, designados en la misma forma que el Director, en quienes recaerán, durante el período de suplencia, las atribuciones y responsabilidades señaladas en la presente Ley para los Directores.

2. La designación del Subdirector o sustituido interino queda sujeta a los mismos requisitos de inscripción que rigen para el Director.

42. Incompatibilidad. -

El cargo de Director o Subdirector es incompatible con el ejercicio de cualquier cargo público o actividad privada que pueda coartar la libertad o independencia en el desempeño de sus funciones en los términos que determine el Estado a que se refiere el artículo 33.

- (1) Los delitos previstos en los artículos 7, 8 y 10 de la Ley 122/1962, de 24 de diciembre, sobre uso y circulación de vehículos de motor, son los siguientes: Omisión de socorro, falsedad, alteración u omisión de placas de matrícula y hurto de uso.

CAPITULO VI

DE LAS AGENCIAS INFORMATIVAS

43. Agencias informativas. -

1. Se consideran agencias informativas las Empresas que se dediquen an forma habitual a proporcionar noticias, colaboraciones, fotografías y cualesquiera otros elementos informativos.
2. Las agencias informativas se clasificarán en agencias de información general, de información gráfica, agencias de colaboraciones y agencias mixtas.

44. Libertad de creación de agencias.

Será libre la creación de agencias informativas, siempre que se cumplan los mismos requisitos previstos en esta Ley para las publicaciones y Empresas periodísticas. Existirá en el Ministerio de Información y Turismo un "Registro público de

agencias informativas" (1).

45. Inscripción. -

1. Para la práctica de la inscripción de una agencia informativa, además de las menciones que sean aplicables de las contenidas en el artículo 27, se harán constar: las líneas generales de su plan de actuación, con expresión del número, nombre y residencia de los corresponsales; el tipo de información a que haya de dedicarse; el plan técnico de transmisiones, así como todos los contratos o convenios celebrados con otras agencias u organizaciones informativas en relación con servicios de carácter estable o duradero.

2. En cuanto a las modificaciones sucesivas que se produzcan se estará a lo dispuesto en el artículo 28.

46. Prohibición de publicidad. -

Las agencias informativas no podrán dedicarse a ninguna actividad publicitaria.

47. Identificación de agencias. -

1. En todo el material distribuido por las agencias de información deberá figurar la indicación o sigla que las identifique.

2. Esta identificación se hará constar asimismo en las publicaciones.

48. Responsabilidad. -

La responsabilidad de agencias de información y de sus Directores se regirá por las mismas normas que las de las Empresas periodísticas y la de los Directores de publicaciones periódicas, y en ningún caso se excluirán entre sí.

49. De la información extranjera. -

Podrá ser concedida a una agencia nacional con representación de las Entidades públicas y de los medios informativos, o en regimen cooperativo de estos últimos, la distribución en exclusiva y sin discriminación alguna de las noticias precedentes de agencias extranjeras.

-
- (1) Decreto 742/1966, de 31 de marzo, que se incluye como apéndice 9, regula la inscripción en el Registro de Agencias informativas.

CAPITULO VII

DE LAS EMPRESAS EDITORIALES

50. Libertad de empresa editorial. -

1. Toda persona, natural o jurídica, de nacionalidad española y con residencia en España, que se encuentre en pleno ejercicio de sus derechos civiles y políticos, podrá constituir o participar en Empresas que tengan por objeto principal la realización, por cuenta propia, de las publicaciones unitarias referidas en el artículo 10 de esta Ley. Dichas Empresas se denominarán "Empresas editoriales".

2. Podrán participar en ellas hasta un 50 por 100 de su patrimonio social o capital, los españoles no residentes en España, en quienes concurren los restantes requisitos anteriormente señalados y las personas naturales pertenecientes a los países de las áreas idiomáticas española y portuguesa.

3. Si la publicación unitaria fuera editada por cuenta de su autor y sin editorial, dicho autor asumirá la responsabilidad

y deberes de la Empresa editorial, siendo subsidiariamente responsable el impresor.

51. Inscripción. -

1. Las empresas editoriales habrán de inscribirse antes de dar comienzo al ejercicio de sus actividades en un Registro público que se llevará en el Ministerio de Información y Turismo y se denominará "Registro de Empresas Editoriales" (1).
2. Contra el acuerdo que deniegue la inscripción o cancele, en su caso, podrán interponerse los mismos recursos que establece el artículo 3o.

52. Solicitud de inscripción. -

1. La inscripción se practicará previa instrucción de un expediente, en el que se hará constar, para que figure en el Registro:
 - 1.o Nombre y razón social, nacionalidad y domicilio de la persona natural o jurídica titular de la Empresa.
 - 2.o Reglamento de la Empresa o Estatuto de la Sociedad.
 - 3.o Nombre del fundador o fundadores y de las personas a las que se encomiende la gestión y administración.
 - 4.o Descripción del patrimonio de la Empresa y, en su caso, capital social suscrito y desembolsado.
 - 5.o Líneas generales del plan editorial y financiero y medios para su realización.
2. Cuando la forma jurídica adoptada sea la de una Sociedad, se presentarán, además, copia autorizada de la escritura pública de constitución y de los acuerdos sociales relativos a nombramientos de Administradores y Gestores, así como certificación de los asientos correspondientes del Registro Mercantil.

53. Derecho a la inscripción. -

La inscripción se practicará cuando se hayan aportado al expediente los datos exigidos en el artículo anterior. La Administración podrá solicitar cuantos datos complementarios sean necesarios para la debida identificación de las Empresas editoriales, e igualmente requerir a las mismas para que le comuniquen las modificaciones que se hayan producido con posterioridad a la inscripción. En todo caso las Empresas editoriales comunicarán al Registro, semestralmente, las modificaciones habidas en relación con los hechos que fueran objeto de inscripción.

54. Beneficios. -

Una vez inscrita en el Registro la Empresa editorial, participará de los beneficios de carácter tributario, económico, postal, de distribución, comunicación y cuantos otros análogos se otorguen.

(1) Véase el Decreto 748/1966, de 31 de marzo, relativo al Registro de Empresas editoriales, que se incluye como apéndice 1o.

CAPITULO VII

DE LAS EMPRESAS IMPORTADORAS DE PUBLICACIONES, DE LAS AGENCIAS EXTRANJERAS Y DE LOS CORRESPONSALES INFORMATIVOS EXTRANJEROS

55. Impresos extranjeros. -

1. Las Empresas importadores de publicaciones editadas en el extranjero habrán de inscribirse, antes de dar comienzo al ejercicio de sus actividades, en un Registro público

que se llevará en el Ministerio de Información y Turismo, con la denominación de "Registro de Empresas Importadoras de Publicaciones Extranjeras". A estas Empresas les será de aplicación lo dispuesto en esta Ley para las Empresas editoriales.

2. La difusión en territorio nacional de los impresos editados en el extranjero, de cualquier clase y en cualquier lengua en que estén redactados, se ajustará a lo que, en armonía con lo preceptuado en esta Ley, se disponga en las normas reglamentarias correspondientes, en las que se determinarán los requisitos necesarios para proceder a la difusión de dichos impresos, así como los relativos a la identificación de los importadores responsables (1).

56. Agencias informativas extranjeras. -

Las agencias informativas extranjeras que actúen en España para suministrar material informativo al exterior estarán obligadas a acreditar a sus corresponsales ante el Ministerio de Información y Turismo.

57. Corresponsales informativos del extranjero. -

1. Los corresponsales informativos de cualquier medio de difusión extranjero deberán acreditarse ante el Ministerio de Información y Turismo, donde se llevará un Registro de los mismos (2).

2. Cuando los corresponsales tengan nacionalidad española, deberán reunir los requisitos exigidos en España para el ejercicio de la profesión periodística.

3. El Ministerio de Información y Turismo podrá cancelar la inscripción de aquellos corresponsales cuyas informaciones sean falsas o resultan tendenciosas.

- (1) Véase al respecto el Decreto 747/1966, de 31 de marzo, por el que se regula la difusión en España de publicaciones editadas en el extranjero.
- (2) Por Decreto 744/1966, de 31 de marzo, se regula la acreditación e inscripción de corresponsales de medios informativos extranjeros en España.

CAPITULO IX

DE LOS DERECHOS DE REPLICA Y RECTIFICACION

58. Derecho de réplica. -

1. Toda persona natural o jurídica que se considere injustamente perjudicada por cualquier información periódica, podrá hacer uso del derecho de réplica, en los plazos y en la forma que reglamentariamente se determinen (1).

2. Podrán también ejercitar este derecho los representantes legales del perjudicado, así como sus herederos si hubiere fallecido.

59. Deber de inserción. -

El Director de la publicación de que se trata tiene el deber de insertar el escrito de réplica en uno de los dos primeros números siguientes, si se trata de publicación semanal o de periodicidad más dilatada.

60. Forma de inserción. -

El escrito de réplica deberá en todo caso circunscribirse al objeto de la aclaración o rectificación y su inserción habrá de realizarse en la misma plana y columna y con los mismos caracteres tipográficos con que se publicó la información, y será gratuita cuando no exceda del doble del número de líneas del texto o espacio gráfico al que se replica. La publicación de que se trate no podrá incluir

en el mismo número comentarios o apostillas a la réplica.

61. Inserción obligatoria. -

Contra la negativa del Director de la publicación podrá el interesado acudir en queja al Ministerio de Información y Turismo, el cual, sin perjuicio de la responsabilidad que proceda, y oído el Director del periódico, podrá ordenar la inserción solicitada u otro equivalente. Contra la resolución del Ministro cabrá recurso contencioso-administrativo.

62. Derecho de rectificación. -

Los Directores de las publicaciones periódicas están obligados a insertar gratuitamente en el número siguiente a su recepción, y en las condiciones del artículo 6o, cuantas notas o comunicados les remitan la Administración o autoridades, a través de la Dirección General de la Prensa o de las Delegaciones Provinciales del Ministerio de Información y Turismo, rectificando o aclarando información publicada en aquella sobre actos propios de su competencia o función (2).

-
- (1) Véase al respecto el Decreto 746/1966, de 31 de marzo, por el que se regula el ejercicio del derecho de réplica (apendice 13).
- (2) Por Decreto 745/1966, de 31 de marzo, se regula el ejercicio del derecho de rectificación.

CAPITULO X

DE LA RESPONSABILIDAD Y DE LAS SANCIONES

63. Clases de responsabilidad. -

La infracción de las normas que regulan el régimen jurídico de Prensa e Imprenta dará origen a la responsabilidad penal, civil o administrativa que proceda.

64. De la responsabilidad penal y de las medidas previas y gubernativas. -

1. La responsabilidad criminal será exigida ante los Tribunales de Justicia, de conformidad con lo establecido en la legislación penal y por los trámites que establecen las Leyes de procedimiento.

2. Cuando la Administración tuviere conocimiento de un hecho que pudiera ser constitutivo de delito cometido por medio de la Prensa o Imprenta y sin perjuicio de la obligación de la denuncia en el acto de las autoridades competentes, dando cuenta simultáneamente al Ministerio Fiscal, podrá, con carácter previo a las medidas judiciales que establece el título V del libro IV de la Ley de Enjuiciamiento Criminal (1), ordenar el secuestro a disposición de la autoridad judicial del impreso o publicación delictivos donde quiera que éstos se hallaran, así como de sus moldes para evitar la difusión. La autoridad judicial, tan pronto como reciba la denuncia, adoptará la resolución que proceda respecto del secuestro del impreso o publicación, y sus moldes.

65. De la responsabilidad civil en materia de Prensa y Imprenta y de la patrimonial del Estado. -

1. La responsabilidad civil derivada de delito, cuando no pueda hacerse efectiva en los autores que menciona el artículo 15 del Código Penal (2), recaerá con carácter subsidiario en la Empresa periódica, editora, impresora e importadora.

dora o distribuidora de impresos extranjeros.

2. La responsabilidad civil por actos u omisiones ilícitos, no punibles, será exigible a los autores, directores, editores, impresores e importadores o distribuidores de impresos extranjeros, con carácter solidario.

3. La insolvencia de las personas jurídicas dará lugar a una responsabilidad civil subsidiaria de sus administradores, salvo que éstos hayan manifestado previamente su oposición formal al acto.

4. La responsabilidad patrimonial del Estado y la de las autoridades y funcionarios en relación con los actos que regula la Ley de Prensa e Imprenta se regirá por lo dispuesto en el título IV de la Ley de Régimen Jurídico de la Administración del Estado.

66. De la responsabilidad administrativa. -

La infracción de los preceptos legales y reglamentarios en materia de Prensa e Imprenta será sancionable en vía administrativa, independientemente de que sea o no constitutiva de delito.

67. Infracciones muy graves. -

Son infracciones administrativas muy graves:

a) Las actividades que sean graves y manifiestamente contrarias a las libertades y derechos declarados en esta Ley y las limitaciones establecidas en su artículo 2.º

b) La difusión, circulación y reproducción en España de impresos editados en el extranjero cuando no se hubieran cumplido los requisitos necesarios.

c) La publicación de disposiciones, acuerdos o documentos oficiales que tengan carácter de reservados conforme a lo dispuesto en el artículo 7.º

68. Infracciones graves y leves. -

1. Constituyen infracciones graves:

a) El incumplimiento de las obligaciones de inserción o difusión contenidas en los artículos 6.º y 62 de esta Ley, siempre que exista requerimiento expreso al efecto.

b) Cualquier otra infracción de las disposiciones legales o reglamentarias cuando haya intención manifiesta de deformar la opinión pública, se produzca con reiteración o cause una perturbación grave o actual.

2. Se considera como infracción leve, cualquier infracción de las disposiciones legales o reglamentarias que no esté comprendida como infracción muy grave en el artículo 67 o como grave en el párrafo anterior de este artículo.

69. Sanciones. -

1. Por razón de las infracciones a que se refieren los artículos anteriores, podrán imponerse las siguientes sanciones.

a) Cuando la responsabilidad afecte al autor o director:

1.º En las infracciones leves: suspensión en el ejercicio de las actividades profesionales de quince días a un mes o multa de 1.000 a 25.000 pesetas.

2.º En las graves: suspensión en el ejercicio de las actividades profesionales de quince días a un mes o multa de 25.000 a 50.000 pesetas.

3.º En las graves: suspensión en el ejercicio de las actividades profesionales de un mes a seis meses o multa de 50.000 a 250.000 pesetas.

b) A los Empresarios o Empresas:

1.º En las infracciones leves: Multa de 1.000 a 5.000 pts.

2.º En las graves, multa de 50.000 a 100.000 pesetas.

3.º En las muy graves, suspensión de las publicaciones periódicas hasta dos meses en los diarios; hasta cuatro meses en los semanarios o publicaciones quincenales, y hasta seis meses en las publicaciones de menos frecuencia. Suspensión de las actividades de las Empresas editoriales definidas en el artículo 50 hasta tres meses o multa de 100.000 a 500.000 pesetas.

2. La sanción de multa podrá ser impuesta conjuntamente con cualquier otra.

3. Las resoluciones sobre sanciones serán anotadas en los Registros correspondientes.

70. Competencia. -

La competencia para corregir las infracciones expresadas corresponde:

1. Al Director general de Prensa o al de Información, en su caso, las de carácter leve.

2. Al Ministerio de Información y Turismo, las de carácter grave.

71. Recursos. -

Contra los acuerdos que impongan las sanciones podrá recurrirse, en vía administrativa, ante:

a) El Ministro de Información y Turismo, de los adoptados por la Dirección General de Prensa o de Información, en su caso.

b) El Consejo de Ministros, de los adoptados por el Ministro de Información y Turismo.

c) El mismo Consejo, en súplica, por los que éste hubiera acordado.

72. Publicación de sentencias. -

Sin perjuicio de lo dispuesto en el artículo 465 del Código Penal (2), las sentencias o resoluciones administrativas que impongan sanciones deberán insertarse en la misma publicación a que se refieran, en uno de los tres números inmediatamente posteriores a su notificación.

(1) Código Penal, texto refundido de 1963: "Artículo 12. Son responsables criminalmente de los delitos y faltas:

- 1.o Los autores.
- 2.o Los cómplices.
- 3.o Los encubridores.

Art. 13. Se exceptúan de lo dispuesto en el artículo anterior los delitos y faltas que se conjetan por medio de la imprenta, el grabado u otra forma mecánica de la producción, radiodifusión y otro procedimiento que facilite la publicidad. De dichas infracciones responderán sólo los autores.

Art. 14. Se considerarán autores:

1.o Los que toman parte directa en la ejecución del hecho.

2.o Los que fuerzan o inducen directamente a otros a ejecutarlo.

3.o Los que cooperan a la ejecución del hecho con un acto sin el cual no se hubiera efectuado.

Art. 15. Sin embargo de lo dispuesto en el artículo anterior solamente se reputarán autores de las infracciones mencionadas en el artículo 13 los que realmente lo hayan sido del texto, escrito o estampa publicados o difundidos. Se aquellos no fueran conocidos o no estuvieren domiciliados en España o estuvieren exentos de responsabilidad criminal con arreglo al artículo 8.o de este Código, se reputarán autores los directores de la publicación que tampoco se hallen en ninguno de los tres casos mencionados. En defecto de éstos, se reputarán autores los editores, también conocidos y domiciliados en España y no exentos de responsabilidad criminal según el artículo anteriormente citado, y, en defecto de éstos, los impresores.

Se entiende por impresores, a efectos de este artículo, los directores o jefes del establecimiento en que se haya impreso, grabado o publicado por cualquier otro medio el escrito o estampa criminal.

- (2) El artículo 465 del Código Penal, texto refundido de 1963, establece: "Los Directores o editores de los periódicos en que se hubieran propagado las calumnias o injurias insertarán en ellos dentro del término que señalan las Leyes o el Tribunal, en su defecto, la satisfacción o sentencia condenatoria, si lo reclamare el ofendido."

DISPOSICIONES FINALES

Primera. -

El regimen de las Empresas, Agencias de información y publicaciones constituidas o que puedan constituirse en el por el Estado o Entidades públicas, el Movimiento Nacional y la Organización Sindical, quedará sujeto a lo establecido en las disposiciones creadoras de aquéllas, sin perjuicio de dar cumplimiento a los requisitos exigidos el la presente Ley y en las disposiciones reglamentarias dictadas en aplicación de la misma.

Segunda. -

Para resolver las cuestiones que pueda suscitar la aplicación de la presente Ley a las publicaciones de la Iglesia católica, dependientes de su Jerarquía, el Gobierno y la Comisión Episcopal de Medios de Comunicación Social adoptarán los acuerdos procedentes.

Tercera. -

Queda facultado el Gobierno para dictar cuantas normas reglamentarias sean convenientes para el mejor desarrollo y aplicación de esta Ley.

Cuarta. -

Estarán exentos de toda clase de impuestos los actos que deban realizarse para acomodar la estructura de las Empresas existentes a los preceptos de esta Ley.

Presse- und Druckgesetz, deutsche Übersetzung nach Batz, 1971.

KAPITEL I, Über die Presse- und Druckfreiheit.

Art. 1, Freiheit der Meinungsäußerung mittels Drucksachen.

I. Das den Spaniern in Art. 12 ihres Fuero (Sammlung von Grundrechten) zuerkannte Recht auf freie Meinungsäußerung wird ausgeübt, wenn Meinung mittels Druckerzeugnissen, in Übereinstimmung mit den Normen des erwähnten Fuero und des vorliegenden Gesetzes, verbreitet werden.

II. Das Recht auf Verbreitung von Nachrichten mittels Drucksachen richtet sich ebenfalls nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 2, Umfang des Rechts.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht auf Verbreitung von Nachrichten, die in Art. 1 anerkannt werden, unterliegen nur den durch die Gesetze auferlegten Einschränkungen.

Einschränkungen sind: der Respekt vor der Wahrheit und der Moral; die Achtung vor dem "Gesetz über die Prinzipien der Nationalen Bewegung" und den anderen fundamentalen Gesetzen; die Erfordernisse der nationalen Verteidigung, der Staatssicherheit und der Aufrechterhaltung der inneren öffentlichen Ordnung und des äußeren Friedens; der gebotene Respekt gegenüber den Institutionen und Personen bei der Kritik der politischen und administrativen Tätigkeit; die Unabhängigkeit der Gerichte und der Schutz der persönlichen und familiären Intimsphäre und Ehre.

Art. 3, Über die Zensur.

Die Administration kann, außer in den im Gesetz ausdrücklich vorgesehenen Fällen des Ausnahmezustandes und des Krieges, weder die Vorzensur auferlegen, noch die obligatorische Vorlegung verlangen.

Art. 4, Freiwillige Vorlegung.

I Die Administration kann von jeder Person, die für die Verbreitung verantwortlich gemacht werden kann, über den Inhalt jeder Art von Druckerzeugnissen konsultiert werden. Eine billige Antwort oder das Schweigen der Administration befreit von der Verantwortlichkeit für die Verbreitung der zur Begutachtung vorgelegten Druckerzeugnisse.

II. Die Fristen, die verstreichen müssen, um dem Schweigen der Administration eine Bedeutung beizumessen, ebenso wie die Formalitäten, die erfüllt werden müssen, um ein Druckerzeugnis zur Begutachtung vorzulegen, werden durch Verordnung geregelt.

Art. 5, Sicherung der Freiheit.

Die Administration stellt die Ausübung der in diesem Gesetz geregelten Freiheiten und Rechte sicher, indem die durch die zuständigen Staatsorgane und auf dem Rechtsweg jede dagegen gerichtete Aktivität verfolgt, speziell aber jene, die mit

Hilfe von Monopolen oder anderen Methoden versuchen, die öffentliche Meinung zu entstellen oder die freie Berichterstattung, Verbreitung oder Auslieferung zu behindern.

Art. 6, Informationen von allgemeinem Interesse.

I. Die periodischen Druckschriften und die Nachrichtenagenturen sind verpflichtet, unter Hinweis auf ihre Herkunft, alle die Notizen, Mitteilungen und Nachrichten von allgemeinem Interesse zu veröffentlichen bzw. zu verbreiten, die von der Administration und den öffentlichen Körperschaften für veröffentlichungswürdig gehalten werden und die ihnen über die Dirección General de Prensa zugestellt werden. Die Dirección General de Prensa leitet die Informationen von allgemeinem Interesse dann weiter, wenn sie ihre Veröffentlichung in angemessener Verbreitung für berechtigt hält.

II. Derartige Informationen werden, unter Einhaltung der durch Verordnung erlassenen Vorschriften unterschiedslos an alle gleichartigen Publikationen versandt.

Art. 7, Recht auf Erhalt offizieller Informationen.

I. Die Regierung, die Administration und die öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, allen periodischen Druckschriften sowie den Nachrichtenagenturen, Informationen über ihre Tätigkeit in der gesetzlich oder durch Verordnung geregelten Form zugänglich zu machen.

II. Die Tätigkeit der genannten Staatsorgane und der Rechtspflege ist als vertraulich anzusehen, wenn die Handlungen, Verfügungen oder Beschlüsse aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder der Natur der Sache nicht öffentlich sind oder wenn die Dokumente oder Urkunden, in denen sie zum Ausdruck kommen, für vertraulich erklärt worden sind.

Art. 8, Administrative Kompetenzen.

Sämtliche in diesem Gesetz enthaltenen administrativen Funktionen werden durch das Ministerium für Information und Tourismus ausgeübt.

KAPITEL II. Über die Drucksachen oder Publikationen.

Art. 9.

Als Druckschrift im Sinne dieses Gesetzes wird jede graphische Wiedergabe verstanden, die zur Verbreitung bestimmt ist oder bestimmt werden kann.

Art. 10, Arten von Druckschriften.

I. Die Druckschriften werden in einheitliche Druckwerke und in periodische Druckschriften unterteilt. Die ersten schließen Bücher, Broschüren, lose Blätter, Plakate und alle analogen Druckerzeugnisse ein, während die zweiten Tageszeitungen, Wochenschriften und alle diejenigen anderen Druckschriften umfassen, die normalerweise in einer bestimmten Zeitabfolge erscheinen.

II. Die formellen Voraussetzungen, die die Druckerzeugnisse erfüllen, um unter eine der beiden genannten Arten zu fallen, werden durch Verordnung geregelt, wobei zu beachten ist, daß sich die einheitlichen Druckwerke dadurch auszeichnen, daß sie in ihrer Gesamtheit auf einmal herausgegeben werden, und zwar

in einem oder mehreren Bänden, Heften oder Lieferungen und mit einem normalerweise gleichartigen Inhalt, während die periodischen Druckschriften Druckerzeugnisse sind, die unter demselben Titel in fortlaufender Serie und in festgelegten Zeitabständen gedruckt werden und einen informativen oder verschiedenen Meinungen ausdrückenden Inhalt haben sowie auf unbestimmte Dauer herausgegeben werden.

Art. 11, Impressum.

I. Unbeschadet spezieller Vorschriften muß auf jedem Druckerzeugnis der Ort und das Jahr der Drucklegung sowie Name und Anschrift des Druckers angegeben werden. Ausgenommen sind Drucksachen des gesellschaftlichen Lebens.

II. Auf den periodischen Druckschriften muß außerdem der Tag und Monat, der Vor- und Zuname des Direktors, die Anschrift und Firma des Zeitungs- bzw Zeitschriftenverlages und die Anschriften des Büros, der Redaktion und der technischen Werkstätten angegeben werden.

III. Wenn es bei den einheitlichen Druckwerken einen Herausgeber oder einen Autor gibt, müssen außer den in Absatz I dieses Artikels für alle Drucksachen geforderten Angaben der Name und Wohnort des ersteren oder das Pseudonym des letzteren aufgeführt werden.

Art. 12, Hinterlegung.

I. Bevor mit der Verbreitung irgendeines der Impressumspflicht unterliegenden Druckerzeugnisses begonnen wird, müssen mit Wirkung für die in Art. 64 des vorliegenden Gesetzes getroffenen Bestimmungen, sechs Exemplare innerhalb der durch Verordnung festgesetzten Vorablieferungsfristen hinterlegt werden. Diese Frist kann in keinem Fall einen Tag pro 50 Seiten oder einer geringeren Teilmenge übersteigen.

II. Bei Tages- oder Wochenzeitschriften müssen zehn Exemplare oder diesselbe Zahl von Inhaltswiedergaben der Publikation, die vom Direktor oder einer von ihm bevollmächtigten Person unterschrieben sind, mindestens eine halbe Stunde vor Erscheinen hinterlegt werden. Bei den übrigen periodischen Druckschriften ist die Zahl der Exemplare die gleiche und die Frist beträgt sechs Stunden.

III. Die Hinterlegung erfolgt bei den durch Verordnung festgelegten Zweigstellen des Ministeriums für Information und Tourismus.

Art. 13, Unerlaubte Drucksachen.

Als unerlaubt gelten alle Druckerzeugnisse, in denen die in Art. 11 geforderten Angaben fehlen oder unrichtig sind oder die ohne die Bestimmungen des Art. 12 zu erfüllen, erscheinen.

Art.15, Jugendschriften.

Ein spezielles Statut regelt den Druck, die Herausgabe und die Verbreitung von Publikationen, die durch ihren Charakter, Zweck oder ihre Gestaltung als überwiegend für Kinder oder Jugendliche bestimmt erscheinen.

KAPITEL III, Über die Zeitungsverlage.

Art. 16, Unternehmensfreiheit.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Gesetzes kann jede natürlich Person spanischer Nationalität mit Wohnsitz in Spanien, die sich im Vollbesitz der zivilen und politischen Rechte befindet, ungehindert Unternehmen gründen oder sich an solchen beteiligen, die als Geschäftsgegenstand die Herausgabe von periodischen Druckschriften haben. Dieselben Rechte haben juristische Personen spanischer Nationalität mit Sitz in Spanien. Die genannten Unternehmen heißen "Zeitungs- oder Zeitschriftenverlage".

Art. 17, Spanisches Kapital.

I. Das Vermögen und das Kapital der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage muß unabdingbar allein im Eigentum von natürlichen oder juristischen Personen spanischer Nationalität mit Sitz in Spanien stehen.

II. Ausnahmsweise ist eine Teilhaberschaft bis zu 20% für solche Spanier möglich, die ihren Wohnsitz nicht in Spanien haben, aber die sonstigen in Art. 16 geforderten Voraussetzungen erfüllen.

Art. 18, Über die Geschäftsführer.

I. In den in Form einer Gesellschaft gegründeten Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sind automatisch, aber nicht ausschließlich alle die natürlichen Personen Mitglieder des Geschäftsführenden Rates oder Organs, die mehr als 20% des Kapitals oder des Gesellschaftsvermögens halten.

II. Die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, die in der Form einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet sind, müssen eine kollegiale Geschäftsführung haben. Nur natürliche Personen können Geschäftsführer eines in Form einer Gesellschaft gegründeten Zeitungs- oder Zeitschriftenverlages sein.

III. In jedem Fall müssen die Förderer, Gründer und Geschäftsführer die spanische Nationalität besitzen und ihren Wohnsitz in Spanien haben.

Art. 19, Besonderer Geschäftsgegenstand.

Wenn die juristische Form, die ein Zeitungs- oder Zeitschriftenverlag anzunehmen bestrebt ist, eine Gesellschaftsform ist, die die Haftung der Gesellschafter limitiert, so muß die Gesellschaft als ausdrücklichen Geschäftsgegenstand die Herausgabe von periodischen Druckschriften auf eine Rechnung haben. Die kann sich auch nicht anderen Geschäftszweigen zuwenden, die nicht direkt publizistischer oder verlegerischer Art sind.

Art. 20, Aktiengesellschaften.

I. Wenn die angenommene Form die einer Aktiengesellschaft ist, müssen die Aktien nicht auf Ausländer übertragbare Namensaktien sein. Wenn einer der Gesellschafter eine Aktiengesellschaft ist, so ist es notwendig, daß ihre Aktien ebenfalls Namensaktien und unübertragbar auf Ausländer sind und daß die Herausgabe von Zeitungen satzungsgemäß ein Teil ihres Geschäftsgegenstandes bilden.

II. In den Aktiengesellschaften, die als Geschäftsgegenstand die im Art. 19 bezeichneten Tätigkeiten haben, kann der Gründerrat

als beauftragtes Aufsichtsorgan zur Überwachung der Einhaltung der weltanschaulichen Richtung weiterbestehen.

III. Der Gründerrat besteht aus einer ungeraden Zahl von Peronen und handelt gemäß Art. 78 Abs. 1 Aktiengesetz als kollegiales Organ.

IV. Die Zusammensetzung und die Befugnisse des Rates müssen in der öffentlichen Niederschrift des Gesellschaftsvertrages festgelegt sein und in den Gesellschaftsstatuten verzeichnet werden.

V. Dem Rat können folgende Befugnisse eingeräumt werden:

1. die Gesellschaftsbeschlüsse über die Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals zu genehmigen;
2. die Übertragung von Aktien zu genehmigen;
3. der Hauptversammlung die Namen von jeweils drei Personen für die Neubesetzung jedes vakant gewordenen Sitzes im Verwaltungsrat oder im Rat selber vorzuschlagen;
4. die Ernennung des Direktors oder der Direktoren für die von dem Verlag herausgegebenen periodischen Druckschriften zu bestätigen.

VI. Außer in den genannten Fällen können die Befugnisse des Rates die normalen Kompetenzen des Verwaltungsrates und der Hauptversammlung nicht weiter einschränken.

VII. Die Mitglieder des Gründerrats sind denselben Verpflichtungen unterworfen, denen nach diesem Gesetz und nach dem Aktiengesetz die Geschäftsführer unterliegen.

Art. 21, Fachzeitschriften.

Von den Vorschriften der Art. 18, 19, 20 und 24, außer was im letzten in bezug auf die Führungsgremien geregelt ist, bleiben diejenigen juristischen Personen befreit, die satzungsgemäß oder aufgrund ihrer weltanschaulichen Ziele vorhaben, Zeitschriften zu veröffentlichen, die gemäß gesetzlicher Definitionen einen technischen, wissenschaftlichen oder beruflichen Charakter haben. Diese Ausnahme betrifft in keinem Fall periodische Druckschriften mit allgemein informierendem Inhalt.

Art. 22, Haftung im Fall mehrerer Publikationen.

Für den Fall, daß ein Verleger mehrere periodische Druckschriften herausgibt, kann ein finanzieller Anspruch, der gegen eine derselben nach diesem Gesetz entstanden ist, gegen das Gesamtvermögen geltend gemacht werden. Ein diese Haftung einschränkender Vertrag ist nichtig.

Art. 23, Übertragung von Zeitungs- und Zeitschriftentiteln.

Wenn die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage einer anderen Person die Titel der für die Herausgabeberechtigung vorschriftsmäßig registrierten periodischen Druckschriften rechtswirksam überträgt, kann der Erwerber nicht eher mit der Herausgabe der genannten periodischen Druckschrift fortfahren, als bis er die Voraussetzung für die Registrierung von Neuerscheinungen erfüllt hat.

Art. 24, Recht der Öffentlichkeit.

I. Unabhängig von dem öffentlichen Charakter des Zeitungsregisters werden zur Unterrichtung der Leser jährlich in den periodischen Druckschriften an hervorgehobener Stelle die Namen der Personen, die die Geschäftsleitung bilden, die der Aktionäre, die mehr als

10% des Grundkapitals besitzen sowie eine informative Notiz über die Finanzlage des Verlages bekannt gemacht.

II. Auf die selbe Art wird jede Änderung der Tatsachen, auf die sich Art. 28 dieses Gesetzes bezieht, im Moment ihres Eintrittes bekannt gegeben.

Art. 25, Überwachung der finanziellen Mittel.

Die Administration ist jederzeit berechtigt festzustellen, wie die Zeitungsverlage ihre - falls solche vorhanden sind - Verbindlichkeiten erfüllen und die Buchhaltungen und Auflagenhöhe der Publikationen zu überprüfen.

KAPITEL IV, Das Zeitschriften- und Verlagsregister.

Art. 26, Einschreibung.

Die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage müssen sich, bevor sie ihre Tätigkeit beginnen, in ein öffentliches Register einschreiben, welches unter der Bezeichnung "Zeitungs- und Zeitschriftenregister" im Ministerium für Information und Tourismus geführt wird.

Art. 27, Einschreibungsgesuch.

I. Die Einschreibung erfolgt nach vorheriger Überprüfung eines Gesuches, das mit einem Antrag des Interessenten beginnt und in dem zur Aufnahme in das Register folgende Angaben enthalten sein müssen:

- A) Der Name oder die Firma, die Nationalität und der Sitz der natürlichen oder juristischen Person, die Träger des Unternehmens ist;
- B) Die Satzung der Gesellschaft und, soweit vorhanden, die Statuten;
- C) Der Name des oder der Gründer und der Personen, denen die Geschäftsführung und die Verwaltung übertragen wird;
- D) Eine Darlegung des Firmenvermögens und soweit es der Fall ist, des gezeichneten und ausgegebenen Gesellschaftskapitals;
- E) Die Grundzüge des Finanzierungsplanes und der Wege zu seiner Durchführung;
- F) Die Darlegung der Ziele der Publikation und der sie leitenden Grundideen;
- G) Die Druckschrift oder die Druckschriften, die herausgegeben werden sollen, mit folgenden Angaben für jede von ihnen:
 - a) den Titel, Zweck und Erscheinungsweise
 - b) den Ort und das Datum des Erscheinens
 - c) die Charakteristika des Formats, der Drucktechnik und die Angabe der vermutlichen Seitenzahl.
 - d) Angaben darüber, ob Anzeigen aufgenommen werden oder nicht und bejahendenfalls über die Art der Kenntlichmachung derselben zu ihrer Unterscheidung vom redaktionellen Teil
 - e) der auf den Publikationen angegebene voraussichtliche Verkaufspreis pro Exemplar.
 - f) die annähernde, nach den Vorschriften des Statuts für das Anzeigenwesen festgestellte Auflagenhöhe
 - g) die Druckerei, in der der Druck erfolgen soll, mit Angaben des Namens und der Anschrift derselben und mit Angabe des Namens des Direktors oder Geschäftsführers zum Zeitpunkt des Eintragungsgesuchs.
 - h) die Namen und persönlichen Daten des Direktors und des stell-

vertretenden Direktors oder an dessen Stelle des vorläufigen Vertreters mit Nachweis seines Einverständnisses mit der Ernennung.

i) die ständige Redaktion

II. Wenn die angenommene juristische Form die einer Gesellschaft ist, müssen außerdem vorgelegt werden: ein beglaubigte Abschrift der öffentlichen Niederschrift der Satzung sowie der Gesellschaftsverträge, soweit sie sich auf die Ernennung der Verwalter und Geschäftsführer beziehen, und die Beglaubigung ihrer jeweiligen Registrierung.

III. Das Ministerium für Information und Tourismus ordnet im voraus die Veröffentlichung des Eintragungsgesuches im Offiziellen Staatsbulletin an und eröffnet hierdurch eine zwei Monate nicht übersteigende Frist für die Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Art. 28, Nachfolgende Eintragungen.

I. Die Änderungen in der Gliederung der Firma, die Übertragung von Vermögensteilen oder Aktien, die Veränderungen in der Zusammensetzung der geschäftsführenden oder verwaltenden Organe, die Abberufung oder Neueinstellung des Direktors, die Ernennung oder Entlassung von Redakteuren oder grundsätzlich alle Vorgänge, die eine Änderung irgendwelcher eingetragener Tatsachen bedeuten, müssen dem Register innerhalb einer Frist von einem Monat zur Kenntnis gebracht werden.

II. Wenn seit dem Umstand, der eine neue Eintragung erforderlich macht, mehr als ein Monat vergangen ist, die Neueintragung aber nicht beantragt wurde, wird die Firma administrativ bestraft, unbeschadet weitergehender Haftung.

III. Falls sich keinerlei eintragungspflichtige Änderungen ergeben haben, müssen die Firmen dieses dem Register am Ende eines jeden Kalenderhalbjahres beginnend mit der Einschreibung melden.

Art. 29, Gründe für die Verweigerung und Streichung der Eintragung.

I. Die erste und nachfolgende Eintragungen werden nicht vorgenommen:

1. wenn die Satzung der Firma die gesetzlichen Vorschriften und Voraussetzungen nicht erfüllt;
2. wenn nicht sämtlich für die Eintragung notwendigen Angaben gemacht werden oder diese ungenau sind. Zu diesem Zweck kann die Administration diejenigen Beweise fordern oder diejenigen Nachprüfungen anstellen, die sie für sachgemäß hält;
3. wenn die gesetzlichen Erfordernisse an die Rechtsbefähigung des Inhabers der Firma oder an irgendeine der anderen Personen, die Geschäftsführungsaufgaben ausüben oder ausüben sollen, nicht gegeben sind;
4. wenn nach Anhörung des Nationalen Presserats und des Nationalen Pressesyndikats vernünftigerweise angenommen werden kann, daß die Publikation dazu verwandt werden soll, die Tatbestände herbeizuführen, die Art. 5 zu verhindern sucht.

III. Jede der oben erwähnten Voraussetzungen zieht von amtswegen oder auf Antrag die Löschung der gültigen Eintragung nach sich

Art. 30, Rechtsmittel im Falle der Ablehnung oder Löschung.
Gegen den ministeriellen Beschluß über Ablehnung oder Löschung

irgendeiner Eintragung im Zeitungsverlagsregister kann vor dem Ministerrat Beschwerde und anschließend weitergehende verwaltungsgerichtliche Beschwerde eingelegt werden.

Art. 31, Neue Publikationen.

Für den Fall, daß ein bereits eingetragener Zeitungs- und Zeitschriftenverlag eine weitere periodische Druckschrift herausgeben will, muß er diese ebenfalls gemäß den Vorschriften der vorausgegangenen Artikel zum Gegenstand einer Eintragung machen.

Art. 32, Vergünstigungen.

Einmal in das Register eingetragen, hat der Zeitungsverlag teil an den Vergünstigungen steuerlicher, wirtschaftlicher, postalischer, auslieferungsmäßiger und fernmeldetechnischer sowie an einigen weiteren ähnlicher Art, die gewährt werden. Soweit diese Vergünstigungen ausgleichenden Zweck haben, muß die Administration die Verkaufspreise der Zeitungen und die Gebühren für die Nachrichtendienste bewilligen.

KAPITEL V, Über den Beruf des Journalisten und die Direktoren periodischer Druckschriften.

Art. 33, Journalistischer Beruf und Berufsbezeichnung.

Ein durch Rechtsverordnung erlassenes Statut für den Journalistenberuf regelt die Voraussetzungen für die Ausübung dieser Tätigkeit, indem es die Grundprinzipien, denen man unterliegt, festlegt. Unter diesen das Prinzip der Berufsausübung, nach Einschreibung in das Offizielle Register, mit Festlegung der Rechte und Pflichten des Redakteurs und im besonderen des Direktors jedes Informationsmediums; das Grundprinzip der in der syndikalen Organisations eingefügten Berufsorganisation, die bei der Formulierung, Abfassung und Anwendung des genannten Statuts mitwirkt und das Prinzip der Zuständigkeit eines Standesgerichtes für die Überwachung der moralischen Grundsätze.

Art. 34, Direktor.

An der Spitze jeder periodischen Druckschrift oder Nachrichtenagentur, sofern es sich um ein Nachrichtenmedium handelt, muß ein Direktor stehen, dem die Bestimmung der geistigen Linie und die Festlegung des Inhalts der periodischen Druckschrift oder des Nachrichtendienstes ebenso wie deren Vertretung in allen Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs vor den Gerichten und Behörden obliegt.

Art. 35, Voraussetzungen.

I. Um das Amt eines Direktors bekleiden zu können, sind unabdingbare Voraussetzungen: die spanische Nationalität zu besitzen, sich im Vollbesitz der zivilen und politischen Rechte zu befinden, an dem Ort zu wohnen, wo die Zeitung/Zeitschrift erscheint oder wo die Nachrichtenagentur ihren Sitz hat und den Titel eines in das Offizielle Register eingetragenen Journalisten zu tragen.

II. Das Statut, auf das sich Art. 33 bezieht, regelt die möglichen Ausnahmen, die sich aus einer offiziellen oder speziellen Natur der Publikation ergeben.

Art. 36, Verbote.

I. Direktoren können nicht sein:

1. die wegen eines vorsätzlichen Deliktes verurteilten Personen, die nicht rehabilitiert sind, außer wenn ein Vergehen gegen die Person mit bedingtem Vorsatz begangen wurde und die Umstände besonders qualifiziert waren;
2. die dreimal oder öfter wegen Pressevergehen verurteilten Personen;
3. diejenigen Personen, die dreimal oder öfter von dem Landesgericht in über eine öffentliche Verwarnung hinausgehendem Maß verurteilt worden sind;
4. diejenigen Personen, die innerhalb eines Jahres dreimal oder öfter nach diesem Gesetz wegen schwerer Verstöße administrativ bestraft worden sind.

II. Nicht in die Aufzählung des ersten Absatzes einbegriffen sind diejenigen Personen, die wegen Vergehen nach dem Gesetz vom 24. Dezember 1962 verurteilt worden sind, ausgenommen, wenn sie wegen Vergehen nach dessen Artikeln 7, 8 und 10 verurteilt worden sind.

Art. 37, Rechte.

Der Direktor hat ein Vetorecht gegen den Inhalt aller Manuskripte sowohl der Redaktion als auch der Verwaltung und der Anzeigenabteilung vorbehaltlich des in Art. 6 über die notwendigen Veröffentlichungen Bestimmten.

Art. 38, Herkunft der Meldungen und Anzeigen.

I. Bei jeder Meldung oder Notiz, die in einer periodischen Druckschrift erscheint, muß ihre Quelle bezeichnet werden. Falls diese nicht angegeben ist, wird unterstellt, daß der Direktor damit erklärt, sie aus eigenen Quellen erlangt zu haben.

II. Werbeanzeigen, in denen Meinungen über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse ausgedrückt werden, müssen den Namen und die Anschrift des Inserenten enthalten.

Art. 39, Verantwortlichkeit.

I. Der Direktor haftet für alle Übertretungen, die durch das unter seiner Aufsicht stehende Informationsmedium begangen werden, unabhängig von der zivilen oder strafrechtlichen Verantwortlichkeiten, die nach dem geltenden Gesetz andere Personen treffen können.

II. Unabhängig von seiner persönlichen Verantwortlichkeit gilt es als dem Direktor stillschweigend gegeben, daß er allein durch seine Ernennung eine typische Vertretungsmacht besitzt, um den Geschäftsherrn in allen Dingen zu vertreten und zu verpflichten, die im Zusammenhang mit der Ausübung der ihm gestellten Aufgaben stehen, speziell aber in bezug auf die Verpflichtungen, die sich aus der betreffenden periodischen Druckschrift ergeben. Jede Klausel, die im Gegensatz zu dem Vorhergesagten steht, ist nichtig.

Art. 40, Ernennung.

I. Aus dem Kreis von Personen heraus, die die in diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen erfüllen, wird der Direktor von dem Zeitungs- oder Zeitschriftenverlag frei ernannt.

II. Sein Anstellungsverhältnis wird in einem zivilen Arbeitsvertrag geregelt, dessen Mindestvoraussetzungen in dem in Art. 33 genannten Statut festgelegt sind. Sie finden auf alle Zeitungs- und Zeitschriftenverlage Anwendung.

Art. 41, Stellvertretende Direktoren.

I. In den Fällen von Abwesenheit, Krankheit, Entlassung oder Ausscheiden des Direktors wird dieser zwischenzeitlich in allen seinen leitenden Funktionen durch den stellvertretenden Direktor vertreten. Ist ein stellvertretender Direktor nicht bestellt, wird der Direktor durch eine dazu bestimmte Person vertreten, die in derselben Form wie ein Direktor ernannt wird und der während der Zeit der Stellvertretung alle die Befugnisse und Verantwortlichkeiten zufallen, die im vorliegenden Gesetz für die Direktoren festgesetzt sind.

II. Die Ernennung eines stellvertretenden Direktors oder eines zwischenzeitlichen Vertreters ist an dieselben Voraussetzungen für die Einschreibung gebunden, wie sie für den Direktor gefordert werden.

Art. 42, Inkompatibilität.

Das Amt des Direktors oder des stellvertretenden Direktors ist unvereinbar mit der Ausübung irgendwelcher öffentlichen oder privaten Tätigkeit, die seine Freiheit oder Unabhängigkeit in der Erfüllung seiner Funktionen einschränken könnte, so wie sie in dem in Art. 33 genannten Statut begrifflich festgelegt sind.

KAPITEL VI, Über die Nachrichtenagenturen.

Art. 43, Nachrichtenagenturen.

I. Als Nachrichtenagenturen gelten diejenigen Firmen, die üblicherweise Nachrichten, redaktionelle Beiträge, Photographien oder sonstige andere Nachrichtenmaterialien verschaffen.

II. Die Nachrichtenagenturen teilen sich auf in allgemeine Nachrichtenagenturen, Bilderdienste, Mitarbeiteragenturen und gemischte Agenturen.

Art. 44, Freiheit zur Gründung von Agenturen.

Die Gründung von Nachrichtenagenturen ist frei, wenn dieselben Voraussetzungen, die in diesem Gesetz für die Herausgabe von periodischen Druckschriften und die Gründung von Zeitungsverlagen vorgeschrieben sind, erfüllt werden. Im Ministerium für Information und Tourismus wird ein "Öffentliches Register der Nachrichtenagenturen" geführt.

Art. 45, Einschreibung.

I. Für die Ausführung der Einschreibung einer Nachrichtenagentur muß außer den auf Agenturen anwendbaren Formalitäten des Art. 27 folgendes zusätzlich angewandt werden: die Grundzüge der Planung ihrer Geschäftstätigkeit mit Darlegung der Zahl, der Namen und der Wohnorte der Korrespondenten;

die Art der Informationen, denen sie sich widmen wird;
der technische Übertragungsplan ebenso wie alle Verträge und Abmachungen, die im Zusammenhang mit Diensten bindender oder langfristiger Art mit anderen Nachrichtenagenturen oder -organisationen geschlossen worden sind.

II. In bezug auf nachfolgende Veränderungen, die sich ergeben, gelten die Vorschriften des Art. 28.

Art. 46, Reklameverbot.

Die Nachrichtenagenturen dürfen keinerlei Werbetätigkeit ausüben.

Art. 47, Kenntlichmachung der Agenturen.

I. Bei jedem durch eine Nachrichtenagentur verbreiteten Material muß eine sie kenntlichmachende Angabe oder Abkürzung erscheinen.

II. Diese Angabe muß ebenfalls in der Veröffentlichung erscheinen.

Art. 48, Verantwortlichkeit.

Die Verantwortlichkeit der Nachrichtenagenturen und ihrer Direktoren richtet sich nach den Bestimmungen für Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und für Direktoren von periodischen Druckschriften. Die Bestimmungen schließen sich in keinem Fall untereinander aus.

Art. 49, Über ausländische Nachrichtenagenturen.

Einer nationalen Agentur unter Beteiligung der öffentlichen Körperschaften und der Informationsmedien oder in Zusammenarbeit mit den beiden letzteren kann das exklusive Recht auf Verbreitung - ohne irgend einer Diskriminierung - der von ausländischen Agenturen stammenden Nachrichten übertragen werden.

KAPITEL VII, Über die Buchverlage.

Art. 50, Freiheit der Buchverlage.

I. Jede natürliche oder juristische Person spanischer Nationalität mit Sitz in Spanien, die sich im Besitz der zivilen und politischen Rechte befindet, kann Firmen gründen oder sich an solchen beteiligen, die die Herstellung von einheitlichen Druckwerken, wie sie in Art. 1o dieses Gesetzes definiert sind auf eigene Gefahr und Rechnung als Hauptgeschäftsgegenstand haben. Diese Firmen werden als "Buchverlage" bezeichnet.

II. An ihrem Geschäftsvermögen- oder kapital können sich bis zu 50% solche nicht in Spanien wohnende Spanier beteiligen, bei denen die restlichen vorstehend genannten Voraussetzungen zutreffen. Auch können sich aus der Spanisch oder Portugiesisch sprechenden Welt stammende natürliche Personen bis zu 50% beteiligen.

III. Wenn ein einheitliches Druckwerk auf Rechnung und Gefahr des Autors und ohne Verlagsangabe herausgegeben wird, übernimmt der genannte Autor die volle Verantwortlichkeit und die Verpflichtung des Buchverlages, während der Direktor subsidiär verantwortlich bleibt.

Art. 51, Einschreibung.

I. Die Buchverlage müssen sich, bevor sie mit der Ausführung ihrer Geschäfte beginnen, in ein öffentliches Register eintragen lassen, das im Ministerium für Information und Tourismus geführt wird und welches "Register der Buchverlage" genannt wird.

II. Gegen den Beschluß, der eine Eintragung ablehnt oder gegebenenfalls löscht, können diesselben Beschwerden eingelegt werden, die in Art. 30 bestimmt sind.

Art. 52, Einschreibungsantrag.

I. Die Eintragung wird nach vorheriger Überprüfung eines Gesuchs vorgenommen, in dem zwecks Aufnahme in das Register folgendes angegeben werden muß:

1. Name und Gesellschaftsform, Nationalität und Sitz der natürlichen oder juristischen Person, die Träger der Handelsfirma ist;
2. Geschäftsordnung der Firma oder Statut der Gesellschaft.
3. Name des oder der Gründer und der Personen, die mit der Geschäftsleitung und Verwaltung beauftragt sind;
4. Offenlegung des Firmenvermögens und - wenn es der Fall ist - des gezeichneten oder ausgegebenen Geschäftskapitals;
5. Grundzüge des Verlags- und Finanzierungsplans und der Mittel zu ihrer Durchführung.

II. Wenn die gewählte juristische Form die einer Gesellschaft ist, muß außerdem eine beglaubigte Abschrift der öffentlichen Niederschrift der Satzung und der Gesellschaftsverträge bezüglich der Ernennung der Verwalter und Geschäftsführer vorgelegt werden ebenso wie eine Bescheinigung über die entsprechende Eintragung im Handelsregister.

Art. 53, Recht auf Einschreibung.

Die Einschreibung wird vorgenommen, wenn die im vorhergehenden Artikel geforderten Angaben mit dem Gesuch beigebracht worden sind. Die Administration kann um eine weitere zusätzliche Angabe nachsuchen, die für eine angemessene Identifizierung der Buchverlage notwendig ist. Ebenso kann sie von den Verlagen fordern, daß ihr alle Änderungen, die sich nach der Eintragung ergeben haben, mitgeteilt werden. In jedem Fall teilen die Buchverlage dem Register halbjährlich die entstandenen Änderungen mit, die sich in bezug auf die Angaben ereignet haben, die Gegenstand der Eintragung waren.

Art. 54, Vergünstigungen.

Einmal in das Register eingetragen, hat der Buchverlag teil an den Vergünstigungen steuerlicher, wirtschaftlicher, postalischer, auslieferungsmäßiger und fernmeldetechnischer sowie an einigen weiteren ähnlicher Art, die gewährt werden.

KAPITEL VIII, Über die Importfirmen von Druckschriften, über die ausländischen Agenturen und über die ausländischen Korrespondenten.

Art. 55, Ausländische Druckschriften.

I. Die Importfirmen von im Ausland herausgegebenen Druckschriften müssen sich, bevor sie mit ihrer Tätigkeit beginnen, in ein

Öffentliches Register eingeschrieben, das im Ministerium für Information und Tourismus unter der Bezeichnung "Register der Importfirmen von ausländischen Druckschriften" geführt wird. Auf diese Firmen finden die in diesem Gesetz für die Buchverlage geltenden Bestimmungen Anwendung.

II. Die Verbreitung im Ausland herausgegebener Druckschriften auf dem nationalem Territorium, gleich welcher Art und gleich welcher Sprache, richtet sich in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Gesetzes nach dem, was in den zugehörigen Verwaltungsvorschriften angeordnet wird. In ihnen werden die notwendigen Voraussetzungen festgelegt, die vorliegen müssen, um mit der Verbreitung genannter Druckschriften beginnen zu können ebenso wie die Vorschriften bezüglich der Kenntlichmachung des verantwortlichen Importeurs.

Art. 56, Ausländische Nachrichtenagenturen.

Die ausländischen Nachrichtenagenturen, die sich in Spanien betätigen, um Nachrichtenmaterial ins Ausland zu liefern, sind verpflichtet, ihre Korrespondenten beim Ministerium für Information und Tourismus zu akkreditieren.

Art. 57, Ausländische Nachrichtenkorrespondenten.

I. Die Korrespondenten irgendeines ausländischen Nachrichtenmediums müssen sich beim Ministerium für Information und Tourismus akkreditieren, wo ein Register über sie geführt wird.

II. Falls die Korrespondenten die spansische Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sie die in Spanien für die Ausübung des Journalistenberufes notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

III. Das Ministerium für Information und Tourismus kann die Eintragung derjenigen Korrespondenten streichen, deren Nachrichten falsch sind oder sich als tendenziös herausstellen.

KAPITEL IX, Über die Rechte zur Gegendarstellung und Berichtigung.

Art. 58, Recht auf Gegendarstellung.

I. Jede natürliche oder juristische Person, die sich durch irgendeine geschriebene oder bildliche Nachricht, in der sie erwähnt wird oder die auf sie anspielt und die in einer periodischen Druckschrift erschienen ist, rechtswidrig geschädigt fühlt, kann von dem Recht auf Gegendarstellung in der durch Verordnung geregelten Frist und Form Gebrauch machen.

II. Dieses Recht können auch die gesetzlichen Vertreter des Geschädigten und falls dieser verstorben ist, seine Erben antreten.

Art. 59, Aufnahmeverpflichtung.

Der Direktor der betreffenden Publikation hat die Pflicht, die Entgegnungsschrift in einer der drei dem Tag der Zustellung folgenden Nummern aufzunehmen, wenn es sich um eine täglich erscheinende Druckschrift handelt und in einer der zwei folgenden Nummern, wenn es sich um eine wöchentliche oder einer von längerer Periodizität handelt.

Art. 60, Form der Einrückung.

Die Gegendarstellung muß sich in jedem Fall allein auf den Gegen-

stand der Erläuterung oder Berichtigung beschränken und muß auf der gleichen Seite, in der gleichen Spalte und im gleichen Schriftgrad und -bild eingerückt werden, in denen die Nachricht veröffentlicht worden war. Sie ist kostenlos, wenn sie nicht mehr als die doppelte Textzeilenzahl oder graphischen Raum beansprucht als das, worauf sie entgegnet. Die betreffende Publikation darf in derselben Nummer keine Kommentare oder Randbemerkungen zu der Gegendarstellung enthalten.

Art. 61, Verpflichtung und Einrückung.

Gegen die Ablehnung durch den Direktor einer Publikation kann sich der Interessent mit einer Beschwerde an das Ministerium für Information und Tourismus wenden, welches, unbeschadet daraus entstehender Verantwortlichkeiten und nach der Anhörung des Direktors der Zeitung, die erbetene oder eine andere gleichwertige Einrückung anordnen kann. Gegen den Entscheid des Ministers ist die verwaltungsrechtliche Beschwerde möglich.

Art. 62, Recht auf Berichtigung.

Die Direktoren der periodischen Druckschriften sind verpflichtet, in der auf den Erhalt folgenden Nummer und zu den Bedingungen des Art. 60 alle Notizen oder Zuschriften kostenlos einzurücken, die ihnen die Administration oder die Behörden über die Dirección General de Prensa oder über die Provinzialvertretungen des Ministeriums für Information und Tourismus zukommen lassen und in denen Meldungen des Blattes über Handlungen aus dem Zuständigkeits- oder Funktionsbereich der Administration oder der Behörden berichtet oder erläutert werden.

KAPITEL X, Über die Verantwortlichkeit und über die Strafen.

Art. 63, Arten der Verantwortlichkeit.

Die Verletzung von Vorschriften, die den Rechtsbereich der Presse und des Drucks regeln, gibt Anlaß für diejenige strafrechtliche, zivilrechtliche oder verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit, die für diesen Fall gesetzlich vorgesehen ist.

Art. 64, Über die strafrechtliche Verantwortlichkeit und über die vorbeugenden und regierungsseitigen Maßnahmen.

I. Zur strafrechtlichen Verantwortung wird man vor den ordentlichen Gerichten herangezogen, gemäß den strafrechtlichen Bestimmungen und auf dem in der Prozeßordnung festgelegten Verfahrensweg.

II. Wenn die Administration von einem Vorgang Kenntnis erhält, der eine durch die Presse oder mit dem Mittel des Drucks begangene Straftat begründen könnte, kann sie - unbeschadet der Verpflichtung zur sofortigen Anzeige der Tat bei den zuständigen Behörden bei gleichzeitiger Berichterstattung bei der Staatsanwaltschaft - im Vorgriff auf die gerichtlichen Maßnahmen, die Titel V des VI. Buchs der Strafprozeßordnung vorsieht, die Beschlagnahme der widerrechtlichen Drucksachen und deren Druckstöcke - wo immer sich diese auch befinden mögen - zur Verfügung der Justizbehörden anordnen, um eine weitere Verbreitung zu verhindern. Sobald die Justizbehörde die Anzeige erhält, wird sie bezüglich der Beschlagnahme der Drucksachen

und -stösche die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Art. 65, Über die zivile Haftung in Presse- und Druckangelegenheiten und über das Patronat des Staates.

I. Die zivilrechtliche Deliktshaftung trifft, wenn sie gegenüber den Autoren, die Art. 15 des Código Penal erwähnt, nicht zur Wirkung kommen kann, subsidiär den Zeitungsverlag, den Buchverlag, die Druckerei und die Import- oder Auslieferungsfirma von ausländischen Druckschriften.

II. Die zivile Haftung wegen nicht strafbarer widerrechtlicher Handlungen oder Unterlassungen trifft die Autoren, Direktoren, Herausgeber, Drucker und Importeure oder Auslieferer ausländischer Druckschriften zur gesamten Hand.

III. Die Zahlungsunfähigkeit der juristischen Personen löst eine Subsidiärhaftung ihrer Verwalter aus, es sei denn, diese hätten ihren formellen Widerspruch gegen die Tat zum Ausdruck gebracht.

IV. Die patrimoniale Haftung des Staates, der Behörden und der Beamten im Zusammenhahng mit den Akten, die das Presse- und Druckgesetz regelt, richtet sich nach dem Bestimmungen in Titel IV der Ley de Régimen Jurídico de la Administración del Estado.

Art. 66, Über die administrative Verantwortlichkeit.

Der Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften und Anordnungen in Presse- und Druckangelegenheiten ist auf administrativem Weg bestrafbar, unabhängig davon, ob er strafrechtlich relevant ist oder nicht.

Art. 67, Sehr schwere Verstöße.

Administrativ sehr schwere Verstöße sind:

- a) die Handlungen, die schwerwiegend und deutlich gegen die in diesem Gesetz erklärten Freiheiten und Rechte und gegen die in Art. 2 bestimmten Einschränkungen verstoßen;
- b) die Verbreitung, Weitergabe oder Reproduktion von im Ausland herausgegebenen Druckschriften in Spanien, soweit diese nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt haben;
- c) die Veröffentlichung von offiziellen Verfügungen, Verträgen oder Dokumenten, die gemäß den Bestimmungen des Art. 7 geheimen Charakter haben.

Art. 68, Schwere und leichte Verstöße.

I Schwere Verstöße sind:

- a) die Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Einrückung oder Verbeitung nach Art. 6 und 62 dieses Gesetzes, wenn eine ausdrückliche Anweisung dazu bestanden hat;
- b) jeder andere Bruch der gesetzlichen Normen oder die Verordnungsbestimmungen, wenn die Absicht deutlich ist, die öffentliche Meinung zu deformieren, der Verstoß im Rückfall vorkommt oder eine schwere und gegenwärtige Unruhe auslöst.

II. Als leichter Verstoß gilt jeder Bruch der gesetzlichen Normen oder Verordnungsbestimmungen, der nicht als sehr schwerer Verstoß in Art. 67 oder als schwerer Verstoß im vorausgegangenen Absatz dieses Artikels enthalten ist.

Art. 69, Strafen.

I. Wegen der Verstöße, auf die sich die vorausgegangenen Artikel beziehen, können folgende Strafen ausgesprochen werden:

a) Wenn die Verantwortung den Autor oder den Direktor trifft:
1. bei leichten Verstößen: Berufsverbot bis zu 15 Tagen oder Geldbuße von 1.000 bis 25.000 Peseten;

2. bei schweren Verstößen: Berufsverbot von 15 Tagen bis zu einem Monat oder Geldbuße von 25.000 bis 50.000 Peseten;

3. bei sehr schweren Verstößen: Berufsverbot von einem bis zu sechs Monaten oder Geldbuße von 50.000 bis 250.000 Peseten;

b) Wenn die Verantwortung die Unternehmer oder die Firmen trifft:

1. bei leichten Verstößen: Geldbuße von 1.000 bis 50.000 Peseten;

2. bei schweren Verstößen: Geldbuße von 50.000 bis 100.000 Peseten;

3. bei sehr schweren Verstößen: Erscheinungsverbot für die periodische Druckschrift bis zu zwei Monaten bei Tageszeitungen, bis zu vier Monaten bei Wochenschriften oder 14tägigen Publikationen und bis zu sechs Monaten bei Periodika längerer Periodizität; Verbot der Tätigkeit der in Art. 50 definierten Buchverlage bis zu drei Monaten oder Geldbuße von 100.000 bis 500.000 Peseten.

II. Die Geldbußen können zugleich mit jeder anderen Strafe verhängt werden.

III. Die Beschlüsse über die Bestrafungen werden in die entsprechenden Register eingetragen.

Art. 70, Zuständigkeit.

Das Recht, die oben erwähnten Verstöße zu ahnden, steht zu:

I. bei den leichten Verstößen dem Generaldirektor der Presse oder an seiner Stelle dem der Information;

II. bei den schweren Verstößen dem Minister für Information und Tourismus;

III. bei den sehr schweren Verstößen dem Ministerrat.

Art. 71, Rechtsbeschwerde.

I. Gegen die Erlasse, mit denen die Strafen auferlegt werden, kann auf dem Verwaltungsweg Beschwerde eingelegt werden:

a) vor dem Minister für Information und Tourismus gegen die von dem Generaldirektor der Presse oder der Information erlassenen;

b) vor dem Ministerrat gegen die von dem Minister für Information und Tourismus erlassenen;

c) durch Antrag beim Ministerrat gegen dessen eigene Erlasse.

II. Gegen die Beschlüsse, die den Verwaltungsweg beenden, kann der verwaltungsgerichtliche Rechtsweg beschritten werden.

Art. 72, Veröffentlichung der Entscheidungen.

Unbeschadet der Bestimmungen des 456 Código Penal müssen die Urteile und administrativen Beschlüsse, durch die Bestrafungen ausgesprochen werden, in der betroffenen Publikation in einer der ersten drei auf die Zustellung folgenden Nummern veröffentlicht werden.

Schlußbestimmungen.

1. Die Rechts- und Verwaltungsformen der Firmen, Nachrichtenagenturen und Publikationen, die bereits bestehen oder in Zukunft vom Staat oder den öffentlichen Körperschaften, der Nationalen Bewegung und der Syndikalen Organisation gegründet werden, bleiben an dasjenige gebunden, was bei ihrer Gründung festgelegt worden ist, unbeschadet ihrer Verpflichtung, die formalen Voraus-

setzungen zu erfüllen, die in dem vorliegenden Gesetz und in seinen Ausführungsbestimmungen gefordert werden.

2. Um die Frage zu lösen, die durch die Anwendung dieses Gesetzes auf die von der Hierarchie der Katholischen Kirche herausgegebenen Publikationen entstehen können, werden die Regierung und die bischöfliche Kommission für diese Kommunikationsmittel die notwendigen Übereinkünfte treffen.

3. Die Regierung bleibt weiterhin dazu ermächtigt, die notwendigen Verordnungen für die Fortentwicklung und Anwendung dieses Gesetzes zu erlassen.

4. Alle Maßnahmen, die zur Angleichung der Strukturen der Firmen an die Vorschriften dieses Gesetzes druchgeführt werden müssen, sind von jeglicher Besteuerung befreit.

Art. 2o der Verfassung von 1978.

1. Se reconocen y protegen los derechos:

a) A expresar y difundir libremente los pensamientos, ideas y opiniones mediante la palabra, el escrito o cualquier otro medio de reproducción.

b) A la producción y creación literaria, artística y científica.

c) A la Libertad de cátedra.

d) A comunicar o recibir libremente información veraz por cualquier medio de difusión. La ley regulará el derecho a la cláusula de conciencia y al secreto profesional en el ejercicio de estas libertades.

2. El ejercicio de estos derechos no puede restringirse mediante ningún tipo de censura previa.

3. La ley regulará la organización y el control parlamentario de los medios de comunicación social dependientes del Estado o de cualquier ente público, garantizando el acceso a dichos medios de los distintos grupos sociales o políticos y respetando el pluralismo de la sociedad y las distintas lenguas del Estado.

4. Estas libertades tienen su límite en el respeto a los derechos reconocidos en este título, en los preceptos de las leyes que lo desarrollan y, especialmente en el derecho al honor, a la intimidad, a la propia imagen y a la protección de la infancia y juventud.

5, Sólo podrá acordarse el secuestro de publicaciones y grabaciones en virtud de resolución judicial.

Übersetzung derjenigen Absätze, die sich auf die Presse beziehen:

1. Folgende Rechte werden anerkannt und geschützt:

a) frei Gedanken, Ideen und Meinungen mittels des Wortes, der Schrifte oder irgend einem anderen Reproduktionsmedium auszudrücken und zu verbreiten.

d) frei durch irgend ein Mittel der Verbreitung wahrheitsgemäße Information zu vermitteln oder zu empfangen.

2. Keinerlei Art von Vorzensur darf die Ausübung dieser Rechte einschränken.

4. Diese Freiheiten haben ihre Grenze im Respekt vor den in diesem Gesetz anerkannten Rechten, in dem Vorschriften der Gesetze, die es ergänzen und besonders im Recht auf die Ehre, die Intimität, der Selbstdarstellung und dem Schutz der Jugend und Kindheit.

5. Die Verfolgung von Veröffentlichungen, Aufnahmen und anderer Informationsmedien kann sich nur kraft richterlicher Entscheidung vollziehen.

Zeitungsbibliographie aller in Tabelle 1 aufgeführter
Titel nach folgendem Muster:

NAME

Ort, Adresse

Direktor

Verlagsgesellschaft

Gründungsdatum / Auflage

eventuelles Einstellungsdatum

- Verbreitung, wenn überregional -

ABC

Madrid. Serrano, 61

D: Guillermo Luca de Tena

V: Prensa Española, S.A.

G: 1905 / A: 179 221 (1977)

- nationale Verbreitung -

ABC-Sevilla

Sevilla. Cardenal Ilundáin, 9

D: Nicolás Jesús Salas

V: Prensa Española, S.A. (Madrid)

G: 1929 / A: 61 180 (1977)

EL ADELANTADO DE SEGOVIA

Segovia. S.Agustín, 7

D: Pablo Martín Cantalejo

V: El Adelantado de Segovia S.L.

G: 1901 / A: ?

EL ADELANTO

Salamanca. Gran Vía, 32

D: Enrique de Sena Marcos

V: Publicaciones Regionales, S.A.

G: 1883 / A: ?

EL ALCÁZAR

Madrid. San Romualdo, 26

D: Antonio Izquierdo Ferigüela

V: Diarios y Revistas, S.A. (DYRSA)

G: 1936 / A: 76 592 (1978)

- nationale Verbreitung -

EL ALCÁZAR DE TOLEDO

Toledo.

G: 1936, eingestellt 1970

ALERTA

Santander. Marcelino S. de Sautuola, 12

D: Francisco Rado Varela

V: M.C.S.E.

G: 1962 / A: 31 735 (1978)

AMANECEER. Diario Aragonés.

Zaragoza. Porcell, 1

D: G. Tena Fatas

V: M.C.S.E.

G: 1936, eingestellt 1979

ARAGÓN EXPRES

Zaragoza. Marcial, 2

D: Eduardo Fuenbuena Comín

V: Prensa Aragonesa, S.A.

G: 1970 / A: ?

AREA. Diario del Campo de Gibraltar.

Gibraltar (Prov. Cádiz). Gibraltar, 13

D + V: Antonio Gomez Rubio

G: 1956 / A: ?

ARRIBA. Fundado por J.A. Primo de Rivera.

Madrid. Avda. del Generalísimo, 142

D: Alejandro Armesto Buz

V: M.C.S.E.

G: 1939, eingestellt 1979

- nationale Verbreitung mit kleiner Auflage -

ARRIBA ESPAÑA

Pamplona (Prov. Navarra). Zapatería, 80

D: Mariano Prados Montero

V: M.C.S.E.

G: 1936, eingestellt 1975

AS. Diario gráfico deportivo.

Madrid. Paseo O. Redondo, 26

D: Luís de Linares Lamazou

V: Semana S.L.

G: 1979 / A: 203 679 (1977)

ASTURIAS. Diario Regional.

Oviedo. Polígono de Silvota

D: Graciano García

V: Asturias, Diario Regional, S.A.

G: 1978, eingestellt 1979

AVUI

Barcelona. Diputació, 284

D: Jordi Maluguer i Bonet

V: Premsa Catalana, S.A.

G: 1976 / A: 48 711 (1978)

BALEARES

Palma de Mallorca. Plaza Mallorca, 8

D: Juan Bonet Gelabert

V: M.C.S.E.

G: 1939 / A: 17 138 (1978)

CATALUNYA-EXPRESS

Barcelona. Avda. Cardenal Reig s.n.

D: Jaume Serrats Ollé

V: Ediciones Cataluña Exprés S.A.

G: 1976, eingestellt 1979

CINCO DIAS

Madrid. Nuñez Margado, 9

D: Francisco Mora de Río

V: DIESA

G: 1978 / A: ?

EL COMERCIO

Gijón (Prov. Oviedo). Ferrocarril, 1

D: Francisco Carantoña Dubert

V: El Comercio, S.A.

G: 1877 / A: 21 387 (1977)

CÓRDOBA

Córdoba. Ingeniero Juan de la Cierva, 18

D: Federico Miraz Fernandez

V: M.C.S.E.

G: 1943 / A: 9 171 (1978)

EL CORREO DE ANDALUCÍA

Sevilla.

D: Ramon Gómez Carrión

V: Editorial Sevillana, S.A.

G: 1899 / A: 92 917 (1978)

EL CORREO CATALÁN

Barcelona. Consejo de Ciento, 425

D: Lorenzo Gomis Sanahuja

V: Fomento de la Prensa Tradicionalista, S.A.,

G: 1876 / A: 59 616 (1978)

EL CORREO ESPAÑOL

Bilbao (Prov. Vizcaya). Pintor Losado, 7

D: Antonio Barrena Ballarin

V: Bilbao Editorial, S.A.

G: 1910 / A: 92 917 (1978)

EL CORREO GALLEGO

Santiago de Compostela. Preguntoro, 29

D: Juan María Gallego Tato

V: Editorial Compostela, S.A.

G: 1878 / A: ?

EL CORREO DE ZAMORA

Zamora. Ramos Carrión, 54

D: Sixto Robles Farizo

V: M.C.S.E.

G: 1898 / A: ?

4-2-4

Barcelona. Cardenal Reig, s.n.

D: Artur Torrents Sistero

V: Mundo Ediciones Deportivas, S.A.

G: 1976, eingestellt 1979

THE DAILY TOURIST

Madrid.

G: 1968, eingestellt 1974

DEIA

Bilbao (Prov. Vizcaya). Ctra. Bilbao-Galdácano, s.n.

D: Alfonso Ventura Vasquez

V: Editorial Iparaguirre, S.A.

G: 1977 / A: 60 715 (1980)

EL DÍA

Santa Cruz de Tenerife. Avda. Buenos Aires, 69 y 71

D: J.M. de Pablos Coello

V: Herederos de Leoncio Rodriguez

G: 1910 / A: 23 735 (1978)

DIARIO DE AFRICA

Tetuán (Marokko)

D: Luis Zarraluqui

G: 1937, eingestellt 1967

EL DIARIO DE AVILA

Avila. Pl. de Santa Maria, 12

D: Antonio García Zurdo

V: Editorial Gráfica Abulense Pío XII, S.A.

G: 1898 / A: ?

DIARIO DE AVISOS

Sta. Cruz de Tenerife. Santa Rosalía, 85

D: Leopoldo Fernandez Cabeza de Vaca

V: Ediciones Canarias de Avicoc, S.A.

G: 1890 / A: ?

DIARIO DE BARCELONA

Barcelona. Consejo de Ciento, 224 y 228.

D: Julio Merino

V: Barcelonesa de Publicaciones, S.A.

G: 1792 / A: ?

DIARIO DE BURGOS

Burgos. San Pedro de Cardeña, 34

D: Andrés Ruiz Valderrama

G: 1891 / A: 16 174 (1977)

DIARIO DE CÁDIZ

Cádiz. Ceballos, 1

D: Luis Alberto Balbontín Márquez

V: Federico Joly y C., S.A.

G: 1867 / A: 27 551 (1977)

DIARIO DE CASTILLA

Segovia. Conde Sepúlveda, 22

D: Pedro Vicente Martín

V: Palabras Castellana, S.A.

G: 1976, eingestellt 1979

DIARIO DE CUENCA

Cuenca. Astrana Martín, 4

D: Esteban Greciet Aller

V: M.C.S.E.

G: 1943 / A: ?

DIARIO DE DIARIOS

Madrid. José Ortega y Gasset, 29

D: Manuel Calvo Hernandez

V: Documentación y Prensa, S.A. (DOPRESS)

G: 1964, eingestellt 1978

DIARIO 16

Madrid. Padre Damián, 19

D: Miguel Angel Aguilar Tremoya

V: Información y Prensa, S.A.

G: 1976 / A: 102 602 (1977)

DIARIO ESPAÑOL

Tarragona. Alférez Provisional, 3

D: Pio Gomez Nisa

V: M.C.S.E.

G: 1944 / A: ?

DIARIO DE IBIZA

Ibiza (Prov. Baleares). Pasaje Vía Púnica

D: Francisco Verdera Ribas

V: Herederos de Juan Verdera Mayans

G: 1893 / A: ?

DIARIO LIBRE

Madrid. Generalísimo, 15-17

D: José Salvador Román Ovozco

V: Información y Publicaciones, S.A.

G: 1978, eingestellt September 1978

DIARIO DE LAS PALMAS

Las Palmas de Gran Canaria. León y Castillo, 39

D: José Henríquez Nuñez-Ojeda

V: Editorial Prensa Canaria, S.A.

G: 1895 / A: 13 126 (1978)

DIARIO DE LEÓN

León. Pablo Florez, 24

D: Iñigo Domínguez de Calatayud

V: Diario de León, S.A.

G: 1906 / A: 7 012 (1977)

DIARIO DE LÉRIDA

Lérida. Academia, 17

D: Salvador Gene Giribey

V: Publicaciones Católicas Illerdenses, S.A.

G: 1966 / A: ?

DIARIO DE MALLORCA

Palma de Mallorca (Prov. Baleares). Conflent, 1

D: Joaquín Morales de Rada Quiroga

V: Editora Balear. S.A.

G: 1953 / A: 20 426 (1978)

EL DIARIO MONTAÑES

Santander. Moctezuma, 4

D: Ramon San Juan Corrales

V: Ediotrial Cantabrica, S.A.

G: 1902 / A: ?

DIARIO DE NAVARRA

Pamplona (Prov. Navarra). Zapatería, 49

D: José Javier Uranga Santestebán

V: La Información S.A.

G: 1903 / A: 46 442

EL DIARIO PALENTINO

Palencia. Mayor, 99

D: Antonio Alamo Salazar

V: El Diario Palentino-El Día de Palencia, S.L.

G: 1882 / A: ?

DIARIO DE PONTEVEDRA

Pontevedra. S.Esperón, 5

D: Enrique Paredes Estérez

V: Cooperativa de Producción "Diario de Pontevedra"

G: 1917 / A: ?

EL DIARIO REGIONAL

Valladolid. Paraiso, 8

D: María Aurora Vilorio Nieto

V: Diario Regional, S.A.

G: 1914, eingestellt 1979

DIARIO S.P. DE MADRID

Madrid.

D: Rodrigo Royo

V: Servicio de Publicaciones, S.A.

G: 1967, eingestellt 1969

EL DIARIO VASCO

San Sebastián (Prov. Guipuzcoa). Barrio de Ibaeta, s.n.

D: Juan María Peña Ibañez

V: Sociedad Vascongada de Publicaciones, S.A.

G: 1941 / A: 39 176 (1977)

DICEN deportivo

Barcelona. Tallers, 62-64

D: Julián Mir Vicente

V: Ediciones Rápidas, S.A.

G: 1952 / A: 70 343 (1978)

- regionale Verbreitung -

EL ECO DE CANARIAS

Las Palmas de Gran Canaria. Venegas, 66

D: Andreu Ruiz Delgado

V: M.C.S.E.

G: 1939 / A: ?

EGIN

San Sebastián (Prov. Guipuzcoa). Pol. de Eciago, 10 b

D: Mirentxu Purroy Ferrer

V: Edición Orain, S.A.

G: 1977 / A: ?

ESPAÑA y Diario de Africa

Tanger - Tetuán

G: 1938, eingestellt 1970

EXTREMADURA

Cáceres. Polígono "La Madrila"

D: Germán Sellers de Paz

V: Editorial Extremadura, S.A.

G: 1924 / A: ?

EL FARO

Ceuta. Solís, 4

D: Antonio L. Ferrer Peña

V: J. Ferrer y Cia., S.L.

G: 1935 / A: ?

FARO DE VIGO

Vigo. Colón, 30

D: José F. Armesto Faginas

V: Faro de Vigo, S.A.

G: 1853 / A: 34 452 (1978)

- regionale Verbreitung -

FERROL DIARIO

El Ferrol. Cta. Alta del Puerto

D: Arturo Lezcano Fernández

V: Ferrol Ediciones, S.A.

G: 1969, eingestellt 1979

LA GACETA REGIONAL

Salamanca. Plaza de la Fuente, 6

D: Nicolás Dorado de la Heras

V: M.C.S.E.

G: 1943 / A: ?

LA GACETA DEL NORTE

Bilbao. Henao, 8

D: Manuel González Barandiarán

V: La Editorial Vizcaina S.A.

G: 1901 / A: 79 121 (1978)

GUADALAJARA

Guadalajara. San Esteban, 9

D: Alvaro López Alonso

V: Promotora de Informaciones Alcarreñas, S.A.

G: 1978 / A: ?

HERALDO DE ARAGÓN

Zaragoza. Independencia, 29

D: Antonio Brunet Mompeón

V: Heraldo de Aragon, S.A.

G: 1909 / A: 65 931 (1977)

HIERRO

Bilbao (Prov. Vizcaya). Orueta, 2

D: Julio Campuzano Cantero

V: M.C.S.E.

G: 1937 / A: ?

LA HORA LEONESA

León. Lucas de Tuy, 7

D: Enrique Cimas Rotondo

V: M.C.S.E.

G: 1975 / A: 10 229 (1977)

HOY

Badajoz. Carretera de Madrid, s/n

D: Antonio J. González-Conejero Martínez

V: EDICA, S.A.

G: 1933 / A: 24 130 (1978)

IBERIAN DAILY SUN

Palma de Mallorca. San Felio, 17

D: Pedro A. Serra Bauzá

V: Mediterranean Publishing Company, S.A.

G: 1969 / A: ?

IDEAL

Granada. Compás S. Jerónimo, 2

D: Melchior Sanz-Pardo Rubio

V: EDICA, S.A.

G: 1936 / A: 28 822 (1977)

EL IDEAL GALLEGO

La Coruña. Francisco Mariño, 12

D: Rafael González Rodríguez

V: EDICA, S.A.

G: 1933 / A: 20 291 (1978)

EL IMPARCIAL

Madrid. San Romualdo, 26

D: Julio Merino González

V: Editora Independiente

G: 1977 / A: ?

INFORMACIÓN

Alicante. Poeta Quintana, 40

D: Jesus Prado Sánchez

V: M.C.S.E.

G: 1941 / A: 24 786 (1978)

INFORMACIONES

Madrid. San Roque, 7

D: Guillermo Solana Alonso

V: Prensa Castellana, S.A.

G: 1922 / A: 65 561 (1977) , eingestellt 1980

INFORMACIONES DE ANDALUCÍA

Madrid. San Roque, 8

D: Guillermo Modina González

V: Prensa Castellana, S.A.

G: 1976, eingestellt 1977

INFORME ECONÓMICO INTERNACIONAL URGENTE

Madrid. José Antonio, 70

D: Isabel Cajide P. Moure

V: Informaciones Económicas, S.A.

G: 1946 / A: 2 386 (1978)

INFORME DIARIO

Madrid. Claudio Coello, 40

D: José Luis Béjar Dellado

V: Informe Diario, S.A.

G: 1971, eingestellt 1976

JAÉN

Jaén. Avenida de Madrid, s/n

D: Pedro Morales Gómez-Caminero

V: M.C.S.E.

G: 1939 / A: 6 360 (1977)

JORNADA

Valencia

V: M.C.S.E.

G: 1941, eingestellt 1975

LANZA

Ciudad Real. Cte. López Guerrero, 5

D: Carlos María San Martín López

V: Fundación Diario Lanza

G: 1945 / A: ?

LEVANTE

Valencia. Avda. de Cid, 154

D: José Molina Plata

V: M.C.S.E.

G: 1941 / A: 43 621 (1978)

LIBERTAD

Valladolid. Santiago, 19

D: Juan Jesús Rodero Ares

V: M.C.S.E.

G: 1933, eingestellt 1979

LÍNEA

Murcia. Avenida 18 de Julio, s/n

D: J. D. Cano Vera

V: M.C.S.E.

G: 1939 / A: ?

LUCHA (DIARIO DE TERUEL)

Teruel. Amantes, 26

D: Marioano Esteban Pueyo

V: Lucha, S.A.

G: 1939 / A: ?

MADRID

Madrid.

V: Madrid, Diario de la Noche, S.A.

G: 1939, eingestellt 1971

MAJORCA DAILY BULLETIN

Palma de Mallorca. San Felio, 17

D: Pedro Serra Bauzá

V: Majorca Daily Bulletin, Pedro A. Serra Bauzá

G: 1963 / A: ?

LA MAÑANA

Lérida. San Anastasio, 19

D: Emilio Rev Gordillo

V: M.C.S.E.

G: 1939 / A: 8 157 (1976)

MARCA

Madrid. Av. Generalísimo, 142

D: Carmelo Martínez González

V: M.C.S.E.

G: 1942 / A: ?

MEDITERRÁNEO

Castellón. Av. Cernuda y Velasco, 29

D: José María Marcelo Serrano

V: M.C.S.E.

G: 1918 / A: 6 498 (1978)

MENORCA

Mahón (Prov. Baleares). Virgen de Gracia, 57

D: J.J. Morales Ruíz

V: Editorial Menorca S.L.

G: 1942 / A: ?

EL MUNDO DEPORTIVO

Barcelona. Tallers, 62

D: Juan José Castillo Biesa

V: El Mundo Deportivo, S.A.

G: 1906 / A: 70 968 (1978)

MUNDO DIARIO

Barcelona. Avda. Cardenal Reig s/n

D: Josep Permau Riu

V: Ilustración, S.A.

G: 1969, eingestellt 1979

MUNDO OBRERO

Madrid. Libertad, 20

D: Daniel Iribar Velasco

V: Partido Comunista Español

G: 1978 / A: ? , eingestellt 1980

LA NOCHE

Santiago de Compostela

V: Editorial Compostela S.A.

G: 1949, eingestellt 1967

EL NOROESTE

Gijón. Moros, 37

D: Alfonso Calviño Castañón

V: Asturiana de Ediciones, S.A.

G: 1978 / A: ?

EL NORTE DE CASTILLA

Valladolid. Montero Calvo, 7

D: Fernando Altés Bustelo

V: El Norte de Castilla, S.A.

G: 1854 / A: 26 970 (1977)

NORTE EXPRES

Vitoria. Manuel Iradier, 25

D: Julio Alda

V: Económico Cultural Alavesa, S.A.

G: 1967 / A: ?

NOTICIAS MÉDICAS

Madrid. Sánchez Pacheco, 83

D: Ricardo Lizcano Cenjor

V: Julio García Peri

G: 1 67 / A: 41 611 (1978)

EL NOTICIERO

Zaragoza.

D: Domingo Martínez Benavente

V: Editorial Noticiero, S.A.

G: 1901, eingestellt 1977

EL NOTICIERO DE CARTAGENA

Cartagena. Ctra. de los Pinos s/n

D: Pedro Bernal Martínez

V: Empresas Periodistas Ediciones Cartagena, S.A.

G: 1936, eingestellt 1978

EL NOTICIERO UNIVERSAL

Barcelona. Lauria, 35

D: José Tarín Iglesias

V: Editorial Mencheta, S.A.

G: 1890 / A: 64 794 (1978)

NUEVA ANDALUCÍA

Sevilla. Avenida de la Prensa, 45

D: Javier Shmith Carretero

V: Editorial Sevillana, S.A.

G: 1976 / A: ?

NUEVA ESPAÑA

Huesca. Palma, 9

D: José-Julián García de Eulate

V: M.C.S.E.

G: 1935 / A: ?

LA NUEVA ESPAÑA

Oviedo. Calvo Sotelo, 7

D: Luis Alberto Cepeda González

V: M.C.S.E.

G: 1937 / A: 40 400 (1978)

NUEVA RIOJA

Logroño. Vara de Rey, 66

D: Francisco Martín Losa

V: Nueva Rioja, S.A.

G: 1941 / A: ?

NUEVO DIARIO

Madrid.

V: Prensa Económica, S.A.

G: 1967, eingestellt 1976

ODIEL

Huelva. General Mola, 35

D: Antonio Gallardo Sánchez

V: M.C.S.E.

G: 1936 / A: ?

EL PAIS

Madrid. Miguel Yuste, 40

D: Juan Luis Cebrián Echarri

V: Promotora de Informaciones, S.A.

G: 1976 / A: 153 893

- nationale Verbreitung -

PATRIA

Granada. Oficinos, 8

D: Daniel Saucedo Aranda

V: M.C.S.E.

G: 1938 / A: ?

PENSAMIENTO ALAVES

Vitoria (Prov. Alava)

G: 1941, eingestellt 1967

EL PENSAMIENTO NAVARRO

Pamplona (Prov. Navarra). Leyre, 18-20

D: Juan Indare Nuin

V: Editorial Navarra, S.A.

G: 1897 / A: ?

EL PERIÓDICO

Madrid. Potosí, 7

D: Miguel Angel Bastenier

V: Ediciones Primera Plana, S.A.

G: 1978, eingestellt 1979

EL PERIÓDICO DE CATALUÑA

Barcelona. Diputación, 304

D: Antonio Franco Estadella

V: Ediciones Primera Plana, S.A.

G: 1978 / A: 67 900 (1979)

LA PRENSA

Barcelona. Villareal, 91

D: Jesus Val Jarrín

V: M.C.S.E.

G: 1937, eingestellt 1979

PRIMERA PAGINA

Alicante.

G: 1968, eingestellt 1972

PROA

León. Av. de José Antonio, 1

V: M.C.S.E.

G: 1937, eingestellt 1975

EL PROGRESO

Lugo. José Antonio, 12

D: Pedro de Llano López

V: El Progreso de Lugo, S.A.

G: 1908 / A: 12 364

LA PROVINCIA

Las Palmas de Gran Canaria. Murga. 21

D: Pablo Hernandez Montesdecoa

V: Editorial Prensa Canaria, S.A.

G: 1911 / A: 27 330 (1978)

LAS PROVINCIAS

Valencia. Pintor José Pinazo, 9

D: José Ombuena Antiñolo

V: Federico Domenech, S.A.

G: 1876 / A: 47 926 (1978)

- regionale Verbreitung -

PUEBLO

Madrid. Huertos, 13

D: José Ramón Alonso Rodríguez Nadales

V: Ediciones y Publicaciones Populares

G: 1939 / A: 141 355 (1977)

- nationale Verbreitung -

EL PUEBLO GALLEGO

Vigo. Dr. Cadaval, 5

D: Juan Francisco M. Herrera

V: M.C.S.E.

G: 1928, eingestellt 1979

PUNT DIARI

Gerona. Joaquim Vayreda, 63

D: Jordi Negre

V: Edicions Comercials, S.A.

G: 1979 / A: ?

REGION

Oviedo. Fray Ceferino, 25

D: José Antonio Cepeda González

V: Editorial Gráfica Asturiana, S.A.

G: 1923 / A: ?

LA REGION

Orense. Quiroga, 11

D: Alejandro Outeiriño Rodríguez

V: La Región, S.A.

G: 1910 / A: 11 636

SEVILLA

Sevilla.

V: M.C.S.E.

G: 1942, eingestellt 1976

LOS SITIOS

Gerona. Barcelona, 29

D: Gonzalo Garrido

V: M.C.S.E.

G: 1941 / A: 7 617 (1978)

SOL DE ESPAÑA

Málaga. Carr. de Cádiz, km 241

D: Rafael de Loma Rodríguez

V: Edita Empresa Periodista España, S.A.

G: 1967 / A: 16 387 (1978)

SOLIDARIDAD NACIONAL

Barcelona. Consejo de Ciento, 202

D: F. Gutierrez Latorre

V: M.C.S.E.

G: 1938, eingestellt 1979

SPANISH DAILY NEWS

G: 1967, eingestellt 1968

SUR

Málaga. Avda. Dr. Marañón, 48

D: Francisco Sanz Cagigas

V: M.C.S.E.

G: 1935 / A: 26 735 (1977)

SUR - OESTE

Sevilla.-Polígono Store, calle A, parcela 67

D: Timóteo Esteban Vega

V: M.C.S.E.

G: 1976 / A: ?

LA TARDE

Málaga.

V: M.C.S.E.

G: 1937, eingestellt 1975

LA TARDE

Santa Cruz de Tenerife. Suárez Guerra, 18

D: Alfonso García Ramos y Fernández del Castillo

V: M. Real y Cia., S.L.

G: 1928 / A: ?

TELE - EXPRES

Barcelona. Cardenal Reig, s/n

D: Tristán La Rosa

V: Barcelona Press, S.A.

G: 1964, eingestellt 1979

- regionale Verbreitung -

EL TELÉGRAMA DE MELILLA

Melilla. Ejército Español, 16

D: Tomás Galbán Noguera

V: M.C.S.E.

G: 1902 / A: ?

ULTIMA HORA

Palma de Mallorca. Paseo Mallorca, 32

D: Eduardo Fernández Planas

V: Ultima Hora, S.A.

G: 1892 / A: 18 656 (1978)

UNIDAD

San Sebastián (Prov. Guipúzcoa). Soreo, 23

D: Pedro Pascal Martínez

V: M.C.S.E.

G: 1934, eingestellt 1980

LA VANGUARDIA

Barcelona. Pelayo, 28

D: Horacio Saenz Guerrero

V: TISA

G: 1880 / A: 203 111 (1978)

- nationale Verbreitung -

LA VERDAD

Murcia. Avda. Ibáñez Martín, 15

D: Juan Francisco Sardaña Fabiani

V: EDICA, S.A.

G: 1904 / A: 47 051 (1978)

- regionale Verbreitung -

VOLUNTAD

Gijón. Marqués de San Esteban, 5

D: Ernesto García del Valle

V: M.C.S.E.

G: 1937, eingestellt 1975

LA VOZ DE ALBACETE

Albacete. Saturnino López, 24

D: Demetrio Gutiérrez Alarcón

V: Pedro García Munera

G: 1953 / A: ?

LA VOZ DE ALMERÍA

Almería. Avda. de Monserrat, 32

D: Teófilo Gutiérrez Gallego

V: M.C.S.E.

G: 1941 / A: 7 249 (1977)

VOZ DE ASTURIAS

Oviedo. G. Elorza, 30

D: José Díaz Jacome

V: La Voz de Asturias, S.A.

G: 1923 / A: 18 463 (1978)

VOZ DE AVILÉS

Avilés. Avda. de Gijón, 70

D: Juan Manuel Wes López

V: Viuda de G. Wes

G: 1909 / A: ?

LA VOZ DE CASTILLA

Burgos

V: M.C.S.E.

G: 1938, eingestellt 1976

LA VOZ DE ESPAÑA

San Sebastián. Soroa, 23

D: Jesus Oharriz Medrano

V: M.C.S.E.

G: 1936 / A: 36 133 (1978), eingestellt 1980

- regionale Verbreitung -

LA VOZ DE GALICIA

La Coruña. Concepción Arenal, 9-13

D: Juan Ramón Díaz García

V: La Voz de Galicia, S.A.

G: 1881 / A: 73 398 (1978)

- regionale Verbreitung -

LA VOZ DEL SUR

Jerez.(Prov. Cádiz). Plaza Angustias, 1

D: Alejandro Daroca de Val

V: M.C.S.E.

G: 1927 / A: ?

YA

Madrid. Mateo Inurria, 15

D: M. Jiménez Quílez

V: EDICA, S.A.

G: 1933 / A: 167 374 (1977)

- nationale Verbreitung -

LITERATUR-VERZEICHNIS

- | | |
|--|---|
| ALBA, Victor | Transition in Spain.
From Franco to Democracy
New Brunswick/New Jersey, 1978 |
| AHRENS, Helmut /
DEGEN, Hans-Jürgen | Widerstand in Spanien
Wetzlar/Münster, 1977 |
| ANDRADE, Juan | La revolución española, día a día.
Barcelona, 1979 |
| | Anuario Financiero y de Sociedades
Anónimos de España |
| ANUARIO ESTADISTICO DE
ESPANA | Hrsg.: Ministerio de Economía
Instituto Nacional de Estadística |
| ARIAS RUIZ, Aníbal | El mundo de la televisión
Madrid, 1971 |
| ARIAS RUIZ, Aníbal | La Radiodifusión Española
Madrid, 1972 |
| ARIAS RUIZ, Aníbal | La Televisión Española
Madrid, 1970 |
| BATZ, Dietrich | Spanisches Presserecht
Kassel, 1973 |
| BECK, Raimund | Das spanische Regierungssystem unter
Franco
Bochum, 1979 |
| BELDERRAIN, Javier | Papel-Prensa, la escasez de la apertura
in: Actualidad Española Nr. 847, 1974 |
| BENEYTO PEREZ, Juan | Información y Sociedad
Madrid, 1970 |
| BENEYTO PEREZ, Juan | L'Organisation du journalisme en
Espagne
O.O., O.J. |
| BEYME, Klaus v. | Vom Faschismus zur Entwicklungs-
diktatur - Machtelite und Opposition
in Spanien
München, 1971 |
| BOLETIN OFICIAL DEL ESTADO | Ley de Prensa e Imprenta |

- DESANTES GUANTER, José Maria El antocontrol de la actividad
informativa.
Madrid 1973
- DESANTES, José Maria La clausula de conciencia.
NIETO, Alfonso Pamplona, 1978
URABAYEN, Miguel
- DESANTES GUANTER, José Maria La información como derecho.
Madrid, 1974
- DESANTES GUANTER, José Maria La función de informar.
Pamplona, 1976
- DESANTES GUANTER, José Maria Fundamentos del Derecho de la
Información.
Madrid, 1977
- DIRIGENTES ESPANA 1972 Repertorio Biográfico de Políticos,
Alta Milicia, Alto Clero y Diversos
Profesionales Españoles.
Madrid, 1972
- ENCICLOPEDIA CATALANA, S.A. Grau Enciclopèdia Catalana.
Barcelona, 1978
- EQUIPOS DE ESTUDIO Noticia, rumor, bulo: la muerte de
Franco.
Madrid, 1976
- DRÖGE, Franz Wissen ohne Bewußtsein. - Materialien
zur Medienanalyse.
Frankfurt/Main, 1972
- DUEÑAS, Gonzalo La ley de prensa de Manuel Fraga.
Paris, 1969
- EHRENBURG, Ilja Menschen, Jahre, Leben. Bd. II.
München, 1965
- ESTEBAN, Jorge de Desarrollo político y constitución
española.
Barcelona, 1973
- FERNANDEZ AREAL, Manuel El control de la prensa.
Madrid, 1973
- FERNANDEZ AREAL, Manuel El derecho a la información.
Barcelona, 1971
- FERNANDEZ AREAL, Manuel La ley de la prensa, a debate.
Madrid, 1971
- FERNANDEZ AREAL, Manuel La libertad de prensa en España.
Madrid, 1971

- | | |
|---|--|
| FERNANDEZ LERA, Antonio | La huelga rota. El secreto profesional del Periodista.
Madrid, 1976 |
| FISCHER, Hans-Dietrich
BREUER, Klaus Detlef
WOLTER, Hans-Wolfgang | Die Presseräte der Welt.
Struktur, Finanzbasis und Spruchpraxis von Medien-Selbstkontroll-einrichtungen.
Bonn-Bad Godesberg 1976 |
| FRANZBACH, Martin | Kritische Arbeiten zur Literatur- und Sozialgeschichte Spaniens, Frankreichs und Lateinamerikas.
Bonn 1975 |
| GALLO, Max | Histoire de L'Espagne franquiste.
Paris, 1969 |
| GRACIA LABRADO, Francisco | La ayuda económica del estado a la Prensa.
Pamplona, 1975 |
| GRACIA LABRADO, Francisco | Criterios de la independencia en la prensa.
Madrid, 1973 |
| GEORGEL, Jacques | Le Franquisme. Histoire et bilan 1939 - 1969.
Paris, 1970 |
| GONZALEZ PARAMO, José Manuel | Política de Prensa. Dialéctica de la empresa periodística.
Barcelona/Mexico, 1972 |
| GOMEZ RIVERA, Manuel | La Prensa en Espana.
Madrid, 1975 |
| GONZALES, Manuel-Jesús | La Economía Política del Franquismo (1940 - 1970).
Madrid, 1979 |
| GOROSTIAGA, Eduardo | La Radiotelevisión en Espana.
Pamplona, 1976 |
| HAENSCH, Günther
HARTIG, Paul | Spanien. Bd. II: Bildung und Kunst.
Frankfurt/Berlin/München, 1975 |
| HAUBRICH, Walter
MOSER, Carsten R. | Francos Erben: Spanien auf dem Weg in die Gegenwart.
Köln 1976 |
| HERMENS, F.
KÖPPINGER, P.H. | Von der Diktatur zur Demokratie: Das Beispiel Spaniens und Portugals.
Berlin, 1976 |
| HERRERA PIQUE, A. | Reflexiones sobre la ley de Prensa. in: Cuadernos para el diálogo, 1971 |

- | | |
|--------------------------------------|---|
| HILLS, George | Franco, the man and his nation.
London, 1967 |
| HOCKING, William Ernst | Freedom of the Press.
Chicago, 1947 |
| IGLESIAS SELGAS, Carlos | La vía española a la democracia.
Madrid, 1968 |
| INSTITUT FÜR PUBLIZISTIK,
MÜNSTER | Handbuch der Weltpresse, 2 Bde.
Köln/Opladen, 1970 |
| INTERNATIONAL PRESS
INSTITUTE | Zürich, jährlich |
| INTERNATIONAL PRESS
INSTITUTE | The press in Authoritarian Countries.
Zürich, 1959 |
| INSTITUTO DE CIENCIAS
SOCIALES | Prensa y convivencia internacional.
Barcelona, 1964 |
| JACKSON, Gabriel | The Spanish Republic and the Civil
War 1936 - 1939.
Princeton, New Jersey, 1965 |
| KLEIN, Peter | Franco's zweite Inquisition. Spanien
zwischen Folter und EWG.
München, 1971 |
| KLINK, Hermann | Die Entwicklung der spanischen Presse
von 1966 bis 1970.
München, 1980 |
| KÖPPINGER, Peter Hubert | Legitimität und Pressekontrolle im
Franco-Regime.
Köln, 1977 |
| KRAUSS, Werner | Spanien 1900 bis 1965.
München/Salzburg, 1972 |
| LOPEZ DE ZUAZO ALGAR,
Antonio | Diccionario del Periodismo.
Madrid, 1978 |
| LORENZEN, Ebba | Presse unter Franco.
München/New York 1978 |
| LORENZO, Cesar | Los Anarquistas Españoles y el Poder.
Paris, 1972 |
| MAIER, Lothar | Spaniens Weg zur Demokratie.
Diss. Tübingen, 1977 |
| MERRILL, John C. | The Elite Press.
New York/London/Toronto, 1968 |
| MEYER, Heinz, und
WOYKE, Wichard | Spanien. Eine politische Länderkunde.
Opladen, 1978 |
| MICHENER, James A. | Iberica. Reisen und Gedanken.
Darmstadt, 1969 |

- MIGUEL, Amando de Manual de la Estructura Social de España.
Madrid, 1974
- MOLINERO, César La información y los derechos personales.
Barcelona, 1977
- MOLINERO, César La intervención del Estado en la prensa.
Barcelona, 1971
- MOTA, de la Ignacio H. Diccionario de la publicidad.
Madrid, 1970
- NELLESSEN, Bernd Die verbotene Revolution.
Aufstieg und Niedergang der Falange.
Hamburg, 1963
- NIETO TAMARGO, Alfonso La empresa Periodística en España.
Pamplona, 1973
- ORIVE RIVA, Pedro Estructura de la Información Periodística.
Madrid, 1977
- PAYNE, Stanley G. Falange. A history of Spanish Fascism.
Stanford, California, 1961
- PINILLOS Y SUAREZ, Pedro J. La empresa informativa.
Prensa, Radio, cine y televisión.
Madrid, 1975
- RICHTER, Klemens Katholische Presse in Europa.
Ein internationaler Überblick.
Osnabrück, 1969
- ROGADO, Basilio La Prensa del Silencio.
Madrid, 1975
- ROMANO GARCIA, Vicente José Ortego y Gasset, publicista.
Madrid, 1976
- ROSIQUE, Francisca Prensa del Movimiento, un futuro en el aire.
in: mundo social Nr. 247, Okt. 1976
- RÜHL, Manfred Journalismus und Gesellschaft.
Bestandsaufnahme und Theorieentwurf.
Mainz, 1980
- SANABRIA MARTIN, Francisco Radiotelevisión, Comunicación y cultura.
Madrid, 1974

- SANCHEZ AGESTA, Luis Die Entwicklung der spanischen Verfassung in den Jahren 1960 - 1970. in: Jahrbuch für Öffentliches Recht der Gegenwart, Bd. 20, 1971
- SANCHEZ FERRIS, Remedio El derecho a la información. Valencia, 1974
- SANTOS, Felix Cinco años de la ley de Prensa. in: Cuadernos para el Diálogo. Madrid, März 1971
- SCHNEIDER, Peter Pressefreiheit und Staatssicherheit. Mainz 1968
- SCHULTE, Henry The Spanish Press. Chicago/London, 1968
- SIEBER, Fred S.
PETERSON, Theodore
SCHRAMM, Wilbur Four Theories of the press. Urbana/Illinois, 1963
- SINDICATO NACIONAL DEL PAPEL Estudios sobre la Industria del papel. Madrid, 1967
- SOLA I DACHS, Luis Historia dels diaris en català Barcelona 1879 - 1976. Barcelona, 1978
- SORIA, Carlos El director de Periódicos. Pamplona, 1972
- SOUCHY, Augustin Nacht über Spanien. Darmstadt, o.J.
- TALLON, José Papel y empresa periodística. Pamplona, 1978
- TAMAMES, Ramón Introducción en la economía española. Madrid, 1971
- TAMAMES, Ramón Un proyecto de democracia para el futuro de España. Madrid, 1975
- TARIN IGLESIAS, José Panorama del periodismo hispano-americano. Madrid/Barcelona, 1972
- TAUFIC, Camilo Periodismo y lucha de clases. Madrid, 1976
- URABAYEN, Miguel Vida privada e Información. Un conflicto permanente. Pamplona, 1977

- VAZQUEZ MONTALBAN, Manuel El libro gris de televisión española.
Madrid, 1973
- VAZQUES MONTALBAN, Manuel Informe sobre la información.
Barcelona, 1971
- VELARDE FUERTES, Juan Economía y sociedad de la transición,
17 de Oct. de 1976 a 17 de Oct. de
1977.
Madrid, 1979
- VICENS VIVES, Jaime Historia social y económica de España
y América, Bd. V, Los siglos XIX y XX.
Barcelona, 1972
- VILAR, Sergio Protagonistas de la España
democrática.
Paris, 1969
- WEFERS, Walter Grundlagen und Ideen des spanischen
Staates der Gegenwart.
Köln, 1967
- WELLES, Benjamin Spanien, Ende einer Diktatur?
München, 1967
- WRIGHT, Alison The Spanish Economy 1959 - 1976.
Plymouth, 1977
- ZABALZA RAMOS, Ramón Notas para el estudio de la
información y la prensa económica
en España.
in: Revista española de la documen-
tación.
Madrid, 1965
- ZISCHKA, Anton Das neue Spanien.
Zwischen Gestern und Morgen.
Düsseldorf/Wien, 1977

ZEITSCHRIFTEN-VERZEICHNIS

ACTUALIDAD ECONOMICA Madrid	Sociedad anónima de Revistas, Periódicos y Ediciones 1973 - 1974
LA ACTUALIDAD ESPANOLA Madrid	Opinión Pública, S.A. 1974 - 1979
AEDE Madrid	Asociación de Editores de Diarios Españoles 1979
CAMBIO 16 Madrid	Prensa y Informaciones, S.A. 1978 - 1980
COMUNICACION XXI Madrid	Repress, S.A. 1972 - 1975
COMMUNICATION Internationale Zeitschrift für Kommunikationsforschung St. Augustin	Deutsche Gesellschaft für Kommuni- kationsforschung und Internationale Vereinigung für Kommunikationswissen- schaft 1974 ff
CUADERNOS PARA EL DIALOGO Madrid	Cuadernos para el Diálogo 1966 - 1976
EBU Genf	European Broadcasting Union 1972 - 1977
EPP, L'echo de la presse et de la publicité Paris	1974 - 1977
ESTUDIOS DE INFORMACION Madrid	Ministerio de Información y Turismo 1967 - 1971
GACETA DE LA PRENSA Madrid	Ministerio de Información y Turismo 1967 - 1971
GUIA DE LOS MEDIOS Madrid	Ignacio H. de la Mota 1968 - 1979
MENSAJE Y MEDIOS Madrid	Instituto Oficial de Radiodifusión y Televisión 1977 - 1979
DER NEUE VERTRIEB Hamburg	Hamburger Fachverlag, Gerhard Sonder- mann 1978 - 1980
NUESTRO TIEMPO Pamplona	Ediciones Universidad de Navarra, S.A. 1968 - 1979

PUBLICIDAD
Madrid

Ministerio de Información y Turismo.
1973 - 1976

PUBLITECNICA
Madrid

Ministerio da la Cultura.
1975 - 1976

REVISTA ESPANOLA DE LA
OPINION PUBLICIA
Madrid

Instituto de la Opinión Pública.
1964 - 1977

REVISTA SINDICAL DE
ESTADISTICA
Madrid

Servicio Sindical de Estadística.
1971 - 1975

DER SPIEGEL
Hamburg

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein
GmbH und Co. KG

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN TAGESZEITUNGEN

Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ, Frankfurt.

Frankfurter Rundschau, FR, Frankfurt.

Neue Hannoversche, Hannover.

El País, EP, Madrid.

Die Rheinpfalz / Frankenthaler Zeitung, Frankenthal.

Süddeutsche Zeitung, SZ, München.

Register.

- ABC - 39, 41, 42, 114, 124
ABC de Sevilla - 41
Aguilar, Miguel Angel - 122
El Alcázar - 35, 36, 39, 122
Alfonso XIII - 60, 125
Alianza Nacional - 83
Arias navarro - 66, 67, 74
83
Arriba - 39, 62, 111
As - 39, 122
Asturias - 88, 89, 120
Auger, Sebastián - 101, 111,
112, 113
Avui - 84, 87, 120, 121

Bild-Zeitung - 109

Cabanillas Gallo, Pio - 67,
69, 78, 83
Cadena azul - 50
Calvo Serer, Rafael - 35
Cambio 16 - 67, 84
Carrero Blanco, Luis - 60, 63
65
Catalunya-Express - 85, 111,
120
Cebrián ,Juan Luis - 67, 96
Cinco Días - 85, 120
Comisiones Obreras - 12, 103
C.O.P.E. - 50
Correo de Andalucía - 88
Correo Catalán - 109
El Correo de Zamora - 116
4-2-4 - 85, 111, 120

Deia - 87, 120
El Día - 125, 126
Diario de Barcelona - 124
Diario 16 - 79, 84, 85, 94, 120
122
Diario Libre - 85, 120
El Diario Regional - 112, 113
Diario de Sabadell - 89
Diario de Terrassa - 89

El Eco de Canarias - 116
EDICA - 4, 71
Efe - 37, 113, 136
EG - 76, 134
Egin - 87, 121, 132, 134
ETA - 13, 31, 63, 64, 73, 87, 99
100, 101
Europa-Press - 113

Falange - 9, 10, 16, 116
Fraga Iribarne, Manuel - 20, 32,
61, 67, 75, 77, 83
Franco, Francisco - 2, 4, 5, 6, 7,
9, 10, 11, 13, 16, 18, 22, 26,
30, 31, 37, 50, 60, 64, 66, 69,
70, 71, 73, 74, 76, 77, 80, 83,
93, 94, 98, 100, 101, 102, 103,
104
Godó - 41, 42, 111, 113
Grapo - 134
Guadalajara - 88, 89, 90, 132
Guía de los Medios - 38

Herrera, Luis - 114
Historia 16 - 79
Hojas de Lunes - 43, 44, 45
Hoy - 4

Iberian Daily Sun - 39
Ideal - 114
El Ideal Gallego - 114

- El Imparcial - 85, 86, 120, 122
Imperio - 116
Informaciones - 39, 88, 112, 113, 134
Informaciones de Andalucía - 87, 88, 120
Informe Económico - 39
Juan Carlos - 9, 60, 65, 69, 74, 76, 77, 98
Ley Orgánica - 26
Ley de los Secretos Oficiales - 30
Linán y Zofio, Fernando - 65
Luca de Tena - 41, 42, 125
Lui - 79
Madrid - 34, 35, 62, 124
Marca - 39, 42
M.C.S.E. - 110, 111, 116, 118, 136
Movimiento Comunista - 92
Movimiento Nacional - 9, 41, 42, 53, 62, 77, 78, 110
Mundo - 111, 112, 113
Mundo Diario - 111
Mundo Obrero - 91, 115, 120
Nationale Bewegung s. Movimiento Nacional
NATO - 76
El Noroeste - 88, 120
Noticias - 79
Noticias Médicas - 39
Nueva Andalucía - 87, 88, 120, 123
Nueva Historia - 79
OJD - 38
Opinión - 79
Opus Dei - 8, 9, 10, 35, 36, 41, 42, 65
Ortega Spottorno, José - 83
ORT - 92
El País - 82, 83, 84, 93, 94, 96, 120, 121, 122
El Papus - 99
PCE - 11, 91, 113
El Periódico - 85, 120
El Periódico de Cataluña - 85, 120, 122
P.E.S.A. - 35, 36
PNV - 87
Prensa Española - 114, 124, 125
Primo de Rivera, José Antonio - 9
Principios Generales de la Profesión Periodística - 29
Principios del Movimiento - 10
Prisa - 82, 83, 84
PSOE - 11, 92
Pueblo - 39, 62, 94, 116
Punt Diari - 89, 120
Pyresa - 116
R.E.M. - 50
Reporter - 79
RNE - 50
RTVE - 52, 53
Sanchez Bella, Alfredo - 61
S.E.R. - 2
de la Serna, Jesus - 112
de la Serna, Victor - 112
Servir al Pueblo - 92
7 Fechas - 116
El Socialista - 92

Suárez, Adolfo - 77, 78, 80,
118

Sud.Oeste - 87, 88, 120

Tamames, Ramón - 83

Tele-Express - 111, 112, 113

UGT - 12

Última Hora - 125

Unidad - 118

La Vanguardia - 34, 41, 42,
94, 111, 113. 122, 124

Verdad - 114

Voz de Almería - 116

La Voz de Asturias - 125

La Voz de España - 118

La Voz de Galicia - 125

Ya - 39, 42, 94, 114, 124

Yugo - 116

Lebenslauf.

Am 7. Mai 1954 wurde ich in Wiesbaden als Tochter von Dr. Hans Peter Bimler und seiner Frau Erika, geb. Boenisch, geboren.

Von Ostern 1961 bis Ostern 1965 besuchte ich in Wiesbaden die Grundschule und wurde 1965 in das Dilthey-Gymnasium in Wiesbaden aufgenommen, an dem ich 1973 das Abitur bestand.

1973 und 1974 studierte ich in München Publizistik und Romanistik, 1975 als Gasthörer in Mainz Publizistik. 1976 studierte ich in Frankfurt/Main Geschichte und Romanistik und seit 1977 in Münster/Westf. Publizistik, Geschichte und Romanistik.

Wiesbaden, 23.12.1981

Barbara Bimler.



